

Flucht und Vertreibung

Europa zwischen 1939 und 1948

Mit einer Einleitung von Arno Surminski



Ellert & Richter Verlag

GEO



Flucht und Vertreibung, Verschleppung und Zwangsarbeit – davon waren infolge des Zweiten Weltkriegs Millionen Menschen in Ost- und Mitteleuropa betroffen. Heute tritt das Thema wieder verstärkt in den Blick der deutschen Öffentlichkeit. Diese setzt sich zwei Generationen nach den unmittelbar Betroffenen auf neue Weise mit der jüngeren Geschichte auseinander. Der vorliegende Band vereint Beiträge von Zeitzeugen und Nachgeborenen, von Historikern und Schriftstellern zu einem umfassenden Überblick über aktuelle Debatten und Erkenntnisse aus vielfältiger Perspektive. Es werden sowohl die Vorgeschichte als auch die Spätfolgen von Flucht, Vertreibung, Verschleppung und Zwangsarbeit berücksichtigt, Ereignisse ebenso wie „Erinnerungspolitik“, deutsche ebenso wie polnische Betroffene. Ein Glossar und informatives Kartenmaterial vervollständigen den mit zahlreichen historischen Fotos bebilderten Band.

ISBN 3-8319-0173-2



9 783831 901739





6	Schweigen ist keine Antwort <i>Arno Surminski</i>	210	Die vergessenen Zwangsarbeiter <i>Stefan Karner</i>
24	Die Vertreibung der Deutschen. Ursachen, Ablauf, Folgen <i>Mathias Beer</i>	220	Karaganda. Erzählung <i>Arno Surminski</i>
66	Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostproußen, Westproußen, Danzig, dem Warthegau und Hinterpommern <i>Manfred Zeidler</i>	224	Flucht und Vertreibung in der individuellen und kollektiven Erinnerung und als Gegenstand von Erinnerungspolitik <i>Bernd Faulenbach</i>
100	Flucht über die Ostsee: Die größte Rettungsaktion der Seegeschichte <i>Heinz Schön</i>	232	Die Überlebenden und ihre Erinnerungen. Verarbeitung der Traumata des Zweiten Weltkriegs <i>Helga Spranger</i>
118	Flucht und Vertreibung aus Schlesien <i>Arno Herzig</i>	244	Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die Zweite Generation deutscher Vertriebener <i>Astrid von Friesen</i>
150	„Das deutsche Volk ... erscheint uns nur noch als ein einziges großes menschliches Ungeheuer.“ Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei <i>Detlef Brandes</i>	250	Anmerkungen
172	Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Südosteuropa am Ende des Zweiten Weltkriegs <i>Mathias Beer</i>	258	Literaturverzeichnis
184	Die Westverschiebung Polens <i>Krzysztof Ruchniewicz</i>	265	Glossar
198	Zwangsumsiedlungen in Ostpolen <i>Małgorzata Ruchniewicz</i>	274	Karten
		278	Autoren
		279	Bildnachweis
		280	Impressum

Schweigen ist keine Antwort

Arno Surminski

Bei dem Wort Vertreibung sehe ich einen Güterzug durch eine verschneite Landschaft kriechen. Kein Lachen, kein fröhliches Winken. Frauen und alte Männer sitzen, in graue Decken gehüllt, auf ausgelegtem Stroh. Aus halb geöffneten Türen lugen Kindergesichter, immer noch neugierig auf das, was die Welt ihnen zu bieten hat – vielen Kindern brachte die Vertreibung die erste Eisenbahnreise ihres Lebens. In Erinnerung geblieben ist eine auffallende Langsamkeit. Oft hielten die Züge in Wäldern und auf freiem Feld, fuhren zurück und wieder vor; es dauerte Wochen, um dorthin zu kommen, wo von Deutschland noch etwas übrig geblieben war.

Zur Flucht fällt mir jene junge Frau ein, die mit einem Kinderwagen auf einer verschneiten Strasse unterwegs war. Erschöpft blieb sie stehen, blickte in den Wagen und fand



Mit der Grossoffensive der russischen Truppen im Januar 1945 und dem Zusammenbruch der deutschen Fronten von Ostpreussen bis Schlesien begann die Flucht von 12 bis 14 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat. Für viele kam das Ende des Krieges als Chaos.



Auf der Flucht waren vor allem Alte, Frauen und junge Mütter mit ihren Kindern, weil alle wehrfähigen Männer sich im Krieg befanden.

ihr Kind tot. Sie schob den Wagen mit dem Kind in eine Tannenschonung und beeilte sich, den anderen auf dem Fluchtweg zu folgen. Zu den Fluchtbildern gehören auch Wäschestücke, Handtücher und Bettlaken, die in den Bäumen einer Allee hingen. Eine Granate hatte einen Flüchtlingswagen in Stücke gerissen, übrig geblieben waren die weissen Tücher der Ergebung.

Für einen weiteren Schrecken jener Tage, die Massenvergewaltigungen, fehlen die Bilder. Es geschah nicht sichtbar, wohl aber hörbar. Die Worte «Frau komm!» sind für alle Zeiten für dieses Verbrechen verbraucht. Hörbar auch das Weinen der Kinder, die vor einer verschlossenen Tür auf ihre Mutter warteten. Eine tote Frau mit zerrissener Kleidung in einer Scheune, ein toter Mann, der sich schützend vor Frau und Tochter stellen wollte, und erschossen worden war.

Auch die Verschleppungen ereigneten sich ohne spektakuläre Bilder; sie glichen eher Spaziergängen in Begleitung von Soldaten. Dass diese Spaziergänge erst in einem Sammelager, dann im Güterzug und schliesslich im Gulag enden würden, sollte keiner der Wanderer ahnen. Von den Verschleppten sind nur wenige wiedergekommen; die Männer waren meistens alt oder kränklich, viele starben schon auf der Reise nach Russland. Rechnen wir zu diesen vier Schreckensszenen noch die brennenden Städte – dazu fällt mir das Bild eines vierjährigen Mädchens ein, das durch Hamburg irrte und sich wunderte, warum Steine brennen können und die Menschen, die am Strassenrand schliefen, so klein waren –, so haben wir alle Katastrophen jener Tage vor Augen.

Wie können, wie sollten die Überlebenden mit solchen Bildern umgehen? Es ist eines der erstaunlichsten Phänomene der vielen Jahre, die seither vergangen sind, dass ein so gewaltiger Stoff, ein Drama von biblischen Ausmassen, das nahezu jede Familie in Mittel- und Osteuropa direkt oder indirekt berührt hat, nur am Rande behandelt wurde. Die Literatur und die anderen Künste, die so sehr nach dramatischen Vorlagen



Beinahe jede Familie in Mittel- und Osteuropa war direkt oder indirekt von dieser Katastrophe nahezu biblischen Ausmasses betroffen. Unendlich langsam, bei Schneesturm und bitterer Kälte, bewegten sich die Flüchtlingstrecks gen Westen.

suchen, fanden dieses Thema nicht. Es gibt keine Oper, die das Heulen der Sirenen und Sturzkampfbomber künstlerisch bewältigt hätte. Guernica wurde nur einmal gemalt, und dann nie wieder. Diese Zurückhaltung, dieses Schweigen der besten Künstler muss einen Grund gehabt haben. Zu ihrer Ehrenrettung wollen wir annehmen: Sie schämten sich der deutschen Taten so sehr, dass sie über die deutschen Opfer schweigen mussten.

War Schweigen die einzige Option? Geschwiegen wurde genug. Das Schweigen wählten Millionen Frauen, die über die demütigenden Vergewaltigungen aus Scham nicht sprechen mochten. Auch jene Mutter, die ihr totes Kind in eine Tannenschonung geschoben hat, um den Fliehenden zu folgen, wird so lange geschwiegen haben, bis sie vergessen hatte, jemals ein Kind geboren zu haben. Schweigen aus Scham war der nahe liegende Versuch, mit diesen Bildern fertig zu werden, eine untaugliche Therapie, wie wir heute wissen, weil das Unterbewusstsein nicht vergessen kann.

Zu dem Schweigen aus Scham und Betroffenheit trat ein Schweigen aus Opportunität. Die Millionen Menschen, die aus dem Osten in das zerstörte Restdeutschland strömten, waren keine willkommenen Gäste. Sie wurden als Bedrohung empfunden, weil sie Verständnis und materielle Hilfe einforderten. Warum seid ihr geflohen? Ihr hättet auf euren Höfen und in euren Häusern bleiben können, bis der Krieg zu Ende ist. Solche Sätze wurden gelegentlich laut gesprochen und noch häufiger gedacht. Den Nachkriegsdeutschen erschien es nicht opportun, das Leiden der Flüchtlinge und Vertriebenen herauszustellen, weil damit nur ihren materiellen Forderungen Nachdruck verliehen worden wäre.

Es fällt schwer, der heutigen Generation die Gründe für die Flucht zu erklären. Sie kann sich die Angst, die damals herrschte und die die Menschen aus den Häusern trieb, so gar nicht vorstellen. Die Frage: Wäre es angesichts der Strapazen

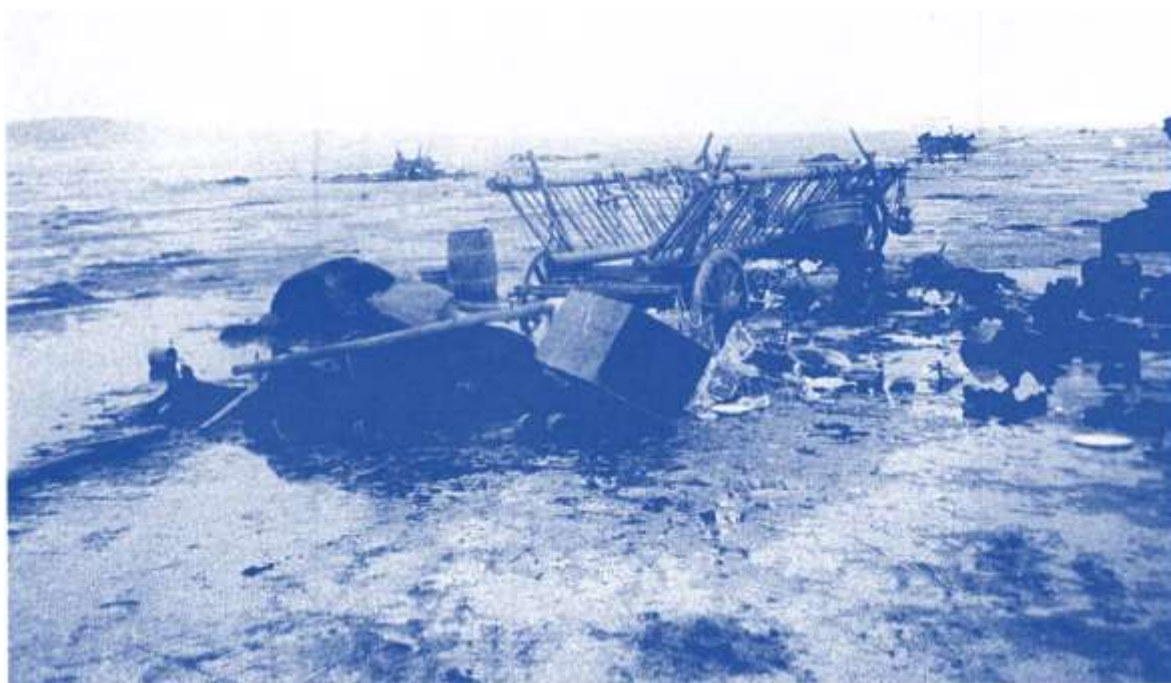
einer Flucht im Winter nicht richtiger gewesen, zu Hause zu bleiben? ist eine Frage derer, die vom Rathaus kommen und wissen, wie es ausgegangen ist. Für die damals Handelnden gab es zur Flucht keine Alternative, zu schrecklich war das, was sie zu erwarten hatten. Nur ein paar Alte schlossen mit dem Leben ab und verzichteten auf Flucht. Viele sahen in der Flucht auch nur ein vorübergehendes Zurückweichen, in zehn Tagen wollten sie wieder zu Hause sein. Einmal auf der Strasse, liess die nachrückende Front die Welle der Flüchtenden anschwellen, trieb sie über das Eis und zu den Häfen.

Eine weitere Form des Schweigens erzwang die Political Correctness. Jede Darstellung unschuldiger Opfer, mag sie noch so zurückhaltend geschehen, impliziert einen Vorwurf gegen die, die dieses Leiden angerichtet oder zugelassen haben. Vorwürfe aus deutschem Mund durften aber, nach allem was im deutschen Namen geschehen war, nicht ausgesprochen werden, so wollte es die Political Correctness. Wer links dachte – und dazu gehörten viele Künstler, die berufen waren, dem Geschehenen eine Stimme zu geben –, konnte es nicht zulassen, dass das Vaterland aller Werktätigen mit so etwas wie Massenvergewaltigungen und Verschleppungen beschmutzt wurde. In der Fernsehverfilmung eines meiner Bücher brachte der junge Regisseur es nicht übers Herz, eine Sequenz zu zeigen, bei der ein Rotarmist eine Frau mit vorgehaltener Maschinenpistole zum Mitkommen zwingt, so wie es Romanvorlage und Drehbuch vorsahen. Er liess – Deus ex Machina – einen Offizier auftreten, der die Frau rettete.

In der DDR gab es ein befohlenes Schweigen, so weit es die Taten im Osten anging. Vorgänge, die nicht vollständig unterdrückt werden konnten, wurden euphemistisch umschrieben, statt von Flüchtlingen und Vertriebenen sprach man von Umsiedlern, den Einzug der Roten Armee mussten die Bürger als Befreiung feiern. Die lange Gefangenschaft deutscher Soldaten in der Sowjetunion erklärte die DDR damit, dass es sich um



Nachdem Ostpreussen von russischen Truppen eingekesselt worden war, blieb als einziger Fluchtweg nur noch der Treck über das zugefrorene Frische Haff. Oft wurden die Wagenkolonnen von Tiefliegern angegriffen und beschossen. Dabei gab es viele Tote und Verwundete. Es kam zu unvorstellbaren Szenen der Verzweiflung und Not: Pferde brechen zusammen, Wagen versinken im brüchigen Eis des Haffs, Mütter halten ihre erfrorenen Kinder im Arm, Alte sterben an Hunger und Erschöpfung.



Kriegsverbrecher handle, die ihre Strafe zu verbüssen hätten. Über die alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte durfte dagegen gesprochen werden, weil diese Taten dem Klassenfeind zugerechnet werden konnten.

Im Westen konnte das Schweigen nicht befohlen werden, es bedurfte subtilerer Methoden. Alle Hervorbringungen zu diesem Thema wurden tief gehängt und vom Zeitgeist mit Stirnrunzeln oder Nichtbeachtung gestraft. Auch wenn es nur um Gedenken ging, frei von revanchistischen Ansprüchen und Aufrechnungsmotiven, es war nicht erwünscht. Stattdessen übte man sich in freundlicher Umschreibung. Um das Wort Vertreibung nicht aussprechen zu müssen, erfand ein Bundespräsident in seiner berühmten Rede zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs die Metapher von der «erzwungenen Wanderschaft». In die Schublade mit der Aufschrift «Ewiggestrige» kamen alle, die es wagten, an den Verlust von Heimat und Angehörigen zu erinnern. In Polen wurde übrigens ein ähnliches Stück aufgeführt. Solange der grosse Bruder im Osten die Macht besass, war es verpönt, an jene Landsleute zu erinnern, die im Zuge der Westverschiebung Polens von den Sowjets vertrieben worden waren.

Unbedingt verhindern wollte die Political Correctness das Entstehen eines Aufrechnungssyndroms. Wer sich mit Flucht, Vertreibung, Massenvergewaltigung, Verschleppung und Bombenopfern befasst, könnte auf den Gedanken kommen, dieses Leiden mit den Schrecken zu verrechnen, die die Deutschen angerichtet hatten. Als Saldo käme vielleicht heraus: Die Deutschen haben Furchtbares angerichtet, aber sie haben auch furchtbar gebüsst, also sind wir quitt. Einer solchen Aufrechnungsmentalität musste von vornherein der Nährboden entzogen werden, sie hätte politischen Flurschaden angerichtet, denn jede Aufrechnung ist immer auch Anklage und zugleich Relativierung der eigenen Schuld. Vermutlich wäre die Wiedervereinigung Deutschlands mit einer solchen Haltung nicht erreichbar

gewesen. Ein bewusstes Zurücknehmen bei der Frage nach deutschen Opfern war daher für lange Zeit eine politische Notwendigkeit.

Nicht notwendig war es, diese Haltung mit verletzenden Argumenten zu begründen. So wurde die Frage gestellt, ob Schuld nicht auch bei den Opfern liege. War eine persönliche Schuld nicht zu finden, etwa bei Kindern, war es Schuld genug, dem Volk anzugehören, das den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hat. Die Rede vom Sturm, den die Ernten, die Wind gesät haben, brachte dafür das geeignete Bild. Es ist die bösartigste Metapher, die der Zeitgeist erfunden hat. Denn dem Sturm fallen in der Regel die zum Opfer, die keinen Wind gesät haben, die schlichten Leute, die Frauen und Kinder, die bis heute verbittert sind, weil sie für etwas zur Rechenschaft gezogen wurden, das andere angerichtet hatten. Nach ihrem Verständnis von persönlicher Verantwortung fühlten sie sich unschuldig, so unschuldig wie die Kinder, die in den Feuerstürmen verbrannten. Dass eine individuelle Schuld nicht mehr gefragt, sondern von einer kollektiven Verantwortung abgelöst worden war, hat den einfachen Menschen niemand gesagt. Sie haben es bis heute nicht begriffen. Die Verallgemeinerung von Schuld und Sühne – du wirst bestraft, weil du einem Volk angehörst –, war bis zum Zweiten Weltkrieg ein unbekanntes Phänomen, und es waren die Deutschen, die diese Abart eingeführt hatten, in dem sie töteten, nicht weil jemand schuldig, sondern weil er Jude, Pole, Russe oder Zigeuner war. Zum Ende des Krieges schlug es auf die Urheber zurück und wurde für viele zur tödlichen Falle.

Unzählige Menschen im Osten klammerten sich an den Satz: «Ich habe nichts Böses getan, also kann mir auch nichts Böses geschehen.» Sie erfuhr zu spät, dass persönliche Unschuld nicht mehr gefragt war. Sechzig Jahre nach dem Geschehen wendet sich der Zeitgeist. Der gewaltige Eisberg, der unter der Wasseroberfläche gehalten wurde, taucht auf und will bearbeitet werden. Die

Bilder sind da und nicht auszulöschen. Mit der biologischen Lösung, dem Sterben der Betroffenen, geht diese Last nicht aus der Welt, denn das kollektive Unterbewusstsein wirkt über den Tod hinaus. Es wachsen Generationen nach, die danach fragen werden, was ihren Vorfahren zugestossen ist. Frei von persönlicher Schuld und jedem Revanchismusvorwurf können sie Kapitel für Kapitel der Geschichte aufarbeiten. Die Archive quellen über, viele Ereignisse sind in literarischer Form zu Metaphern geworden. Wie der Dreissigjährige Krieg, wie der Holocaust oder der n. September 2001 sind Flucht und Vertreibung zum traurigen Erbe der Menschheit geworden, ein nicht mehr zu beschweigendes Brandmal.

Auch auf die Wissenschaft kommt Arbeit zu. Sie, die die abseitigsten Facetten des Dritten Reichs ausführlich erforscht hat – die exzessive Beschäftigung mit dem NS-Staat hat übrigens zu einer ungewollten Aufwertung dieses Systems geführt, allein über Hitler gibt es weltweit mehr als 120'000 Werke –, sieht sich einer Terra incognita gegenüber, was die Themen Flucht und Vertreibung angeht. Es bleibt viel zu tun.

Zu fragen ist, was die Zeitenwende ausgelöst hat. An erster Stelle muss der Zusammenbruch des Ostblocks genannt werden. Die Linke ist heimatlos geworden, sie verspürt nicht mehr den Zwang, das kommunistische System schützen, es von Vorwürfen freihalten zu müssen. Der Fall der Mauer beseitigte nicht nur Betonteile und legte verschüttete Wege frei, sondern gab auch einer geistigen Flutwelle Raum. Plötzlich durfte über das, was im Schatten des Eisernen Vorhangs geschehen war, unvoreingenommen gesprochen werden. Im «Schwarzbuch des Kommunismus» listeten junge Historiker auf, was die kommunistische Ideologie der Menschheit angetan hatte. Zuvor schon hatte Solschenizyn in seinem «Archipel Gulag» den Schleier des humanen Sozialismus zerrissen und den wahren Charakter des Sowjet-Systems freigelegt. Als die deutschen Dichter noch schwiegen, waren es Russen (Sol-

schenizyn, Kopelew), die die Verbrechen der Roten Armee an Deutschen zu schildern wagten. Auch gegenüber den westlichen Siegermächten schwand die schuldbewusste Unterwürfigkeit, was dazu führte, dass Bücher, die die Bombenkriegsführung der Alliierten anklagten, geschrieben und mit Erfolg verbreitet werden konnten. Die demütige Zurückhaltung, die den Besiegten so lange zustand, ist nicht mehr gefragt. Eine selbstbewusste Generation ist herangewachsen und nimmt sich das Recht, nicht mehr zu schweigen. In dieser Phase der Entwicklung stehen wir heute. Es wird Zeit, sich der neuen Strömung bewusst zu werden, sie zu begleiten und zu kanalisieren, damit sie sich nicht in trüben, rechtsradikalen Seitenarmen verliert. Eine weitere Tabuisierung deutschen Leidens müsste irgendwann zu



Alexander Solschenizyn (geb. 11.12.1918) hat mit seinem Buch «Der Archipel Gulag» den Schleier des humanen Sozialismus zerrissen und den menschenverachtenden Charakter des Sowjetsystems freigelegt.



Eines der berüchtigten Straflager in Sibirien. Hunderttausende mussten hier unter unvorstellbaren Bedingungen Zwangsarbeit verrichten. Nur wenige sahen ihre Heimat wieder. Die Verschleppungen deutscher Zivilisten durch die Sowjet-

union begannen bald nach dem Einmarsch der Roten Armee. Viele starben schon in den Sammellagern, weitere auf der langen Reise nach Russland, die in Güterwaggons erfolgte.

einer explosiven Entladung führen, und das in eine Richtung, die niemand wünschen kann.

Wir müssen das Vergangene öffentlich machen, damit es sich nicht wiederholt, lautet die häufigste Begründung für Nicht-mehr-Schweigen. Dahinter steckt die Erwartung, die Benennung des Schreckens als Prophylaxe für die Zukunft einzusetzen. Nach den Erfahrungen, die wir in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, sind Zweifel angebracht, ob diese Immunität erreichbar ist. Bilder von Flucht und Vertreibung haben das ausgehende 20. Jahrhundert begleitet und verfolgen uns heute noch; sie erreichten uns aus Bosnien und dem Kosovo und begleiten die Tagesnachrichten aus Afrika. Keine noch so eindringliche Mahnung kann offenbar verhindern, dass es immer wieder geschieht.

Das Bemühen um Prophylaxe ist keine ausreichende Begründung, um über das historische Geschehen heute zu sprechen. Vor allem geht es darum, den Betroffenen, die es immer noch schmerzt, dass ihr Leiden und das ihrer Angehörigen so wenig beachtet wurde, Genugtuung zu verschaffen. Die von Deutschen angerichteten Schrecken sind ausgiebig dargestellt worden, dem Holocaust widmen wir Gedenktage und Mahnmäler, aber unser Leiden wird in kleiner Münze gehandelt. So denken viele. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, diesen Menschen, bevor sie sterben, wenigstens die Gewissheit mitzugeben, dass jenes Geschehen nicht vergessen wird. Für die Betroffenen ist es eine psychotherapeutische Notwendigkeit, das verschüttete Geschehen auszugraben, um wieder freier atmen zu können.



Das Jahrhundert der Flüchtlinge und Vertriebenen: «Ethnische Säuberungen» fanden auch Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts im jugoslawischen Bürgerkrieg statt. Ziel war es, möglichst nur von einer Volksgruppe

bewohnte Nationalstaaten zu schaffen und Mischsiedlungen, lange Zeit ein Charakteristikum dieser Region Europas, zu vermeiden. Kosovo-Flüchtlinge in Mazedonien 1999.

Flucht und Vertreibung der Menschen anderer Sprache oder Konfession forderten im ehemaligen Jugoslawien viele Menschenleben. Allein im bosnischen Srebrenica wurden 1995 beim größten Massaker in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg etwa 7'000 Menschen getötet, 40'000

wurden zur Flucht gezwungen. In Deutschland weckten die Bilder von Flucht und Vertreibung u.a. der Kosovo-Albaner bei vielen schmerzhaften Erinnerungen an das selbst erlittene Schicksal nach dem Zweiten Weltkrieg.



Bereits kurz nach dem Einmarsch der Roten Armee in die deutschen Ostgebiete begannen die «wilden» Vertreibungen, die bis zur Konferenz von Potsdam im Juli/August 1945 anhielten. Diese mit Willkürakten und Gewalttaten verbundenen Vertreibungen waren die Vergeltung für das zuvor von Deutschen angerichtete Leid. Nun entlud sich der über Jahre aufgestaute Hass der sowjetischen Soldaten, aber auch der polnischen und tschechischen Bevölkerung. Obwohl die «wilden» Vertreibungen spontan wirkten, waren sie weitgehend gesteuert. Es lag im Interesse der neuen Machthaber, unumkehrbare Fakten zu schaffen, um noch vor einer möglichen vertraglichen Regelung der neuen Grenzen möglichst viele ehemalige deutsche Gebiete ethnisch zu «säubern».

Und für uns alle ist es moralische Pflicht, dafür zu sorgen, dass Hunderttausende nicht ohne Postskriptum aus den Listen der Lebenden gestrichen werden. Die zahllosen Menschen, die unbeachtet im Strassengraben verwesten, aus dem Zug geworfen oder in Massengräber gelegt wurden und bis zu ihrem Ende nicht begreifen konnten, was sie verbrochen hatten, verdienen es, wenigstens erwähnt zu werden. Es liegt nahe, dass der Blick, nachdem er jahrzehntelang auf den Taten der Deutschen und dem Leiden anderer ruhte, nun stärker auf die deutschen Opfer gerichtet wird, weil hier der Zeitgeist Nachholbedarf verspürt. Das wäre so falsch wie die bisherige Überbetonung deutscher Taten falsch war. Die einseitige Wahrnehmung nur bestimmter Opfergruppen stellt immer auch eine Herabsetzung aller anderen Opfer dar. Auch Flucht, Vertreibung



Ein grosser Teil der Vertriebenen waren Frauen und Kinder. Beladen mit dem, was sie tragen konnten, traten sie die mühselige Reise nach Westen an.

und die anderen Schrecken des Zweiten Weltkriegs dürfen nicht mehr selektiv behandelt und bestimmten Opfergruppen allein zugeordnet werden. Alle Plagen gehören zu jener Urkatastrophe, die Europa heimgesucht hat, und sind gemeinsames Schicksal der europäischen Völker. Es gab nicht nur Flucht und Vertreibung der Deutschen, sondern auch der Polen, der Russen, der Balten, der Russlanddeutschen. Der «Archipel Gulag», das KZ-System, der Holocaust, Flucht, Vertreibung, Verschleppung, Massenvergewaltigung und Bombenkrieg gegen Frauen und Kinder gehören zum gemeinsamen Gedenken an die aus den Fugen geratene Welt des 20. Jahrhunderts.

Viele Ereignisse überschritten sich, Täter und Opfer tauschten die Rollen. Die NS-Konzentrationslager wurden von den Kommunisten übernommen und mit neuem Personal und anderen Opfern fortgeführt. Die deutschen Verschleppten trafen in den Lagern Sibiriens auf die Stalinschen Opfer des «Archipel Gulag».

So richtig es ist, nicht mehr über das Leiden der Deutschen zu schweigen, so wichtig ist es auch, an alle Opfergruppen zu denken. Erinnern und Gedenken sollten als europäisches Gemeinschaftserlebnis verstanden werden. Das zusammenwachsende Europa muss den Kalvarienberg, den das 20. Jahrhundert hinterlassen hat, gemeinsam abtragen. Es ist uneuropäisch, nur der eigenen Opfer zu gedenken.



1942: Ein deutscher SS-Mann erschießt einen Zivilisten am Rande eines Massengrabs bei Winniza in der Ukraine. «Die blühendste Phantasie ist arm gegen die Dinge, die eine organisierte Mörder-, Räuber- und Plünderbande unter angeblich höchster Duldung dort verbricht», so der erschütternde Bericht eines deutschen Offiziers. Erschiessungen von «rassisch minderwertigen» Polen, Russen und Juden durch SS- und Wehrmachtsangehörige prägten das Bild des deutschen Vernichtungskriegs im Osten.

Folgende Doppelseite: Entsetzt betrachten russische Frauen und Kinder die Trümmer ihres durch deutsche Truppen zerstörten Dorfes. Sie haben ihr gesamtes Hab und Gut verloren und sehen einem ungewissen Schicksal entgegen.





Schweigen ist keine Antwort

Bereits am 23. Januar 1945 tauchen die ersten Panzerspitzen der Roten Armee im westpreussischen Elbing auf. Vier Tage danach ist Ostpreussen von seiner Landverbindung nach Westen abgeschnitten. Nun bleibt als einziger Fluchtweg nur noch derjenige über das Frische Haff. Viele müssen in eisiger Kälte den weiten Weg zu Fuß zurücklegen.



Obwohl russische Truppen dieses Dorf bereits eingenommen haben, versuchen noch Menschen aus ihrer Heimat zu flüchten. Im Hintergrund riegelt ein sowjetischer Posten die Straße ab.





Ein Flüchtlingstreck überquert das Eis des Frischen Haffs. In endlosen Kolonnen versuchen Alte, Mütter und Kinder, über die Frische Nehrung Danzig zu erreichen, um von dort per Schiff in den Westen zu gelangen. Dabei sterben viele an Hunger und Erschöpfung, unter den Angriffen sowjetischer Tiefflieger brechen Pferde zusammen, Wagen versinken im Eis.

Schweigen ist keine Antwort

Besonders dramatisch ist die Lage in der zur Festung erklärten Stadt Breslau. Bei 16 Grad unter Null müssen Ende Januar auf Befehl des Gauleiters Tausende die schlesische Metropole zu Fuss verlassen. Nach russischen Bombenangriffen flieht diese Frau durch die brennenden Strassen Breslaus.



Vertriebene auf dem Marsch zum Hauptbahnhof von Glatz/Niederschlesien zum Abtransport in Viehwaggons im Februar 1946





In Schlesien brach die erste grosse Fluchtwelle ab Mitte Januar 1945 los. Es bildeten sich lange Trecks, die nach Sachsen, in Richtung Sudetenland oder nach Berlin zogen. Eine Fahrt ins Ungewisse ...



Bereits kurz nachdem die Rote Armee in Schlesien eingerückt war, kam es hier zu «wilden» Vertreibungen. Dabei wurden Deutsche aus ihren Häusern gejagt, in Lager gebracht oder als Zwangsarbeiter direkt nach Russland deportiert.

Schweigen ist keine Antwort

Das Foto vom Mai 1946 zeigt, wie eine Gruppe Sudetendeutscher das Internierungslager Modrany/Prag verlässt, um nach Deutschland deportiert zu werden.



Am 25. Januar 1946 werden die ersten 1'200 Sudetendeutschen aus Marienbad per Güterwaggon nach Deutschland transportiert.





Plünderungen und Brandstiftungen sind in den letzten Monaten des Krieges und danach auch im Sudetenland an der Tagesordnung. Deutsche werden in Lagern unter freiem Himmel zusammengefasst. Oft werden ihnen auch die letzten Habseligkeiten abgenommen. Glück hat derjenige, der noch mit einem organisierten Treck in den Westen ziehen kann.

Die Vertreibung der Deutschen. Ursachen, Ablauf, Folgen

Mathias Beer

Deutschlands Problem Nr. 1

«Deutschlands Problem Nr. 1: 12 Millionen Vertriebene», titelte «Das Parlament» am 12. März 1952. Mit dieser Schlagzeile – grosse schwarze Buchstaben zusätzlich mit einem roten Balken abgesetzt – eröffnete die Bonner Wochenzeitung ihre ausschliesslich der Vertriebenenfrage gewidmete Ausgabe: «Einer Sturzflut gleich wälzten sich nach dem Zusammenbruch 1945 endlose Züge von obdachlosen Menschen über die deutschen Grenzen: östlich der Oder-Neisse-Linie und in der Tschechoslowakei hatten die Sieger alle Deutschen gezwungen, über Nacht Heimat und Besitz zu verlassen.»¹ Für «Die Woche im Bundestag», so der Untertitel der Wochenzeitung, war nur die Vertriebenenfrage in der Bundesrepublik ein Thema. Die in der Überschrift genannte Zahl bezog sich aber auf beide deutschen Staaten? Von ihrem von Abgrenzung und Verflechtung gekennzeichneten Verhältnis bestimmt, gingen die Bundesrepublik und die DDR mit «Deutschlands Problem Nr. 1» sowohl innen- als auch aussenpolitisch unterschiedlich um. Sie waren auch von den Folgen der Zwangsmigration in unterschiedlichem Mass betroffen. Und sie verwendeten für die von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung Betroffenen jeweils andere Begriffe. Bei der Volkszählung vom 13. September 1950 betrug der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen – so die im Westen gesetzlich festgeschriebenen Bezeichnungen – in der Bundesrepublik 16,5 Prozent. Das entsprach etwa acht Millionen Menschen. Zum gleichen Zeitpunkt lebten auf dem Gebiet der DDR über vier Millionen Umsiedler, wie der dort verordnete Begriff lautete. Mit fast 25 Prozent war der Bevölkerungsanteil der Ausgewiesenen in der DDR deutlich höher als in der Bundesrepublik.

Etwa zwei Drittel der Flüchtlinge und Vertriebenen stammten aus den östlichen Gebieten des Deutschen Reichs. Bei dem anderen Drittel handelte es sich um Volksdeutsche, also Angehörige deutscher Minderheiten aus einer Reihe von Staaten Ostmittel- und Südosteuropas. Unterschiedlich wie die Herkunft war auch die Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen in den Aufnahmegebieten. In Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, die mit Brandenburg, Niedersachsen und Bayern zu den Hauptaufnahmeländern gehörten, zählten anfangs durchschnittlich 45 beziehungsweise 33 Prozent der Bevölkerung zur Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen. In manchen Ortschaften war die ortsfremde Bevölkerung sogar in der Mehrheit. Im Unterschied dazu waren zum Beispiel in Rheinland-Pfalz lediglich drei von hundert Personen Flüchtlinge oder Vertriebene.

Anders als in der DDR, wo es seit der Jahreswende 1952/53 zwar immer noch das «Umsiedler-Problem», aber keine besondere «Umsiedler»-Politik mehr gab,³ war die Lage in der Bundesrepublik. Hier wurde dem Vertriebenenproblem in Politik, Gesetzgebung und Verwaltung ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Die Einrichtung eines Bundesministeriums für Angelegenheiten der Vertriebenen ist nur ein Indiz dafür.⁴ Laut der Zeitung «Das Parlament» übertraf die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Bundesrepublik 1952 die Bevölkerungsgrösse Australiens und war mehr als doppelt so hoch wie diejenige der Schweiz. Und die Zahl stieg noch weiter an. Dazu trug zum einen bis zum Bau der Mauer 1961 die verstärkte Flucht von Bewohnern der DDR in die Bundesrepublik bei. Als «Das Parlament» am 12. März 1952 seinen Lesern die Bedeutung des Vertriebenenproblems in der Arbeit des Bundestags vorstellte, waren es bereits mehr als eine Million.⁵ Unter den Flüchtlingen befand sich eine nicht unerhebliche Zahl zunächst in der DDR angesiedelter Vertriebener. Zum anderen stieg die Zahl der Flüchtlinge und Vertrie-

benen in der Bundesrepublik aufgrund der Bestimmungen des 1953 verabschiedeten Bundesvertriebenengesetzes weiter an. Dort wurden die Begriffe Vertriebener, Heimatvertriebener, Flüchtling und Aussiedler definiert. Im Gesetz ist auch die Vererbbarkeit des Vertriebenenstatus festgeschrieben. Als Folge dieser gesetzlichen Regelung und des verstärkten Zuzugs aus der DDR lag der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen 1961 in der Bundesrepublik bei 21,5 Prozent. Mehr als jeder fünfte Bewohner der Bundesrepublik war also zu diesem Zeitpunkt ein Flüchtling oder Vertriebener.

Was waren die Gründe für dieses in der neueren deutschen und europäischen Geschichte beispiellose Flüchtlings- und Vertriebenenproblem?

Ein Bündel von Ursachen

Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung sind Teil der etwa 20 Millionen Menschen betreffenden Zwangsmigrationen in Europa am Ende des Zweiten Weltkriegs. Zwischen einzelnen dieser Bevölkerungsverschiebungen bestehen enge Verbindungen. Der Entscheidung, die deutsche Bevölkerung aus den Ostprovinzen des Deutschen Reichs und aus mehreren Staaten Ostmittel- und Südosteuropas umzusiedeln und auszuweisen, liegt nicht eine einzelne Ursache zugrunde. Sie geht nicht nur auf eine bestimmte Person, einen Staat oder eine der politischen Ideologien des 20. Jahrhunderts zurück. Sie ist auch nicht die Folge eines von Anfang an feststehenden Plans. Vielmehr ist die Entscheidung zur Zwangsumsiedlung das Ergebnis eines vielschichtigen Prozesses, der mehrere eng miteinander verflochtene Stränge vereinigte. In ihm entfalteten Faktoren ihre Wirkung, die tief in der modernen europäischen Geschichte verwurzelt sind. Dazu gehört zum einen der Siegeszug des übersteigerten Nationalismus mit seinem Ideal des homogenen Nationalstaats, zum anderen die Praxis, Minderheitenprobleme durch ei-

nen zwischenstaatlich vereinbarten Bevölkerungsaustausch oder durch Umsiedeln und Vertreiben zu lösen. Zu solchen langfristigen Faktoren kamen die verbrecherischen Auswirkungen der rassistisch begründeten nationalsozialistischen deutschen Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik während des Zweiten Weltkriegs. Sie bestärkten die alliierten Grossmächte sowie die unterworfenen und besetzten Länder Ostmitteleuropas in der Auffassung, dass die auf ihrem Territorium lebenden deutschen Minderheiten eine Gefahr für den Bestand dieser Staaten darstellten und daher umgesiedelt beziehungsweise ausgewiesen werden müssten. Schliesslich floss in den Entscheidungsprozess für die Umsiedlung und Vertreibung der deutschen Bevölkerung die veränderte Machtkonstellation in Europa am Ende des Zweiten Weltkriegs ein. Der neuen kontinentalen Supermacht Sowjetunion gelang es, ihren nach Mitteleuropa gerichteten Machtanspruch in wesentlichen Punkten durchzusetzen. Mit den neuen Grenzziehungen waren Bevölkerungsverschiebungen riesigen Ausmasses verbunden.

Nationalstaatsidee und Bevölkerungsumsiedlung

In seinem grundlegenden Werk über Krieg und Bevölkerungsveränderungen aus dem Jahr 1948 beziffert Eugene Kulischer den Umfang der grenzüberschreitenden europäischen Migrationsströme in der Zeit zwischen 1918 und 1939 auf etwa zehn Millionen Menschen.⁶ Ein Grossteil davon betraf die Bevölkerung Ostmittel- und Südosteuropas. Sie musste aufgrund des Auseinanderbrechens mehrerer Grossreiche als Folge des Ersten Weltkriegs, der damit einhergehenden Grenzveränderungen und der Entstehung neuer Staaten fliehen, sie wurde ausgewiesen oder umgesiedelt. Dadurch erreichten von Staaten verursachte, eingeleitete und durchgeführte Zwangsmigrationen in der Zwischenkriegszeit eine quantitativ und qualitativ neue Dimension. Das ihnen

zugrunde liegende Prinzip – der ethnisch homogene Nationalstaat – war dagegen nicht neu. Es ist eng verbunden mit der Herausbildung der modernen europäischen Nationalstaaten seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Im Zeitalter des «nationalen Erwachens» strebten alle Nationen danach, einen Nationalstaat zu bilden, um das Staatsterritorium und das Staatsvolk miteinander in Einklang zu bringen. Damit verbundene Homogenisierungsbestrebungen weisen ein breites Spektrum auf. Es reicht von der gezielten sprachlichen und kulturellen Angleichungspolitik mit dem Ziel, die Minderheiten im staatstragenden Volk aufgehen zu lassen, bis hin zum Verschieben von Grenzen oder zum Verschieben von Menschen über Grenzen hinweg. Assimilation, Ausgrenzung, Bevölkerungsaustausch, Umsiedlung und Vertreibung der gemäss der Nationalstaatsideologie und des Nationalitätsprinzips herausdefinierten religiösen, sprachlichen und

ethnischen Minderheiten waren die Folge. «Der Kampf um das nationale Territorium ist auch ein Kampf um nationale Homogenität.»⁷

Noch religiös oder schon national definierte ethnische Minderheiten wurden in Europa seit dem Ende des 19. Jahrhunderts umgesiedelt und ausgetauscht. Umsiedlungen gehörten auch zu den Begleiterscheinungen der Balkankriege 1912/13. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war in ganz Europa der Gedanke verbreitet, Minderheitenprobleme liessen sich wirkungsvoll durch Umsiedlung oder Bevölkerungsaustausch lösen. Nicht allein der Publizist Siegfried Lichtenstädter⁸ oder der Anthropologe George Montandon⁹ plädierten für eine «massive Verpflanzung» von Minderheiten in ihr Mutterland, für eine Entmischung der Bevölkerung, um dadurch Kriege zu vermeiden. Das Verpflanzen von Bevölkerungsgruppen wurde allgemein als das erfolgversprechendste Mittel



Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches war es Ziel der an die Macht gelangten Jungtürken, einen ethnisch homogenen Nationalstaat aufzubauen. Bereits 1909 kam es zu einem Pogrom gegen die Volksgruppe der Armenier, das ca. 300'000 Opfer forderte. Im April

1915 wurden mehr als 5'000 Angehörige der armenischen Elite von jungtürkischen Kommandos ermordet. Auf diesem Bild, das 1915 entstand, bewachen Türken Armenier, die kurz danach erschossen werden.



In den Balkankriegen von 1912/13 wurde ein Grossteil des Osmanischen Reiches von den angrenzenden Nationalstaaten Serbien, Bulgarien und Griechenland annektiert. Der Einmarsch der Truppen in die eroberten Gebiete und die damit einher-

gehenden Verbrechen lösten Fluchtbewegungen aus. Flüchtlinge aus Thrakien warteten an den Landungsbrücken Konstantinopels auf ihre Einschiffung nach Asien.

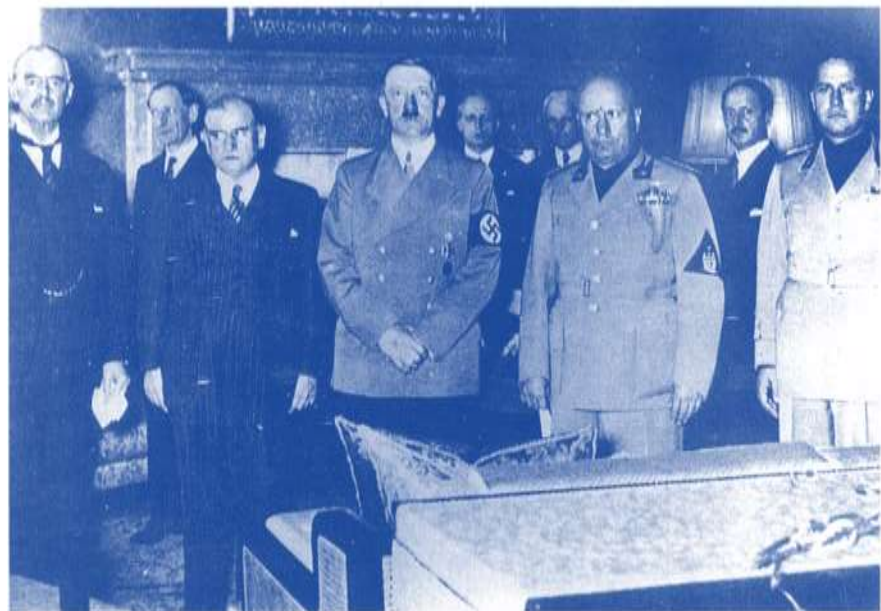
angesehen, um eine friedliche Koexistenz der auf das Selbstbestimmungsrecht pochenden Nationalstaaten zu gewährleisten. Umsiedlungen entwickelten sich – zu Lasten eines effektiven Minderheitenschutzes, wie ihn die Friedensregelungen nach dem Ersten Weltkrieg und der Völkerbund angestrebt hatten – zunehmend zu einem anerkannten Instrument der europäischen Politik. Dass es sich dabei nicht nur um theoretische Pläne, sondern um international sanktionierte Politik handelte, macht die am 30. Januar 1923 zwischen Griechenland und der Türkei unterzeichnete Konvention von Lausanne deutlich.¹⁰ Mit der Zahl von etwa 1,6 Millionen betroffenen Menschen, den Umständen und der Durchführung dieses gegenseitigen obligatorischen Bevölkerungsaustauschs sowie durch die Zustimmung der europäischen Grossmächte und des Völkerbunds eröffnete dieser Umsiedlungsvertrag ein neues Kapitel in der Geschichte der europäischen, staatlich sanktionierten Zwangsmigrationen. Der verpflichtende gegenseitige Bevölkerungsaustausch von Griechen und Türken, bei dem das Glaubensbekenntnis der nationalen Zuordnung der Umsiedler zugrunde lag, war bei der Lausanner Konferenz vom Flüchtlingskommissar des Völkerbunds, Fridtjof Nansen, vorgeschlagen worden. Das Abkommen legalisierte im Wesentlichen die bereits vollzogene Flucht und Vertreibung von etwa 1,2 Millionen Griechen und 400'000 Türken. Die Aufnahme und Eingliederung der Umsiedler stellte insbesondere Griechenland über Jahre hinweg vor riesige wirtschaftliche und soziale Probleme.

Trotz der bereits zeitgenössischen negativen Einschätzung des Abkommens und seiner katastrophalen Folgen für die betroffenen Menschen und Staaten entwickelte sich das Lausanner Abkommen zum Modell, auf das sich zukünftig die Befürworter von Umsiedlungen in der europäischen Geschichte beriefen – als Vorbild, oder um Bevölkerungsverschiebungen zu rechtfertigen. Einmal als Instrument der Politik gutgeheissen, wur-

de der Hinweis auf Lausanne als «gelungener» Präzedenzfall ein Argument, das auch im Entscheidungsprozess für die Umsiedlung und Ausweisung der deutschen Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkriegs von allen daran beteiligten Parteien benutzt wurde.

Die nationalsozialistische Besatzungs-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik

Die Vorstellung vom ethnisch reinen Nationalstaat und die nur wenige Jahre zurückliegenden Erfahrungen mit Umsiedlungen von Minderheiten bildeten den historischen Kontext, in dem Pläne für Um- und Aussiedlungen am Ende des Zweiten Weltkriegs erörtert wurden. Dass solche insbesondere auf deutsche Bevölkerungsgruppen bezogene Planungen im Lauf des Kriegs immer konkretere Formen annahmen, dazu hat die nationalsozialistische Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik wesentlich beigetragen.



Mit dem Münchner Abkommen vom 30. September 1938 wurde zwischen Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier die Abtretung der überwiegend von Deutschen be-

wohnten tschechischen Sudetengebiete an das Deutsche Reich beschlossen. Hitler fällt all das friedlich zu, was er sonst nur mit Gewalt hätte erzwingen können.

Die Vertreibung der Deutschen

Nach der Annexion Österreichs 1938 wurde die Tschechoslowakei Opfer der nationalsozialistischen Pläne zur «Neuordnung Europas». Den Anlass lieferte die deutsche Minderheit in den Grenzgebieten Böhmens und Mährens. Hitler holte, wie es propagandistisch hiess, die Sudeten-deutschen «heim», indem er mit Billigung der europäischen Grossmächte die Grenzen des Reiches zu Lasten der Tschechoslowakei verschob. Anders als von Hitler öffentlichkeitswirksam beteuert, markierte «München» nicht das Ende, sondern stellte den Auftakt für das gewaltsame Verrücken von Grenzen und das Verschieben von Menschen in grossem Massstab in ganz Europa dar.

Nach der endgültigen «Zerschlagung» der Tschechoslowakei löste Hitler-Deutschland mit dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 den Zweiten Weltkrieg aus. Der mit der Sowjetunion abgeschlossene Nichtangriffsvertrag verschaffte

ihm dafür die notwendige Rückendeckung. Britischen Bemühungen, den deutsch-polnischen Konflikt in letzter Minute durch einen Bevölkerungsaustausch zu vermeiden, war kein Erfolg beschieden. Hitler war entschlossen, die «mazedonischen Zustände» an der deutschen Ostgrenze zu beseitigen. Zunächst wurden als Ergebnis von Eroberungskriegen die Grenzen verschoben, an die dann die Bevölkerungsverhältnisse des «Grossdeutschen Reichs» durch Umsiedlungen und Vertreibungen gewaltsam angepasst wurden. Die militärische Eroberung Polens und die Aufteilung der Beute zwischen Deutschland und der Sowjetunion – Hitler sprach zynisch von einer «Sanierungsarbeit» – ging nahtlos über in die Vertreibung und Deportation der polnischen und jüdischen Bevölkerung sowohl durch Deutschland als auch die Sowjetunion. «Säuberungen», die Liquidierungen einschlossen, Enteignung, Ghettoisierung und Zwangsarbeit von Hundert-



Den Mitte März 1939 in den tschechischen Reststaat einrückenden deutschen Truppen

schlägt blanker Hass entgegen. In Prag werden die deutschen Besatzer von der Bevölkerung mit geballten Fäusten empfangen.



Am 1. September 1939 um 4.45 Uhr (nicht wie Hitler in seiner Reichstagsrede fälschlich

verkündete um 5.45 Uhr) beginnt ohne Kriegserklärung der Zweite Weltkrieg. Deutsche Soldaten demonstrieren einen polnischen Grenzschlagbaum.

tausenden von Menschen waren die Voraussetzungen für die angestrebte Germanisierung der eroberten Territorien und ein Mittel, um die zur rassistisch begründeten Volksgemeinschaft umgedeutete Nation zu stärken.

Diesem Ziel dienten auch die gross angelegten Umsiedlungen von Volksdeutschen aus Ost-, Südost- und Südeuropa, die Hitler nach dem Abschluss des Polenfeldzugs in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 ankündigte: «Als wichtigste Aufgabe aber: eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heisst, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so dass sich am Abschluss der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist. In diesem Sinne aber handelt es sich nicht nur um ein Problem, das auf den deutschen Raum beschränkt ist, sondern um eine Aufgabe, die viel weiter hinausgreift. Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splintern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen.»¹¹ Der Rückgriff Hitlers auf Argumente, wie sie in der Minderheitenpolitik der Zwischenkriegszeit spätestens seit dem Präzedenzfall «Lausanne» auf der Tagesordnung standen, war taktischen Überlegungen geschuldet. Sie sollten die rassistisch begründeten, auf ganz Europa ausgeweiteten Eroberungspläne Deutschlands verschleiern. Erste Umsiedlungsverträge schloss Deutschland mit Italien ab. Um das faschistische Italien an sich zu binden, stimmte Hitler der Umsiedlung der deutschsprachigen Südtiroler zu. Den Vereinbarungen mit Italien folgten weitere 14 Umsiedlungsverträge des nationalsozialistischen Deutschlands mit einer Reihe ost- und südosteuropäischer Staaten. Unter der Parole «Heim ins Reich» wurden etwa eine Million Angehöriger deutscher Minderheiten aus den drei baltischen Staaten, aus der Sowjetunion, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Serbien und Bosnien umgesiedelt. Die Zuständigkeit dafür lag bei einer neu geschaffenen Dienststelle, dem «Reichskommissa-

riat für die Festigung deutschen Volkstums», die einen eigens dafür spezialisierten Apparat aufbaute. Er sicherte die technische Abwicklung der einzelnen Umsiedlungen, die eine rassistische Prüfung der Betroffenen einschloss. Der Grossteil der Umsiedler aus dem Baltikum, aus Wolhynien, Bessarabien, der Bukowina, der Dobrukscha und der Gottschee wurde nicht auf dem Reichsgebiet, sondern zur Eindeutschung der «eingegliederten Ostgebiete» vor allem im Reichsgau Warthegau angesiedelt. «Na ja, dann ham mer dann unser Zettel kriegt, so e Umsiedlungsnummer, und ewige Wanderzigeuner, EWZ [Einwanderungszentrale], hiess des. Und des hat mer sich umgehängt, und da war die Nummer drauf un alles. Und dann sim mer bis nach Litzmannstadt, und dort sim mer entlaust worden und dann war' mer e Zeitlang dort, e paar Tag, und dann is mer eingebürgert worn.»¹² Dem «Platzschaffen» für Volksdeutsche fiel die polnische



Vom ersten Tag an wird der Krieg in Polen brutal und mit grösster Härte geführt. Reinhard Heydrich, Chef des Sicher-

heitsdienstes, ordnet an, die Angehörigen der polnischen Führungsschicht zu töten. Auf dem Alten Ring in Bromberg warten prominente Einwohner der Stadt auf ihre Hinrichtung,

in der Mitte stehend der Dekan der Universität, Professor Stepczynski.

Unter der Parole «Heim ins Reich» wurden etwa eine Million Angehörige deutscher Minderheiten aus Italien, den drei baltischen Staaten, aus der Sowjetunion, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Serbien und Bosnien ins Reichsgebiet umgesiedelt. Hier ein Aufruf des deutschen Bevollmächtigten für die Umsiedlung vom 15. September 1940

Aufruf!

Die Regierung des Deutschen Reiches und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken sind übereingekommen, daß die deutschstämmige Bevölkerung frei und unbehindert auf deutschen Boden ausreisen kann, wenn sie den Wunsch dazu hat.

Wir rufen alle Deutschstämmigen auf, sich beim deutschen Bevollmächtigten an den angegebenen Orten zu melden und den Wunsch zur Umsiedlung zu äußern!

Alle Deutschen, die das 14. Lebensjahr erreicht haben, können den Wunsch zur Umsiedlung beim deutschen Bevollmächtigten in persönlicher Meldung (mündlich oder schriftlich) vorbringen.

Für die Ausreise von Kindern bis zu 14 Jahren genügt die Meldung des Familienoberhauptes.

Zur Meldung sollen nach Möglichkeit Urkunden über die Volkstumszugehörigkeit des Auswanderungswilligen vorgelegt werden.

Wer sich zur Umsiedlung meldet, muß sich beim deutschen Bevollmächtigten genauestens über die für die Nitnahme der Habe bestehenden Bestimmungen, sowie über die für die Ausreise vorgesehene Ordnung erkundigen.

Der Zugang zum Melde-Ort (Ort der Registrierung), ist für alle, die auszusiedeln wünschen, unbehindert.

Die Verbindung zwischen Euch und den deutschen Bevollmächtigten ist frei!

Die Umsiedlung beginnt am 15. 9. 40. und wird in kürzester Zeit durchgeführt.

Der deutsche Bevollmächtigte für die Umsiedlung.

und jüdische Bevölkerung zum Opfer. Sie wurde «abgesiedelt», zu Hundertausenden enteignet, ins Generalgouvernement abgeschoben und ausgewiesen.

Die «Rückführung» von Volksdeutschen und, wie es in der NS-Terminologie hiess, die «Ausschaltung schädigender Einflüsse volksfremder Bevölkerungsteile» gingen nicht nur Hand in Hand. Beide Vorgänge lagen auch in einer Hand, nämlich in der des «Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums», Heinrich Himmler. Die in Polen, dem Laboratorium der nationalsozialistischen Rassenpolitik, durchgeführte «ethnische Flurbereinigung» fand ihre Fortsetzung in der radikalen nationalsozialistischen Besatzungs-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik in Osteuropa. Millionen von Todesopfern waren das Ergebnis einer «völkischen Neuordnung» Europas, deren Pläne noch weit über die grausame Realität hinausgingen. Dem «Generalplan Ost» zufolge sollte die so genannte Volkstumsgrenze 1'000 Kilometer nach Osten verschoben werden. Dafür sollten 30 bis 40 Millionen «Fremdrassige» deportiert oder vernichtet und die betreffenden Gebiete mit deutschen Neusiedlern germanisiert werden. «Umvolkung der rassisch Geeigneten, Aussiedlung von rassisch Unverdaulichen, Sonderbehandlung destruktiver Elemente, Neubesiedlung dadurch freigewordenen Raumes mit frischem deutschem Blut», war die Devise des zur politischen Religion gesteigerten Radikalnationalismus¹³. Aus- und Umsiedeln entwickelten sich unter den Bedingungen eines Systems «kumulativer Radikalisierung» zu Synonymen für Vernichten und Ausrotten. Zunächst strebte die nationalsozialistische Führung an, die «Judenfrage» durch Umsiedeln und Vertreiben einer territorialen Lösung zuzuführen. Dafür steht unter anderem der Madagaskar-Plan. Diese seit längerem in verschiedenen Ländern diskutierte, im Frühjahr 1940 von der NS-Führung erneut aufgegriffene Idee sah vor, die jüdische Bevölkerung Europas geschlossen auf die südostafrikanische Insel Madagaskar (damals französi-

sche Kolonie) abzuschieben, wo ein jüdisches Reservat entstehen sollte.¹⁴ Nach dem Überfall auf die Sowjetunion bildete sich dann der Entschluss zur physischen Eliminierung der jüdischen Bevölkerung Europas heraus. «Wenn in der deutschen Verwaltung seit dem Herbst 1941 von ‚Judenaussiedlung‘, ‚-Umsiedlung‘ und ‚-evakuierung‘ gesprochen wurde und – jetzt – Mord gemeint war, so ist das nicht allein als Tarnung zu verstehen, sondern auch als Hinweis auf die Genesis des Holocaust.»¹⁵ Hitlers Ankündigung vom 30. Januar 1939, die europäischen Juden zu vernichten, falls es zu einem Weltkrieg komme, wurde nach und nach zur grausamen Realität. Mit dem Ausgrenzen und dann der räumlichen Separierung der «Erbkranken» und «Fremdvölkischen», die im Vernichtungsantise-



Der Grossteil der Umsiedler aus dem Baltikum wurde nicht auf Reichsgebiet angesiedelt, sondern in den seit 1939 «eingegliederten Ostgebieten», vor allem im Warthegau.

Sie sollten das Gebiet «eindeutschen», nachdem die polnische und jüdische Bevölkerung vertrieben oder deportiert worden war. Erste Trecks erreichen die Grenzübergangs-

stelle bei Eydtkau in Ostpreussen. Mit einem Transparent «Willkommen in Grossdeutschland» werden sie empfangen.

mitismus gipfelte, war das Ziel der «vollendeten Nation» verbunden. Der im Nationalstaat wurzelnde Gedanke, durch Trennung und Umsiedlung von Nationen und Nationalitäten Frieden schaffen zu können, mündete in den die menschliche Vorstellungskraft sprengenden Genozid an Millionen von Juden.

Die neue globale Machtkonstellation am Ende des Zweiten Weltkriegs

Als Antwort auf die Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands bildete sich die Anti-Hitler-Koalition heraus. Sie machte Staaten mit ganz unterschiedlichen Interessen zu Verbündeten. Gemeinsames und oberstes Ziel der von Gross-

britannien, den USA und der Sowjetunion angeführten und dominierten Alliierten war es, den nationalsozialistischen Aggressor zu besiegen und Deutschland die Fähigkeit zu nehmen, Europa und die Welt je wieder mit Krieg zu überziehen. Darüber hinaus verfolgten die Grossen Drei und auch die kleineren von der nationalsozialistischen Aggression betroffenen Staaten jeweils eigene Ziele. Da die Sowjetunion während des Kriegs einen deutlichen Machtzuwachs erfuhr, kam den sowjetischen Interessen ein besonderer Stellenwert zu.

Die Sowjetunion unter Stalin hat es geschickt verstanden, die nationalsozialistische deutsche Expansionspolitik für ihre eigenen Grossmachtinteressen zu nutzen. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt grenzten die beiden Diktatoren im Herbst des Jahres 1939 ihre jeweiligen Interessensphären auf dem «osteuropäischen Schlachtfeld»¹⁶ ab. Das Abkommen sicherte der Sowjetunion einen beträchtlichen territorialen Zuwachs im Westen. Er ging zu Lasten Polens, der baltischen Staaten – die sich die Sowjetunion einverleibte – sowie Rumäniens, das die Nordbukowina und Bessarabien abtreten musste. Zunächst Nutzniesser von Hitlers «völkischer Neuordnung» Europas, wurde die Sowjetunion mit dem Angriff Deutschlands am 22. Juni 1941 dann selbst Opfer der offenkundig gewordenen Uferlosigkeit des nationalsozialistischen Herrschaftsanspruchs. Die Sowjetunion trug einen Grossteil der Last und der Opfer des nationalsozialistischen Aggressionskriegs. Den ihr daraus erwachsenen erheblichen Macht- und Prestigegewinn innerhalb der Alliierten münzte sie bei der Planung für die Nachkriegszeit zu ihren Gunsten um.

Als mittlerweile stärkste Kontinentalmacht bestand die Sowjetunion in den alliierten Verhandlungen über die europäische Nachkriegsordnung darauf, ihren Teil der Beute aus dem Hitler-Stalin-Pakt über das Ende des Kriegs hinaus zu behalten. Bei den westlichen Alliierten und Polen

Mit der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August 1939 durch Joachim von Ribbentrop (deutscher Aussenminister, Mitte) und Wjatscheslaw M. Molotow (sowjetischer Aussenminister, links) werden die Grenzen Osteuropas neu festgelegt. Am Ende des Krieges wird sich herausstellen, dass der grosse Sieger Josef Stalin (rechts) sein wird.



stiess dieses Begehren zunächst auf wenig Gegenliebe. Der englische Premierminister wettete über «die russische imperialistische Expansion». Gerade Grossbritannien war unter anderem mit dem Versprechen in den Krieg gegen Deutschland gezogen, die territoriale Integrität Polens wiederherzustellen. Letztendlich kamen aber Grossbritannien und auch die USA nicht darum herum, dem sowjetischen Anliegen Rechnung zu tragen, wollten sie den Hauptverbündeten im Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland nicht verlieren. Diesem Ziel wurde auch die bürgerliche polnische Exilregierung geopfert, die bei Grenzfragen zu keinerlei Konzessionen gegenüber der Sowjetunion bereit gewesen war. Auf der Konferenz von Teheran billigten Premierminister Winston Churchill und Präsident Franklin D. Roosevelt dem Generalissimus Josef Stalin den Verlauf der sowjetischen Westgrenze entlang der Curzon-Linie zu, also der 1920 nach dem damaligen britischen Aussenminister Curzon benannten Demarkationslinie zwischen Sowjetrussland und Polen. Unter diesen Umständen war eine Lösung gefragt, die es beiden Seiten, der Sowjetunion und den westlichen Alliierten, erlaubte, ihre Interessen und ihr Gesicht zu wahren.

Der Kompromiss, der es Grossbritannien und den USA erleichterte, ihr Versprechen auf territoriale Integrität gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten im Prinzip nicht zu brechen, und der zugleich der sowjetischen Forderung nach Anerkennung seiner West-Expansion entsprach, lief auf territoriale Kompensationen hinaus. Für die an die Sowjetunion abzutretenden Gebiete sollte Polen im Westen territorial entschädigt werden. Auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) waren sich die alliierten Grossmächte über eine Westverschiebung Polens bis an die westliche Neisse einig. Diese Pläne retteten die interalliierte Kooperationsfähigkeit. Sie gingen zu Lasten Deutschlands als Auslöser und Verlierer des Zweiten Weltkriegs. Mit den vom nationalsozialistischen Deutschland in Gang gesetzten

gewaltsamen Grenzverschiebungen wurden die Kräfteverhältnisse in Europa verschoben, was wiederum neue Grenzverschiebungen zur Folge hatte. Und an die neuen Grenzverläufe und Machtverhältnisse wurden am Ende des Kriegs die bestehenden Bevölkerungsverhältnisse durch Umsiedlung, Flucht und Vertreibung angepasst. Aufgrund der im und durch den Krieg erlangten Machtposition gelang es der Sowjetunion nicht nur, Grenzverschiebungen zu ihren Gunsten durchzusetzen, denen die westlichen Alliierten angesichts der Interessenlage und der inneren Dynamik des Bündnisses zustimmten. Sie war auch in der Lage, den «befreiten» ostmitteleuropäischen Staaten das von ihr verkörperte und ver-



Die Grossen Drei (der sowjetische Staatschef Josef Stalin, links, der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt, Mitte, und der britische Premierminister Winston Churchill,

rechts) beim Fototermin während der Konferenz von Teheran Ende November 1943, auf der der Verlauf der sowjetischen Westgrenze entlang der so genannten Curzon-Linie festgelegt wurde, was letztlich bedeutete, dass

die sowjetische Einflussosphäre weit in den Westen ausgedehnt wurde

tretenes politisches System sowie das eigene Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell aufzuzwingen. Den kommunistischen Machtanspruch durchzusetzen, gelang durch die von den bürgerlichen Exilregierungen angestrebte und zu einem Großteil dann unter kommunistischer Herrschaft umgesetzte «ethnische Flurbereinigung» umso wirkungsvoller. Mit dem Vermögen, das die Geflüchteten, Ausgesiedelten und Vertriebenen zurücklassen mussten, konnte die soziale Machtbasis der neuen kommunistischen Eliten in den Satellitenstaaten der Sowjetunion verbreitert und auf Jahrzehnte hinaus gefestigt werden. Unübersehbar weisen die der «nationalen Säuberung» dienenden Bevölkerungsverschiebungen am Ende des Zweiten Weltkriegs auch eine wirt-



Eine Gruppe russischer Zwangsarbeiterinnen vor dem Transport mit der Eisenbahn nach Deutschland, 1943. Als Folge der

nationalsozialistischen Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik radikalisierte sich in den betroffenen osteuropäischen Staaten die Einstellung gegenüber den hier beheimateten Volksdeutschen.

Sie wurden kollektiv für die Verbrechen des Dritten Reichs verantwortlich gemacht.

schaftliche und soziale Komponente auf, die die Etablierung der kommunistischen Regime in Osteuropa nach 1945 begünstigte.

Entstehung, Ziele und Ergebnis der alliierten Umsiedlungspläne

Ein komplexes Wechselspiel von Langzeitfaktoren, dazu die von Deutschland zum Vernichtungskrieg ausgeweitete Eroberungs- und Besatzungspolitik und schliesslich die in Folge des Zweiten Weltkriegs verschobene Machtbalance in Europa liessen auf Seiten der Alliierten Pläne zur Ausweisung und Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ostmitteleuropa heranreifen.

Ein Motor dieser auf die Zukunft des Deutschen Reichs und der deutschen Minderheiten ausserhalb der Reichsgrenzen gerichteten Pläne war Grossbritannien. Hinzu kamen die Überlegungen der Exilregierungen der von Deutschland besetzten und systematisch ausgeraubten ostmitteleuropäischen Staaten. Grenzveränderungen und Bevölkerungsumsiedlungen hatten im Rahmen der Zielsetzung, den eigenen, vom nationalsozialistischen Deutschen Reich zerstörten Nationalstaat wiederherzustellen, einen hohen Stellenwert. So sprach sich zum Beispiel der Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung, Edvard Benes, 1939 in London für einen Bevölkerungs- und Gebietsaustausch mit Deutschland aus. Auf die Erfahrungen der Konvention von Lausanne gestützt, versprach er sich davon, das nachholen zu können, was 1918 nicht gelungen war: einen bezogen auf die Bevölkerung und die Sprache homogenen Nationalstaat zu schaffen. Dadurch wollte er Entwicklungen, wie sie im Münchner Abkommen 1938 ihren Niederschlag gefunden hatten, vorbeugen. Mit fortschreitendem Kriegsverlauf und als Folge der Ausbeutung, Versklavung und Vernichtung der «nichtarischen Rassen» im Rahmen der nationalsozialistischen Besatzungspolitik radikalisierte sich die Einstellung der politischen Vertreter und der Bevölkerung der

ostmitteleuropäischen Staaten gegenüber den in ihren Ländern beheimateten Volksdeutschen. Sie wurden als «fünfte Kolonne» für die Verbrechen des Dritten Reichs kollektiv verantwortlich gemacht. Wenn auch in unterschiedlichem Mass, trugen die nationalsozialistischen Organisationen innerhalb der deutschen Volksgruppen in den einzelnen Staaten mit dazu bei, solchen Einstellungen Vorschub zu leisten. Sie liessen den Ruf, die deutschen Minderheiten aus allen ostmitteleuropäischen Staaten auszuweisen, immer lauter werden. Er schlug sich in immer weiter reichenden Ausweisungsplänen nieder. Auch wenn beispielsweise die tschechische Exilregierung sich in einem Memorandum von Ende 1944 für den Verbleib von 800'000 Deutschen in der Tschechoslowakei aussprach, plädierte sie im Grunde zu diesem Zeitpunkt für die Aussiedlung aller 3,2 Millionen Sudetendeutschen.¹⁷

Die Pläne der bürgerlichen tschechoslowakischen und polnischen Exilregierungen gewannen dadurch an Gewicht, dass sie sich in wesentlichen Punkten mit den Plänen der Alliierten über eine europäische Nachkriegsordnung auf nationalstaatlicher Basis deckten. Bereits im Mai 1940 entwickelten von der britischen Regierung beauftragte Wissenschaftler unter der Leitung des Historikers Arnold Toynbee Pläne für, wie es hiess, eine «Stabilisierung der europäischen Nachkriegsordnung». Eine der Überzeugungen, die den Planungen zugrunde lag, spiegelt sich in der Überschrift eines Titels dieses Gutachtens wider: «Transfer as Contribution to Peace». Als ein solcher «Beitrag für den Frieden» wurde die Ausweisung aller Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei angesehen. Je nach Verlauf der neuen Grenzen, so das Gutachten, wären zwischen drei und fast sieben Millionen Deutsche aus Ostmitteleuropa umzusiedeln. Im Juli 1942 fasste das britische Kriegskabinett einen Grundsatzbeschluss zu Gunsten der Umsiedlung deutscher Minderheiten aus Ostmittel- und Südosteuropa nach dem Krieg, «wo diese sich strikt wei-

notwendig und wünschenswert erscheint».¹⁸ Gegenüber Edvard Benes bekräftigte Premier Churchill im April 1943 diesen Grundsatz. Mit Bezug auf den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch von 1923 gab er der Hoffnung Ausdruck, dass auch die Sowjetunion von der Notwendigkeit der Umsiedlung von Deutschen aus Ostmitteleuropa überzeugt werden könne.

Auf den Konferenzen von Teheran (Ende 1943) und Jalta (Februar 1945) wurde klar, dass es keiner derartigen Anstrengungen bedurfte. Die Sowjetunion mit ihrer weit zurückreichenden Tradition von Bevölkerungsverschiebungen sah darin ein Mittel, ihren Machtanspruch auszudehnen. Weil die polnische Exilregierung in London sich



Edvard Benes, Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung (links) und Wladyslaw

Sikorski, Vorsitzender der polnischen Exilregierung, in London 1941

Die Vertreibung der Deutschen

Zum Symbol der brutalen deutschen Besatzungsherrschaft in den von deutschen Truppen seit März 1939 besetzten tschechischen Gebieten wurde die Auslöschung der Bergarbeitersiedlung Lidice (westlich von Prag). Als Vergeltung für das Attentat auf den Stellvertretenden Reichsprotektor für Böhmen und Mähren, Reinhard Heydrich, im Juni 1942 wurden alle Männer des Dorfes ermordet, und der Ort wurde dem Erdboden gleichgemacht. Eine Gruppe von SS-Männern posiert vor den Ruinen von Lidice.



gerte, den sowjetischen Wünschen in der Grenzfrage entgegenzukommen, brach Stalin im April 1943 die Beziehungen zu ihr ab. Mit dem kommunistisch dominierten «Polnischen Komitee für nationale Befreiung», dem so genannten «Lubliner Komitee», verhalf die Sowjetunion einer ihr gewogenen und von ihr abhängigen neuen polnischen Regierung zur internationalen Anerkennung. Das Lubliner Komitee sollte zur bestimmenden politischen Kraft im Nachkriegspolen werden. Mit der Zustimmung von Churchill und Roosevelt zur sowjetischen Grenzverschiebung nach Westen war klar, dass bei Kriegsende nicht nur deutsche Minderheiten aus Staaten Ostmitteleuropas umgesiedelt werden würden. Polens neue Westgrenze hatte unweigerlich auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus den Polen zugesprochenen Ostgebieten des Reiches zur Folge.

Die Umsiedlung von deutschen Minderheiten aus Mittel- und Südosteuropa und auch der deutschen Bevölkerung aus von Deutschland abzutrennenden Gebieten wurde im Lager der westlichen Alliierten nicht allein von Grossbritannien als notwendiges und wünschenswertes politisches Mittel der Konfliktminderung erachtet. Auch die USA sahen darin ein Instrument, das helfen sollte, eine stabile europäische Nachkriegsordnung zu schaffen. 1943 hielt es der amerikanische Präsident für erforderlich, eine Vereinbarung über die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ostpreussen zu treffen. Er berief sich dabei auf die Umsiedlung der Griechen im Rahmen des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustauschs von 1923. Nach Roosevelt stellten Umsiedlungen für die betroffene Bevölkerung zwar eine harte Massnahme dar. Schwerer wog für ihn allerdings die friedensstiftende Wirkung, die er sich davon versprach. Ein Jahr später sicherte der amerikanische Präsident der polnischen Exilregierung die Unterstützung der USA bei möglichen Bevölkerungsverschiebungen zu. Sollten die polnische Regierung und das polnische Volk im Zusammenhang mit den neuen Grenzen Po-

lens die Umsiedlung von nationalen Minderheiten erwägen, würden sich die Vereinigten Staaten dem nicht entgegenstellen und, soweit möglich, deren Durchführung erleichtern. Über das mögliche Ausmass der Umsiedlungen hatte die amerikanische Regierung klare Vorstellungen. Zu ihren Unterlagen auf der Konferenz von Jalta zählten mit präzisen Statistiken versehene Karten der abzutretenden deutschen Gebiete und der anderen Aussiedlungsgebiete. Daraus war die Wechselbeziehung zwischen dem Grenzverlauf der neuen polnischen Westgrenze und folglich der von Aussiedlung betroffenen Personenzahl ersichtlich.

Mit fortschreitender Kriegsdauer, mit der brutalen deutschen Besatzungsherrschaft, für die zum Beispiel das Auslöschen der tschechischen Ortschaft Lidice und ihrer Bevölkerung am 10. Juni 1942 zum Symbol wurde, sowie mit dem sich abzeichnenden Sieg der Alliierten wurden die Umsiedlungspläne immer konkreter. Das von der britischen Regierung im April 1944 eingesetzte «Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations» befasste sich detailliert mit den damit verbundenen Fragen. Dem Gutachten zufolge war bei Kriegsende mit einer Zahl von zehn bis zwölf Millionen von Ausweisung und Umsiedlung betroffenen Deutschen zu rechnen. Ausdrücklich wurde vor den Folgen einer solchen gewaltigen Zwangsmigration gewarnt. Sie würde die Aufnahmegebiete vor unlösbare Probleme stellen, zu einem «völligen Zusammenbruch Deutschlands» führen.¹⁹ Ohne sich auf genaue Zahlen festzulegen, liess der britische Premierminister auch in der Öffentlichkeit keinen Zweifel an der Notwendigkeit der zu diesem Zeitpunkt zweifellos schon feststehenden Umsiedlungspläne. Im Dezember 1944 sprach er im britischen Unterhaus das Ausmass und die drastischen Umstände der geplanten Umsiedlung der deutschen Bevölkerung unumwunden an. Es müsste «die Umsiedlung von mehreren Millionen von Menschen [...] vom Osten nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung

der Deutschen – denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung – aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt. Denn die Vertreibung ist [...] das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie zum Beispiel im Fall Elsass-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden.»¹⁰ Umsiedlungen auch solchen Ausmasses seien heute eher durchführbar als in der Vergangenheit. Dabei bezog er sich auf den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch. Auch für die Aufnahme von mehreren Millionen Deutschen in Restdeutschland sah er zu diesem Zeitpunkt keine unüberwindbaren Hindernisse. Der britische



Das Ergebnis der Potsdamer Konferenz vom Juli und August 1945 spiegelte das neue Kräfteverhältnis in Europa wider. Im

«Potsdamer Handel» zwischen Grossbritanniens Premierminister Winston Churchill, dem amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman (Bildmitte) und dem sowjetischen

Staatschef Josef Stalin wurde die polnische Westgrenze festgelegt und die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten des Reiches beschlossen.

Premier machte folgende Rechnung auf: In diesem Krieg, mit dem Deutschland innerhalb nur einer Generation Europa schon zum zweiten Mal überzogen habe, seien bereits sechs bis sieben Millionen Deutsche getötet worden. Zur Zeit befänden sich in Deutschland zehn oder elf Millionen Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, die bei Kriegsende in ihre Heimatländer verbracht würden. Zudem sei zu erwarten, dass während der Kampfhandlungen in der ersten Jahreshälfte des Jahres 1945 noch viele Deutsche sterben würden. Am 8./9. Mai 1945 kapitulierte Deutschland. Das Ziel, das sich die Alliierten gesetzt hatten, war erreicht. Das «tausendjährige» nationalsozialistische Reich, das während der Hälfte seiner zwölf Jahre Europa einen Krieg mit Millionen von Todesopfern aufgezwungen hatte, war besiegt und besetzt. Die Voraussetzungen, um die während des Kriegs entwickelten, auf Deutschland bezogenen Pläne auszuführen, waren geschaffen. Doch mit dem Sieg über den gemeinsamen Feind Deutschland war ein wichtiger, das ungleiche Bündnis zusammenhaltender Faktor entfallen. Das Misstrauen zwischen den drei Grossmächten nahm zu. Die Westalliierten versuchten, einen Teil der auf den Kriegskonferenzen mit der Sowjetunion getroffenen Absprachen zu revidieren oder zumindest abzumildern. Dagegen setzte Stalin als der grosse Sieger alles daran, aus dem ihm zugewachsenen Machtgewinn Kapital zu schlagen. Dem neuen Kräfteverhältnis und den veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit entsprach das Ergebnis der Potsdamer Konferenz vom Juli und August 1945 « ein Kompromiss auf kleinstem gemeinsamem Nenner, mit grossen Folgen für Deutschland und die Deutschen.

Im «Potsdamer Handel»²¹ – Zustimmung der Sowjetunion zu geringeren Reparationsleistungen gegen die Zusage Grossbritanniens und der USA, die Gebiete östlich der Oder und westlichen Neisse unter polnische Verwaltung zu stellen – wurden die auf Teile der reichsdeutschen Bevölkerung und die deutschen Minderheiten Ostmit-

teleuropas bezogenen bevölkerungspolitischen Pläne der Alliierten im Wesentlichen bestätigt. Sie fanden ihren Niederschlag im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, in dem nur solche Staaten genannt werden, deren Regierungen bei den Alliierten um die Aussiedlung ihrer deutschen Minderheiten nachgesucht hatten. In der amtlichen Verlautbarung der Konferenz heisst es: «Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, Tschechoslowakei und Ungarn: Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemässer und humaner Weise erfolgen soll. [...] Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, in- zwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuss geprüft haben.»²² Mit der Vereinbarung bestätigten und legalisierten die Alliierten die schon bis zur Potsdamer Konferenz in grossem Umfang durchgeführten so genannten «wilden» Vertreibungen. Sie lieferten mit ihrem bewusst auf Zahlen verzichtenden Beschluss zugleich die Grundlage für Ausweisung und Umsiedlung der gesamten deutschen Bevölkerung aus den von Deutschland abgetrennten Gebieten und aus einer Reihe ostmitteleuropäischer Staaten, für die der Alliierte Kontrollrat im November 1945 konkrete Pläne unterbreitete.

Die bevölkerungspolitischen Bestimmungen des Artikel XIII entzogen der von den Westmächten theoretisch offen gehaltenen Option über den Verlauf der polnischen Westgrenze die reale Grundlage. Im Widerspruch zum Wortlaut der

Vereinbarung stand auch die Umsiedlungspraxis. Von einer ordnungsgemässen und humanen Umsiedlung, wenn eine solche überhaupt möglich ist, konnte keine Rede sein. Sie war auch nicht allein auf die drei im Artikel XIII genannten Staaten beschränkt. Die Realität sprach eine andere, die nackte Existenz von Millionen von Menschen bedrohende Sprache.

Umsiedlung, Flucht und Vertreibung: Verlauf und Ergebnis

«Flucht und Vertreibung» sind in der deutschen Sprache zu einer Chiffre geworden. Sie steht für die gewaltsame, Hunderttausende von Opfern fordernde Verschiebung von mehr als zwölf Millionen Deutschen und damit für den zahlenmässig grössten Teil der europäischen Zwangsmigrationen am Ende des Zweiten Weltkriegs. Das Begriffspaar «Flucht und Vertreibung» ist im Deutschen zum Inbegriff für die kaum vorstellbare Dimension dieser Zwangsmigration geworden, der aber zugleich den irreführenden Eindruck eines im Wesentlichen gleichförmigen Ereignisses – «Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten»²³ – hervorruft.

Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkriegs waren kein punktuell Ereignis. Vielmehr handelt es sich um einen zeitlich weit gestreckten Prozess. Er setzte mit den Umsiedlungen Volksdeutscher zu Beginn des Zweiten Weltkriegs ein und dauerte bis zum Beginn der 1950er Jahre, dem Abschluss der Vertreibungsmassnahmen, wie sie in Potsdam festgelegt worden waren. Innerhalb dieses Zeitraums sind Phasen unterschiedlicher Intensität von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung zu unterscheiden. Flucht und Vertreibung stehen auch nicht für einen einzelnen Vorgang. Im Gegenteil, das Begriffspaar umfasst ein breites Spektrum an Erscheinungsformen. Es reicht von Umsiedlungen auf der Grundlage von zwischenstaatlichen Verträgen, über Evakuierung und Flucht bis hin zu Ausweisungen, Vertreibungen

und einseitigen vertraglichen Umsiedlungen zu Lasten dritter Staaten. Flucht und Vertreibung bezeichnen schliesslich auch keinen einheitlichen Prozess, sowohl bezogen auf seine Richtung, als auch auf seine Verortung. Die Hauptrichtung der Zwangsmigrationen verlief von Osten nach Westen. Dennoch dürfen die zeitweiligen Bevölkerungsbewegungen grossen Ausmasses in umgekehrte Richtung ebenso wenig übersehen werden wie der für die einzelnen Gebiete spezifische Ablauf von Flucht und Vertreibung. Zu einem Zeitpunkt, als in einigen Gebieten Evakuierungen in grossem Umfang stattfanden, waren andere von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung noch verschont; als die Vertreibungen in bestimmten Regionen abgeschlossen waren, setzten sie in anderen erst ein oder waren noch voll im Gang.

Einen Überblick über das vielschichtige und vieltätige Gesamtgeschehen hat bereits das in den 1950er Jahren durchgeführte und damit früheste und in jener Zeit grösste zeitgeschichtliche Forschungsvorhaben der Bundesrepublik geliefert, die «Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa»²⁴ Vier Nachdrucke liegen mittlerweile vor. Die veröffentlichten fünf Bände und drei Beihefte fassen im Wesentlichen auf Tausenden von Zeitzeugenberichten. Zusammengenommen ergeben sie das Bild eines Prozesses, der mehrere, sich überlappende Phasen umfasst und zudem spezifische regionale Ausprägungen aufweist. Darüber hinaus spiegeln sich in den Zeitzeugenberichten die tiefen Spuren, die Flucht und Vertreibung in Millionen von Biographien hinterlassen haben.

Spätestens nach der Niederlage der deutschen Truppen bei Stalingrad wurde Deutschland, das seine Fangarme auf ganz Europa gerichtet hatte, zum Gejagten. Noch bevor das Reichsgebiet Kriegsschauplatz wurde, führten die Reichsbehörden im Herbst des Jahres 1944 in den von ihnen kontrollierten Gebieten in grossem Umfang Evakuierungen durch. Der schnelle Vorstoss der

sowjetischen Truppen nach dem Frontwechsel Rumäniens im August 1944 war der Anlass dafür. Die erste Phase des deutschen Flüchtlings- und Vertriebenenproblems setzte ein. Der betroffenen Bevölkerung wurde vorgegaukelt, sie würde nach erfolgreicher Abwehr der das Reich bedrohenden Feinde wieder in ihre Heimatorte zurückkehren können. So wurden beispielsweise zwischen Oktober 1944 und März 1945 etwa 100'000 Volksdeutsche aus der Slowakei in westliche Gebiete des Reiches evakuiert. Etwa zum gleichen Zeitpunkt begann unter der Regie des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums die Verlagerung von nahezu 100'000 Volksdeutschen aus dem kroatischen Ustascha-Staat und von etwa 25'000 Volksdeutschen aus den nördlichen Gebieten Siebenbürgens. Manche von ihnen wurden nach Ostpreussen verbracht, andere nach Böhmen, Mähren, nach Thüringen und nach Österreich. Es handelte sich um Gebiete, die damals von Kriegshandlungen noch nahezu verschont geblieben waren. Der Bürgermeister von Tschippendorf, einer der evakuierten nordsiebenbürgischen Ortschaften, erinnerte sich: «Am 15. September [1944] zogen wir wie üblich vom Felde nach Hause ins Dorf und ahnten nicht, was uns die kommenden Tage bringen würden. In den Gassen des Dorfes herrschte grosse Aufregung. [...] Ein Oberscharführer, der mit dem Ortsleiter aus der Stadt eingetroffen war, teilte mir mit, dass alle Volksdeutschen auf höheren Befehl, wegen Herannahen der Kampffront, ungefähr 100 Kilometer in westliche Richtung evakuiert werden. [...] Der Treck Nr. 281 mit 133 Wagen, 89 Männern, 151 Frauen und 69 Kindern, zusammen 309 Personen, setzte sich in Bewegung. [...] Die Felder waren menschenleer, die Glocken vom Turme klangen noch. Mir war es so unheimlich zu Mute. Ich stieg ab und weinte, wie ich in meinem Leben noch nie geweint hatte. Ich betete ein Vaterunser, und mit einem Gott-begleite-uns ging es weiter.»¹⁵ Wie sich bald herausstellte, lag das Ziel des Trecks nicht etwa nur hundert, sondern fast



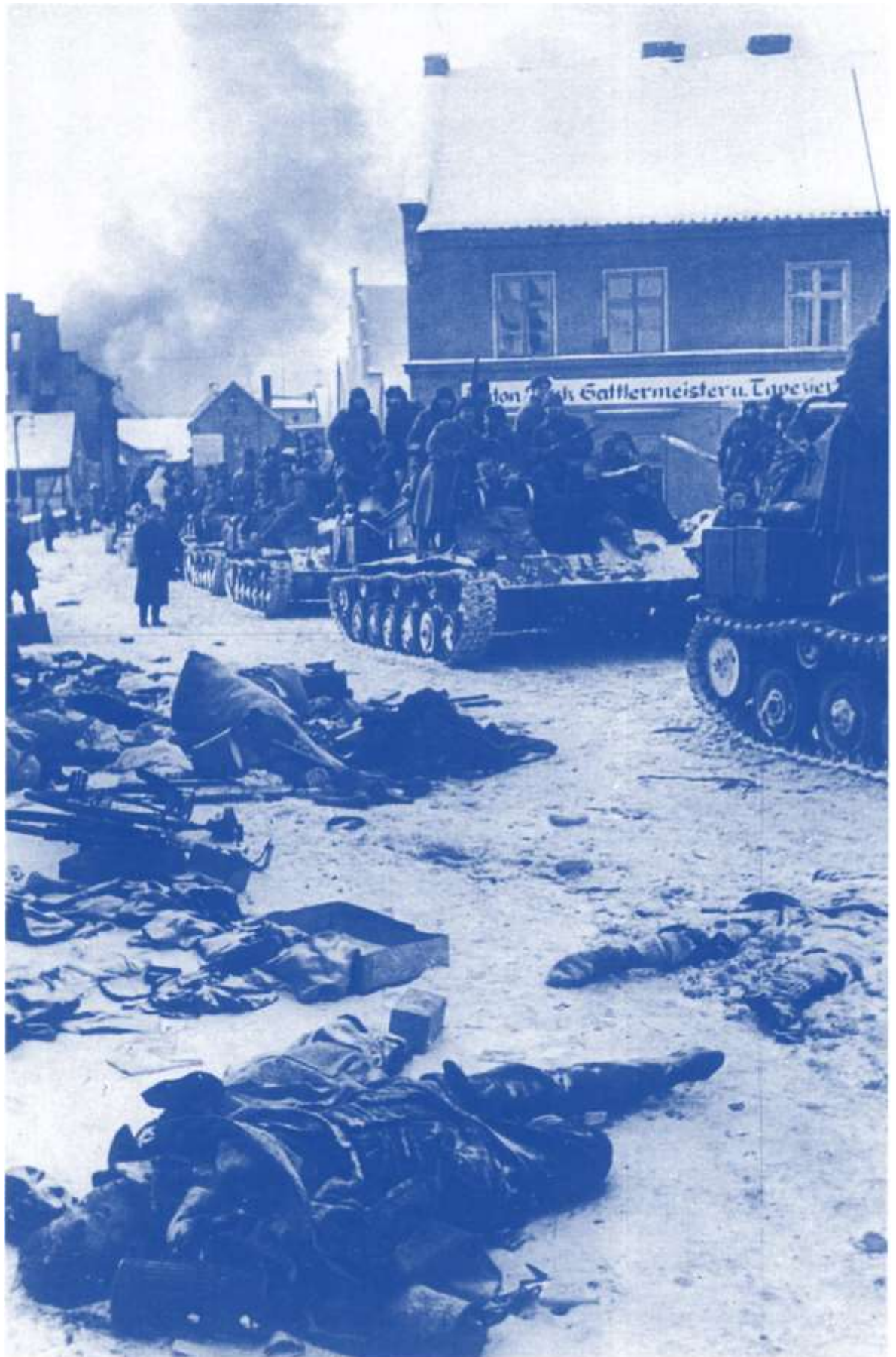
Mit dem Rückzug der Wehrmacht aus Osteuropa begannen die ersten Fluchtbewegungen der dortigen volksdeutschen Bevölkerung. Dieser Treck von Schwarzmeerdeutschen ist im Juli 1944 auf dem Weg durch Ungarn in die von Kriegshandlungen bislang verschont gebliebenen Gebiete des Reiches.



Evakuierung von Siebenbürger Sachsen aus Bisritz in Nordsiebenbürgen nach Deutschland im September 1944. Noch bevor das Gebiet des Deutschen Reiches Kriegsschauplatz wurde, führten die Reichsbehörden in grossem Umfang Evakuierungen durch. Der betroffenen Bevölkerung wurde vorgegaukelt, sie könne nach Abwehr der feindlichen Truppen wieder in ihre Heimat zurückkehren. Da die Rückzugsbewegungen der deutschen Wehrmacht absoluten Vorrang hatten, waren die Transportkapazitäten begrenzt. Oft mussten die Flüchtenden tagelang an Bahnhöfen auf den Weitertransport warten.

Die Vertreibung der Deutschen

Die deutsche Hauptkampflinie in Ostpreussen bestand nur aus vier Divisionen, die sich aus einem bunten Gemisch regulärer Soldaten, Volkssturm, Marine, Polizeieinheiten und Hitlerjugend zusammensetzten. Schon wenige Tage nach Beginn der sowjetischen Grossoffensive vom 12. Januar 1945 wurde Ostpreussen vom Reich abgeschnitten. Sowjetische Panzer rollen auf ihrem Weg zum Frischen Haff durch Mühlhausen.



tausend Kilometer westlich vom Ausgangsort, in der Gegend von Gmunden am Traunsee in Österreich.

Angesichts der schnell vorrückenden Front in Rumänien gingen die Evakuierungen oft in Fluchtbewegungen über. Dennoch verblieb der grösste Teil der deutschen Minderheiten Rumäniens, Ungarns und Jugoslawiens in ihren seit Jahrhunderten angestammten Gebieten. Einige Zehntausend fielen Ende 1944/Anfang 1945 der Deportation zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion zum Opfer.²⁶ Die Sowjetunion hatte sich dafür die Zustimmung der westlichen Alliierten als Teil der von ihr beanspruchten Reparationsleistungen gesichert. Die verbliebene Bevölkerung wurde enteignet, entrechtet und, wie im Falle Jugoslawiens, systematisch in einem Netz von Arbeits- und Internierungslagern konzentriert. Angesichts der hohen Opferzahlen sprechen ehemalige Insassen dieser Lager von Todeslagern. «Es kam der Karsamstag, der 31. März 1945», erinnerte sich der Kaplan der Ortschaft Filipovo, «nichtsahnend feierten wir in der Kirche die Zeremonien und die Auferstehungsmesse. Als wir gegen 9 Uhr die Kirche verliessen, sahen wir vom unteren Ende des Dorfes Menschen mit Bündeln auf dem Rücken in schwarzen Scharen heraufkommen. Am unteren Ende des Dorfes gingen Partisanen von Haus zu Haus und trieben die Menschen heraus. Es wurde allen zur Gewissheit: Das Ende unseres Dorfes ist gekommen. Alle, Einheimische und jene, die erst vor einigen Tagen hergebracht worden waren, mussten die Häuser verlassen und sich auf die Wiese begeben, die oberhalb des Dorfes lag. Soweit man noch Zeit hatte, packte man in die bereitstehenden, wohlweislich vorbereiteten Rucksäcke ein, was man schnell greifen konnte, warf vielleicht noch einen Blick auf alles, was man sein eigen nannte, und zog hinaus. Wer säumte, wurde durch Hiebe mit dem Gewehrkolben der Partisanen zur Eile getrieben.»²⁷

Evakuierungspläne lagen für alle Gebiete des Reiches vor. Sie wurden aber nur zögerlich, auf

Befehl der örtlichen Gauleiter gar nicht oder viel zu spät umgesetzt. Die Kampfmoral der bis an die Reichsgrenzen zurückgeschlagenen deutschen Truppen sollte nicht untergraben werden. Doch mehr als Durchhalteparolen hatte die Wehrmacht der sowjetischen Grossoffensive von Mitte Januar 1945 nicht entgegenzusetzen. «Natürlich», berichtete eine Frau aus dem ostpreussischen Sensburg, «hatten wir schon lange vorher unsern Fortgang in Erwägung gezogen. Aber es wurden keine Evakuierungsscheine ausgegeben, und ohne diese hätten wir an anderen Orten nirgends Kohlen und Kartoffeln erhalten. Ausserdem wurde jeder schwer bestraft, der öffentlich von drohender Russengefahr redete. Jetzt noch, Ende Januar 1945, mit Zügen wegzukommen, schien so gut wie unmöglich. Die meisten kamen nur bis zum nächsten grösseren Bahnknotenpunkt und mussten dort wieder umkehren. Da aber für unsere Stadt immer noch keine Evakuierung vorgesehen war, sondern nur hochschwängere Frauen auf Lastwagen fortgeschafft wurden, versuchten wir, mit Fahrzeugen der Wehrmacht mitzukommen. [...] Daraufhin zogen die meisten es vor, sich auf die Chaussee zu begeben und allein ihr Heil zu versuchen. [...] Wir zogen ächzend die Kinderwagen durch den tiefen Schnee in hoffnungsloser Verzweiflung und dachten nicht anders, als dass dieser Sonntag, der 28. Januar [1945] unser aller Sterbetag werden würde.»²⁸ Ein Teil der von den sowjetischen Truppen aufgegriffenen Frauen und Männer wurde zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. Sie gehörten zusammen mit den Tausenden von Zwangsverschleppten aus Jugoslawien, Rumänien und Ungarn zum Kontingent an Arbeitskräften, die die Sowjetunion als Teil der ihr zustehenden Reparationsleistungen beanspruchte.

Gelang die überstürzte Flucht vor der unaufhaltsam heranrückenden Front, so wurden die Flüchtlingstrecks nicht selten vom schnellen Vormarsch der sowjetischen Truppen überrollt. Einerseits verstärkte die NS-Propaganda gegen die Rote Ar-

mee die Fluchtbewegungen. Andererseits trugen die sich rasch verbreitenden Nachrichten über Ausschreitungen, Vergewaltigungen und Gewaltexzesse der sowjetischen Truppen gegen die Zivilbevölkerung wie jene im ostpreussischen Nemmersdorf am 21. Oktober 1944 dazu bei, dass Tausende von Menschen jenseits der Oder Rettung suchten. «Am 9. März 1945 mussten wir auf Befehl des Bürgermeisters unser Dorf Lügewiese räumen und nach dem Nachbardorf Gr. Damerkow [Kreis Lauenburg in Pommern] flüchten, das nur 4 km von uns entfernt, aber mitten im Walde lag. So machte ich mich mit meinen beiden Kindern, meiner Mutter und meiner 25-jährigen Schwester Käte auf den Weg und fanden [!] Unterkunft bei meinen Schwiegereltern, die in Gr. Damerkow wohnten. Dort waren

schon mehrere von unseren Verwandten und Bekannten hingeflüchtet. – Am nächsten Tag, dem 10. März, stürmten die Russen auch diesen Ort. Im Lauf des Tages waren noch viele Flüchtlinge aus den Nachbardörfern gekommen, so dass wir wenigstens 30 Personen in einem Zimmer waren. Die ersten Russen, die in die Häuser kamen, verlangten Uhren, Ringe und sonstige Wertsachen. [...] Plötzlich kam eine Nachbarin schreiend angelaufen, die Russen wollten sie mitnehmen. Da kamen auch schon zwei Russen bei uns rein und sagten ‚Frau komm!‘ und griffen zwei Frauen bei den Händen. Diese schrien und baten soviel, so dass die Russen sie losliessen und weitergingen. Gleich darauf kam ein grosser Russe rein. Er sagte kein Wort, guckte sich im Zimmer um und ging bis nach hinten durch, wo alle jungen Mädchen und Frauen sassen. Er winkte nur einmal mit dem Finger nach meiner Schwester. Als diese nicht gleich aufstand, trat er dicht vor sie hin und hielt seine Maschinenpistole gegen ihr Kinn. Alle schrien laut auf, nur meine Schwester sass stumm da und vermochte sich nicht zu rühren. Da krachte auch schon der Schuss. Ihr Kopf fiel auf die Seite, und das Blut rann in Strömen. Sie war sofort tot, ohne nur einen Laut von sich zu geben.»²⁹ Als die nach Westen vorrückenden sowjetischen Truppen in einer nach Norden geführten Flügelbewegung bis an die Küste vorstiessen, war den Flüchtlingstrecks aus Ostpreussen der Landweg nach Westen abgeschnitten. Nur noch zwei Fluchtwege waren jetzt offen. Der eine führte über das Eis des Frischen Haffs auf die Nehrung, von dort über Kahlenberg und die Weichselmündung nach Danzig und dann nach Pommern. Der andere Fluchtweg führte mit Schiffstransporten über die Ostsee. Der Hafen Pillau war für fast eine halbe Million Flüchtlinge die Rettung. Aber für Tausende begann hier auch die Reise in den Tod auf den von der sowjetischen Marine versenkten Flüchtlingsschiffen. An den Untergang der «Wilhelm Gustloff» hat jüngst eindrucksvoll

Oktober 1944: Die Rote Armee erreicht Ostpreussen. In die bisherige «Oase des Friedens» brechen am 20. Oktober sowjetische Verbände ein, überrennen Nemmersdorf im Kreis Gumbinnen und hinterlassen nach ihrem schnellen Rückzug ein Bild des Grauens. Ein Augenzeuge: «Am Strassenrand und in den Höfen der Häuser lagen massenhaft Leichen von Zivilisten, die augenscheinlich ... planmässig ermordet worden waren.»





Sonderbefehl

für die deutsche Bevölkerung der Stadt Bad Salzbrunn
einschliesslich Ortsteil Sandberg.

Laut Befehl der Polnischen Regierung wird befohlen:

1. Am 14. Juli 1945 ab 6 bis 9 Uhr wird eine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung stattfinden.
2. Die deutsche Bevölkerung wird in das Gebiet westlich des Flusses Neiße umgesiedelt.
3. Jeder Deutsche darf höchstens 20 kg Reisegepäck mitnehmen.
4. Kein Transport (Wagen, Ochsen, Pferde, Kühe usw.) wird erlaubt.
5. Das ganze lebendige und tote Inventar in unbeschädigtem Zustande bleibt als Eigentum der Polnischen Regierung.
6. Die letzte Umsiedlungsfrist läuft am 14. Juli 10 Uhr ab.
7. Nichtausführung des Befehls wird mit schärfsten Strafen verfolgt, einschliesslich Waffengebrauch.
8. Auch mit Waffengebrauch wird verhindert Sabotage u. Plünderung.
9. Sammelplatz an der Strasse Bhf. Bad Salzbrunn-Abelsbacher Weg in einer Marschkolonne zu 4 Personen. Spitze der Kolonne 20 Meter vor der Ortschaft Abelsbach.
10. Diejenigen Deutschen, die im Besitz der Nichtevakuierungsbescheinigungen sind, dürfen die Wohnung mit ihren Angehörigen in der Zeit von 5 bis 14 Uhr nicht verlassen.
11. Alle Wohnungen in der Stadt müssen offen bleiben, die Wohnungs- und Hauschlüssel müssen nach außen gesteckt werden.

Bad Salzbrunn, 14. Juli 1945, 6 Uhr.

Abschnittskommandant

(-) Zinkowski
Obersteuonant

Schon bald nach der Kapitulation des Reiches begannen die polnischen Behörden mit der willkürlichen, nicht vertraglich sanktionierten Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den nun unter polnischer Verwaltung stehenden Gebieten. Dieser Sonderbefehl der polnischen Regierung zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der schlesischen Stadt Bad Salzbrunn im Landkreis Waldenburg datiert vom 14. Juli 1945.

Günter Grass mit seiner Novelle «Im Krebsgang» wieder erinnert. Von der grossen Flucht³⁰ zu Land und zu Wasser aus Ostpreussen, Pommern, Brandenburg und Schlesien nach Westen waren mehrere Hunderttausend Menschen betroffen – die zweite Phase des Prozesses von Flucht und Vertreibung.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und dem Ende der Kampfhandlungen setzte eine in ihrem Ausmass erhebliche Rückkehrbewegung ein. Mit dem Ende des Kriegs sahen die Geflohenen die Möglichkeit gekommen, wieder in ihre Heimatorte zu ziehen. Viele der rückkehrenden Flüchtlinge erreichten ihr Zuhause nicht. Diejenigen, die es dennoch schafften, wurden von den neuen Machthabern vor Ort in Lagern interniert und ausgewiesen. Die



In der Tschechoslowakei marodierten nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen so genannte «Revolutions-

garden». Schätzungsweise 450'000 deutsche Frauen, Alte und Kinder mussten während der Phase der «wilden» Vertreibungen das Land verlassen. Es kam zu bruta-

len Ausschreitungen und Gewalttaten. Das Foto zeigt ein Massengrab für erschlagene Deutsche.

dritte Stufe des Vertreibungsgeschehens – die sogenannten «wilden» Vertreibungen – setzte zu jenem Zeitpunkt ein, als die Rote Armee die vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Länder Ost-Mitteleuropas befreit hatte. Die willkürlichen Vertreibungen ohne vertragliche Sanktionierung waren von brutalen Übergriffen begleitet. Ein Funktionär der tschechischen Verwaltungskommission berichtete über Ereignisse vom Juni 1945 im nordböhmischen Aussig: «Die Ortsnationalausschüsse waren verpflichtet, die Personen deutscher Nationalität, die Angehörigen der Naziartei, zum Abschub auszuschreiben. Man arbeitete an den Verzeichnissen bis in die Nacht. In den frühen Morgenstunden kamen in die betreffenden Gemeinden Militärabteilungen, zusammengesetzt aus den Revolutionsgarden und sogenannten Partisanen. [...] Die Aktion begann. Man ging in die Wohnungen, und in einer halben Stunde musste jede Familie auf dem Versammlungsplatz der Gemeinde sein. Schmuckstücke wurden abgenommen, und zur Sicherheit wurden Mädchen die Geschlechtsorgane durchsucht, ob sie dort nicht weitere Wertstücke verbergen. Danach steckte man die ‚Transporte‘ in Strassenbahnwagen nach Telnitz, und von dort mussten sie über das Erzgebirge zu Fuss nach Deutschland. Auch 78- bis 81-Jährigen blieb dieser Kalvarienweg nicht erspart.»³¹ Am 31. Juli schliesslich fielen nach der Explosion eines Munitionslagers unzählige der in Aussig verbliebenen Deutschen einem Massaker zum Opfer, das «man vielleicht das Gegenstück zu Lidice nennen kann».³² Die Ausschreitungen in Polen und der Tschechoslowakei gegen Deutsche oder Personen, die den Eindruck erweckten, solche zu sein, waren Ausdruck der Vergeltung für Verbrechen, welche Deutsche oder Vertreter der deutschen Machthaber während des Kriegs begangen hatten. «Am 23. Juni 1945», berichtete eine Frau aus dem Brandenburgischen, «wurden wir nun vollkommen überraschend binnen zehn Minuten vom Polen ausgewiesen. Ich lebte damals wieder in mei-

nem Haus, das ging immer hin und her, mal wurde man herausgeschmissen, dann wagte man sich wieder hinein, schaffte den schlimmsten Schmutz heraus, um dann doch bald wieder herausgeworfen zu werden. Niemand von uns hatte mit einer Ausweisung gerechnet. Wohl kamen eine Woche vorher die Zivilpolen, und uns wurde gesagt, dass wir nun polnisch verwaltet würden. Die Zivilpolen benahmen sich anständig, sie plünderten wohl auch noch, aber viel hatte ja der Russe nicht übriggelassen. Aber Vergewaltigungen kamen da kaum vor. Bis dann am Morgen des 23. Juni 1945 die polnische Soldateska erschien, die so genannten Lubliner Polen, und die gesamte Bevölkerung Soraus, gegen 29'000 Menschen, an diesem Tag auswies. Nur ganz wenige, die in den Fabriken für den Russen arbeiteten, durften bleiben. [...] Es war ein Elendszug, denn Züge gingen ja nicht, und so zogen, man kann wohl sagen, drei Monate lang die Ausgewiesenen Schlesiens und Ost-Brandenburgs auf diesen Landstrassen entlang; Kinderwagen, Leiterwagen, Schiebkarren, Sportwagen, man sah die unmöglichsten Gefährte. Von morgens um 4.00 Uhr bis abends um 7.00 Uhr durfte man auf den Landstrassen bleiben, dann schlief man entweder im Walde, in schmutzigen Scheunen und leeren Wohnungen.»³³ Ein hohes Mass an Gewalttätigkeit kennzeichnete diese Phase des Vertreibungsprozesses. Über die spontanen Gewaltausbrüche hinaus darf der systematische Charakter nicht übersehen werden, der hinter den «wilden» Vertreibungen steckte. In Polen und der Tschechoslowakei versuchte man damit, Fakten zu einem Zeitpunkt zu schaffen, als noch nicht klar war, auf welche Grenzen und bevölkerungspolitische Massnahmen sich die Grossen Drei einigen würden. In einem Protokoll der Polnischen Arbeiterpartei vom Mai 1945 heisst es: «Wenn wir die ehemals deutschen Gebiete nicht polonisieren, werden wir keine Gründe mehr dafür haben, das zu nehmen, was sie [die Alliierten] uns nicht geben wollen. [...] Wir müssen sie [die

Deutschen] hinauswerfen, da alle Länder auf nationalen, nicht multinationalen Grundlagen errichtet sind.»³⁴

Dieser Zielsetzung folgend übernahmen die entstehenden Behörden in Polen nach dem Ende der Kampfhandlungen mit Billigung und Unterstützung der Sowjetunion die Verwaltung der «wiedergewonnenen Gebiete». Der Begriff sollte den historischen Anspruch auf die besetzten Ostgebiete des Deutschen Reichs untermauern. Um die Gegenwart dem eigenen Bild von der Vergangenheit anzupassen, wurde im Juni und Juli 1945 damit begonnen, die Bevölkerung in Lagern zu internieren – Lamsdorf, Potulitz, Schwientochowitz³⁵ – und möglichst grosse Teile der deutschen Bevölkerung auszuweisen. Zur gleichen Zeit war man in der Tschechoslowakei bestrebt, sich möglichst vieler Angehöriger der deutschen Minderheit zu entledigen. Etwa 450'000 Sudetendeutsche wurden in dieser Phase vorwiegend in die Sowjetische Besatzungszone und nach Österreich abgeschoben. «Wir mussten schon am 17. Juni 1945 unseren Heimatort [Langenbruck, Kreis Reichenberg] verlassen, nachdem uns dies die Tschechen in der vorhergehenden Nacht um 2 Uhr mitgeteilt hatten. Es waren ca. 60 % der Bevölkerung, welche diese furchtbare Botschaft erhielten. Mitzunehmen waren 30 kg Gepäck gestattet, aber weder Geld noch Schmuck. Es bemächtigte sich der Leute lähmender Schrecken, da niemand von den Aufgeforderten eine blasse Ahnung hatte, wohin sie geschafft werden sollten. Etliche zogen es vor, durch Selbstmord aus dem Leben zu scheiden, so eine Familie in unserer Nachbarschaft, wo der Mann, welcher erst vor Tagen aus dem Lazarett entlassen worden war, seine beiden Kinder im Alter von 3 und 4 Jahren umbrachte, dann seine Frau, die Schwiegermutter, zuletzt noch das Haus in Brand steckte und sich selbst erschoss. Auch eine Nachbarsfrau im Alter von 80 Jahren, welche ebenfalls in selber Nacht aufgefordert wurde, ihr Haus zu verlassen, zog es vor, durch das Öffnen der Pulsadern frei-

willig aus dem Leben zu scheiden. Ich sehe noch immer diese alte Frau vor mir, wie sie, zitternd am ganzen Körper, nur immer mit dem Kopf schüttelte, sie konnte es nicht fassen. Vom Sammelplatz aus, es war die Dorfschenke, zogen wir zu Fuss bis Reichenberg am Bahnhof.»³⁶ In vielen Städten, wie zum Beispiel in Prag, Brünn und Aussig, forderten die Gewaltakte Tausende von Todesopfern. Die «wilden» Vertreibungen, die in Polen und der Tschechoslowakei ihren Schwerpunkt hatten, hielten bis zur Potsdamer Konferenz (Juli/August 1945) an. Dort verfügten die USA, Grossbritannien und die Sowjetunion im Artikel XIII ausdrücklich, die laufenden Ausweisungen einzustellen; zugleich wurden damit die bis dahin erfolgten Ausweisungen nachträglich sanktioniert.

Die vierte Phase von Flucht und Vertreibung wird von den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz zur, wie es hiess, «ordnungsgemässen und humanen» Überführung der deutschen Bevölkerung markiert. Dem Beschluss der Konferenz entsprechend erarbeitete der Alliierte Kontrollrat einen Plan über die Zahl der umzusiedelnden Personen, die Zielgebiete, in die die Betroffenen verbracht werden sollten, und den zeitlichen Ablauf. Dem im November 1945 veröffentlichten Plan zufolge sollten 2,75 Millionen Deutsche aus Polen und der Tschechoslowakei in die sowjetische Besatzungszone verbracht werden, 2,25 Millionen Ausgewiesene aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn in die amerikanische Besatzungszone, 1,5 Millionen Vertriebene aus Polen in die britische Besatzungszone sowie 150'000 Reichsdeutsche aus Österreich in die französische Besatzungszone. Die Zahlen wurden bald deutlich überschritten.

Während dieser Phase erfolgten die Umsiedlungen zum grössten Teil in Eisenbahntransporten und standen unter der Aufsicht der jeweiligen Besatzungsmacht, die mit den Herkunftsstaaten der Ausgewiesenen eigene Vereinbarungen traf. Eine aus Ungarn, aus der Umgebung von Buda-

pest, ausgewiesene Frau berichtete aufgrund von Tagebuchnotizen: «Da brachte das Amtsblatt von 1946 Januar 22 die neueste Regierungsverordnung: alle, die sich bei der in 1941 gehaltenen Volkszählung für deutsche Nationalität oder deutsche Muttersprache erklärten, werden für Deutsche erklärt und so nach Deutschland ausgewiesen. [...] Budaörs, mein Heimatdorf, ist der erste Versuch. [...] Auf einmal über Nacht fängt mann in der oberen Neugasse, Nussbaumgasse und noch 4 Gassen, die Leute zu wecken. Die Polizei drängt auf 1/4 Stunde Zeit, mann treibt sie aus der Wohnung. Diese ersten konnten kaum etwas mitnehmen, eben nur so viel, was sie schnell in einen oder zwei Bündel von den Kasten nehmen und mit sich zur Bahn tragen konnten. Mit diesen Leuten füllte sich der erste Zug.»³⁷ Über seine Erfahrungen berichtete ein aus Nordmähren stammender Kaufmann: «Es muss um den 1. Mai 1946 gewesen sein. Jeder, der ausgesiedelt wurde, durfte 50 kg Gepäck mitnehmen und bekam (bei jenen ersten regulären Transporten) 1'000 RM in bar auf den Weg. Man durfte sich freiwillig melden. Dieselben Menschen, die ein Jahr vorher selbst die Angst vor der herannahenden Front und das Schreckensgespenst der Russen nicht hatte zum Verlassen des Heimatbodens veranlassen können (weil sie meinten, der Krieg sei ja fast am Ende und ein nachfolgender Frieden werde wieder tragbare Bedingungen des Lebens schaffen), – dieselben Menschen drängten sich jetzt, mit den Transporten abzugehen. Man hatte die völlige Aussichtslosigkeit erkannt. Und nach dem Nichts der ersten Monate waren 50 kg Gepäck immerhin wenigstens der Handbedarf. [...] Als wir drankamen, 6. August 1946, waren schon etwa 6 oder 7 Transporte aus Troppau abgegangen, jeder zu rund 1'200 Menschen, also etwa 8'000.»³⁸

Die als Ergebnis der Potsdamer Konferenz durchgeführten Umsiedlungen – das Gros des Prozesses, für den Flucht und Vertreibung stehen – begannen im Herbst des Jahres 1945 und dauerten

Vollständige Liste
 der vom 1. Januar bis 1. November 1916 aus dem Ausland nach
 Bayern eingeschleusten 725 Eisenbahnzüge mit Flüchtlingen

Monat des Grenzübertritts	Abgangsbahnhof	Zielbahnhof	Zahl der beförd. Ausgewiesenen	Monat des Grenzübertritts	Abgangsbahnhof	Zielbahnhof	Zahl der beförd. Ausgewiesenen
Januar				März			
19.	Wien	München	1 202	19.	Trübenwasser	Allach	1 198
25.	Buda-Oers	München	718	19.	Graslitz	Würzburg	1 200
25.	Budweis	Würzburg	1 200	20.	Komotau	Augsburg	1 201
26.	Graz	Pfarrkirchen	283	20.	Wien	Allach	770
26.	Marienbad	Tegersee	1 200	21.	Karlsbad	Allach	1 200
27.	Braunau	Ansbach	1 217	21.	Villach	Augsburg	401
28.	Melk	Augsburg	1 585	23.	Hallstadt	Allach	1 200
28.	Jägerndorf	Schweinfurt	1 190	24.	Freudenthal	Augsburg	1 203
29.	Zwittau	Schwabach	1 146	25.	Böhmisch-Leipa	Schwabach	1 200
30.	Reichenau	Augsburg	1 201	25.	Römerstadt	Allach	1 199
31.	Trübenwasser	Würzburg	1 181	26.	Stefanau	Bayreuth	1 197
		Summe	12 123	26.	Ellbogen	Mellrichstadt	1 201
				26.	Wien	Allach	291
Februar				27.	Modrany	Allach	1 200
1.	Jägerndorf	Regensburg	1 193	28.	Tachau	Augsburg	1 200
2.	Römerstadt	Schweinfurt	1 269	30.	Müßlitz	Allach	1 199
3.	Marienbad	Nürnberg/Lauf	1 200	31.	Nikolsburg	Augsburg	1 200
10.	Wien	Regensburg	824			Summe	42 583
13.	Saaz	Schwabach	1 195	April			
14.	Freudenthal	Augsburg	1 196	1.	Joschimstal	Würzburg	1 202
15.	Marienbad	Würzburg	1 195	1.	Brüx	Schwabach	1 199
17.	Mährisch-Krumau	Bayreuth	1 177	1.	Neutitschein	Mellrichstadt	1 198
18.	Jägerndorf	Schweinfurt	1 200	1.	Brünn	Allach	1 201
19.	Bodenbach	Allach	1 083	2.	Teplitz	Bamberg	1 198
19.	Piding	Allach	151	2.	Eger	Allach	1 205
23.	Reichenberg	Allach	1 200	2.	Hof	Bayreuth	222
23.	Hallstadt	Schwabach	1 212	3.	Jägerndorf	Bayreuth	1 200
25.	Eger	Bamberg	1 196	4.	Kralovice	Augsburg	1 200
26.	Iglau	Würzburg	1 200	4.	Mähr.-Schönberg	Allach	1 200
26.	Saaz	Augsburg	1 197	4.	Kaplitz	Mellrichstadt	1 200
26.	Komotau	Regensburg	1 192	5.	Mies	Nürnberg/Bamberg	1 200
27.	Kuttenplan	Bayreuth	1 205	5.	Graslitz	Allach	1 202
28.	Graslitz	Nürnberg/Bamberg	1 199	5.	Eisenstein	Schweinfurt	1 200
		Summe	21 284	6.	Falkenau	Mellrichstadt	1 195
März				7.	Freudenthal	Augsburg	1 200
2.	Znaim	Schweinfurt	1 200	7.	Krumau	Allach	1 204
3.	Trautenau	Schwabach	1 196	8.	Nikolsburg	Allach	1 200
4.	Weipert	Würzburg	1 200	8.	Hallstadt	Dachau	1 197
4.	Prachatitz	Augsburg	1 210	8.	Neudeck	Schwabach	1 200
5.	Kuttenplan	Bamberg	1 200	8.	Tetschen	Mellrichstadt	1 204
6.	Neusattel	Bayreuth	1 203	9.	Wegscheid	Augsburg	997
6.	Zwittau	Mellrichstadt	1 196	9.	Jechnitz	Dachau	1 200
7.	Bilin	Schweinfurt	1 117	9.	Aussig	Allach	1 199
9.	Reichenau	Bamberg/Nürnberg	1 195	10.	Müßlitz	Augsburg	1 202
10.	Budweis	Augsburg	1 202	11.	Karlsbad	Bamberg	1 202
11.	Znaim	Würzburg	1 200	11.	Hohenelbe	Dachau	1 200
11.	Tachau	Schwabach	1 200	11.	Wildenschwert	Allach	1 197
12.	Waagstadt	Mellrichstadt	1 200	13.	Reichenau	Augsburg	1 200
12.	Podersam	Bamberg	1 199	13.	Tachau	Dachau	1 200
12.	Kleinnünchen	Nürnberg	402	13.	Böhmisch-Leipa	Allach	1 199
13.	Marienbad	Schweinfurt	1 209	13.	Kuttenplan	Dachau	1 200
14.	Asch	Bayreuth	1 199	14.	Jägerndorf	Dachau	1 206
16.	Mähr.-Schönberg	Augsburg	1 200	14.	Neutitschein	Augsburg	1 200
17.	Nikolsburg	Allach	1 198	15.	Mies	Allach	1 200
18.	Landskron	Regensburg	1 200	15.	Landskron	Mellrichstadt	1 202
18.	Graslitz	Nürnberg/Bamberg	1 197	15.	Zwittau	Allach	1 202

Liste der Abgangs- und Zielbahnhöfe der vom 1. Januar bis 1. November 1916 der aus der Tschechoslowakei nach Bayern eingeschleusten 725 Eisenbahnzüge mit insgesamt 752'464 Menschen

im Wesentlichen bis 1948 an, in vielen Fällen auch darüber hinaus. Das Reinen-Tisch-Machen, von dessen Notwendigkeit Premier Winston Churchill in seiner Rede vor dem Unterhaus Ende 1944 gesprochen hatte, wirkte sich verheerend aus. Insgesamt wurden in den Aufnahmegebieten Restdeutschlands über zwölf Millionen Flüchtlinge, Vertriebene und Umsiedler registriert. Flucht und Vertreibung forderten unzählige Todesopfer. Bilanzen, das heisst Berechnungen – und nur solche liegen vor – reichen von mehreren Hunderttausend bis zu über zwei Millionen.

Die Folgen

Wie «Deutschlands Problem Nr. 1» in der Bundesrepublik und der DDR letztendlich gelöst werden würde, war, als 1949 die beiden Staaten gegründet wurden, noch nicht absehbar. Im Gegenteil, die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse während der Besatzungszeit, der feh-

lende Wohnraum, die hohe Arbeitslosigkeit, die Ungewissheit über die weitere politische Entwicklung und die Konflikte zwischen Altbürgern und Flüchtlingen und Vertriebenen liessen das Schlimmste befürchten. Die eingangs zitierte Wochenzeitung wies noch im März 1952 zu Recht auf die drohende Katastrophe hin, zu der die Aufnahme der Vertriebenen «in dem kriegszerstörten, zerrissenen, hungernden Deutschland» hätte führen können. Dass ein solches Szenario nicht eintrat, ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen.

Die Besatzungsmächte setzten ihrem Grundsatz folgend, durch Umsiedlung möglichst homogene Staaten zu schaffen, auf eine strikte Assimilationspolitik in ihren Besatzungszonen. In möglichst kurzer Zeit sollten die Flüchtlinge und Vertriebenen mit der alteingesessenen Bevölkerung verschmelzen, in ihr aufgehen. Ziel der schnellen Verwurzelung war es, die massive Bevölkerungsverchiebung entsprechend den Potsdamer



Die Eingliederung der Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen in die entstehende Bundesrepublik und die DDR war ein schmerzvoller Prozess, verlief aber letztendlich unproblematischer,

als das zuvor erwartet worden war. Mit dem Lastenausgleich, der nicht unumstritten war und deswegen es zu Demonstrationen kam, wurden die wirtschaftlichen und sozialen Startchancen der Neubürger verbessert.



Neben umfangreichen Umsiedlungsmassnahmen innerhalb der Bundesrepublik wurde der Haus- und Wohnungsbau massiv

gefördert. So gelang es, die Flüchtlingslager zu räumen, die Wohnungsnot zu lindern und den Vertriebenen das Gefühl zu geben, eine neue Heimat gefunden zu haben.

Beschlüssen unumkehrbar zu machen. Dass dies gelang, die Fremde ungewollt zur Heimat wurde,³⁹ ist auch der Realität des Kalten Kriegs geschuldet. Die militärische Pattsituation der Grossmächte hat den am Ende des Kriegs festgeschriebenen Status quo über Jahrzehnte verfestigt. Letztendlich haben auch die von der Bundesregierung ergriffenen Massnahmen zur, wie es in den 1950er Jahren hiess, Vermeidung «palästinensischer Verhältnisse» geführt. Schon in den 1960er Jahren wurde in Anlehnung an das Wirtschaftswunder von einem Integrationswunder gesprochen. Es verdankt sein Zustandekommen einer Reihe von Massnahmen, die «Das Parlament» in seiner Märzausgabe von 1952 zur Sprache brachte.

In einem ersten Schritt wurde eine Korrektur der durch die Nachkriegssituation bedingten Fehlverteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen vorgenommen. In mehreren Umsiedlungsprogrammen in der Zeit von 1949 bis 1956 gaben die Hauptaufnahmeländer über eine Million Flüchtlinge und Vertriebene an Bundesländer mit einer geringeren Quote ab, vor allem an Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Damit wurde eine gleichmässigerere Verteilung der Flüchtlinge im Bundesgebiet erreicht, und die Arbeitsplatznachfrage wurde dem Arbeitskraftangebot angepasst. Flankiert wurden diese Umsiedlungsprogramme auf Bundesebene durch ebenfalls freiwillige Umsiedlungen in den einzelnen Bundesländern.

Die zweite wichtige Massnahme waren die im Jahr 1952 nach zähem und langem Ringen verabschiedeten Lastenausgleichsgesetze.⁴⁰ Der Grundgedanke, von dem man sich dabei leiten liess, war, den Flüchtlingen und Vertriebenen eine Entschädigung, keinen Ausgleich, für das durch Flucht und Vertreibung verlorene mobile und vor allem immobile Vermögen zu gewähren. Die Entschädigungen sollten helfen, die im Vergleich zu den Altbürgern verminderten wirtschaftlichen und sozialen Startchancen der Neu-

bürger zu verbessern. Der Lastenausgleich führte weder zu einer Änderung der Sozialstruktur der Bundesrepublik, was manche gewünscht und andere befürchtet hatten, noch berührte er die bestehenden Vermögensverhältnisse. Dennoch erleichterte er in erheblichem Masse die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen.

Als dritte wichtige Massnahme, die enge Verbindungen auch zum Lastenausgleich aufweist, ist die Förderung des Wohnungsbaus anzusehen, wodurch die akute Wohnungsnot gemildert und schliesslich behoben wurde. So gelang es, nach und nach die Flüchtlings- und Vertriebenenlager zu räumen, von denen es 1955 noch über 3'000 im Bundesgebiet gab.⁴¹ Neben den finanziellen Vergünstigungen trug zur Überwindung der Wohnungsnot in hohem Masse die Selbsthilfe der Flüchtlinge und Vertriebenen bei. Siedlungsbau-genossenschaften erstellten in den neuen Heimatorten ganze Strassenzüge, deren Namen bewusst an die Herkunftsgebiete der Flüchtlinge und Vertriebenen erinnerten. Und sie waren auch an der Erstellung völlig neuer Siedlungen beteiligt, die im gesamten Bundesgebiet entstanden.⁴² Die Bezeichnung «Klein-Korea», die der Volksmund für einige dieser Siedlungen geprägt hat, weist auf einen Faktor hin, der den eben erwähnten Massnahmen zum Erfolg verhalf: die seit dem Ende der vierziger Jahre sich abzeichnende neue weltpolitische Lage, der Kalte Krieg. Er verbesserte die Voraussetzungen für die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge wesentlich, sowohl sozial und wirtschaftlich als auch politisch. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wurde durch den Koreakrieg erheblich beschleunigt. Das Vertriebenenproblem durch Auswanderung abzumildern, eine Lösung, die zu Beginn der 1950er Jahre noch ernsthaft diskutiert wurde, war jetzt kein Thema mehr. Im Gegenteil, die florierende und expandierende Wirtschaft schaffte nun auch für Vertriebene und Flüchtlinge Arbeitsplätze. Die in vielen Fällen berufsfremde Be-

schäftigung und, damit verbunden, die im Vergleich zu den Einheimischen verminderten Erwerbschancen glichen die Vertriebenen durch ihren sprichwörtlichen Fleiss aus, durch eine hohe berufliche und räumliche Mobilität, durch grosse Anpassungs- und Leistungsbereitschaft. Dies wiederum stellte ein nicht zu unterschätzendes Aktivum für den dynamischen und langanhaltenden Wachstumsprozess der westdeutschen Wirtschaft dar. Ohne Zweifel gingen von der in Gang gekommenen Wirtschaft starke Integrationsimpulse aus.

Bereits Mitte der 1950er Jahre wurde Vollbeschäftigung erreicht. Die immer noch vorhandene Nachfrage nach Arbeitskräften konnte nur durch Anwerbung von «Gastarbeitern» gestillt werden. Die Integrationsbedingungen wurden noch dadurch verbessert, dass die Westmächte in der von der Konfrontation zweier Blöcke bestimmten Weltpolitik an einer wirtschaftlich starken, politisch und sozial stabilen, dem westlichen Bündnis zugehörigen Bundesrepublik interessiert waren. Gelder aus dem European Recovery Program, dem so genannten Marshall-Plan, wurden nun auch für Eingliederungsmassnahmen freigegeben. Sie flankierten die von der Bundesrepublik verfolgte Eingliederungspolitik. Im 1953 verabschiedeten «Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge»⁴³, das erstmals auch eine einheitliche Begriffsbestimmung der betroffenen Personengruppen vornahm, wurde neben der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung als Aufgabe festgelegt, «das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge und des gesamten deutschen Volkes zu erhalten». Dass damit gleichzeitig politisch das Offenhalten der deutschen Frage intendiert war, steht ausser Zweifel.

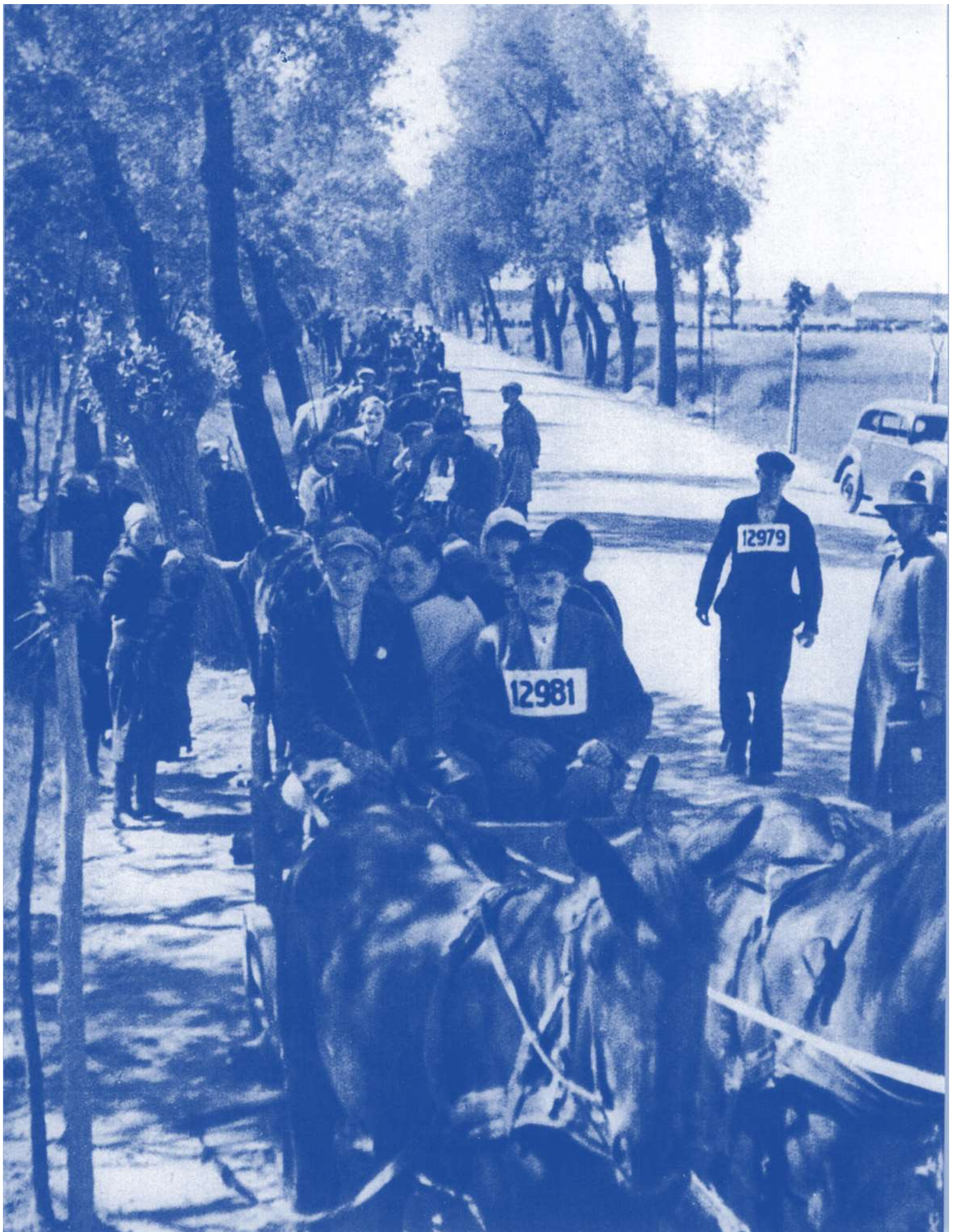
Die unerwartet raschen Fortschritte bei der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung in den 1950er und 1960er Jahren führten dazu, dass «Deutschlands Problem Nr. 1» von 1952 bald als gelöst galt. Auch die lange Zeit befürchtete Radi-

kalisierung der Vertriebenen und Flüchtlinge blieb aus. War der «Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten» (BHE) noch im zweiten deutschen Bundestag vertreten, so scheiterte er bei der nächsten Wahl an der Fünf-Prozent-Hürde. Als 1969 im Zuge der sich anbahnenden neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition das Bundesministerium für Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte aufgelöst wurde, war das auch Ausdruck der Einschätzung, dass die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen vollzogen war. Ihre Erforschung auf regionaler und lokaler Basis erlebt seit dem Beginn der 1980er Jahre eine neue Konjunktur.

Im Gegensatz zu den Folgen der Zwangsmigration für die Bundesrepublik verlor die Diskussion über Ursachen, Kontext und Stellenwert von Flucht und Vertreibung während der gesamten Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht an Brisanz. Eine gesellschaftlich breit angelegte, intensive, kontroverse und – auch international – stark politisch polarisierte und instrumentalisierte Debatte über Flucht und Vertreibung begleitet die gesamte Geschichte der Bundesrepublik. Sie hat mit dem Ende des Kalten Kriegs Ende der 1980er Jahre viel von ihrer Sprengkraft verloren. Auch die der West-Ost-Dichotomie verpflichteten gegensätzlichen nationalen geschichtspolitischen und wissenschaftlichen Deutungen von Flucht und Vertreibung sind differenzierteren Betrachtungen gewichen. Sie können aber nicht über zwei Probleme grundsätzlicher Art hinwegtäuschen. Eine aktuelle Gesamtdarstellung von Flucht und Vertreibung als Teil der deutschen Katastrophe und als Teil der das 20. Jahrhundert prägenden europäischen Zwangsmigrationen fehlt nach wie vor. Und noch in hohem Mass innen- wie aussenpolitisch umstritten ist der Ort von Flucht und Vertreibung in der deutschen und europäischen Gedächtniskultur.⁴⁴



Die lange Zeit befürchtete Radikalisierung der Vertriebenen und Flüchtlinge blieb aus. Mit dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) verfügten sie in den 1950er-Jahren über eine eigene Interessenvertretung im deutschen Bundestag, die sich lautstark für die Belange ihrer Klientel einsetzte.





Der angestrebten Germanisierung der von der Wehrmacht eroberten und besetzten Territorien dienten auch die gross angelegten Umsiedlungen von Volksdeutschen aus Ost-, Südost- und Südeuropa, die Hitler bereits nach dem Abschluss des Polenfeldzugs in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 ankündigte. Unter der Parole «Heim ins Reich» wurden etwa eine Million Angehörige deutscher Minderheiten aus Italien, den drei baltischen Staaten, aus der Sowjetunion, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Serbien und Bosnien umgesiedelt.



Rückführung von Volksdeutschen aus Bessarabien über Rumänien in das Deutsche Reich, Oktober 1940. Die Abtretung Bessarabiens an die Sowjetunion war im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23.8.1939 festgelegt worden. Dabei waren auch die baltischen Staaten dem Einflussbereich der Sowjetunion zugeordnet worden.

Gegenüberliegende Seite: Ankunft von volksdeutschen Umsiedlern aus Litauen im Auffanglager Bojahren, Februar 1941





Die Vertreibung der Deutschen

Die sich rasch verbreitenden Nachrichten über Vergewaltigungen, Ausschreitungen und Gewaltexzesse der sowjetischen Truppen gegen die Zivilbevölkerung trugen dazu bei, dass Hunderttausende von Menschen ihr Heil in der Flucht sahen und Rettung jenseits der Oder suchten. Diese Flüchtlinge haben es geschafft. Sie werden in der Nähe von Magdeburg von amerikanischen Truppen empfangen.

Vorangehende Doppelseite:

Nach der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad Anfang Februar 1943 wendet sich das Kriegsgeschehen. Nun ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis der Landkrieg auch die deutschen Grenzen erreicht, bis Stalins Truppen aufgrund ihrer Überlegenheit an Menschen und Material die deutschen Soldaten und flüchtenden Zivilisten vor sich hertreiben. Wehrmachtssoldaten werden nach der Schlacht um Stalingrad in sowjetische Gefangenschaft geführt (Januar 1943).





Flüchtlinge aus Schlesien machen eine Zwischenstation in Dresden. Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 und dem Ende der Kampfhandlungen setzte eine in ihrem Ausmass erhebliche Rückkehrbewegung in die Heimatorte ein. Viele der zurückkehrenden Flüchtlinge erreichten ihr ehemaliges Zuhause nicht, weil sie von polnischen Behörden oder militärischen Einheiten daran gehindert wurden. Diejenigen, die es dennoch schafften, wurden von den neuen Machthabern vor Ort in Lagern interniert oder ausgewiesen.



Hunderttausende von Menschen waren von der grossen Flucht aus Ostpreussen, Pommern, Brandenburg und Schlesien nach Westen betroffen. Viele überlebten die Angriffe der sowjetischen Armee, die Kälte und die Strapazen nicht. Für diejenigen, die den Westen erreichten, begann das Leben in Flüchtlingslagern oder Behelfsheimen.





Die Vertreibung der Deutschen

Angekommen, aber doch noch nicht am Ziel: Viele der Geflohenen und Vertriebenen müssen im Westen die bittere Erfahrung machen, wie wenig willkommen sie sind. Aber trotz aller Schwierigkeiten, Anfeindungen und Integrationsprobleme gelingt es, das Millionenheer der Vertriebenen in die bundesrepublikanische Gesellschaft einzugliedern.

Vorangehende Doppelseite:

Nackter Hass schlägt den Deutschen nach der Befreiung der osteuropäischen Länder entgegen. In der Tschechoslowakei war man bestrebt, sich möglichst vieler Angehöriger der deutschen Minderheit zu entledigen. So genannte «wilde» Vertreibungen und Gewaltakte waren die Folge. In Prag internierte Sudetendeutsche, deren Gesichter und Kleidung mit Hakenkreuzen bemalt wurden, warten am 20. Juli 1945 auf einem Platz auf ihre Deportation nach Deutschland. Sie erleiden «nur» eine öffentliche Demütigung; in Brünn und Aussig dagegen fordern Gewalttätigkeiten Tausende von Todesopfern.



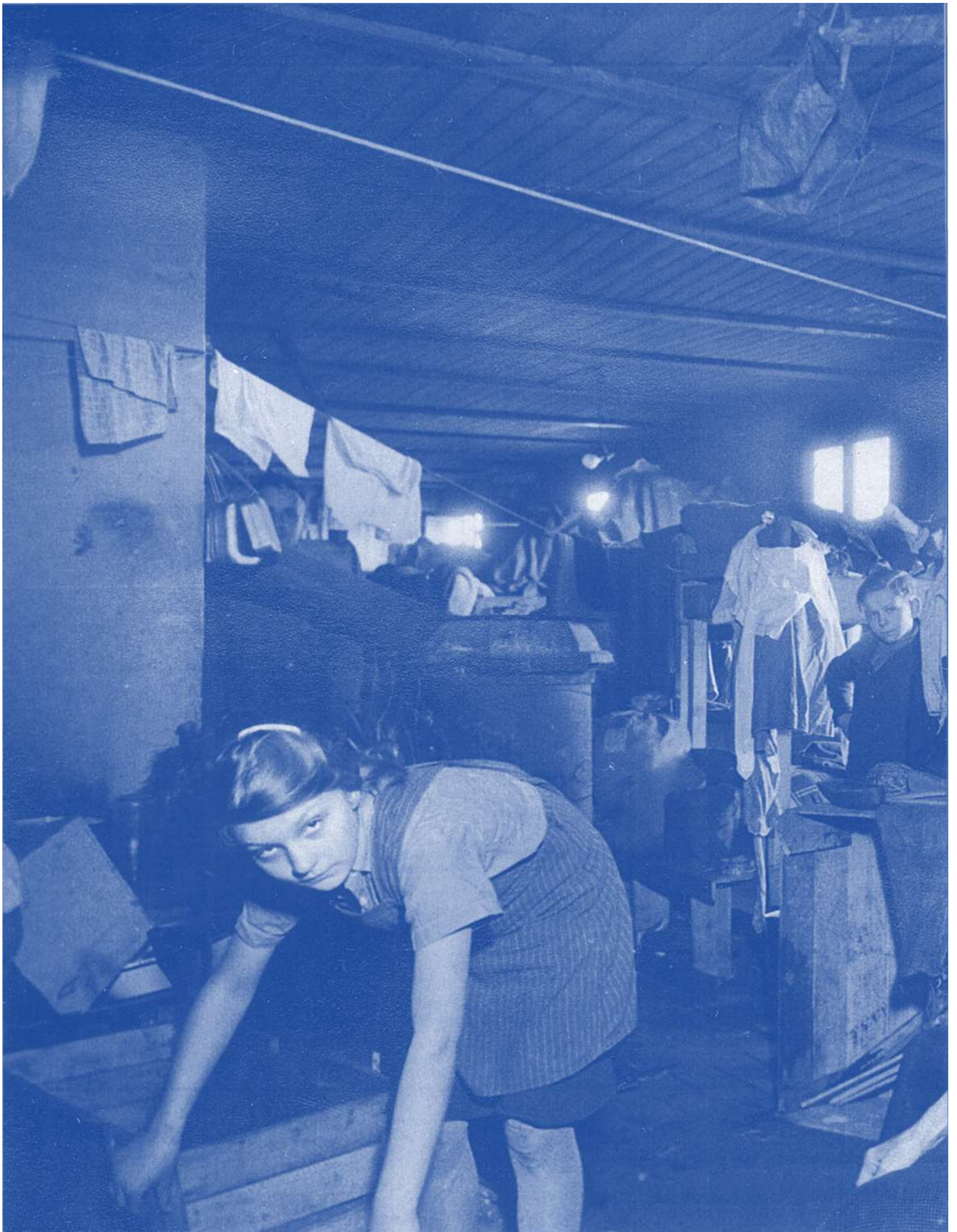


Zwölf Millionen Landsleute nahm das Nachkriegsdeutschland aus dem Osten auf. Für viele begann der Alltag in Lagern oder Notunterkünften – wie hier in Hamburg in den Nissenhütten 1946. Die meisten der Flüchtlinge und Vertriebenen führten einen jahrzehntelangen harten Kampf gegen Not und sozialen Abstieg.

Flüchtlinge in einer Notunterkunft in Gorgast / Oderbruch. Viele waren froh, überhaupt wieder ein Dach über dem Kopf zu haben. Oft wurden die Neuankömmlinge als lästige Zugabe zum verlorenen Krieg angesehen oder als «herge- laufenes Gesindel» und «Polacken» bezeichnet. Im Zeichen strenger Lebensmittelrationierungen und beschränkten Wohnraums war unter den Einheimischen Solidarität ein rares Gut.



Folgende Doppelseite:
Vertriebenenlager bei Hannover im Jahr 1947. So sah der Alltag vieler Flüchtlingsfamilien noch lange nach dem Ende des Krieges aus. Oft lebten Dutzende von Menschen über Jahre auf engstem Raum zusammen. Im Kampf ums Überleben waren die Frauen in den Nachkriegsjahren meist auf sich allein gestellt. Kinder mussten schon früh Aufgaben von Erwachsenen übernehmen.





Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostpreussen, Westpreussen, Danzig, dem Warthegau und Hinterpommern

Manfred Zeidler

Das kriegsdiplomatische Vorspiel: die deutschen Ostgebiete im sowjetisch- polnischen Kalkül vor 1945

Etwa zeitgleich mit dem Gebiet um Aachen im Westen war Ostpreussen die erste Region innerhalb der alten Vorkriegsgrenzen des Reichs, die die Schrecken des von Deutschland entfesselten Kriegs auf dem eigenen Territorium zu spüren bekam. Anders als an den westlichen Grenzen Deutschlands war jedoch zu dem Zeitpunkt, als erstmals im Herbst 1944 Truppen der alliierten Kriegskoalition das Reichsgebiet betraten, über das künftige Schicksal Ostpreussens und mit ihm des gesamten Reichsgebiets östlich von Oder und Neisse unter den Kriegsgegnern Deutschlands eine politische Entscheidung in die Wege geleitet worden.

Diese Entscheidung, die die Trennung dieser Gebiete von Deutschland betraf, war aufs Engste verknüpft mit dem politischen Nachkriegsschicksal seines unmittelbaren östlichen Nachbarn und ersten Opfers der hitlerschen Kriegspolitik ab 1939: dem Schicksal Polens.

Stalins spätestens seit dem Bruch mit der bürgerlichen polnischen Exilregierung in London im Frühjahr 1943 erkennbarer Versuch, eine eigene sowjetfreundliche Volksfrontregierung unter kommunistischer Führung aufzubauen, hatte das Problem der Nachkriegsgrenzen Polens zu einem zentralen Thema innerhalb des Machtkampfs um die politische Zukunft des Landes werden lassen. Stalin wünschte eine polnische Regierung, die ihm zweierlei garantierte: Zum einen den dauerhaften Einfluss Moskaus im Lande selbst, zum anderen die Bereitschaft, gegen massive Wider-

stände in der polnischen Gesellschaft die 1939 durch die deutsch-sowjetische Teilung Polens im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts entstandene Ostgrenze, die so genannte Curzon-Linie, vertraglich zu fixieren. Als Gegenleistung war er bereit, eine maximale territoriale Kompensation Polens im Westen, das heisst auf Kosten Deutschlands, zu erzwingen, mit der das volkspolnische Lager die eigene Bevölkerung politisch für sich gewinnen sollte.¹ So kam es, wenige Tage nachdem sich das prosovietische Lager in Gestalt des so genannten Lubliner Komitees als die Keimzelle einer zukünftigen Regierung des Landes konstituiert hatte, am 27. Juli 1944 in Moskau zu einem Geheimvertrag zwischen ihm und der Sowjetregierung, dessen Text erst Jahrzehnte später, im Jahre 1967, der Öffentlichkeit bekannt wurde. Artikel 4 dieses Vertrags fixierte die künftige Westgrenze Polens gegenüber Deutschland, «entlang einer westlich von Swinemünde bis zum Fluss Oder verlaufenden Linie, wobei die Stadt Stettin auf polnischer Seite verbleibt, weiter aufwärts des Flusses Oder bis zur Neisse und von hier entlang [...] bis zur tschechoslowakischen Grenze». Dabei vermied der Vertrag eine Festlegung darüber, welcher der beiden Flüsse, die östliche Glatzer oder die westliche Lausitzer Neisse, gemeint war. Polens Zugang zur Ostsee sollte durch die Einverleibung des früheren Freistaats Danzig einschliesslich Stadt und Hafen gesichert werden (Artikel 2). Für Ostpreussen hingegen war durch die Festlegung einer Demarkationslinie «vom Schnittpunkt der Grenzen der Litauischen Sowjetrepublik der Republik Polen und Ostpreussens in westlicher Richtung nördlich von Goldap-Braunsberg zur Küste der Danziger Bucht» die Aufspaltung in einen nördlichen sowjetischen und einen südlichen polnischen Teil vorgesehen (Artikel 3).

Damit war fast genau ein Jahr bevor im August 1945 die Potsdamer Konferenz der vier Siegermächte mit fast denselben Worten über die (provisorische) Nachkriegsgrenze Polens im Sinne der Lausitzer Neisse entschied, bereits über die

Zukunft des deutschen Ostens und seiner Bevölkerung eine Vereinbarung getroffen worden. Es waren vor allem die Vertreter des prosovjatischen Volksfrontlagers in Polen, die in den Wochen und Monaten nach jenem Geheimvertrag vom Juli 1944 in ihren öffentlichen Erklärungen ungeschminkt zum Ausdruck brachten, dass das zukünftige Polen in seinen neuen Grenzen keine deutsche Minderheit mehr dulden werde. Mit anderen Worten, die Übernahme der neuen Gebiete im Westen würde mit einer grossen, in ihren Dimensionen bis dahin nie gesehenen «ethnischen Flurbereinigung» verbunden sein. Kurz zuvor war die Sowjetunion in eine neue Phase der Kriegsführung ausserhalb der eigenen Grenzen eingetreten, die in einer erklärten Erweiterung des bis dahin gültigen Kriegsziels ihren Ausdruck fand. Stalin hatte lange gezögert, bis er schliesslich in seinem Befehl zum Maifeiertag des Jahres 1944 seinen Soldaten wie der Zivilbevölkerung seines Landes die Notwendigkeit erklärte, den Krieg über die eigenen Grenzen hinaus fortzusetzen, um, wie es wörtlich hiess, «der verwundeten deutschen Bestie auf der Spur [zu] folgen und ihr in ihrer eigenen Höhle den Todesstoss zu versetzen».²

Hand in Hand damit ging eine spürbare psychologische Verschärfung der Kriegsführung gegen Deutschland. Sie steigerte sich in dem Masse, wie sich der Krieg auf das Reichsgebiet zubewegte und in den befreiten Gebieten Russlands und anderer osteuropäischer Länder die Spuren der deutschen Besatzungsherrschaft sichtbar wurden. Die Forderung nach Strafe und Vergeltung für die vom nationalsozialistischen Regime im Namen des deutschen Volks verübten Kriegs- und Besatzungsverbrechen rückte nunmehr in der propagandistischen Stimulierung sowohl der eigenen Truppen wie der Bevölkerung an die erste Stelle. Quasi als publizistische Speerspitze dieser kaum verhüllten Rache- und Vergeltungspropaganda fungierten die zahllosen Aufrufe und Presseartikel des Schriftstellers Ilja Ehrenburg.

Sie, die Tausende von Zeitungen füllten und sich einer ungeheueren Popularität erfreuten, forderten in einer fast apokalyptisch-drohenden Sprache unabhängig von politischer Einstellung und sozialer Position, das deutsche Volk insgesamt für das Regime Hitlers und seiner Untaten zur Rechenschaft zu ziehen. «Was konnte die deutsche Nation nach solchen Untaten vor der Vernichtung durch die aufgebrachten Sieger retten? Welche Kraft war in der Lage, dem sowjetischen Kämpfer in den Arm zu fallen, wenn er deutschen Boden betrat?», fragte der spätere Sowjetmarschall Tschuikow im Rückblick auf die damalige Situation in seinen Kriegserinnerungen.³ Die bange Sorge vor dem, was einer losgetretenen Lawine gleich auf den Osten Deutschlands zurollte, war damals sogar manchem russischen Verantwortlichen nicht fremd.

Das Vorspiel zur Katastrophe: der Herbst 1944 in Ostpreussen

Am 17. August 1944 hatten Einheiten der 3. Weissrussischen Front am Grenzfluss Scheschuppe östlich der Stadt Schirwindt erstmals kurzzeitig deutsches Reichsterritorium betreten. Gegen Ende des Monats erging von Moskau aus der Befehl, den weiteren Vormarsch einzustellen, um sich für eine neue Angriffsoperation in den Wochen darauf vorzubereiten. Dem sowjetischen Oberkommando schwebte zu diesem Zeitpunkt, im September 1944, die Idee vor, zusammen mit der Vernichtung der noch im Baltikum stehenden Verbände der deutschen Heeresgruppe Nord auch Ostpreussen zu erobern und vom übrigen Reichsgebiet abzutrennen. Zu diesem Zweck sollte die 3. Weissrussische Front, durch Reserven des Oberkommandos verstärkt, von Osten her einen bis zu 250 Kilometer tiefen Stoss durch ganz Ostpreussen hindurch bis zur Weichselmündung führen, wobei ein nordwestlicher Stosskeil auf Königsberg angesetzt wurde.⁴ Am 16. Oktober 1944 war es schliesslich soweit. Mit einem flammen-

den Aufruf des Befehlshabers der Front an seine Soldaten, der ganz im Stile von Ehrenburgs emotionsgeladener Vergeltungspropaganda gehalten war («Das Blut unserer im Kampf gefallenen Kameraden, die Qualen der Gemordeten, das Stöhnen der lebendig Begrabenen, die unstillbaren Tränen der Mütter rufen Euch zu schonungsloser Rache auf.»), begann in einem circa 50 Kilometer breiten Angriffsstreifen zwischen dem Grenzstädtchen Eydtkuhnen und der Rominter Heide die erste Offensive der Roten Armee auf deutschem Boden. Nach dem Durchbruch durch die deutsche Verteidigung überschritt ein russisches Panzerkorps am 20. Oktober den Fluss Rominte nahe der Ortschaft Walterkehmen gut 20 Kilometer hinter der Grenze und teilte sich anschließend in drei Stosskeile auf. Ein nördlicher zielte auf die Bezirkshauptstadt Gumbinnen, ein mittlerer auf Nemmersdorf an der Angerapp und ein

südlicher auf die Kreisstadt gleichen Namens, das frühere Darkehmen. Am zügigsten voran kam der mittlere auf Nemmersdorf und die dortige Eisenbahnbrücke gerichtete Vorstoss der 25. Gardepanzerbrigade, die am folgenden Tag, dem 21. Oktober, mit ihrem 2. Bataillon und einem weiteren Schützenverband den Ort besetzte und damit einen Brückenkopf auf dem westlichen Flussufer bildete, der in den beiden folgenden Tagen gegen heftige deutsche Gegenangriffe verteidigt wurde.

Bereits am 23. Oktober brach Frontoberbefehlshaber Tschernjachowski angesichts eines drohenden deutschen Gegenangriffs gegen seine Flanken die Operation ab und nahm seinen inzwischen rund 40 Kilometer tief nach Ostpreussen hineinragenden Angriffskeil hinter die Rominte zurück, wo die Verbände der Front eine Verteidigungsstellung bezogen.



Am 16. Oktober 1944 begann die erste Offensive der Roten Armee auf deutschem Boden. Zwei Sowjetsoldaten überschreiten den Grenzstreifen in Ostpreussen.



Am zügigsten kam die 25. Gardepanzerbrigade der Roten Armee in Ostpreussen voran. Sie nahm die Bezirkshauptstadt Gumbinnen und die Orte Nemmersdorf und Angerapp ein, musste sich dann aber wieder zurückziehen.

Nachrückende Wehrmachtsverbände fanden südlich von Gumbinnen die teils verstümmelten Leichen von 65 Zivilisten – einige offenbar Angehörige eines durchziehenden Flüchtlingstrecks.

Im Rahmen dieses Rückzugs vollzog sich auch die Räumung des Brückenkopfs um Nemmersdorf durch die dort eingesetzten Verbände der 25. Gardepanzerbrigade. Die in den Tagen darauf nachrückenden Wehrmachtsverbände und Volkssturmeinheiten fanden in dem geräumten Gebiet südlich von Gumbinnen an verschiedenen Orten die teils verstümmelten Leichen von 65 Zivilisten, allein 26 davon in Nemmersdorf und 20 weitere – offenbar Angehörige eines durchziehenden Flüchtlingstrecks – bei zwei Weilern in der unmittelbaren Nähe der Ortschaft.⁵ Eine amtliche deutsche Untersuchungskommission vermerkte in ihrem Bericht als Todesursache «meist

Nahschüsse in Kopf und Brust» sowie andere Wunden, die «zum Teil bestialische Ermordung erkennen liessen».⁶

Reichspropagandaminister Goebbels erkannte in den Nemmersdorfer Vorfällen sogleich die Chance einer wirkungsvollen propagandistischen Auswertung und notierte in seinem Tagebuch die Absicht, «sie zum Anlass einer grossen Presseaufklärung [zu] nehmen».⁷ Die von seinem Ministerium herausgegebenen Presseanweisungen für die deutschen Tageszeitungen forderten in den Kommentaren, «die den Gefühlen des deutschen Volkes angesichts der abscheulichen Verbrechen Ausdruck geben», insbesondere zu betonen, «dass es einfache deutsche Arbeiter und Bauern waren, die von den sowjetischen Mördern bestialisch niedergemetzelt wurden».⁸ Folgerichtig eröffnete in den Tagen ab dem 27. Oktober 1944 der «Völkische Beobachter» und mit ihm die gesamte gleichgeschaltete Tagespresse eine grossaufgemachte Berichterstattung über Nemmersdorf, das damit zum Fanal der moralischen Anklage und eines verstärkten deutschen Widerstandswillens werden sollte. Ob Goebbels' Absicht tatsächlich in dem geplanten Sinne gewirkt hat, bleibt fraglich. Wahrscheinlicher ist, dass durch seine überstarke propagandistische Verbreitung Nemmersdorf für die gesamte Bevölkerung des deutschen Ostens erst jenen Signalcharakter erhielt, der die Bereitschaft zur Flucht selbst entgegen behördlicher Anordnung wesentlich gefördert hat.

Insgesamt gesehen blieben die Verluste unter der Zivilbevölkerung im Jahre 1944 dennoch relativ gering, weil die betroffenen östlichen Grenzkreise Schlossberg, Ebenrode, Goldap und Treuburg, sowie die westlich davon gelegenen Kreise Gumbinnen und Angerapp unmittelbar vor dem Beginn der sowjetischen Herbstoffensive ganz oder zumindest teilweise evakuiert worden waren. Dasselbe war zuvor schon für die nördlichen, ans Memelland grenzenden Landkreise Tilsit-Ragnit und Elchniederung geschehen, aus denen sich seit dem Beginn der russischen Offensive



Bereits Ende Oktober 1944 hiess die Parole: «Nur weg – bevor die Russen kommen ...!» Eine Gruppe von Flüchtlingen aus Ostpreussen

verlässt eine bereits zerstörte Ortschaft, um zu einem nahegelegenen Bahnhof zu gelangen. Niemand will in die Hände von Soldaten der Roten Armee fallen. Nemmersdorf war ein

Signal, das die Bereitschaft zur Flucht selbst entgegen behördlicher Anordnung vermutlich gefördert hat.

aus dem litauischen Raum gegen Memel Anfang Oktober 1944 eine Fluchtbewegung ins Innere des Landes ergoss.⁹ Nachdem die Front Anfang November des Jahres zum Stillstand gekommen war, wurde auf Drängen der militärischen Stellen zusätzlich ein 30 Kilometer breiter Streifen im Hinterland der neuen Frontlinie von der Zivilbevölkerung geräumt. Somit hatte bereits zu Jahresende 1944 eine gute halbe Million und damit fast ein Viertel der Bevölkerung Ostpreussens auf einer Fläche von 30 Prozent des Landes ihre Heimat verloren. Etwa 100'000 Menschen, vorwiegend im Memelland, waren unter die Kontrolle sowjetischer Truppen geraten.¹⁰

Dem Oktober 1944 folgte eine gut zehnwöchige militärische Atempause an der deutsch-russischen Front. Sie brachte dem Osten Deutschlands und seiner Bevölkerung nur eine trügerische Ruhe; es war die «Ruhe vor dem Sturm».

Die endgültige Katastrophe des Januar 1945: der Ablauf der militärischen Operationen

Seit dem November 1944 planten das sowjetische Oberkommando und sein Generalstab in Moskau die für den Beginn des Jahres 1945 vorgesehenen Offensiven gegen das Reichsgebiet aus den bis dahin erreichten Positionen. Dazu konzentrierte die sowjetische Heeresführung in den letzten Wochen des Jahres im gut 1'000 Kilometer langen Abschnitt zwischen der Memelmündung ins Kurische Haff und dem Duklapass auf dem östlichen Hauptkamm der Beskiden insgesamt sechs Fronten (Heeresgruppen). Allein die beiden auf Ostpreussen und das Mündungsgebiet der Weichsel angesetzten zählten mit ihren 130 Schützendivisionen und acht Panzerkorps fast 1,7 Millionen Soldaten mit knapp 4'000 Panzern, 25'000 Artilleriegeschützen und über 3'000 Kampfflugzeugen. Die südlich davon direkt auf das Zentrum des Reichs zielenden beiden anderen waren mit 2,2 Millionen Mann, 7'000 Panzern, 33'000 Geschützen und rund 5'000 Flug-

zeugen zusammen noch um einiges stärker.¹¹

So konzentrierte sich zu Beginn des Jahres 1945 vom Memelland über die Narewlinie, die mittlere Weichsel um Warschau bis in den Raum östlich von Krakau ein von der deutschen militärischen Aufklärung zwar erkannter, von Hitler jedoch gleichermassen ignorant wie selbstherrlich als der «grösste Bluff seit Dschingis Khan»¹² abgetaner Aufmarsch von wahrhaft gewaltigem Ausmass. Angesichts der schwachen deutschen Verteidigungskräfte stand der gesamte Osten Deutschlands nahezu ohnmächtig vor einer Katastrophe, gegenüber deren Ausmass das ostpreussische Vorspiel vom Herbst 1944 nur einen vagen Vorgeschmack geliefert hatte.

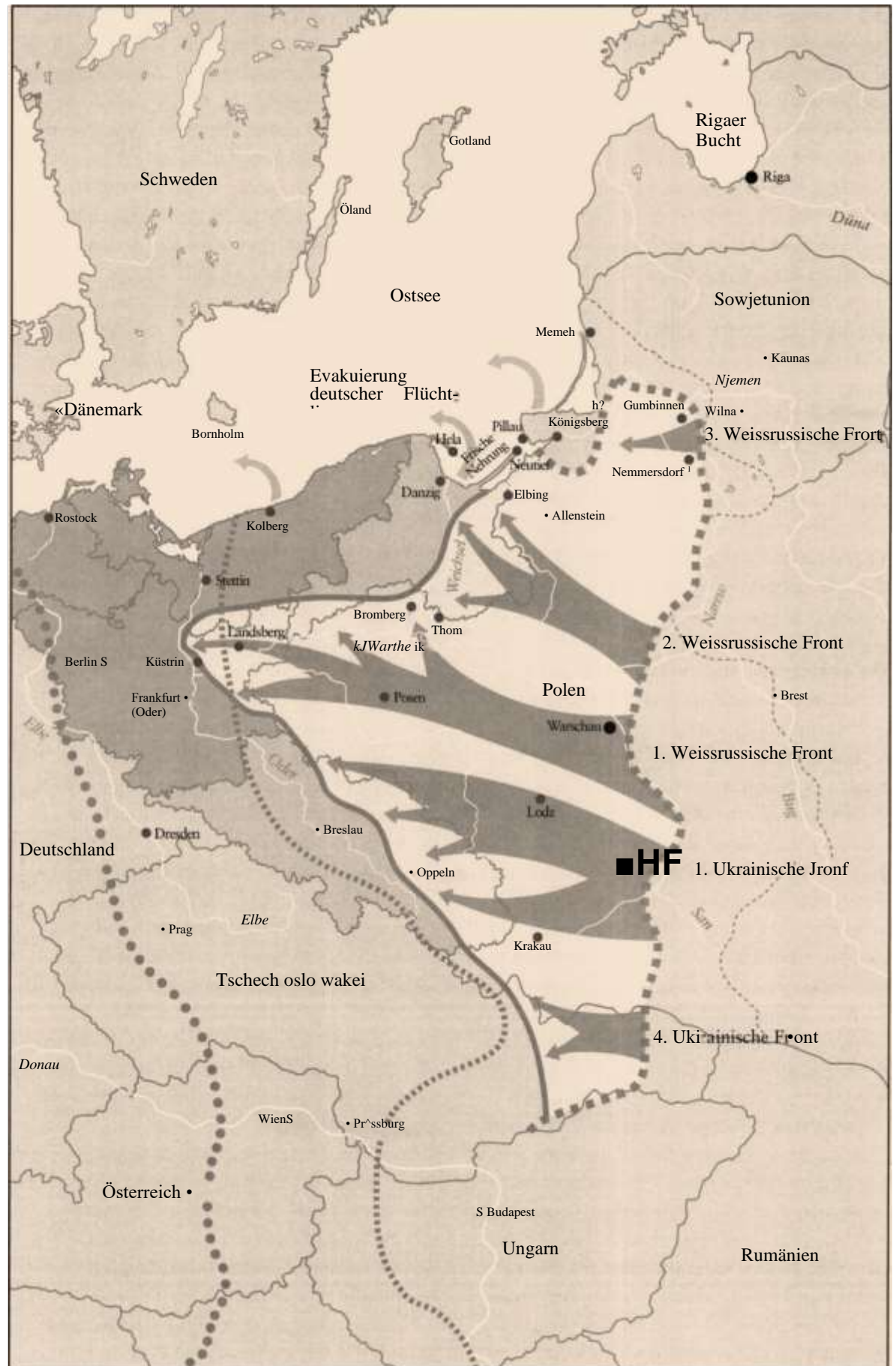
Zwischen dem 12. und 14. Januar 1945 vollzog sich in zeitlicher Staffelung der Auftakt zur gewaltigsten Offensivoperation des Zweiten Weltkriegs. Den Anfang machte die am Südflügel stehende und damit am weitesten von den deutschen Grenzen entfernte 1. Ukrainische Front Marschall Konjews, die mit zehn Armeen aus dem grossen Weichselbrückenkopf von Sandomierz und Baranow nordöstlich von Krakau angriff. Tags darauf folgte am nördlichen Flügel die 3. Weissrussische Front mit sechs Feldarmeen aus den im Herbst zuvor erkämpften Ausgangspositionen im östlichen Ostpreussen zwischen den Oberläufen von Inster und Rominte. Den Abschluss bildeten die im Zentrum stehenden anderen beiden weissrussischen Fronten (1. und 2.) der Marschälle Schukow und Rokossowski, die beiderseits Warschau aus den Brückenköpfen von Magnuszew/Pulawy und Rozan am Narew zum Angriff antraten.¹³

Nach dem Durchbruch durch die schwachen deutschen Verteidigungsstellungen verlief der Vormarsch insbesondere der Heeresgruppen Schukows und Rokossowskis mit einem nahezu atemberaubenden Tempo, wobei die den angreifenden Truppen voranstürmenden Panzerverbände bis zu 70 Kilometer am Tag zurücklegten und bis zum März keine geschlossene deutsche

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostpreussen, Westpreussen, Danzig, dem Warthegau und Hinterpommern

Sowjetische Grossoffensive gegen das Reichsgebiet von der Weichsel aus, Januar bis April 1945

Frontverlauf
Anfang Januar 1945



Abwehrfront mehr entstehen liessen. Damit war die deutsche Bevölkerung der gesamten Kampfregion zwischen Oberschlesien im Süden und Ostpreussen im Norden hilflos der mit einem ungeheuren Tempo auf sie zurollenden Kriegsmaschine ausgeliefert.

Besonders schnell erfolgte der Vorstoss im Angriffsabschnitt der i. Weissrussischen Front Marschall Schukows. Bereits nach wenigen Tagen fiel am 19. Januar 1945 das polnische Industriezentrum Lodz. Schon zwei Tage später überschritten die Truppen Marschall Schukows die Warthe östlich von Kalisch, eroberten am 23. Januar Bromberg und schlossen am 27. die Festung Posen ein. Fast zeitgleich wurde weiter westlich im Raum zwischen Birnbaum und Züllichau in breiter Front die Reichsgrenze von 1937 überschritten und damit der Krieg in die ostbrandenburgische Neumark hineingetragen, wo am 30. Januar Landsberg, Schwerin a.d. Warthe und Schwiebus fast kampflös fielen. Schon am folgenden Tag erreichten die Vorhuten der Angriffsverbände die Oder nördlich von Küstrin, wo nach der Bildung mehrerer Brückenköpfe am Westufer der Angriff nach einem regelrechten Sturm- lauf über gut 550 Kilometer in den ersten Februartagen 1945 zum vorläufigen Stillstand kam.

Nicht weniger erfolgreich verlief die Offensive an den Flanken, das heisst im Süden auf Schlesien zu, dessen Grenzen bereits am 19. Januar erreicht wurden, und im Norden in Richtung der Weichselmündung und auf ostpreussischem Terrain. Trotz des wesentlich zäheren deutschen Widerstands gelang dort der 3. Weissrussischen Front am 6. Operationstag, dem 18. Januar, zwischen Breitenstein und Schilien der Durchbruch durch die deutsche Front, dem sich ein stürmischer, gut zehntägiger Vormarsch der sowjetischen Verbände nach Westen anschloss, der über Gumbinnen (20.1.), Insterburg (21.1.) und Wehlau (22.1.) bereits am 24. Januar die Deime zwischen Labiau und Tapiau in voller Breite überschritt. Damit war die letzte natürliche Verteidigungslinie vor dem Königsberger Festungsgürtel

durchbrochen und der Weg in das Samland frei. Mit dem Fall von Neuhausen am 28. Januar stand die Rote Armee bereits im Vorfeld der ostpreussischen Hauptstadt, die durch anschliessende kombinierte Vorstösse auf das südliche Samlandufer bei Gross Heydekrug und auf die Haffküste nordöstlich von Brandenburg praktisch von ihren Landverbindungen nach Westen und Süden abgeschnitten wurde. Entscheidend für das weitere Schicksal der Provinz und seiner Bevölkerung sollte jedoch der am 14. Januar aus dem Narew-Brückenkopf zwischen Pultusk und Rozan nördlich von Warschau in Richtung Nordwesten begonnene Angriff der 2. Weissrussischen Front Marschall Rokossowskis werden. Dieser



Zwischen dem 12. und 14. Januar 1945 begann die gewaltigste Offensive des Zweiten Weltkriegs. Nach dem Durchbruch durch die schwachen

deutschen Verteidigungsstellungen verlief der Vormarsch der sowjetischen Truppen in einem nahezu atemberaubenden Tempo. Bereits am 27. Januar war Ostpreussen von seiner Landverbindung im Westen abgeschnitten.

Eine Kolonne der Sowjetarmee marschiert durch eine Ortschaft auf dem Weg nach Königsberg.

entwickelte innerhalb weniger Tage ein derart blitzartiges Tempo, das alle deutschen Gegenmassnahmen zunichte machte. Bereits am 19. Januar war zwischen Soldau und Neidenburg die Reichsgrenze überschritten. In rascher Folge fielen Osterode (21.1.), Deutsch-Eylau und Mohrunen (22.1.) sowie Preussisch-Holland am 23. Januar. Noch am Abend desselben Tages tauchten die ersten sowjetischen Panzer in Elbing auf, ohne dass jedoch die Einnahme der Stadt im Handstreich gelang. Als kurz darauf, am 27. Januar, die Panzerverbände Rokossowskis die Haffküste bei Tolkemit erreichten, war Ostpreussen von seiner Landverbindung nach Westen abgeschnitten.¹⁴ Weiter westlich davon standen sowjetische Truppen bei Stuhm (25.1.), Neuteich (26.1.) und Marienburg (27.1.) und damit schon am östlichen Rande des Weichseldeltas rund 40 Kilometer vor Danzig. Auch die südlichen Kreise Ostpommerns Deutsch-Krone, Friedeberg und der Netzekreis, dazu die Stadt Schneidemühl, waren zu diesem Zeitpunkt schon zum Kampfgebiet geworden.

Die Fluchtbewegung der deutschen Bevölkerung Warthegau und Ostbrandenburg

Die Folge dieser militärischen Vorgänge war eine überstürzte und weitgehend ungeordnet bis chaotisch verlaufende Fluchtbewegung der deutschen Bevölkerung im gesamten Operationsraum zwischen Oberschlesien und dem Kurischen Haff. Von den gut zehn Millionen Menschen dieser Region dürfte mit fünf Millionen rund die Hälfte an dieser Fluchtbewegung teilgenommen haben.¹⁵ Dabei waren amtliche Anordnungen zur Evakuierung häufig fast ohne Bedeutung oder angesichts der rasanten militärischen Entwicklung überflüssig geworden. Zumeist waren es die Parteidienststellen, die Gau- und Kreisleitungen der NSDAP, die entgegen dem Drängen militärischer oder anderer behördlicher Verwaltungsstellen die Evakuierungsbefehle für ihren örtlichen

Bereich hinauszögerten oder die Räumung glattweg verboten. In den meisten Fällen löste erst das unmittelbare Auftauchen russischer Panzer eine überstürzte Flucht aus, unabhängig davon, ob inzwischen eine amtliche Räumungsanordnung vorlag oder nicht.

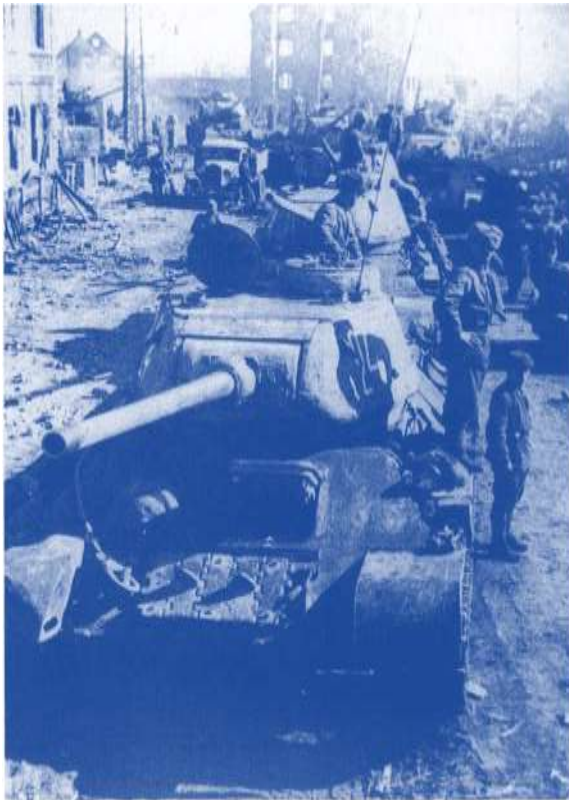
Für die deutsche Bevölkerung des Warthegaus und der ostbrandenburgischen Neumark begann die Fluchtbewegung in den Tagen um den 18. Januar zuerst für die östliche Zone des Warthegaus zwischen Lodz und Kalisch.¹⁶ Sie erreichte zwischen dem 20. und dem 23. Januar im Gebiet der Provinz Posen ihren Höhepunkt und setzte sich in rasendem Tempo weiter Richtung Westen fort, bevor sie in den letzten Januartagen Ostbrandenburg erfasste. Günstig für die im Raum Posen und westlich davon lebende Bevölkerung waren die guten Verkehrswege dieser Region, ein noch weitgehend intaktes Eisenbahn- und Strassennetz, das auch der städtischen Bevölkerung ein schnelles Fortkommen in Richtung Oder ermöglichte. Im Gegensatz zu den Städten begab sich die ländliche Bevölkerung in der Mehrzahl mit Pferdegespannen und Fuhrwerken auf den Treck nach Westen. Auf diese Weise dürfte es über der Hälfte der deutschen Bevölkerung aus den westlichen, das heisst den am dichtesten von Deutschen bewohnten Kreisen des Warthegaus gelungen sein, das rettende westliche Oderufer zu erreichen. Aus Ostbrandenburg, das seit dem 22. Januar von Flüchtenden aus dem Warthegau regelrecht überschwemmt wurde und wo die behördlichen Räumungsmassnahmen fast völlig versagten, scheint hingegen nur ein gutes Drittel der Bevölkerung über die Oder entkommen zu sein.

Ostpreussen

Auch für Ostpreussen kann angesichts der seit dem 13. Januar 1945 mit Urgewalt hereinbrechenden militärischen Katastrophe nur von einer weitgehend panischen und regellosen Fluchtbewegung gesprochen werden. So befand sich etwa

in Allenstein noch gut die Hälfte der Bevölkerung in der Stadt, als die russischen Truppen am 22. Januar dort einrückten, während tags darauf die Bevölkerung von Elbing völlig ahnungslos war, als die ersten sowjetischen Panzer durch die Stadt rollten und eine wilde Panik erzeugten. Generell lässt sich sagen, dass die östlicher gelegenen Landkreise, Labiau, Wehlau, Gerdauen und Rastenburg, die als erste von der sowjetischen Januaroffensive erfasst wurden, noch wenigstens ansatzweise Evakuierungsmaßnahmen erlebten, während westlich davon im bereits mit Flüchtlingstrecks aus Richtung Osten vollgestopften Raum Preussisch-Eylau-Heilsberg-Braunsberg sowie im Samland-Kreis kaum mehr von nennenswerten amtlichen Räumungsanstrengungen

gesprochen werden kann.¹⁷ Da schon spätestens mit dem 22. Januar der gesamte Zugverkehr Richtung Westen unterbrochen war, wurde der pferdebespannte Treck oder der blosse Fussmarsch durch Kälte und Schnee zum Charakteristikum der ostpreussischen Fluchtbewegung schlechthin. Eine besonders verhängnisvolle Wirkung auf das ostpreussische Fluchtgeschehen hatte der geschilderte rasend schnelle Vorstoss der 2. Weissrussischen Front durch den südwestlichen Teil der Provinz auf die südliche Haffküste zwischen Elbing und Tolkemit, der am 27. Januar Ostpreussen endgültig vom Reich trennte. Er zwang die bis dahin in breiter Front nach Westen strebende Fluchtbewegung, nach Norden in Richtung auf die mittlere Haffküste abzdrehen. Da-



Der Heiligenbeiler Kessel wurde zum Stalingrad Ostpreussens. Mit Panzern, Artillerie, Stalinorgeln, Bombern und starken Truppenverbänden wurde der mehrwöchige zähe Widerstand der deutschen Verbände gebrochen. Viele tausend tote

deutsche Verteidiger waren der Preis dafür, dass über einer halben Million Ostpreussen noch die Flucht vor der Roten Armee gelang.

Mit Decken und Pelzen versuchten Flüchtlinge sich vor dem Erfrierungstod zu schützen. Begleitet von Schneestürmen und der Angst vor der Roten Armee bewegten sich die Trecks über die winterlichen Strassen Ostpreussens nach Westen.

durch kam es in kurzer Zeit im gesamten Gebiet zwischen den Kreisen Rössel, Heilsberg, Braunsberg und Heiligenbeil, das heisst in einem relativ schmalen Gebietsschlauch, zu dramatischen Stauungen und Menschenansammlungen, in die hinein noch die sowjetischen Truppenverbände stiessen. Dieser Gebietsschlauch verengte sich in den Wochen danach zum so genannten Heiligenbeiler Kessel, einem im Zuge der Kampfhandlungen immer dichter an die Haffküste gedrückten Landstreifen, der erst nach mehreren Wochen am 29. März mit der Eroberung der Städte Braunsberg und Heiligenbeil durch die Rote Armee liquidiert wurde. Von Ende Januar bis in die letzten Februartage hinein vollzog

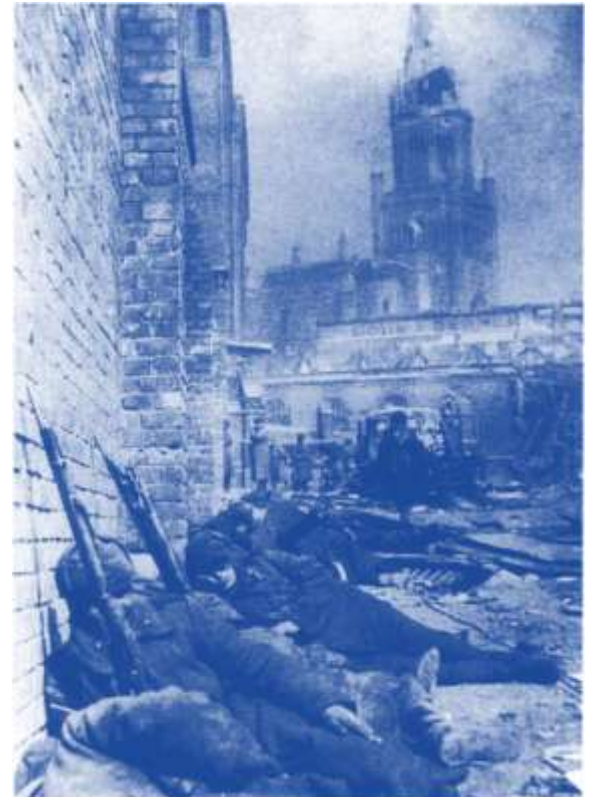
sich von diesem von der deutschen Wehrmacht hartnäckig verteidigten Kessel aus der Abmarsch von mehreren Hunderttausend Flüchtlingen über das Eis des Frischen Haffs auf den schmalen Landstreifen der Nehrung. Trotz ständiger russischer Angriffe vom Boden wie aus der Luft mit dramatischen Einbrüchen ganzer Trecks in die eiskalte See, die ungezählte Todesopfer forderten, dazu Hunger, Durst, Erfrierungen und körperliche Anstrengungen, die jedes Mass überstiegen, gelang über dieses so gefährvolle Schlupfloch fast einer halben Million Menschen die Flucht aus dem eingeschlossenen Ostpreussen.¹⁸ Vom Haff aus ging es für den grösseren Teil der Flüchtenden längs der Nehrungsstrasse nach We-



Nachdem mit der Ende Februar einsetzenden Eisschmelze der Fluchtweg über das Frische Haff endgültig versperrt war, blieb als letzte Möglichkeit, Ostpreussen zu verlassen, nur noch die Stadt Königsberg mit ihrem

vorgelagerten Hafen Pillau. Hierher hatten sich seit Ende Januar Hunderttausende von Flüchtenden gerettet, die zum grossen Teil noch in den Westen ausgeschifft werden konnten. Nach einer verlustreichen Schlacht wird die Festung Königsberg am 9. April 1945 von der sowjetischen Armee gestürmt.

Ausruhende Rotarmisten nach dem Kampf um Königsberg. Auch in der eroberten ostpreussischen Hauptstadt kam es zu unvorstellbaren Gewalttaten an der deutschen Zivilbevölkerung. Viele Erlebnisberichte sind so grauenvoll, dass sie kaum wiederzugeben sind.



sten Richtung Stutthof und weiter in den Danziger und ostpommerschen Raum. Ein kleinerer Teil wählte den umgekehrten Weg Richtung Osten auf Neutief zu, um dann vom gegenüberliegenden Pillau aus mit dem Schiff über die Ostsee nach Westen zu entkommen.

Nachdem Ende Februar die einsetzende Eisschmelze den Weg über das Haff endgültig versperrt hatte, blieben als letzte Schlupfwinkel für die deutsche Bevölkerung nur noch die Stadt Königsberg selbst und das westliche Samland mit seinem so wichtigen Hafen Pillau.

Auch hier hatten sich bereits seit den späten Januar Tagen 1945 Hunderttausende von Flüchtenden auf engem Raum zusammengeballt: über 150'000 in der Hauptstadt und fast eine Viertelmillion Menschen an der westlichen Samlandküste.¹⁹ Einem von dort aus am 19. Februar geführten deutschen Gegenangriff gelang es, die Landverbindung nach Königsberg wiederherzustellen, wodurch viele Zehntausende noch aus der Stadt in Richtung Pillau evakuiert werden konnten. Erst am 9. April 1945 erlag Ostpreussens Hauptstadt nach einer viertägigen erbitterten Schlacht dem konzentrierten Angriff dreier sowjetischer Armeen, wobei circa ein Viertel der noch in der Stadt verbliebenen Bevölkerung von rund 100'000 Menschen den Tod fanden.

Namentlich durch die Rolle Pillaus, aber auch durch die über die Nehrung nach Danzig und Gdingen entkommenen Menschen bekam der Seeweg eine so entscheidende Bedeutung für die gesamte Fluchtbewegung aus der ostpreussischen Region. Von Ende Januar bis zur Eroberung der Stadt am 25. April 1945 verliessen über 450'000 Menschen auf Schiffen den Pillauer Hafen, während weitere rund 200'000 von dort nach Neutief übergesetzt wurden, um über die Nehrung den langen und beschwerlichen Weg in Richtung Danzig einzuschlagen. Die Gesamtbilanz für diese Region weist aus, dass gut drei Viertel der zu Beginn der sowjetischen Offensive Mitte Januar noch im Lande verbliebenen deutschen Be-

völkerung die Flucht über den Land- oder Seeweg gelungen ist. Rund 400'000 Menschen sind, entweder unterwegs von den russischen Streitkräften überholt oder von den Geschehnissen in ihren Wohnorten überrascht, im Lande zurückgeblieben.²⁰

Danzig, Westpreussen und der ostpommersche Raum

Seit Ende Januar war die Region um die Weichselmündung mit den beiden wichtigen Häfen Danzig und Gdingen sowie das südlich davon liegende Westpreussen der grosse Auffangraum für die Flüchtlinge aus Ostpreussen und den Gebieten des östlichen Warthegaus. Nach dem Auftauchen der ersten russischen Panzer im Raum



Bis zum 30. März 1945 konnte die Region um die Weichselmündung mit den beiden wichtigen Häfen Danzig und Gdingen

(Gotenhafen) von deutschen Truppen gehalten werden. Dadurch gelang noch rund 800'000 Menschen die Flucht aus dieser Region. Sowjetische Panzer dringen in den Danziger Vorort Oliva ein.

von Elbing am 23. Januar gelang in einer panikartigen Fluchtbewegung noch rund 80 Prozent der dort zusammengedrängten Menschen die Flucht in den Danziger Raum und ins östliche Pommern.²¹ Insgesamt dürfte etwa 800'000 Flüchtlingen aus Ostpreussen die Flucht in diese Region gelungen sein. Zeitgleich dazu begann ab dem 22.23. Januar, teils mit der Bahn, teils mit dem Treck, die Flucht der deutschen Bevölkerung aus der westpreussischen Kernregion um Thorn, Kulm sowie dem zur Festung erklärten und hart umkämpften Graudenz, zum einen nach Westen in den östlichen Teil Pommerns, zum anderen nach Norden ins Weichseldelta.

Allgemein ist zu vermuten, dass aus den südlichen Kreisen Westpreussens, das heisst aus der Region südöstlich von Thorn, nur ein wesentlich geringerer Bevölkerungsteil der Besetzung durch



Pommern war Ende Januar 1945 zum Kampfgebiet geworden. Auch von hier flüchteten Hunderttausende, oft über Stettin, in den Westen. Diese Flüchtlinge treffen mit

ihren letzten Habseligkeiten in einem offenen Transportwagen auf dem Bahnhof von Rostock ein.

die Rote Armee entkommen konnte als aus den nordwestlich gegen Ostpreussen gelagerten Kreisen Marienwerder, Rosenberg und Stuhm.

Pommern war in seinen südlichen Teilen schon Ende Januar 1945 zum Kampfgebiet geworden, Schneidemühl bereits in den letzten Januartagen abgeschnitten und die südlichen Grenzkreise Flatow, Deutsch-Krone, Friedeberg und der Netzekreis grossteils besetzt worden. Aus diesen Kreisen konnte sich gerade einmal ein knappes Drittel der einheimischen Bevölkerung über die Oder nach Westen retten, während aus den erst Anfang Februar von sowjetischen Truppen besetzten Kreisen Arnswalde, Pyritz und Greifenhagen über die Hälfte der Bewohner die Oderlinie im Raum Stettin erreichten. Eine neue Etappe begann für Pommern erst mit dem kombinierten Angriff der 1. und 2. Weissrussischen Front zwischen dem 24. Februar und dem 1. März 1945, der bis zum 5. März bei Kolberg und nördlich von Köslin zur Ostsee durchstiess und dadurch die deutsche Heeresgruppe Weichsel und mit ihr den gesamten pommerschen Küstenraum in zwei Teile aufspaltete. Der anschliessende Vorstoss von Rokossowskis Truppenverbänden Richtung Osten durch die nordostpommerschen Kreise ins Weichseldelta hinein endete schliesslich Ende März mit der Eroberung der beiden wichtigen Hafenstädte Danzig und Gdingen.

Von da an verblieb als allerletzte Fluchtmöglichkeit über die Ostsee nur noch die schmale Landzunge der Putziger Nehrung mit dem Hafen von Heia, dessen Besetzung erst mit der deutschen Kapitulation am 9. Mai 1945 die Waffen streckte. Insgesamt waren aus der Danziger Bucht und von den Häfen Ostpommerns von Ende Januar bis in den späten April des Jahres 1945 rund 900'000 Menschen Richtung Westen ausgeschifft worden, während auf dem Landweg kaum mehr als 200'000 bis 300'000 aus Pommern hinausgelangt sein dürften.



Die Flucht aus Ostpreussen – hier über die Frische Nehrung – war für Hunderttausende erst der Beginn eines sich oft über Wochen und Monate erstreckenden Leidensweges. Nur sehr langsam kamen die Trecks voran, immer wieder bedroht durch das schnelle Vorrücken der Roten Armee und durch Tieffliegerangriffe. Bittere Kälte und der Kampf um das tägliche Brot bestimmten zudem den Alltag der Flüchtlinge.



Flüchtlinge ziehen durch den Spreewald. Nicht nur die Menschen und Tiere hatten unvorstellbare Strapazen zu überstehen, auch das Material war enormen Belastungen ausgesetzt. Dieser Treckwagen muss zurückgelassen werden, ebenso das Wenige, das man auf die Flucht mitgenommen hatte.

Die Gewalttaten gegen die deutsche Bevölkerung

Ob in ihren Heimatortschaften zurückgeblieben oder auf dem Treck unterwegs von sowjetischen Truppen eingeholt: Die deutsche Bevölkerung östlich von Oder und Neisse erlebte in den Wochen und Monaten nach dem Januar 1945 eine Zeit blutigster Ausschreitungen und schlimmster Drangsalierungen. Plünderungen, Brandschatzungen, sinnlose Zerstörungen, Vergewaltigungen und willkürliche Tötungen waren nahezu unterschiedslos im gesamten Operationsraum zwischen der Ostseeküste und dem schlesischen Bergland an der Tagesordnung. Das, was sich im Oktober des Vorjahres in Nemmersdorf angedeutet hatte, wurde nunmehr zum Massenphänomen. Wenige Beispiele eines humanen Verhaltens und couragierten Einschreitens einzelner Rotarmisten gegen Gewalttaten können den Gesamteindruck nicht verwischen.²¹ Besonders die zahllosen und brutalen Vergewaltigungen, oftmals mit Todesfolge für die schwer misshandelten Frauen aus allen Altersgruppen, bilden ein allgegenwärtiges Trauma in nahezu allen Zeugnissen über das Zusammentreffen der häufig stark alkoholisierten russischen Soldaten mit der deutschen Zivilbevölkerung. Viele der Erlebnisberichte überlebender, oft aufs Schwerste gedemütigter Frauen sind in ihren schlimmsten Details kaum wiederzugeben. Stellvertretend für Hunderttausende von Einzelschicksalen sei aus den Erinnerungen einer Danzigerin über ihre Erfahrungen nach der Eroberung ihrer Heimatstadt Ende März 1945 durch die Truppen Marschall Rokossowskis eine Passage zitiert, die die Seelennöte der vielen zumeist schutzlos in Scheunen, Kellern oder anderen Verstecken zusammengedrängten Frauen zum Ausdruck bringt:

«Was Stalins Soldateska damals an den deutschen Frauen und Mädchen verbrach, war geradezu ungeheuerlich, da die erlittenen Schäden nicht nur körperlicher Art waren, sondern mehr noch das seelische Gebiet berührten. Diese stän-

dige Angst und Aufregung, in der sich damals ein jedes weibliche Wesen monatelang befand, stellte für das durch den tödlichen Hunger ohnehin geschwächte Nervensystem eine unbeschreibliche Belastung dar. Ich selber weiss es am allerbesten, in welcher schrecklicher Angst wir Frauen damals Tag und Nacht hindurch gelebt haben, wie nervenaufreibend diese endlos scheinende Zeit der inneren Aufregungen, des Entsetzens, der dauernden Ungewissheit über das täglich und nächtlich drohende Schicksal war.»²⁵

Brennpunkte des vielfältigen Gewaltgeschehens waren zumeist jene Orte und Regionen, wo sowjetische Truppen auf dichte Ansammlungen deutscher Bevölkerung stiessen, wie Ende Januar/Anfang Februar im südwestlichen Teil Ostpreussens zu Beginn der Bildung des Heiligenbeiler Kessels. Nur eine Woche nach der Besetzung wurden hier allein aus 54 der insgesamt 85 Gemeinden des Kreises Rössel 524 namentlich belegte Mordopfer gemeldet. Einen weiteren Schwerpunkt für Ostpreussen bildete das Samland, wo der Ort Metgethen, nur wenige Kilometer westlich von Königsberg, in den letzten Januartagen zum Schauplatz eines furchtbaren Massakers an Zivilisten wurde.²⁴ Nicht zuletzt durch die Feststellungen einer deutschen Untersuchungskommission erhielt Metgethen den Ruf eines zweiten Nemmersdorfs. Dramatische Dinge spielten sich auch in den westpreussischen Kreisen Stuhm und Rosenberg ab, sowie in Czarnikau, einem Verkehrsknotenpunkt an der Südgrenze Pommerns, wo am 23. Januar 1945 – mit verheerenden Folgen – zahlreiche wartheländische Trecks mit russischen Panzern zusammensties-

sen. Nicht nur international bekannt gewordene russische Schriftsteller wie Alexander Solschenyzin und Lew Kopelew haben aus ihrer späteren Erinnerung als Kriegsteilnehmer die Exzesse der eigenen Soldaten bestätigt.²⁵ Auch unmittelbare Zeugnisse, wie das Tagebuch des russischen Artillerieoffiziers Juri Uspenski, das im Februar 1945 im Samland in deutsche Hände gefallen

Marschall Rokossowski

an die Garnisonen

von Danzig und Gdingen

Generäle, Offiziere und Soldaten **der 2. deutschen Armee!**

Meine Truppen haben gestern am 23. März Zoppot genommen und die eingeschlossene Kräftegruppe in zwei Teile aufgespalten. Die Garnisonen von Danzig und Gdingen sind voneinander getrennt. Unsere Artillerie beschießt die Häfen von Danzig und Gdingen und die Einfahrten zu denselben. Der eiserne Ring meiner Truppen um Euch verengt sich immer mehr.

Unter diesen Umständen ist Euer Widerstand sinnlos und wird nur zu Eurem Untergang sowie zum Untergang von Hunderttausenden Frauen, Kindern und Greisen führen.

Ich fordere Euch auf:

- 1. Unverzüglich den Widerstand einzustellen und Euch mit weissen Fahnen einzeln, gruppen-, zug-, kompanie-, bataillons- und regimentweise gefangenzugeben.**
- 2. Allen, die sich gefangengeben, garantiere Ich das Leben und die Belassung des persönlichen Eigentums.**

Alle Offiziere und Soldaten, die die Waffen nicht strecken, werden bei dem bevorstehenden Sturm vernichtet.

Euch wird die volle Verantwortung für die Opfer der Zivilbevölkerung treffen.

Der Befehlshaber der Truppen der 2. Polnischen Front
Marschall der Sowjetunion

K. Rokossowski

Den 24. 3. 1945.

Obwohl die sowjetische Militärführung schon seit Ende Januar 1945 mit scharfen Disziplinierungsbefehlen versuchte, dem um sich greifenden Marodieren der Rotarmisten entgegenzuwirken, scheint offenkundig kein sonderliches Interesse an einer Unterbindung der Gewaltexzesse vorhanden gewesen zu sein, solange östlich von Oder und Neisse noch Truppen operierten. Eine möglichst ungebremste Fluchtwelle der deutschen Bevölkerung war gewollt. Dieser Kapitulationsaufruf des sowjetischen Marschalls Rokossowski an die im Danziger Raum eingeschlossenen deutschen Verbände datiert vom 24. März 1945. Opfer unter der deutschen Zivilbevölkerung werden darin dem verbissenen Widerstand der deutschen Soldaten angelastet.

war,²⁶ belegen in zum Teil schonungsloser Sprache die Gräueltaten der eigenen Seite, deren blosser Aufzählung im gesamten militärischen Operationsgebiet jede Darstellung sprengen würde. Anhand der vielen Tausenden von Zeugenberichten lassen sich rund 3'300 Tatorte von Gewaltverbrechen, die in keinerlei Zusammenhang mit militärischen Notwendigkeiten standen, bestimmen, wobei zu gut 2'600 von ihnen insgesamt 24'500 Todesopfer ermittelt werden konnten, während für die restlichen 700 Orte Verbrechen ohne genaue Zahlenangaben belegt sind. In der Gesamtbilanz errechneten statistische Schätzungen auf der Basis regional hochgerechneter Daten, die Grössenordnung der infolge des sowjetischen Einmarschs östlich von Oder und Neisse umgekommenen Zivilisten auf zwei bis drei Prozent der in diesen Gebieten zurückgebliebenen Bevölkerung. Dies entspräche etwa einem Prozent der in diesen Gebieten 1939 ansässigen reichsdeutschen Bewohner oder einer Zahl von 80'000 bis 100'000 Getöteter, zu denen schätzungsweise noch circa 20'000 Opfer aus den ausserhalb des Reichsgebiets von 1939 lebenden Deutschen hinzuzuzählen sind.²⁷ Obwohl schon seit Ende Januar 1945 die militärische Führung mit scharfen Disziplinierungsbefehlen versuchte, dem um sich greifenden Marodieren entgegenzuwirken, erscheint doch offenkundig, dass die sowjetische Führung kein sonderliches Interesse an einer energischen Unterbindung der Gewaltexzesse hatte, solange ihre Truppen noch östlich von Oder und Neisse operierten. Im Sinne der getroffenen territorialen Abmachungen erschien eine möglichst ungebremste Fluchtwelle der deutschen Bevölkerung wie auch ihre anderweitige Dezimierung als ein durchaus nützlicher Effekt. Unmissverständliche Signale von oben erfolgten erst ab Mitte April 1945, als die Rote Armee sich anschickte, auf das Territorium der künftigen sowjetischen Besatzungszone (SBZ, der späteren DDR) vorzustossen und nunmehr ein geordnetes und konstruktives Verhältnis zur

deutschen Bevölkerung entwickeln musste. Neben der öffentlichen Massregelung Ilja Ehrenburgs und seiner bis dahin ungebremsten anti-deutschen Hass- und Vergeltungspropaganda am 14. April war es Stalin höchstselbst, der wenige Tage darauf in einer Direktive an seine Truppen vom 20. April 1945 «Über die Verhaltensänderung der Truppen der Roten Armee gegenüber den deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung»²⁸ mit deutlichen Worten eine Wendung zum Besseren forderte. Für die Bevölkerung des deutschen Ostens kam dies jedoch zu spät.

Die deutsche Bevölkerung unter dem sowjetischen Besatzungsregime: Säuberungen – Verschleppungen – Demontagen

Die eher spontan-chaotische Form der Gewalt in Gestalt der emotionsgesteuerten Exzesse vieler Sowjetsoldaten gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung fand ihre Fortsetzung in einer zweiten, mehr systematischen und von kaltem administrativem Kalkül bestimmten Erscheinung von Gewalt, die von den Institutionen der sowjetischen Besatzungsmacht ausging. Sie beruhte darauf, dass, wie ein russischer Offizier und Zeitzeuge der damaligen Vorgänge es später formuliert hat, die russischen Besatzungsorgane «in den befreiten Ländern die spezifische Form jener terroristischen Politik fortsetzten, mit der Stalin das eigene Volk regierte».²⁹ Sie fand zunächst ihren Ausdruck in den rigiden sicherheitspolizeilichen Massnahmen zur Sicherung des Hinterlands der eigenen Armee.

Schon am 11. Januar 1945 war noch im Vorfeld der grossen Offensive gegen das Reichsgebiet ein besonderer Befehl des sowjetischen Innenkommissariats «Über Massnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der Roten Armee von feindlichen Elementen» ergangen. Darin waren unter anderem gezielte Verhaftungsaktionen gegen eine Reihe von Personenkategorien vorgesehen, die von «Mitgliedern faschistischer Organisationen»

über Verwaltungsbeamte und Bürgermeister bis zu «Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen» und «sonstige verdächtige Elemente» reichten.³⁰

Ein weiterer Punkt, der zumindest in der organisatorischen Durchführung mit dem vorherigen eng verbunden war, bestand in der zwangsweisen Rekrutierung deutscher Zivilisten für den Arbeitseinsatz mitsamt systematisch organisierter Massendepotationen in das Innere Russlands.

Die in der Sprache des sowjetischen Staatssicherheitsapparats beschönigend als «Mobilisierung» bezeichnete gewaltsame Einsammlung von Zivilpersonen zur Zwangsarbeit hatte bereits Ende 1944 auf dem Balkan begonnen, wo circa 110'000 Angehörige der deutschen Minderheiten in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien in diesem Sinne «rekrutiert» worden waren. Mit dem grossräumigen Überschreiten der deutschen Grenzen griff diese Praxis ab dem Januar 1945 auch auf die deutschen Ostgebiete über. Gemäss heutigen russischen Angaben wurden zwischen Ende Januar und Mitte April 1945 in den Gebieten östlich von Oder und Neisse über 235'000 deutsche Zivilisten inhaftiert, von denen rund 164'000 in die verschiedensten Regionen der Sowjetunion deportiert wurden.³¹ Dabei handelt es sich bei den Angaben um die in der internen Statistik des sowjetischen Innenkommissariats ausgewiesenen Zahlen, die nur diejenigen erfassten, die in den ihnen zugewiesenen Internierungs- und Arbeitslagern auch tatsächlich angekommen und amtlich registriert worden sind. Zahllose Erlebnisberichte Betroffener wie auch die Erhebungen des DRK-Suchdienstes lassen auf deutlich höhere Zahlen (circa 220'000)³² schliessen, da angenommen werden muss, dass viele der «Zwangsmobilisierten», darunter auch Frauen und Kinder, durch Kälte, Hunger und Gewaltmärsche zu den Sammellagern geschwächt, den langen Transportweg zu ihren Zielorten nicht überlebt haben. Auch an den Haftorten sind unter den schweren Lebens- und Arbeitsbedingungen nochmals Zehntausende von ihnen gestorben.³³

Damit hat diese Form des gezielt-administrativen Zwangs, der offiziell die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung zwischen 17 und 50 Jahren betraf und von der russischen Führung als eine Art lebende Reparationsleistung betrachtet wurde, unter der deutschen Bevölkerung noch mehr Todesopfer gefordert als die unregelmässigen Gewaltausbrüche während der militärischen Besetzungsphase. Erst am 18. April 1945 wurde, angesichts des veränderten Verhaltens gegenüber der deutschen Bevölkerung in der SBZ und des durch die deutsche Kapitulation zu erwartenden grossen Anfalls von kriegsgefangenen Soldaten, die Zwangsverschleppung von Zivilisten eingestellt. Bevor die Oder-Neisse-Gebiete gemäss den Vereinbarungen von 1944 und den Bestimmungen der Potsdamer Konferenz in polnischen Besitz übergingen, versuchte die Sowjetunion auch auf dem Gebiet der materiellen Reparationen, aus



Diejenigen, die ihre Heimat nicht verlassen hatten beziehungsweise von der Roten Armee überrollt worden waren, wurden

häufig zwangsweise für den Arbeitseinsatz rekrutiert. Viele wurden auch systematisch in die Sowjetunion verschleppt. Arbeitsfähige Deutsche werden 1945 in Posen festgehalten.

diesen so viel wie möglich für sich zu gewinnen. Die Folge waren umfangreiche Demontagen von Industriebetrieben und Verkehrsanlagen, die weit über das hinausgingen, was in einem Befehl des Moskauer «Staatlichen Komitees für Verteidigung» vom 20. Februar 1945 als für die unmittelbare Kriegführung wichtig und damit den Bedürfnissen der Roten Armee dienend festgelegt worden war.

Bis zur vollen Übergabe aller verbliebenen Eigentumswerte auf dem neu gewonnenen Territorium Polens Anfang Oktober 1945 sind Industrieanlagen im Wert von mindestens 500 Millionen Dollar, das heisst circa einem Zwanzigstel der von der UdSSR auf der Jalta-Konferenz für sich beanspruchten Reparationssumme, von sowjetischen Spezialisten demontiert und nach Russland gebracht worden.³⁴

Der Übergang in die polnische Verwaltung und die gezielte Vertreibung ab dem Sommer 1945

Die Besetzung durch die Rote Armee hatte die deutschen Ostgebiete mit einem dichten Netz russischer Ortskommandanturen überzogen, die im Wesentlichen lokale Ordnungs- und Sicherungsaufgaben versahen. Ihre Ablösung durch polnische Lokalverwaltungen erfolgte am raschesten in jenen Gebieten der Reichsgaue Danzig-Westpreussen und Posen-Wartheland, die ebenso wie das östliche Oberschlesien bis 1939 grossteils zum polnischen Staatsgebiet gehört und einen hohen polnischsprachigen Bevölkerungsanteil behalten hatten. Hier tauchten polnische Bürgermeister, Milizen und andere Ordnungskräfte oft schon Tage oder wenige Wochen nach der militärischen Besetzung auf. Bereits am 30. März 1945, nur 48 Stunden nach der Eroberung der Stadt, wurde durch ein polnisches Dekret die Woiwodschaft (der Verwaltungsbezirk) Danzig gebildet und schon am 18. März das ober-schlesische Kattowitz im Rahmen einer feierlichen Zeremonie «mit dem polnischen Vaterland» wiedervereint.³⁵

In den übrigen Gebieten mit nahezu rein deutscher Bevölkerung dauerte dieser Prozess deutlich länger. So kann im südlichen Teil Ostpreussens von einer halbwegs flächendeckenden polnischen Lokalverwaltung nicht vor dem Ende der Potsdamer Konferenz im August, teilweise erst im Laufe des Herbstes 1945 gesprochen werden. Einen wichtigen Meilenstein bildete in dieser Hinsicht die Schaffung des «Ministeriums für die Wiedergewonnenen Gebiete» unter Wladyslaw Gomulka am 13. November 1945. Im Kern war die polnische Politik immer offenkundiger auf das Ziel gerichtet, der verbliebenen deutschen Bevölkerung für ein weiteres Leben in ihrer Heimat die Existenzgrundlage zu entziehen. Ihre Legitimation bezog sie wesentlich aus dem Artikel XIII des Kommuniqués der Potsdamer Konferenz, in dem die vier Siegermächte beschlossen hatten, «dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss».³⁶

Die wichtigsten Instrumente dieser Verdrängungspolitik waren eine gesteigerte örtliche Polizeiwillkür, eine verschärfte antideutsche Gesetzgebung, die mit dem Dekret über die «Ausschliessung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft» vom September 1946 ihren Höhepunkt erreichte, und ein gesteigerter Siedlungsdruck durch polnische Zuwanderer. Vielfach übernahmen die Polen die von den russischen Militär- und Sicherheitsbehörden eingerichteten Gefängnisse und Sammellager und bauten sie für ihre eigenen Zwecke im Hinblick auf Zwangsarbeit und Internierung aus. Insgesamt bestanden nach einer Liste des DRK-Suchdienstes in den Oder-Neisse-Gebieten 1'255 Lager der unterschiedlichsten Grösse sowie 227 Gefängnisse, die der Inhaftierung und Internierung von Deutschen dienten.³⁷ Häufig war die zumeist schutzlose deutsche Bevölkerung durch polnische Milizen, andere bewaffnete Gruppen oder kriminelle Beutemacher einer zweiten Aus-

plünderungswelle ausgesetzt, die oft die letzten Reste dessen zerstörte oder fortnahm, was die Sowjetsoldaten übriggelassen hatten. Dies passte zu jenem oft rein kriminellen Plünderer- und Glücksritterunwesen (polnisch *szabrownictwo*), das die neuen Westgebiete damals magisch anzog und gegen das die erst im Aufbau befindlichen polnischen Behörden anfangs einen fast vergeblichen Kampf führten. Vielen Deutschen, vor allem auf dem Lande, gelang das Überleben nur durch die Arbeit auf den zahlreichen noch von der Sowjetarmee betriebenen Militärsowchosen, die auf den Höfen der vormaligen grossen Rittergüter errichtet worden waren.

Auch die erste Welle der Vertreibungen, die bereits im Juni/Juli 1945 einsetzte, bezeichnenderweise im unmittelbaren Hinterland der neuen polnischen Westgrenze an Oder und Neisse, das heisst im westlichen Niederschlesien und in Ostbrandenburg, geschah auf polnische Initiative. Sie erfasste innerhalb von nur knapp drei Wochen circa 200'000 bis 300'000 Menschen und wurde von den sowjetischen Behörden gestoppt, die aufgrund des völlig unregelmässigen Ablaufs und der dramatischen Menschenstaus an den Oder- und Neisseübergängen eine Überfüllung der eigenen Besatzungszone befürchteten.³⁸ Ein Plan des Alliierten Kontrollrats für Deutschland vom November 1945 sah die Ausweisung von rund 3,5 Millionen Deutschen aus Polen in seinen neuen Grenzen vor, wobei zwei Millionen in der sowjetischen und der Rest in der britischen Zone Aufnahme finden sollten.³⁹

Im Unterschied dazu wies die erste polnische Nachkriegsvolkszählung im Februar 1946 in den neuen Westgebieten des Landes gerade noch 2,1 Millionen Deutsche aus, zuzüglich eines separat gezählten, so genannten autochthonen (polnischsprachigen, aber deutschstämmigen) Bevölkerungsteils von 1,5 Millionen. Dem standen zu diesem Zeitpunkt bereits 2,7 Millionen polnische Neusiedler aus den verschiedensten Regionen des Landes gegenüber.⁴⁰ Im Frühjahr 1946 be-

gann schliesslich die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung im grossen Stil – gemäss den Potsdamer Bestimmungen sollte sie «organisiert und human» erfolgen – in deren Verlauf bis zum Jahresende in geschlossenen Bahntransporten fast 1,4 Millionen Deutsche in die Britische Besatzungszone deportiert wurden. Die zahlreichen Todesopfer unter den Betroffenen zwangen die britischen Besatzungsbehörden für den Winter 1946/47 die Transporte zu unterbrechen. Sie wurden erst im Frühjahr 1947 wieder aufgenommen, wobei jetzt jedoch die Masse der Vertriebenen, das heisst rund eine halbe Million, in die sowjetische Besatzungszone verbracht wurde.⁴¹ Weitere im Umfang wesentlich kleinere Aussiedlungsschübe folgten in den Jahren 1948/49 und 1950/51. Sie betrafen vor allem aus politischen Gründen internierte Personen sowie Zwangsarbeiter, deren Arbeitskraft quasi als Reparationsleistung noch über Jahre genutzt worden war, und erfassten insgesamt noch einmal rund eine Viertelmillion. Dennoch verblieben auch danach noch – zumindest nach der Rechnung des Bonner Vertriebenenministeriums aus den 1950er Jahren – circa eine Million Deutsche in Polen.

Anders als Polen hatte die Sowjetunion in ihrer neu gewonnenen Verwaltungsregion im nördlichen Teil Ostpreussens kein nationales Interesse an einer möglichst schnellen Vertreibung der verbliebenen deutschen Bevölkerung. Im Gegenteil, man versuchte ihre Arbeitskraft intensiv zu nutzen, solange sich der Zuzug russischer Neusiedler, der bis zum Sommer 1946 weniger als 50'000 erreichte, in Grenzen hielt. Für die Deutschen dieser Region gab es sogar ein eigenes Presseorgan und ein deutschsprachiges Rundfunkprogramm. Über die Lebensbedingungen in den stark zerstörten Städten berichten viele Erlebnisschilderungen zum Teil erschütternde Dinge.⁴² Nach der Schätzung des Seuchenmediziners Wilhelm Starlinger aus den 1950er Jahren verstarben von den circa 100'000 noch in Königsberg verbliebenen Men-

schen bis zum Frühjahr 1947 zwischen 65 und 75 Prozent, die meisten an Entkräftung, Unterernährung und Infektionskrankheiten aller Art. Die erst vor wenigen Jahren bekannt gewordenen russischen Statistiken nennen andere Zahlen. Demnach befanden sich am 1. September 1945 noch genau 129'614 Deutsche im sowjetischen Teil Ostpreussens, davon rund 68'000 in Königsberg. Ihre Zahl reduzierte sich im Laufe der folgenden 14 Monate, das heisst bis Mitte November 1946, auf rund 91'000, wobei die Königsberger Bevölkerung sogar auf knapp 39'000 zurückging.⁴³ Der dramatische Verlust von nahezu einem Drittel der Bevölkerung – das belegen auch die russischen Statistiken – war vorran-

gig das Resultat der extrem knappen Ernährungsrationen, mit denen besonders die Menschen in Königsberg leben mussten. Auch in den zahlreichen Arbeitslagern, in denen viele Deutsche für den Einsatz auf den zahlreichen Kollektiv- und Staatsgütern des im Frühjahr 1946 amtlich geschaffenen «Kaliningrader Gebiets» konzentriert wurden, war die Sterblichkeit ausserordentlich hoch. Erst vom Herbst 1947 an folgte die Sowjetunion dem Beispiel Polens und siedelte in den folgenden Jahren die noch verbliebene deutsche Bevölkerung in mehreren Deportationsschüben aus. Rund 102'000 Deutsche, darunter gerade noch 29'000 Bewohner Königsbergs, verliessen



Flüsse waren oft ein grosses Hindernis, weil die Brücken entweder durch Bombenangriffe oder durch Truppen – deutsche und alliierte – zerstört worden waren. Hier wartet eine Gruppe von ost-

preussischen Vertriebenen nahe Meissen auf ihren Transport über die Elbe.

Ein Flüchtlingstransport aus dem westpreussischen Elbing trifft auf dem Bahnhof des Lagers Friedland bei Göttingen ein. Die in den Ostgebieten noch verbliebene deutsche Bevölkerung wurde erst seit Herbst 1947 in mehreren Deportationsschüben ausgesiedelt. Für viele begann das Leben im Westen in Lagern.



bis zum Jahre 1951 das Kaliningrader Gebiet. Dagegen verblieb die Mehrzahl der 1944 nicht geflohenen oder evakuierten Memelländer, die vom sowjetischen Staat der litauischen Nationalität zugeschlagen wurden, in ihrer Heimat.⁴⁴

Die Opferbilanz von Flucht und Vertreibung

Die Entvölkerung der deutschen Ostgebiete wie auch der anderen von deutschen Minderheiten besiedelten Regionen Ost- und Südosteuropas durch Flucht und Vertreibung gehört zweifellos zu den tragischen Kapiteln der europäischen, wenn nicht der Weltgeschichte. Unter dem vielen, was unwiederbringlich verloren gegangen ist, wie Landschaft, geistiger und materieller Besitz, dazu ein reichhaltiges kulturelles Erbe, wiegen doch am schwersten die verlorenen Menschenleben. Die Gesamtzahl der deutschen Vertreibungsoffer zu ermitteln, war lange Zeit ein Gegenstand schwieriger Definitionsprobleme und komplizierter bevölkerungsstatistischer Erhebungen. Unter dem Begriff «Vertreibungsoffer» sind letztlich alle Personen zu verstehen, die im Zuge des Flucht- und Vertreibungsgeschehens und durch dessen Folgen den Tod fanden. Unter ihnen machen die Opfer reiner Gewaltakte im Zuge der militärischen Besetzung nur einen Bruchteil aus. Weitaus höher ist die Zahl der Todesopfer durch Internierungen, Zwangsarbeit, einschliesslich der Verschleppung in die Tiefen Russlands, sowie die kärglichen Lebensverhältnisse der unmittelbaren Nachkriegsjahre mit Massenepidemien bei dürftigster medizinischer Versorgung. Dazu kommen die physischen Opfer der wilden Austreibungen des Jahres 1945 und der organisierten millionenfachen Zwangsumsiedlungen ab 1946.

Eine nach Regionen vorgenommene Aufstellung des Statistischen Bundesamts aus den späten 1950er Jahren weist allein für die Oder-Neisse-Gebiete, die vor dem Krieg eine deutsche

Stammbevölkerung (das heisst ohne die in den Kriegsjahren Zugezogenen) von rund 9,5 Millionen aufwiesen, an Vertreibungsverlusten die folgenden Zahlen aus:⁴⁵

Ostpreussen:	299 000
Ostpommern:	364 000
Ostbrandenburg:	207 000
Danzig:	83 000
Schlesien:	466 000

Daraus errechnet sich eine Gesamtsumme von circa 1,2 Millionen Vertreibungsoffern allein für jene Region des Deutschen Reiches, die 1945 in polnischen und sowjetrussischen Besitz übergegangen war. Trotz der grossen Absolutzahl von einer knappen halben Million bildete, auf die Gesamtbevölkerung bezogen, das bevölkerungsreiche Schlesien mit zehn Prozent Todesopfern das Schlusslicht (gefolgt von Ostpreussen mit rund 14 Prozent), während das relativ kleine und mit gut 650'000 Menschen bevölkerungsschwache Ostbrandenburg mit fast einem Drittel seiner Vorkriegsbevölkerung anteilmässig den grössten Blutzoll entrichtet hat.

Nimmt man die übrigen Vertreibungsregionen ausserhalb der Reichsgrenzen von 1937 hinzu, sind insgesamt rund 2,3 Millionen Deutsche den Umständen von Flucht und Vertreibung und deren Folgen zum Opfer gefallen.

Ganz besonders verlustreich waren in Ostpreussen die Kämpfe zwischen der Roten Armee und der deutschen Wehrmacht im Raum Heiligenbeil. Das Foto zeigt den Angriff sowjetischer Infanteristen auf deutsche Stellungen bei Heiligenbeil am 13. März 1945.



Einmarsch sowjetischer Soldaten in Kussen/Ostpreussen. Oft erwartete die in der Heimat Zurückgebliebenen in den nächsten Tagen und Wochen die Hölle. Sie waren schlimmsten Drangsalierungen, blutigen Ausschreitungen, Plünderungen, Brandschatzungen, Vergewaltigungen und willkürlichen Tötungen ausgesetzt.



Über vereiste Strassen, durch dichte Schneestürme und unter Beschuss von Tieffliegern versuchen sich die Trecks einen Weg in den Westen zu bahnen. Oft gelingt dies nicht.



Soldaten der Panzer-grenadierdivision «Gross-Deutschland» zwischen den Überresten eines Flüchtlingstrecks in Balga, Kreis Heiligenbeil, Anfang März 1945. Sie werden über das Frische Haff nach Heia evakuiert.







In endlosen Kolonnen rollen die Trecks über den schmalen Landstrich der Frischen Nehrung Richtung Danzig. Oft kommen die Wagen nur drei bis vier Kilometer pro Tag voran. Trotzdem gelingt auf diesem mühsamen und gefährlichen Weg fast einer halben Million Menschen die Flucht.

Diejenigen, die über kein Pferdegespann verfügen, wagen die Flucht aus Ostpreussen per Eisenbahn. Doch entgegen den nach dem Krieg immer wieder vorgebrachten Beteuerungen, dass die deutschen Verteidiger vor allem der Zivilbevölkerung die Möglichkeit zur Flucht sichern wollten, behielten militärische Bewegungen absoluten Vorrang. So mussten oft Zivilisten Zurückbleiben, als Soldaten die «letzten Züge» stürmten.



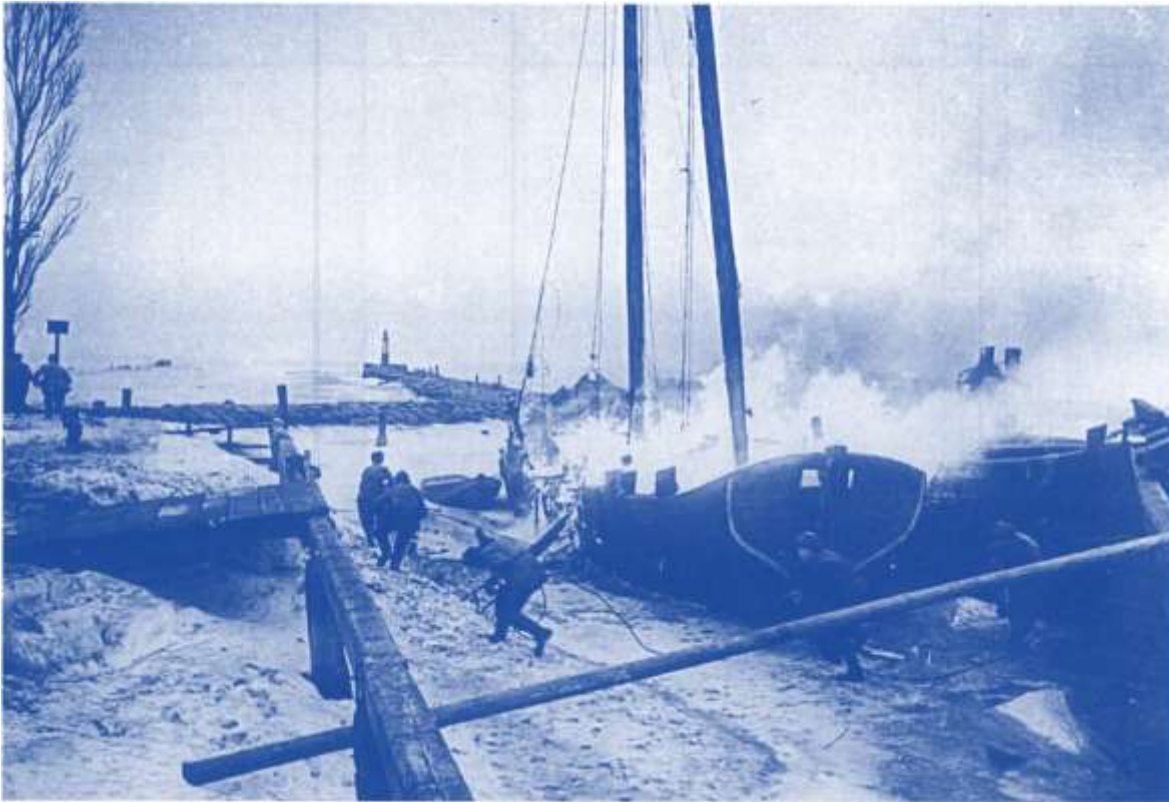
Gegenüberliegende Seite: In höchster Eile werden im Hafen von Gdingen (Gotenhafen) Hunderte von Pferdegespanne zurückgelassen, mit denen Flüchtlinge im letzten Augenblick ihre Heimat verlassen hatten. Während Soldaten die Gespanne auf einen Abstellplatz fahren, wo sie ihrem Schicksal überlassen werden, treffen bereits neue Flüchtlings-trecks ein.



Selbst schmale Flussläufe stellten beinahe unüberwindbare Hindernisse für die Fluchtenden dar, die in Panik versuchten, möglichst weite Distanzen zwischen sich und die vorrückende Rote Armee zu legen. Zu den Trecks stiessen versprengte Wehrmachts-Einheiten, die den völlig verzweifelten Menschen beim Errichten von Behelfsbrücken halfen.







Erbittert wurde um Danzig und seine Umgebung, vor allem aber um den Zugang zum Hafen Gdingen (Gotenhafen) gekämpft. Am 23. März 1945 gelang sowjetischen Panzerverbänden der Durchbruch bis an die Ostsee. Das Foto zeigt sowjetische Infanteristen während eines Gefechts um einen Hafen im März 1945.

Gegenüberliegende Seite: Schon wenige Tage, nachdem die Grossoffensive der Roten Armee am 12./13. Januar 1945 begonnen hatte, wurde die ostpreussische Stadt Allenstein durch sowjetische Truppen besetzt.

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostpreussen, Westpreussen, Danzig, dem Warthegau und Hinterpommern

Diese Ortschaft westlich der Oder ist im Frühjahr 1945 überfüllt mit Flüchtlingen aus dem Osten des Reichsgebiets. Über Hunderte von Kilometern waren diese Flüchtlinge teilweise wochenlang mit Handleiterwagen unterwegs. Sie litten unter Hunger und bitterer Kälte, und die Angst, von der Roten Armee überrollt zu werden, war ihr ständiger Begleiter.

So sah es in den letzten Tagen des Krieges in vielen Ortschaften Pommerns aus: Strassen und Häuser sind zerstört und von Menschen verlassen, das Vieh irrt ziellos umher.

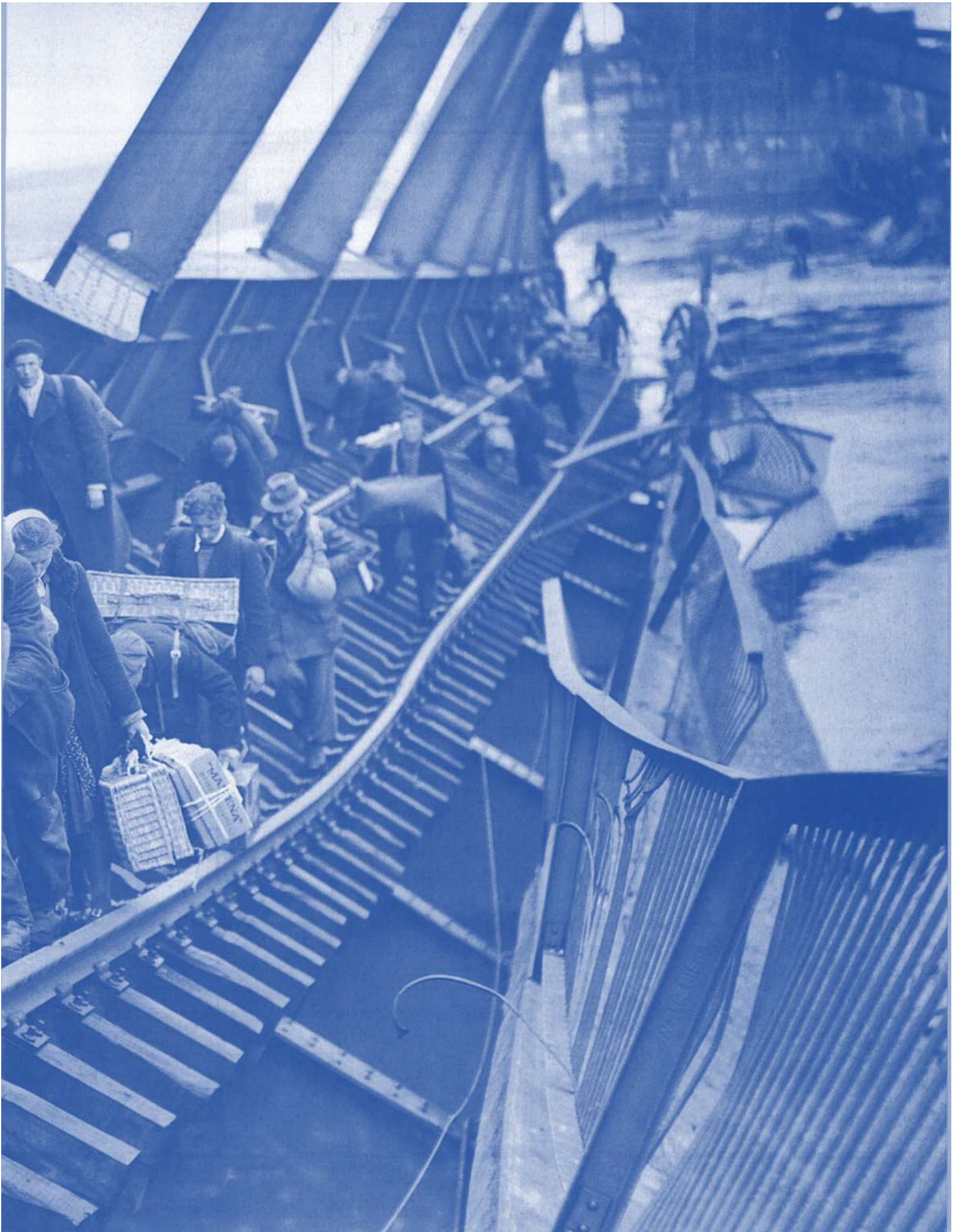
Gegenüberliegende Seite: Mit Sack und Pack beladen zieht diese Flüchtlingsgruppe im Frühjahr 1945 durch die pommerische Landschaft. Ihnen steht noch ein weiter, strapazenreicher und gefährlicher Weg in den Westen bevor, denn der Krieg ist noch nicht zu Ende. Die russischen Truppen rücken unaufhaltsam vor.

Folgende Doppelseite: Über die Trümmer der am 12. April von der Wehrmacht gesprengten Elbbrücke bei Tangermünde schleppen sich Flüchtlinge mit ihrer letzten Habe. Sie versuchen auf die amerikanische Seite zu gelangen. Die Rote Armee ist nur noch wenige Stunden hinter ihnen.









Flucht über die Ostsee: Die grösste Rettungsaktion der Seegeschichte

Heinz Schön

Die Flucht über die Ostsee war das tragische Schlusskapitel des Zweiten Weltkriegs. Es begann im Frühjahr 1944 mit dem sich anbahnenden und schnell fortschreitenden Rückzug deutscher Truppen und Marineeinheiten aus dem Baltikum und dem finnischen Meerbusen und endete, als der Krieg bereits zu Ende war, in dem schleswig-holsteinischen Hafen Flensburg.

Das grösste Rettungswerk der Seegeschichte, das mehr als zweieinhalb Millionen Menschen Leben und Freiheit sicherte, war ein Akt der Humanität. Es entstand aus dem Nichts.

Während die Seekriegsleitung und das Oberkommando der Wehrmacht im Verlauf des Krieges eine Vielzahl von Operationen, so das «Unternehmen Seelöwe», das die Invasion Englands zum Ziel hatte, oder das «Unternehmen Weserübung», die Besetzung Dänemarks und Norwegens, in monatelanger Generalstabsarbeit vorgeplant und durchgespielt hatte, entwickelte sich die Flucht über die Ostsee, die Evakuierung von über zweieinhalb Millionen Menschen mit mehr als 1'000 Handels- und Kriegsschiffen, ohne jede Vorplanung.

Weder das Oberkommando der Kriegsmarine noch ein einziger Admiralstabsoffizier hatten sich vorher mit der Frage beschäftigt, was geschehen müsse, wenn plötzlich Hunderttausende Menschen aus dem Baltikum, aus Ostpreussen, Westpreussen, Danzig und Pommern über die Ostsee abzutransportieren wären, woher der erforderliche Schiffsraum kommen sollte, wie Frachtschiffe in kurzer Zeit auf einen Transport von Menschen umgerüstet werden könnten und woher Kohle und Öl in ausreichender Menge für diese logistischen Aufgaben zu beschaffen seien.

Keine zentrale Dienststelle der Wehrmacht, der Marine, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei (NSDAP) oder ihrer Hilfsorganisationen in den Ostseehäfen von Riga bis Swinemünde hatte sich mit der Frage befasst, wie Massen von Flüchtlingen, Verwundeten und Soldaten in den Häfen und auf den Schiffen untergebracht und gepflegt werden könnten.

Nichts war vorbereitet, obwohl bereits im Frühjahr, spätestens im Sommer 1944, zu erkennen war, dass sowohl an der Landfront das Vordringen sowjetischer Truppen in Richtung Ostpreussen und Ostseeküste wie an der Seefront der Verlust des Finnenbusens und der östlichen Ostsee bevorstand.

Im Gegenteil. Die Partei- und Reichsführung versuchte mit immer wieder vorgebrachten Parolen der ostdeutschen Bevölkerung den Glauben an die «Wunderwaffen» und den «Endsieg» vorzugaukeln. Die rechtzeitige Evakuierung der Zivilbevölkerung wurde strikt verboten.

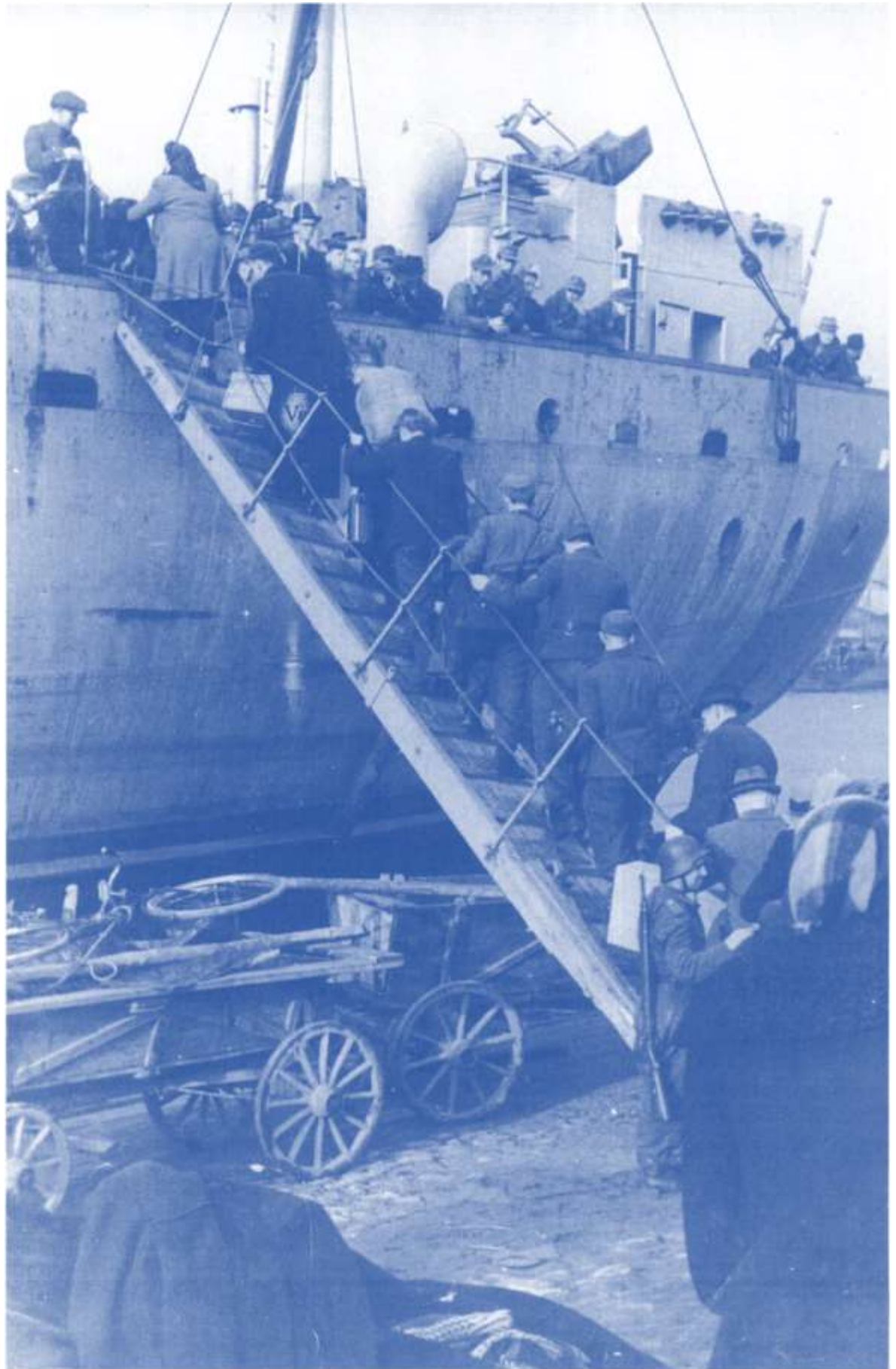
Juli 1944: Räumung der ersten Ostseehäfen

Am 25. Juli 1944 begann die «Evakuierung» aus den baltischen Häfen Reval und Riga. Libau und Windau folgten. Innerhalb von drei Monaten wurden aus den vier Häfen insgesamt 306 718 Menschen über die Ostsee gerettet, wie das sorgfältig geführte Kriegstagebuch des Marineoberkommandos Ost auswies. Weitere 180'000 Flüchtlinge warteten in den vier Häfen im September und Oktober 1944 noch auf den Abtransport über See. Ausserdem strömten grosse Truppenteile nach Libau und Windau, um aus diesen Häfen ebenfalls über die See nach Westen zu gelangen.

Die Anbordnahme in den Häfen erfolgte im Sommer und Herbst 1944 noch geordnet und ohne nennenswerte Feindeinwirkung. Für den Abtransport aus Riga wurden im September und Oktober 1944 neben vielen kleineren Schiffen erstmalig die grossen Passagierschiffe «Steuben» und «Deutschland» eingesetzt. Mit diesen und anderen Schiffen

Flucht über die Ostsee: Die grösste Rettungsaktion der Seegeschichte

Bereits am 25. Juli 1944 hatte die Evakuierung aus den baltischen Häfen Reval und Riga begonnen, es folgten Libau und Windau. Seit dem 10. Oktober 1944 waren in Kurland (im Norden Lettlands) 35 Divisionen der deutschen Wehrmacht von der Roten Armee landseitig eingekesselt. Seitdem blieb nur noch der Seeweg, um Zivilisten und Wehrmachtssoldaten ins Deutsche Reich zu bringen. Flüchtlinge verließen am 19. Oktober 1944 den Hafen von Windau/Lettland.



konnten sich 90'000 Letten vor den Sowjets retten. Ausschiffungshäfen für die aus dem Baltikum Abtransportierten waren Gotenhafen (Gdingen) und Danzig-Neufahrwasser. Fast zur gleichen Zeit hatte in Litauen die «provisorische» Evakuierung der 120'000 Memelländer über den Hafen Memel begonnen. In einer ersten Transportwelle wurden 50'000 Menschen Ende Juli 1944 über die Ostsee nach Pillau, Gotenhafen und Danzig gebracht. Für Memel war am 9. Oktober ein zweiter Räumungsbefehl ausgegeben worden. Bis auf Stadt und Hafen wurde auch das Memelland am 10. Oktober 1944 von der Roten Armee besetzt.

Ende Oktober 1944 hatte sich die Lage an der Ostseefront weiter zugespitzt. Aus dem «Nebenkriegsschauplatz Ostsee» war inzwischen ein Hauptkriegsschauplatz geworden. Reval war am 22. September und Riga am 13. Oktober 1944 in

russische Hände gefallen. Um die Kurlandhäfen Windau und Libau hatte man Verteidigungsringe bilden können.

In den letzten Augusttagen 1944 hatten britische Bomber in zwei Nachtangriffen grosse Teile der Innenstadt von Königsberg in Schutt und Asche gelegt. Im Oktober drangen die Sowjets mit Infanterie und Panzern erstmalig in den Raum Gumbinnen-Goldap in Ostpreussen ein, konnten aber in schweren Kämpfen von deutschen Trupenteilen zurückgeworfen werden.

Im November und Dezember erfolgten weitere Transporte aus Libau, Windau und Memel in die Danziger Bucht. In den Anlandehäfen Danzig und Gotenhafen stauten sich inzwischen die Flüchtlingsmassen, weil die Kapazitäten der Bahn nicht mehr ausreichten, um diese abzutransportieren.



Flüchtlinge auf dem Oberdeck der «Hans Albrecht Wedel». Das Schiff ist auf dem Weg vom ostpreussischen Hafen Pillau hinüber zum pommerschen Gotenhafen (Gdingen).

Dort hoffen die Menschen, von einem der grossen Schiffe aufgenommen und über die Ostsee gerettet zu werden.

Von kleinsten Marineeinheiten bis zum ehemaligen Passagierschiff wurde jeder verfügbare Schiffsraum für den Abtransport der Flüchtlinge bereitgestellt. Mehr als 2,5 Millionen Menschen konnten so gerettet werden.

Beginn der Massenflucht in die Häfen

Mit dem Beginn der sowjetischen Winteroffensive am 13. Januar 1945 auf Königsberg, die Danziger Bucht und Pommern setzte die Massenflucht in die Häfen ein. Die Marine sah sich plötzlich, für viele unerwartet, vor eine gewaltige Aufgabe gestellt, für die gezielte Vorbereitungen in grossem Umfang nicht getroffen waren. Hunderttausende Flüchtlinge, zumeist Frauen, Kinder und alte Menschen, zogen in langen, eilends gebildeten Trecks über vereiste und schneebedeckte Strassen nach Westen oder Norden, stürmten die letzten Eisenbahnzüge oder machten sich bei Minustemperaturen von bis zu 25 Grad zu Fuss auf in den nächsten Hafen.

Das Oberkommando der Kriegsmarine verlegte daraufhin die seit Jahren in Pillau, Danzig und Gotenhafen stationierten U-Boot-Lehrdivisionen mit ihren Booten und den grossen Passagierschiffen, die der Marine als «Wohnschiffe» dienten, nach Westen. Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Grossadmiral Dönitz, ordnete an, dass der für den Transport von Soldaten, Verwundeten und Marinehelferinnen auf den grossen Passagierschiffen nicht benötigte Schiffsraum für die Evakuierung der «nicht kampffähigen Bevölkerung», vorrangig Mütter mit Kindern, genutzt werden sollte.

Bereits am 25. Januar 1945 verliess der erste grosse mit Flüchtlingen besetzte Geleitzug den ostpreussischen Hafen Pillau. Gesichert von Kriegsschiffen erreichten «Robert Ley», «Pretoria», «Ubena» und «Duala» ohne Feindeinwirkung mit insgesamt 22'000 Menschen an Bord den Zielhafen Warnemünde.

Am 26. Januar 1945 hatten sowjetische Panzerverbände und nachfolgende Truppen die Stadt Elbing am Frischen Haff erreicht und unternahmen den Versuch sie einzunehmen. Dies gelang vorerst nicht, aber es glückte ihnen, den Landweg nach Westen zu sperren, ebenso die Eisenbahnverbindung. Das bedeutete, dass niemand mehr mit der Bahn nach Westen fahren konnte

und dass es für Trecks keinen Fluchtweg Richtung Oder und weiter gab. Als letzte Möglichkeit, in den noch unbesetzten Teil Deutschlands zu gelangen, blieb nur der Weg über die Ostsee. Um auf ein Schiff zu kommen, das Hoffnung auf Rettung bot, musste man entweder den Hafen von Pillau erreichen oder zunächst versuchen, über das zugefrorene Frische Haff auf die Frische Nehrung zu gelangen, um von dort auf der Nehrungsstrasse die Danziger Bucht mit ihren Häfen Gotenhafen oder Danzig-Neufahrwasser zu erreichen. Sowohl die einzige Strasse auf der Nehrung als auch der Weg über das Haff waren lebensgefährlich. Sowjetische Bomber und Jagdflugzeuge griffen tagsüber die Trecks immer wieder an. Hunderte von Toten mussten auf dem Eis zurückgelassen werden, eine Bestattung war nicht möglich. Einen Tag später, am 27. Januar 1945, war Königsberg, die Hauptstadt Ostpreussens, landseitig eingeschlossen. Der zum Festungskommandanten ernannte General der Infanterie, Otto Lasch, forderte die Zivilbevölkerung auf, die Stadt in Richtung Pillau zu verlassen. Nur wenige wussten, dass die ostpreussische NS-Partei prominenz mit ihren Familien bereits Tage zuvor mit einem so genannten Gauleiter-Sonderzug von Königsberg nach Pillau befördert worden war, um dort nachts auf das Lazarettschiff «Pretoria» eingeschifft zu werden. Erst am nächsten Morgen wurden die Verwundeten aufgenommen, danach Mütter mit Kindern. Bewusst hatte man die Parteiprominenz nicht auf das ebenfalls in Pillau liegende ehemalige Flaggschiff der «Kraft durch Freude»-Flotte «Robert Ley» eingeschifft, weil man befürchtete, dass es bei einem sowjetischen U-Boot- oder Fliegerangriff ein bevorzugtes Ziel darstellen würde.

Dem Aufruf des Festungskommandanten, Königsberg zu verlassen, folgten Zehntausende, da die Gefahr bestand, dass die Sowjets versuchen würden, die Stadt in den nächsten Tagen zu erobern. Da der relativ kleine Hafen von Pillau so viele Menschen nicht aufnehmen konnte, musste auf etwa halber Strecke, in Peyse, ein Zwischenlager eingerichtet werden.

Am 28. Januar 1945 traf beim Oberkommando der Kriegsmarine die folgenschwere Nachricht ein, dass die Festung Memel aufgegeben werden musste. Die restlichen Verteidiger zogen sich über die Kurische Nehrung in das Samland zurück. Dieser Verlust beschwor die Gefahr herauf, dass der Hafen von Memel als sowjetischer U-Boot-Stützpunkt genutzt werden könnte.

Gotenhafen, das frühere polnische Gdingen, war in der letzten Januarwoche das Fluchtziel von über hunderttausend Menschen aus Ostpreussen, Westpreussen, Danzig und dem östlichen Pommern. Sie suchten im Hafen Schiffe, die sie über die Ostsee bringen würden. Eines der bekanntesten war die «Wilhelm Gustloff», die in den Vorkriegsjahren als Erholungsdampfer für die NS-Organisation «Kraft durch Freude» (KdF) in europäischen Gewässern unterwegs war.

Am 30. Januar 1945 verliess die «Wilhelm Gustloff», die seit Mitte November 1940 von der II. Abteilung der 2. Unterseeboots-Lehrdivision in Gotenhafen-Oxhöft als Wohnschiff genutzt wurde, den Oxhöfter Hafen, um in Alleinfahrt, nur von dem Torpedoboot «Löwe» gesichert, die Ostseehäfen Kiel und Flensburg zu erreichen. Doch das Schiff kam dort nie an.

10'582 Menschen, darunter fast 9'000 Flüchtlinge, drängten sich auf dem total überladenen, für 1'463 Passagiere und 417 Besatzungsmitglieder gebauten Schiff. Die Kammern waren mehrfach überbelegt, alle Säle, zu Massenquartieren umfunktioniert, waren mit jeweils 300 bis 400 Flüchtlingen belegt, meistens Frauen mit Kindern. Das Schwimmbad im fensterlosen E-Deck unterhalb der Wasserlinie hatte man den zuletzt an Bord gekommenen 175 Marinehelferinnen als Notquartier überlassen. Alle hofften, viele beteten, dass diese Rettungsfahrt über die Ostsee gut enden würde, wohl niemand rechnete mit einer Katastrophe.

Doch um 21 Uhr 16 zerrissen drei Torpedos, abgefeuert von dem sowjetischen U-Boot «S-13»

die Schiffswände, gewaltige Wassermengen brachen in das Schiff ein, das sofort zu sinken begann. Die fürchterlichen Angstschreie tausender Menschen übertönten den Wassereinbruch. Der Weg aus dem Schiffsinnen die Treppen hoch zum Bootsdeck führte nur noch über totgetrampelte Menschen. Jeder wollte sein Leben retten. Doch nur 1'239 gelang dies. Unter den Überlebenden, die in einer beispielhaften nächtlichen Rettungsaktion bei 18 Grad unter Null geborgen werden konnten, befanden sich nur 417 Flüchtlinge von insgesamt 8'956, die auf der «Gustloff» Zuflucht gesucht hatten. Unter den 9'343 Toten waren mehr als 5'000 Kinder. Die Tragödie offenbarte in erschreckender und erschütternder Weise, dass der moderne Krieg auch ein Verbrechen gegen wehrlose Frauen und Kinder ist. Alle, die auf der «Wilhelm Gustloff» waren, haben in



Verwundete deutsche Soldaten werden auf das ehemalige Passagierschiff «Wilhelm Gustloff» gebracht, das seit 1940 als Lazarett- und Kasernenschiff genutzt wird. Am frühen Abend des 30. Januar 1945 ver-

lässt die «Gustloff» Gotenhafen (Gdingen). An Bord sind nicht nur Verwundete, sondern fast 9'000 Flüchtlinge, überwiegend Frauen und Kinder. Wenige Stunden später wird das mit über 10'000 Personen völlig überladene Schiff von drei Torpedos eines sowjetischen U-Boots getroffen.

Mehr als 9'000 Menschen, darunter mindestens 5'000 Kinder, sterben bei der grössten Schiffskatastrophe der Geschichte.

der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1945 die Hölle erlebt.

Der Verlust der «Gustloff», die grösste Schiffskatastrophe der Geschichte, blieb nicht ohne Wirkung auf weitere Flüchtlingstransporte über die Ostsee. Grossadmiral Dönitz traf am 31. Januar 1945 zwei wichtige Entscheidungen: Er ordnete an, dass mit Flüchtlingen beladene Handelsschiffe nur noch im Geleit, das von Kriegsschiffen gesichert war, die Fahrt nach Westen antreten dürften. Die Sicherung der Konvois, die die Häfen der östlichen Ostsee verliessen, wurde der 9. Sicherungsdivision unter Führung von Fregattenkapitän Adalbert von Blanc und der 10. Sicherungsdivision unter Führung von Konteradmiral Butow übertragen, die zusammen über 17 Flottillen und 350 kleine Fahrzeuge verfügten und in allen grossen Ostseehäfen Zweigstellen eingerichtet hatten.

Die zweite Anordnung: Dönitz setzte den 46-jährigen Konteradmiral Konrad Engelhardt, der bereits bei der Rückführung von Truppenteilen der Wehrmacht in Italien Erfahrungen im Seetransport gesammelt hatte, mit Wirkung vom 1. Februar 1945 als «Seetransportchef Ostsee» ein. Engelhardt war Dönitz persönlich unterstellt, hatte also dessen volle Rückendeckung. Das verschaffte dem drahtigen und hünenhaft wirkenden Seeoffizier Respekt bei höhergeordneten Admiralen und Dienststellen.

Die Flotte der «Flüchtlingsschiffe»: Vom Fischdampfer bis zur «Cap Arcona»

Engelhardt nahm sofort seine Arbeit auf, indem er sich einen Überblick über alle in den Ostseehäfen liegenden Handelsschiffe, vom Fischdampfer bis zur «Cap Arcona», dem grössten in einem Ostseehafen liegenden Schiff, verschaffte. Die Liste der für den Transport von Flüchtlingen und Verwundeten geeigneten Schiffe wurde von Tag zu Tag länger.

Unter den Passagierschiffen, die in Königsberg, Pillau, Danzig, Gotenhafen, Kolberg, Stettin-

Swinemünde, in Sassnitz und anderen Häfen lagen, befanden sich ausser der «Cap Arcona» noch viele andere bekannte Schiffe, so zum Beispiel «Robert Ley», «Hamburg», «Hansa», «Deutschland», «Potsdam», «Oceana», «Antonio Delfino», «Pretoria», «Berlin», «Monte Rosa», «Monte Olivia», «Der Deutsche», «General San Martin», «Steuben», «Ubena», «Urundi», «Wangoni». Fast alle grossen Ozean-Schiffe, die noch nicht durch Minen, Bomben oder Torpedos versenkt worden waren, wurden nun in der Ostsee eingesetzt.

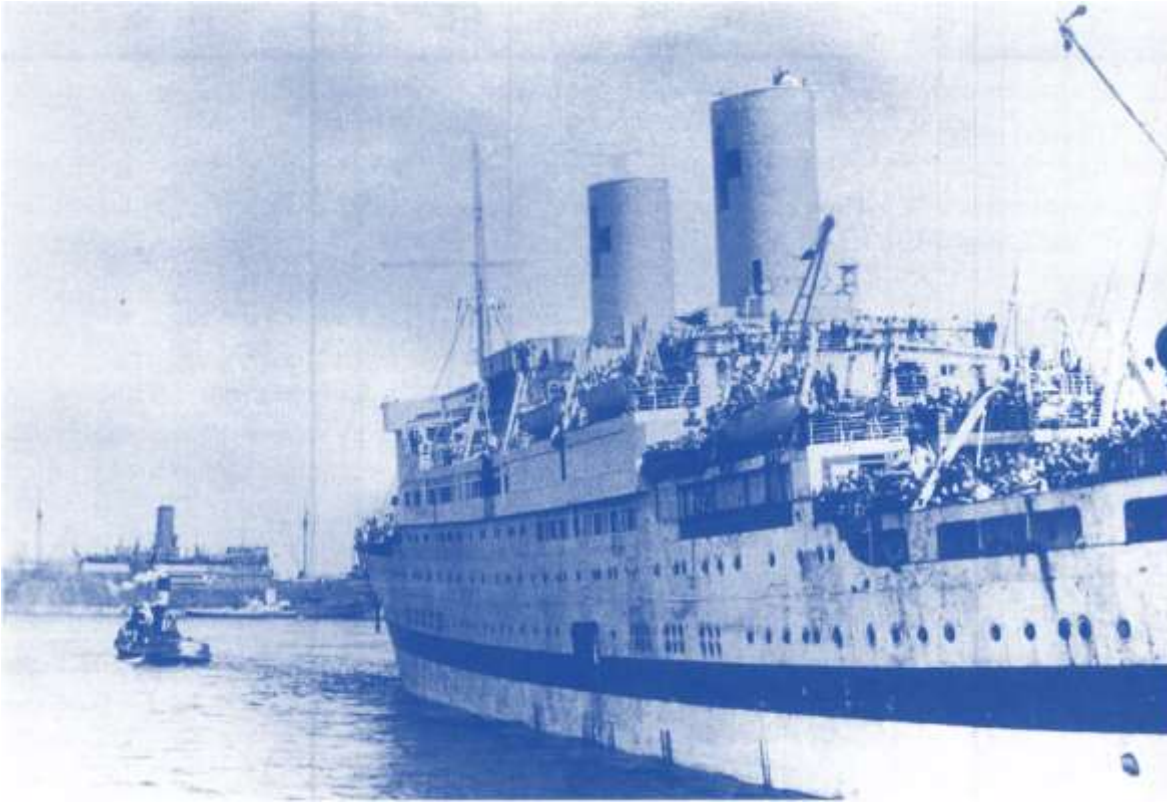
Die Kriegsmarine verfügte in diesem Seegebiet neben mehreren grossen über die acht kleinen Lazarettsschiffe «Glückauf», «Marburg» «Meteor», «Oberhausen», «Pitea», «Posen», «Würzburg» und «Rügen» sowie die ausschliesslich für den Massentransport eingerichteten Verwundeten-transportsschiffe (VTS), zu denen «Renate», «Winrich von Kniprode», «Karlsruhe», «Robert Möhring», das Eisenbahnfährschiff «Preussen» und das Walfangmutterschiff «Walter Rau» gehörten.

Unerlässlich erschien Konteradmiral Engelhardt auch der Einsatz von Frachtschiffen, von denen eine Vielzahl in die «Flotte der Flüchtlingsschiffe» eingereiht wurde.

Die ersten beiden Flüchtlingsschiffe, die Anfang Februar unter Begleitschutz aus der Danziger Bucht auf die Reise nach Westen ausliefen, waren die «Cap Arcona» mit 13'000 und der Dampfer «Deutschland» mit 12'000 Menschen an Bord. Die Schiffe kamen sicher in ihren Zielhäfen an.

«Nur weg, bevor die Russen kommen»: mehr Menschen als Schiffe

Mit dem unaufhaltsamen, raschen Vormarsch sowjetischer Truppen in der ersten Februarhälfte 1945 wurde der Schreckensruf der Menschen – «Nur weg, bevor die Russen kommen» – in den bedrohten Gebieten immer lauter und verzweifelter. Die von Angst gepeinigten Menschen flohen, nur das Nötigste mitnehmend, in eisiger Kälte, in



1'081 Schiffe werden im Verlauf der grössten Rettungsaktion der Seegeschichte eingesetzt. Der Dampfer «Pretoria», zuletzt als Verwundeten-transporter im Einsatz, wird voll beladen in den Hafen von Kopenhagen geschleppt. Hier endete ab Mitte März 1945 für viele der lange Weg über die Ostsee. Die dänische Hauptstadt war die erste Station auf dem langen Weg in eine neue Heimat.



Der rettende Hafen ist erreicht: Erschöpft verlässt eine Gruppe deutscher Flüchtlinge das voll besetzte Schiff. Auf manchen Decks drängten sich bis zu vier Personen pro Quadratmeter.

Schneetreiben und Sturm. Das Fluchtziel aller waren zunächst die Ostseehäfen.

Zu Zehntausenden waren sie unterwegs nach Pillau, Danzig und Gotenhafen, zu Häfen, die Synonym für die Hoffnung wurden, diesen Krieg zu überleben. Nur noch das nackte Leben zu retten, war das Gebot der Stunde.

In Viererreihen zogen endlos scheinende Trecks über das zugefrorene Frische Haff. Sowjetische Bomber und Tiefflieger stürzten sich auf die Fliehenden. Manches Fahrzeug brach ein, nachdem Bomben die Eisdecke durchschlagen hatten, manche Trecks verschwanden spurlos in Eislöchern. Trümmer und Tote bedeckten die Eisfläche. Was Mütter mit Kindern auf diesem Fluchtweg erlebten, bei Wind und Wetter, den Bomben und Bordwaffen der Flugzeuge schutzlos ausgeliefert, ist unbeschreibbar. Das letzte Stück Brot und der letzte Schluck Wasser wurden geteilt. Nur mühsam ging es vorwärts.

Kaum vorstellbar: In den Fluchtwagen wurden Kinder geboren. Daneben starben Säuglinge und Greise.

Die Trecks kamen in mit Flüchtlingen überfüllten Häfen an. Ob in Pillau, Gotenhafen oder Danzig-Neufahrwasser, überall das gleiche Bild: Zehntausende warteten frierend und hungernd nach tagelanger Flucht auf den kalten Kaimauern, in den Hafenschuppen und Hausfluren auf ein Schiff, das sie über die Ostsee bringen sollte.

Das Gedränge der Menschen und die Ungeduld, von einem Schiff aufgenommen zu werden, wurden immer grösser. Bereits in der zweiten Februarwoche zeigte sich, dass für die Anzahl der abzutransportierenden Flüchtlinge noch mehr Schiffe benötigt wurden. Der «Seetransportchef Ostsee» setzte nun alle Wasserfahrzeuge, die noch seetüchtig waren und über Kohle und Öl verfügten, für die Rettungsaktion ein.

Eine neue Schwierigkeit war eingetreten: Der wichtigste Anlandehafen für die aus Pillau, Gotenhafen und Danzig ankommenden Flüchtlingsschiffe, der Hafen von Swinemünde, war nur

noch bedingt anlaufbar, da Eisenbahnzüge fehlten, um die Masse der Flüchtlinge weiter zu transportieren. Deshalb wurde vom Oberkommando der Kriegsmarine angeordnet, dass «aus dem Osten des Reiches vorübergehend zurückzuführende Volksgenossen ausser im Reich auch in Dänemark unterzubringen» seien. Bewusst wurde nicht von Flüchtlingen gesprochen. Und verschwiegen wurde, dass es sich dabei ausschliesslich um Frauen, Kinder, Kranke und alte Menschen handelte. Am 6. März 1945 erlebten Stadt und Hafen Sassnitz auf Rügen einen verheerenden alliierten Luftangriff, am 12. März wurde Swinemünde bombardiert. Mehr als 20'000 Menschen starben vermutlich dabei. Damit fielen die letzten beiden grossen Anlandehäfen für Flüchtlingsschiffe aus; von diesem Zeitpunkt an wurde Kopenhagen der wichtigste Zielhafen.

Kolberg, Danzig und Gotenhafen fallen, Heia wird zum letzten Tor zur Freiheit

Als es in den ersten Märztagen 1945 sowjetischen Truppen gelungen war, ganz Ostpommern zu besetzen, bis an die Odermündung bei Stettin vorzudringen und damit die Fluchtwege über Land abzuschneiden, befanden sich noch etwa 2,5 Millionen Deutsche in Pommern und der Danziger Bucht. Nun blieb nur noch die Evakuierung über die Ostsee, um nicht in russische Gefangenschaft zu geraten.

Am 18. März vollzog sich das Schicksal der seit dem 7. März belagerten Festung Kolberg, die aufgegeben werden musste. Alle Durchhalteparolen der NS-Führung halfen nichts. Immerhin konnten im buchstäblich letzten Augenblick noch 75'000 Menschen mit Schiffen abbefördert werden. Nachdem sowjetische Truppen mit einer gewaltigen Übermacht die deutschen Verteidiger der Danziger Bucht bis an die Stadtränder von Danzig und Gotenhafen zurückgedrängt hatten, mussten auch diese beiden wichtigen Häfen aufgegeben werden. Am 24. März verliess als letztes

Flüchtlingsschiff das Walfangmutterschiff «Walter Rau» mit über 6'000 Flüchtlingen und Verwundeten an Bord das Hafenbecken IV in Gotenhafen mit Fahrtziel Kopenhagen.

Mit mehr als 4'000 Menschen an Bord machte am Palmsonntag, dem 25. März, als letztes Schiff der Dampfer «Uben» im Hafen von Danzig-Neufahrwasser mit Kurs Kopenhagen die Leinen los.

In den folgenden Tagen wurde die Danziger Bucht noch heftig umkämpft, doch am 30. März wehte über Danzig und Gotenhafen die Rote Fahne. Damit wurden die Hoffnungen von mehr als 100'000 Menschen auf Rettung zerstört, die sich noch im Danziger Raum befanden und nun nicht mehr fliehen konnten.

Die Halbinsel Heia wurde Ende März 1945 zum letzten Tor zur Freiheit, zum Sprungbrett über die Ostsee. Weit über 100'000 Menschen, Flüchtlinge, Verwundete und Soldaten warteten hier auf ihre Evakuierung über die Ostsee. Die Halbinsel

Heia verfügte nur über zwei kleine Häfen, einen Fischerei- und einen Kriegshafen, die beide aber für das Anlegen grosser Schiffe nicht geeignet waren. Alle grossen Schiffe mussten auf der Reede von Heia beladen werden, was viel Zeit kostete und was die sowjetische Luftwaffe tagsüber immer wieder zu Bomber- und Jagdfliegerangriffen nutzte. Da es auf der kaum baumbewachsenen Halbinsel keine Deckungsmöglichkeiten gab, starben dabei viele Menschen – Tag für Tag. Fast pausenlos schickte der Helaer Einschiffungsoffizier, Major i. G. Udo Ritgen, Hilferufe an den «Seetransportchef» Konteradmiral Engelhardt, der seinen Dienstsitz auf dem Dampfer «Malaga» in Flensburg hatte. «Heia braucht Hilfe, 100'000 warten auf Schiffe.» Am nächsten Tag waren es schon 120'000, und es kamen immer mehr.

Sie wurden mit kleinen und kleinsten Schiffen aus Pillau und aus den Häfen der Frischen Neh-



Die pommersche Festung Kolberg vor dem Fall. Die letzten Rettungsschiffe haben im Hafen angelegt. Ohne Gepäck werden die Menschen an Bord genommen. Es gilt nur noch das nackte Leben zu retten.



Schulter an Schulter stehen die Menschen im Kolberger Hafen und warten auf Schiffe, die sie über die Ostsee in Sicherheit bringen sollen, bevor russische Truppen am 18. März 1945 die Festung Kolberg stürmen.

rung in Sicherheit gebracht. Sie waren die Letzten, die noch aus Ostpreussen flüchten konnten. Um alle zu evakuieren, reichte die Zeit nicht mehr.

Die letzten Bastionen an der Ostsee: Königsberg, Pillau, Stettin und Swinemünde

Die am 6. April begonnene Erstürmung der «Festung Königsberg» durch die Rote Armee endete am 9. April mit der Kapitulation der verzweifelt gegen die Übermacht kämpfenden deutschen Truppen. General Lasch musste aufgeben. Seinen 15'000 Verteidigern, darunter mehrere Volkssturmeinheiten – unzureichend ausgebildete und schlecht bewaffnete alte Männer und Hitlerjungen – standen mehr als 250'000 Rotarmisten mit einer schlagkräftigen Artillerie und Hunderten von Panzern gegenüber, unterstützt von mehreren Luftflotten. Die 70-tägige Belagerung der Hauptstadt Ostpreussens endete mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde durch General Lasch. Einen Tag später verhängte Adolf Hitler das Todesurteil gegen den «feigen General», das allerdings nicht vollstreckt wurde. Pillau wurde noch bis zum 26. April gehalten. Dann mussten sich auch hier die letzten Verteidiger, die kein Schiff mehr fanden, ergeben. Ende April 1945 befanden sich im östlichen Ostseebereich nur noch die pommerschen Städte und Häfen Stettin und Swinemünde in deutscher Hand. Nachdem sich die Verteidiger der Festung Stettin planmässig abgesetzt und damit die pommersche Hauptstadt aufgeben hatten, wurde die Stadt am 26. und 27. April von Teilen der 2. russischen Armee besetzt.

Unter dem Codewort «Unternehmen Knobelbacher» war mit der Räumung von Swinemünde bereits in den letzten Apriltagen begonnen worden. Ziel war es, die Soldaten des Heeres, die Marine, die Flüchtlinge und die Bewohner ohne Feindberührung und ohne Verluste mit Schiffen über die See zu evakuieren. Abzutransportieren waren 25'000 Soldaten des Heeres und der Luft-

waffe, 16'000 Angehörige der Marine und eine unbestimmte Zahl der noch im Verteidigungsbereich Swinemünde anwesenden Bevölkerungsteile und mehrere tausend Flüchtlinge, wahrscheinlich insgesamt mehr als 50'000 Personen, ausserdem Heeresgut, Geschütze und Gerät.

Am 1. Mai lief das «Unternehmen Knobelbacher» mit der Beladung der Schiffe, die sich nach und nach auf der Reede sammelten, an. Unter dem Befehl des Führers der Zerstörer, Vizeadmiral Kreisch, verliess am 4. Mai die gesamte Verladeflotte mit Anbruch der Dunkelheit und Kurs Dänemark die Reede von Swinemünde, gesichert von Zerstörern, Torpedo- und Schnellbooten. An Bord des letzten Fahrzeuges, einer Artilleriefähre, befanden sich neben 1'000 Soldaten auch der Divisionskommandeur, der Kampfkommandant und der Hafenkommantant. Um 23 Uhr machte das letzte Schiff seine Leinen los. Als die Sowjets am Tag darauf Swinemünde besetzten, fanden sie eine fast menschenleere, von Bomben zerstörte Stadt vor.

Heia – «das deutsche Dünkirchen»: fast 300'000 warten noch auf Rettung

Einige hundert Kilometer östlich von Swinemünde, auf der Halbinsel Heia, warteten an diesem 4. Mai 1945 noch fast 300'000 Menschen auf ihre Rettung. Am Abend zuvor hatte der «Admiral Östliche Ostsee», Vizeadmiral Thiele, der seinen Dienstsitz auf Heia hatte, einen Funkspruch an den Seetransportchef Konteradmiral Engelhardt absetzen lassen, der folgenden Wortlaut hatte:

«Aus Bereich AOK (Armee-Ober-Kommando Ostpreussen), aus Heia und Weichselniederung noch 250'000 Menschen abzutransportieren. 225'000 Soldaten und 25'000 Flüchtlinge. Erbitten unverzüglich Inmarschsetzung von Schiffen zum Abtransport.» Im Laufe des 4. Mai brachten Landungsboote, Marine- und Sicherungsfahrzeuge weitere Soldaten und Flüchtlinge nach Heia. Hier drohte ein Chaos, da die Schiffe auf sich

warten liessen und die Rote Armee immer näher rückte. Allen, die keinen Schiffsplatz mehr erhielten, drohte die russische Gefangenschaft.

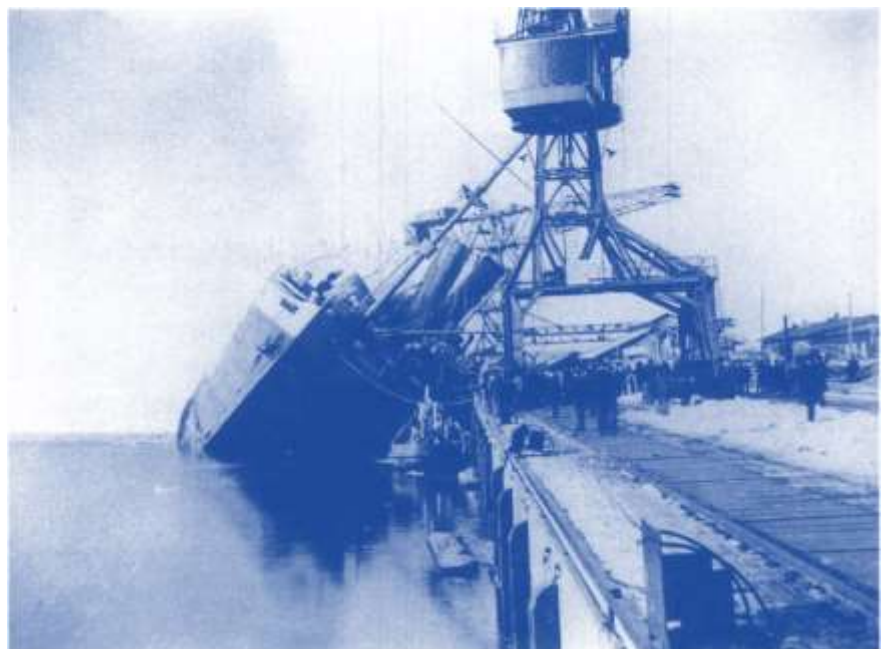
Konteradmiral Engelhardt wusste um die Not auf Heia. Doch die grossen Passagierschiffe standen ihm nicht mehr zur Verfügung. Entweder waren sie versenkt oder zerbombt, hatten keinen Treibstoff mehr oder waren infolge von Maschinenschäden nicht mehr einsetzbar. Engelhardt mobilisierte den Rest seiner Rettungsflotte, darunter einige schnelle Torpedoboote, die bis zum 8. Mai Heia zweimal anlaufen konnten. Tag und Nacht wurden die Menschen von Heia abtransportiert. Doch für 100'000 Soldaten, die am Morgen des 9. Mai noch auf Heia waren, gab es keine Rettung mehr: Sie gelangten Tage darauf in sowjetische Gefangenschaft.

Das letzte Schiff hiess «Hoffnung»: Es war ein Binnenkahn mit 135 Menschen

Die «Rettungsaktion Ostsee» lief erst eine Woche nach Kriegsende aus. Das letzte Flüchtlingsschiff trug den Namen «Hoffnung» und war nur ein Danziger Binnenkahn. Kurz nach Mitternacht vom 8. zum 9. Mai hatte das winzige Schiff Heia verlassen. 75 Verwundete, 25 Frauen und Kinder und 35 Soldaten aller Waffengattungen hatten darauf Zuflucht gefunden. Die 135 Menschen legten ihre ganze Hoffnung auf Rettung in die Hände des Schiffsführers und seiner vier Matrosen, die weder über einen Kompass verfügten noch über sonstige Orientierungsgeräte auf See oder Seekarten und keine Erfahrungen in der grossen Ostseefahrt hatten. «Das Einzige was ich habe», sagte ihnen der Schiffsführer, «ist Gottvertrauen!» Man teilte das letzte Stückchen Brot,



Eine voll beladene Fähre einer Pioniereinheit bringt Flüchtlinge und Truppen in Sicherheit.



Die «Rettungsaktion Ostsee» endete erst eine Woche nach Kriegsende. 2,5 Millionen Menschen wurden vor der Roten Armee gerettet. Von den über 1'000 eingesetzten

Schiffen gingen mehr als 200 verloren, 40'000 Menschen fanden dabei den Tod.

Gegenüberliegende Seite:
Mit der Räumung der Häfen von Danzig und Gøthenhafen (Gdingen) in der letzten Märzwoche 1945 erreichte die Flucht über die Ostsee ihren Höhepunkt. Bis auf den letzten Platz auch am Oberdeck besetzt, verliessen die Schiffe die Häfen.

Folgende Doppelseite:
Auch Frachtschiffe wurden in die grosse Flotte der Flüchtlingsschiffe eingereiht. Als die gejagten Menschen endlich einen der Ostseehäfen erreicht hatten, mussten sie oft auch noch das Wenige zurücklassen, was sie gerettet hatten, weil nur das Notwendigste an Bord mitgenommen werden durfte. Das war auch im Hafen von Pillau so. Tiere, Wagen und Haushaltsgegenstände mussten zurückbleiben.

den letzten Schluck Wasser. Sechs Tage und Nächte dauerte die Flucht. Aber mit jeder Stunde war man der Freiheit ein Stück nähergekommen. Und das allein zählte. Am 14. Mai kurz nach 14 Uhr erreichte die «Hoffnung» den Hafen von Flensburg. Die erste, die nach dem Anlegen über ein ausgelegtes Brett an Land ging, war eine 35-jährige Mutter mit ihren beiden Kindern. In der einen Hand trug sie eine Reisetasche mit ihrer persönlichen Habe, an der anderen Hand hielt sich ihr vierjähriger Sohn Harald fest. Die 12-jährige Ilse folgte den beiden. Dann standen die drei an Land, spürten nach Tagen wieder festen Boden unter den Füssen und waren glücklich. Sie fühlten weder Hunger noch Durst und sahen in die Sonne. Ein herrlicher Maitag empfing sie in der neuen Heimat.

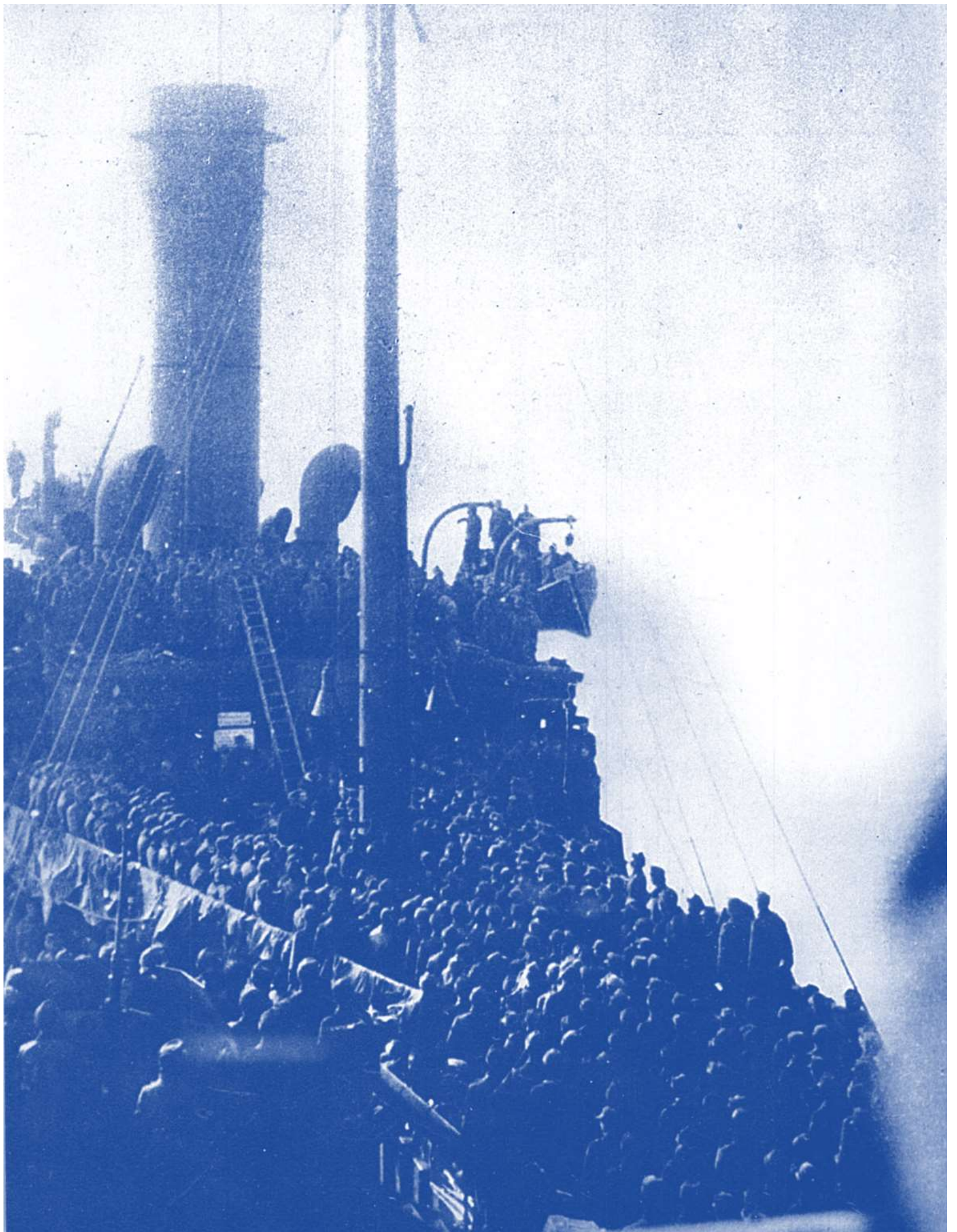
«Gott sei Dank, jetzt sind wir gerettet», sagte die Mutter und strich ihren beiden Kindern über die Haare. «Jetzt fehlt uns nur noch unser Papa», fügte sie nach einer Weile hinzu. «Wo ist denn jetzt unser Papa?», wollte der Junge wissen. Er hatte seinen Vater erst einmal, als er zwei Jahre alt war, während eines Fronturlaubs, gesehen. Die Mutter wusste im ersten Augenblick nicht, was sie ihrem Sohn antworten sollte. Die letzte Karte hatte sie im März irgendwo von der Kurlandfront erhalten. «Das weiss nur der liebe Gott, wo unser Papa jetzt ist», gab sie nach einer kurzen Pause zur Antwort. Und dann war es wieder still zwischen den dreien.

Der kleine Harald konnte nicht ahnen, dass sein Papa einer der 200'000 Kurlandkämpfer war, die mit kahlgeschorenen Köpfen unweit von Libau auf den Marsch in die Gefangenschaft warteten und dass er seinen Papa erst zehn Jahre später, kurz vor seiner Konfirmation, wiedersehen würde.

1'081 Schiffe retteten 2,5 Millionen Menschen, 250 Schiffe sanken, über 40'000 Menschen starben

Die grösste humanitäre Leistung deutscher Seeleute, die Rettung von 2,5 Millionen Menschen mit 1'081 Schiffen (672 Handelsschiffen und 409 Kriegsschiffen) wurde mit dem Kriegsende im Meer der Vergessenheit versenkt. Auch über die grossen Tragödien, die sich bei der Rettungsaktion auf der Ostsee ereigneten, den Untergang der «Wilhelm Gustloff», «Steuben», «Goya» und vieler anderer Schiffe, deckte man den Mantel des Schweigens.

Mehr als 200 Flüchtlingsschiffe gingen bei der Flucht über die Ostsee verloren. Mehr als 40'000 Menschen, die gehofft hatten, vor der Roten Armee gerettet zu werden, fanden dabei den Tod. Millionen heimatlos gewordene Memelländer, Ostpreussen, Westpreussen, Danziger und Pommern waren seit Mitte 1944 zum Treibgut des von Hitler angezettelten Krieges geworden, der am 1. September 1939 in der Danziger Bucht begann, im Frühjahr 1945 dorthin zurückkam und am 9. Mai 1945 mit dem Marsch von über 100'000 deutschen Soldaten in die russische Gefangenschaft auf der Halbinsel Heia im Ausgang der Danziger Bucht endete.







Flucht über die Ostsee: Die grösste Rettungsaktion der Seegeschichte

Selbst Minensuch- und Minenräumboote waren mit Menschen vollgepfropft.



Völlig erschöpft verlassen die Geretteten in Kopenhagen das Schiff.





Dieser Junge erreichte Kopenhagen auf dem Lazarettsschiff «Pretoria», das in mehreren Einsätzen insgesamt über 35'000 Menschen nach Westen beförderte. Schwer getroffen nach drei Luftangriffen lief das Schiff am 20. April 1945 in den dänischen Hafen ein.

Nach dem Verlust der Heimat beginnt für diese Ostpreussen der manchmal jahrelange Leidensweg in einem Flüchtlingslager in Dänemark. Viele überleben diese schwere Zeit nicht.

Flucht und Vertreibung aus Schlesien

Arno Herzig

Seit der Völkerwanderung vor 1'500 Jahren hat es in Europa keine Völkerverschiebung solchen Ausmasses gegeben wie die Vertreibung von fast zehn Millionen Menschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neisse nach 1945. Doch ist vermutlich über die Völkerwanderung mehr geschrieben worden als über dieses Ereignis der jüngsten Zeit. Schon in den 1950er Jahren entstanden zwar umfangreiche Dokumentationen, veranlasst durch den damaligen Vertriebenenminister Hans Lukaschek, doch die Zeitgeschichtsforschung liess dieses Problem eher links liegen und reagierte häufig nur auf Aktionen der Vertriebenenpolitiker. Nun, da die Kinder der damals Vertriebenen ins Rentenalter vorgerückt sind und der Enkelgeneration die Erzählungen von der Flucht wie Sagen aus weit zu-



Als die Rote Armee am 19. Januar 1945 Kreuzburg die Grenzen Oberschlesiens überschreitet,

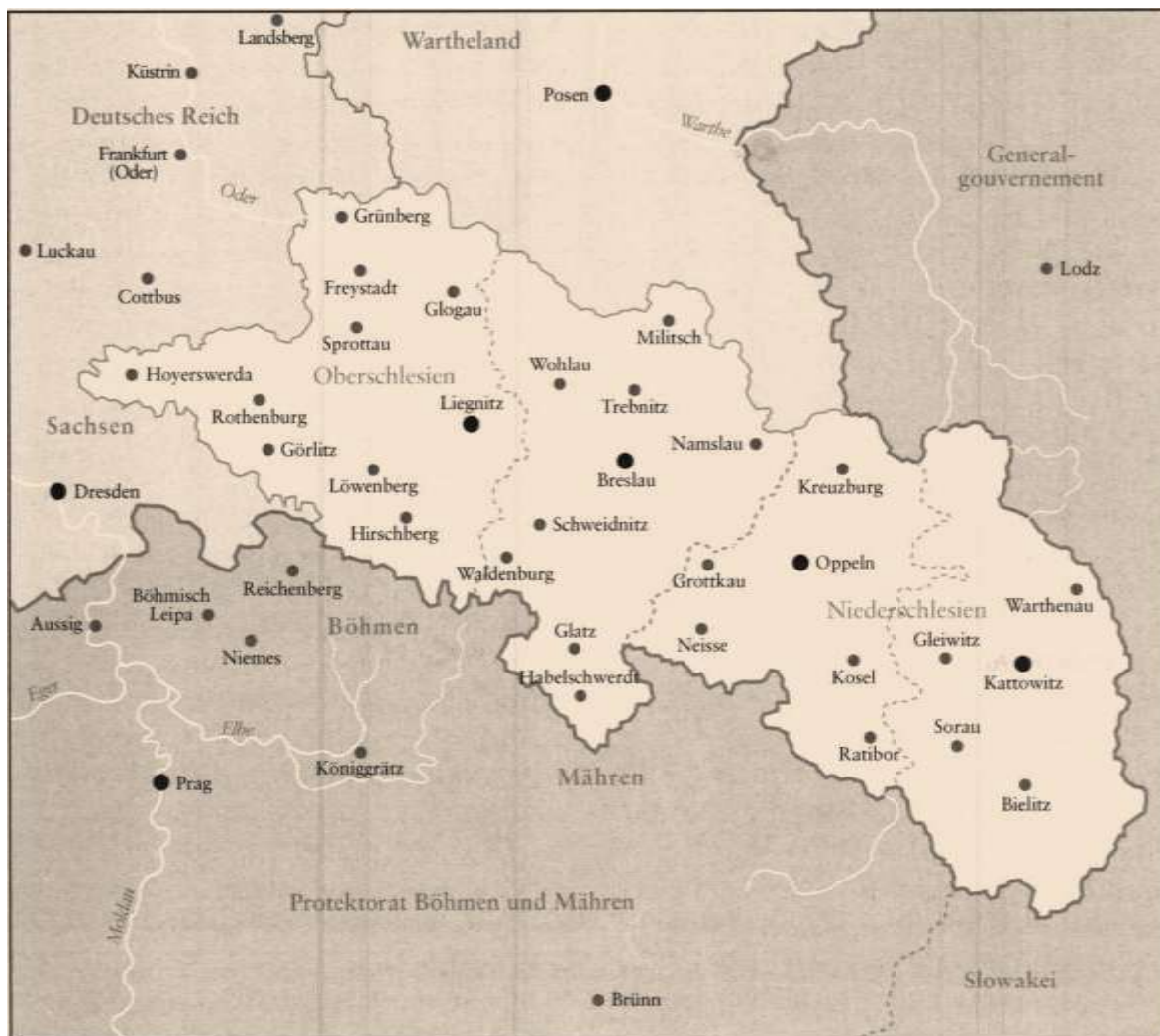
ist die politische Entscheidung zur Vertreibung der Deutschen aus Schlesien längst gefallen. Zunächst jedoch fliehen über eine Million Schle-

sier vor den vorrückenden Sowjetsoldaten.

rückliegenden Zeiten erscheinen, ist eine distanzierte und abgewogene Darstellung möglich, die auch die emotionale Seite angemessen berücksichtigt.¹ Die Vertreibung der Deutschen muss in einen grösseren Zusammenhang gestellt werden, der auch die geplanten und durchgeführten Vertreibungen und Genozide des 20. Jahrhunderts mit einbezieht und die Wurzeln dieser Ereignisse bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgt. Die Ursache für die «ethnischen Säuberungen» liegt im Nationalismus des 19. Jahrhunderts, in der schon damals propagierten Idee des ethnisch homogenen Nationalstaats.² Diese Idee fand ihre wahnhaftige Übersteigerung in den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts, die die rücksichtslose Verfügbarkeit über die Menschen ganzer Staaten propagierten. Die ersten Opfer dieser Politik waren im Ersten Weltkrieg circa 1,5 Millionen Armenier, die entweder dem Genozid oder der Vertreibung durch die Türken zum Opfer fielen. Ihr Schicksal wurde jedoch in Europa kaum wahrgenommen, so dass Hitler 1939 angesichts seiner Ostraumpläne seine Offiziere mit dem zynischen Satz zu beruhigen versuchte: «Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?»³ Schon beim Versailler Frieden von 1919 war die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker kaum tragfähig, wenn es um nationale Minderheiten in den neuen Nationalstaaten ging. Bald darauf begannen die Vertreibungen von 1,6 Millionen Griechen aus Kleinasien und von 600'000 Muslimen aus Europa. Der Friede von Lausanne proklamierte dann 1923 einen «geordneten Bevölkerungsaustausch». Doch erst Hitler und der nationalsozialistische Staat planten nach 1939 mit ihrem Generalplan Ost, der die Vertreibung von 7,8 Millionen Polen und 700'000 polnischen Juden aus ihrem Land vorsah, eine «ethnische Flurbereinigung» nie gekannten Ausmasses. Fast sechs Millionen polnische Einwohner wurden Opfer dieser deutschen Vertreibungs- und Ausrottungspolitik.⁴

Als am 19. Januar 1945 die Rote Armee bei Kreuzburg/OS in Schlesien einrückte, stand die Vertreibung der Deutschen aus diesem Gebiet schon lange fest. Vom Januar 1945 bis zur fast vollzogenen Vertreibung aller Deutschen im Herbst 1947 erlebten die Schlesier zunächst die Eroberung durch die Sowjetrussen mit Erschiesungen und Vergewaltigungen in ihrer brutalsten Form. Die überstürzte Flucht vor der heranrückenden Roten Armee schien daher für viele die

einzigste Form der Rettung.⁵ Ungefähr 1,6 Millionen Menschen wurden bis Kriegsende über die Oder nach Westen «evakuiert» oder brachen auf eigene Faust nach Sachsen, Thüringen und Bayern auf. 1,6 Millionen Schlesier flohen ins Sudetenland. Zurück blieben circa 1,2 Millionen.⁶ Nahezu unvorbereitet traf die Brutalität des Krieges eine Bevölkerung, die von schweren Bombenangriffen weitgehend verschont geblieben war. Schlesien galt als «Reichsluftschutzkeller».



Schlesien Anfang 1945



450'000 Menschen aus den zerstörten Städten des Westens hatten hier seit 1942 Zuflucht vor dem Luftkrieg gefunden. Sie zählten mit zu den rund 4,7 Millionen Menschen, die dann bis 1947 durch Flucht und Vertreibung das Land verlassen mussten.⁷ Das waren circa 40 Prozent der insgesamt aus den Gebieten jenseits von Oder-Neisse Vertriebenen. «Evakuiert» werden durften im Januar 1945 zunächst nur Frauen und Kinder. Doch geschah dies kaum in geordneter Weise, sondern durch überstürzt zusammengestellte Trecks. Denn nach Plänen der Nationalsozialisten sollte die schlesisch-polnische Grenze mit Hilfe von Feldbefestigungen durch die Zivilbevölkerung und Wehrmacht gegen die Rote Armee verteidigt werden. Doch die sowjetischen Truppen waren dadurch nicht aufzuhalten.⁸

Festung Breslau

Kaum als Flucht, eher als Vertreibung durch die nationalsozialistischen Behörden ist das Schicksal der 700'000 zivilen Einwohner Breslaus zu werten, die im Januar 1945 die Stadt gleichsam über Nacht verlassen mussten, als diese zur Festung erklärt worden war. Der fanatische Gauleiter Karl Hanke hatte die Evakuierung seit dem Herbst 1944 hinausgezögert, dann aber im kalten Winter am 20. Januar für Frauen, Kinder und Alte das «unverzügliche Verlassen der Stadt» angeordnet.⁹

Der katholische Geistliche Paul Peikert, der diese Schreckenstage in seinem Tagebuch festgehalten hat, berichtet: «Nun bot sich tagelang Tag und Nacht ein grauenhaftes Bild einer flüchtenden Bevölkerung. Ununterbrochene Kolonnen von Bauernwagen, mit Pferden oder Kühen bespannt, dazu die Handwagen der Arbeiterinnen oder die Kolonnen der Kriegsgefangenen, Ausländer, Russen, Franzosen, Serben usw. mit kleinen Schlitten, auf denen sie ihr Gepäck fuhren. [...] Dazu trifft die Massenflucht in strenge Winterstage, 13-15 Grad Kälte und mehr ist die Tempe-

ratur dieser Tage. Kinder erfrieren und werden von ihren Angehörigen an den Strassenrand gelegt. Es wird berichtet, dass ganze Lastautos solcher erfrorener Kinder in den hiesigen Leichenhallen eingeliefert werden.»¹⁰

Panik erfasste die Fliehenden, da nicht genügend Züge für den Transport zur Verfügung standen. Bei Minus 15 Grad mussten schätzungsweise 60'000 Frauen und Kinder zu Fuss die Stadt verlassen, fast ein Drittel, etwa 18'000 Menschen, verloren dabei ihr Leben. Trotz der strikten Anordnungen durch den Gauleiter zogen es 200'000 bis 300'000 Breslauer vor, in der Stadt zu bleiben und die Eroberung abzuwarten.¹¹ Die «Festung» Breslau sollte, wie auch die anderen schlesischen «Festungen» Glogau und Oppeln, «starke Feindkräfte binden».¹² Die Verteidigungsarmee von rund 45'000 Mann war ein zusammengewürfelter Haufen aus Reservisten, Kadetten, Hitlerjugend und Volkssturmtrupps, aber auch Fallschirmjägern und Artilleristen, Panzer- und Infanteriedivisionen.

Bis zum 16. Februar 1945 war die Odermetropole umzingelt, während die sowjetrussische Offensive bereits am 11. Februar Liegnitz erreicht hatte. Glogau wurde eingeschlossen, hielt aber bis Mitte März. Erobert durch die Rote Armee wurden auch Goldberg, Löwenberg, Bunzlau und Sprottau, nach Süden hin Grottkau, Strehlen, Striegau und Jauer.¹³ Der südliche Teil Schlesiens blieb bis zum 8. Mai 1945 unbesetzt und bot einen Zufluchtsraum für Flüchtlinge. Tausende, die mit dem Zug nach Westen geflohen waren, fanden den Tod bei den Bombenangriffen am 13./14. Februar 1945 auf Dresden.

In Breslau verkündete Gauleiter Karl Hanke seine Durchhalteparolen und liess am 26. Januar 1945 den Stellvertretenden Bürgermeister Dr. Wolfgang Spielhagen, der seine Familie in Sicherheit gebracht hatte, aber zurückgekommen war, auf dem Ring (Breslaus Rathausplatz) öffentlich erschiessen. Er beseitigte damit seinen Rivalen, aber auch einen Kritiker der Festungstaktik.¹⁴

Weitere Exekutionen von Beamten folgten. Die Stadt wurde zunächst durch deutsche Truppen weitgehend vernichtet, die damit freie Schussflächen für die Artillerie schufen. Um einen Flugplatz zu bauen, wurden am Scheitniger Stern zahlreiche Häuserblocks gesprengt. Hanke verstärkte den nationalsozialistischen Terror gegen «Defätisten» und «Deserteure». Der Kampf um Breslau, bei dem Tausende von deutschen Soldaten und Zivilisten ebenso wie zahlreiche Rotarmisten ihr Leben verloren, dauerte fast bis zum Ende des Krieges. Als der Kommandierende General der deutschen Truppen, Hermann Niehoff, am 5. Mai 1945 Gauleiter Hanke die Entscheidung zur Kapitulation vortrug, floh dieser in einem Flugzeug vom Typ Fieseler Storch ins Sude-

tenland. Über das Ende des von Hitler noch in seinem Testament zum Nachfolger von Himmler ernannten Reichsführers SS Hanke kursieren nur Gerüchte. Auf Vermittlung von evangelischen und katholischen Geistlichen übergab General Niehoff am 6. Mai 1945 die Stadt der Roten Armee.¹⁵

Die Eroberung Schlesiens durch die Sowjetarmee

Während das westliche Oberschlesien mit den Kreisen Falkenberg, Neustadt/OS und grossen Teilen des Kreises Neisse von der Roten Armee bis zum 15. März 1945 erobert worden war, erfolgte die Besetzung des südlichen Teils Nieder-



Flüchtlinge auf einer Landstrasse nordwestlich von Breslau, Anfang Februar 1945. Nicht enden wollende Kolonnen von Bauernwagen ziehen bei bitterer Kälte durch das

Land, um vor den marodierenden sowjetischen Truppen zu fliehen.



Bei minus 15 Grad müssen schätzungsweise 60'000 Frauen und Kinder zu Fuss die Stadt verlassen. Fast ein Drittel, etwa 18'000 Menschen, verlieren dabei ihr Leben.



Gleichsam über Nacht müssen die zivilen Einwohner Breslaus auf Anordnung des fanatischen Gauleiters Karl Hanke (Foto) die Stadt verlassen, weil diese zur Festung erklärt wird.

Flucht und Vertreibung aus Schlesien

Die Festung Breslau wurde erst am 6. Mai 1945, also zwei Tage vor Ende des Krieges, an die russischen Belagerer übergeben. Der deutsche Parlamentär Hauptmann Herbert von Bürck, eskortiert von russischen Offizieren, auf dem Weg zu den Übergabeverhandlungen



Öffentliche Bekanntmachung des Gauleiters und Reichsverteidigungskommissars in Breslau Karl Hanke, der die Stadt am 21. Januar 1945 zur Festung erklärt. Trotz der verordneten Evakuierung der Zivilbevölkerung bleiben noch rund 200'000 bis 300'000 Breslauer in der Stadt.

Die Kämpfe um Breslau, das vom 15. Februar bis zum 6. Mai 1945 durch die Rote Armee eingekesselt ist, werden erbittert geführt. Ein Geschütz wird von Soldaten der Roten Armee in Feuerposition gebracht.

**Männer
von Breslau!**

Unsere Gauhauptstadt Breslau ist zur Festung erklärt worden. Die Evakuierung der Stadt von Frauen und Kindern läuft und wird in Kürze abgeschlossen sein. Ich habe den Gauamtsleiter für Volkswohlfahrt mit der Durchführung dieser Aktion beauftragt. Für die Betreuung der Frauen und Kinder wird gesorgt, was möglich ist.

Unsere Aufgabe als Männer ist es, alles zu tun, was die Unterstützung der kämpfenden Truppe erfordert.

Ich rufe die Männer Breslaus auf, sich in die Verteidigungsfront unserer Festung Breslau einzureihen! Die Festung wird bis zum Äußersten verteidigt.

Wer die Waffe nicht führen kann, hat in den Versorgungsbetrieben, im Nachschub, bei der Aufrechterhaltung der Ordnung mit allen Kräften zu helfen. Niederschlesische Volksturmänner, die an der Grenze unsere Güter bolschewistische Panzer mit Erfolg bereits bekämpften, haben bewiesen, daß sie unsere Heimat bis zum Letzten zu verteidigen bereit sind. Wir werden ihnen nicht nachstehen.

Breslau, den 21. Januar 1945.

Hanke
Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar



schlesiens und der Grafschaft Glatz, südlich der Linie Striegau, Saarau, Zobten, Strehlen, Neisse, erst nach der Kapitulation am 8. Mai 1945. Die Bevölkerung, die aus diesem Raum Ende April 1945 in das Sudetenland und in das Protektorat Böhmen und Mähren auf Trecks evakuiert werden sollte, widersetzte sich weitgehend dieser Anordnung. Die rund 1,5 Millionen Verbliebenen hatten, soweit sie seit Januar 1945 von der Roten Armee überrollt worden waren, die Übergriffe, Plünderungen, Brandstiftungen, Morde und Vergewaltigungen der sowjetischen Soldaten über sich ergehen lassen müssen, mit denen sich die Rotarmisten für die Gräueltaten der deutschen Besatzung in der Sowjetunion rächten, die aber unschuldige Zivilpersonen trafen. Es herrschte völlige Anarchie: Frauen waren ständigen Vergewaltigungen ausgesetzt, die, wie sowjetische Offiziere (fast entschuldigend) erklärten, auf Befehl Stalins erfolgten.¹⁶ Zahlreiche Frauen nahmen sich das Leben. Männer, die Frauen beistehen wollten, wurden erschossen. Paul Thiel aus Freystadt in Niederschlesien berichtet darüber: «Rudel von Verbrechern, sowjetischer Nachschub, Deserteure, Polen usw. folgten der Kampftruppe, ergossen sich in die Häuser, kehrten das Unterste zu oberst. Die unglücklichen Deutschen wurden in rohester Weise von ihrem Eigentum weggerissen, misshandelt, verschleppt, Frauen aus jedem noch so gut getarnten Versteck gezerrt und von der 12-jährigen bis zur 80-jährigen unbekümmert um Zuschauer in rohester Form vergewaltigt. Es war daher kein Wunder, wenn zur Hilfe eilende Ehemänner, Väter, Frauen, Kinder einfach über den Haufen geschossen wurden, wenn weitere aus Verzweiflung, Schande ihrem Dasein ein Ende machten.»¹⁷ Dass Uhren, Ringe und andere Wertgegenstände durch Soldaten entwendet wurden, gehörte zum Alltag. Frauen und alte Männer mussten Wirtschaftsgüter demontieren, die die Besatzer als Wiedergutmachung in die Sowjetunion transportierten. Am härtesten traf es die 62'000 Zivilpersonen, die aus Schlesien in die

Sowjetunion verschleppt wurden.¹⁸

Die Schlesier, die bis zum 8. Mai 1945 von sowjetischer Besatzung verschont geblieben waren, hofften auf einigermaßen normale Zustände. Tatsächlich hatte die jetzt beginnende Besatzungszeit einen doppelgesichtigen Charakter. Auf der einen Seite dauerte die Rechtlosigkeit für die Deutschen an. Die Vergewaltigungen durch die siegreichen Rotarmisten rissen nicht ab, Zivilpersonen wurden willkürlich in Arbeitslager nach Oberschlesien oder Sowjetrußland verschleppt. Doch andererseits sorgten die Besatzer auch dafür, dass die zivile Infrastruktur dort, wo sie noch erhalten war, weiterhin funktionierte. In den Städten und Dörfern wurden neue deutsche Bürgermeister eingesetzt, und die Verwaltung sollte für die Versorgung der Bevölkerung sorgen. Auch Zeitungen erschienen wieder, in denen



Während das westliche Oberschlesien von der Roten Armee bis zum 15. März 1945 erobert worden war, erfolgte die Besetzung des südlichen Teils Niederschlesiens erst nach der Kapitulation

am 8. Mai 1945. Die rund 1,5 Millionen in diesem Gebiet Verbliebenen mussten die Übergriffe, Plünderungen, Brandstiftungen, Morde und Vergewaltigungen durch Rotarmisten über sich ergehen lassen. Diese rächten sich

für die Gräueltaten der deutschen Besatzer in der Sowjetunion, trafen damit aber unschuldige Zivilpersonen. Auf unserem Foto marschieren sowjetische Soldaten in Sorau ein.

«Kaufleute», «Inhaber von Industrie- und Handwerksbetrieben» sowie «Bauern» dazu aufgerufen wurden, «die Arbeit in Ruhe fortzusetzen», da dies auch im eigenen Interesse liege. Sogar einen Anzeigenteil enthielten diese Zeitungen.¹⁹ Die Schlesier stellten sich auf ein normales Leben ein, auch wenn die Rechtlosigkeit andauerte. Zahlreiche Flüchtlingstrecks kehrten in ihre zerstörten Heimatorte zurück. Zu einer Flucht in die (amerikanische oder britische) Westzone entschied sich kaum jemand. Selbst schlesische Trecks, die bis ins Egerland gekommen und damit der amerikanischen Zone sehr nahe waren, kehrten über Sachsen nach Schlesien zurück. Viele Trecks, die Anfang Juni 1945 über die Gör-

litzer Neisse wieder zurück nach Schlesien wollten, wurden von der neu etablierten polnischen Verwaltung jedoch daran gehindert, nachdem bereits 200'000 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone über die Neisse in «die Heimat» zurückgekehrt waren. Über die neue tschechische Grenze kamen circa 200'000 Menschen zurück, so dass im Frühsommer 1945 etwa 1,5 Millionen Deutsche in Schlesien lebten.²⁰ Mit einer Vertreibung rechnete keiner von ihnen, wenn auch Gerüchte die Runde machten, dass Schlesien östlich der Oder an Polen abgetreten werden sollte.

Die Entscheidung über die neuen Grenzen

Noch hatte die Konferenz in Potsdam nicht stattgefunden. Aber seit der Konferenz von Jalta zeichnete sich die Verschiebung der polnischen Westgrenze bis zur Oder-Neisse-Linie ab, verbunden mit einem «Bevölkerungstransfer» aus diesem von Deutschen bewohnten Gebiet. Bereits auf der Konferenz in Teheran Ende November 1943 hatten sich die drei Alliierten als Kompensation für die nach Westen verschobene Grenze der Sowjetunion auf eine «Westverschiebung» Nachkriegspolens verständigt. Damit war jedoch die polnische Exilregierung in London nicht einverstanden, da sie einer Abtretung der polnischen Ostgebiete nicht zustimmen wollte, zudem bei einer nach Westen verschobenen polnischen Grenze fortdauernde Spannungen mit Deutschland erwartete.²¹ Die beiden Westalliierten hofften jedoch, durch die Neuregelung die polnische Exilregierung mit Moskau zu versöhnen. Doch Stalin bestimmte nun weitgehend die polnische Politik, nachdem die Rote Armee Polen erreicht und er in Lublin ein prosowjetisches «Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung» eingesetzt und als polnische Regierung anerkannt hatte. Für Stalin vertrat dieses nun Polen. Die polnischen Kommunisten und Sozialisten unterstützten auch nach dem 8. Mai 1945 entschieden die Moskauer Politik der Westverschiebung. Auf der Konferenz in Jalta im



Handzettel der Stadtverwaltung Görlitz vom 2. Juni 1945. Nach der Kapitulation Deutschlands waren zahlreiche schlesische

Flüchtlingstrecks in ihre zerstörten Heimatorte zurückgekehrt, in denen zwischenzeitlich aber schon aus dem Osten vertriebene Polen angesiedelt worden waren. Daher wurden deutsche

Rückwanderer von der neu etablierten polnischen Verwaltung abgewiesen und zum zweiten Mal aus ihren Heimatorten vertrieben.

Februar 1945 stimmten die Westmächte zumindest schon einmal der Oder-Grenze als polnischer Westgrenze zu und sperrten sich nicht gänzlich gegen eine Oder-Neisse-Grenze.

Eine endgültige Entscheidung blieb also offen, sie sollte einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben.²² Trotz der offenen Grenzfrage schufen die Sowjets Fakten. Sie beauftragten das Lubliner Komitee, die Verwaltung der von der Roten Armee eroberten deutschen Gebiete vorzubereiten. Im März 1945 wurden für die «wiedergewonnenen Gebiete» fünf neue Woiwodschaften (Verwaltungsbezirke) eingerichtet, darunter die für Ober- und für Niederschlesien. Moskau beruhigte daraufhin die Westmächte, dass damit einer endgültigen Grenzziehung nicht vorausgegriffen werde. Das britische Foreign Office versuchte zwischen der Londoner Exilregierung und Moskau zu vermitteln. Im Oktober 1943 fragte der britische Außenminister Anthony Eden den polnischen Ministerpräsidenten Stanislaw Mikolajczyk, ob er damit einverstanden sei, dass bei Hinnahe der neuen polnischen Ostgrenze eine polnische Westgrenze Ostpreussen, Danzig und wesentliche Teile Schlesiens umfassen könne. Auch wurde ein «Transfer der deutschen Bevölkerung» ins Spiel gebracht.²³ Nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 überliessen zwar nicht offiziell, aber doch faktisch die Sowjets den Polen die eroberten Gebiete. Für die provisorische polnische Regierung in Warschau, unter dem Kommunisten Boleslaw Bierut, hatte die Sowjetunion noch vor Ende des Krieges, am 21. April 1945, in einem Abkommen die Gebietshoheit anerkannt. Bis zur Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) aber war die Sowjetunion noch offizielle Besatzungsmacht. Die Westmächte anerkannten bei dieser letzten gemeinsamen Konferenz die neue Westgrenze Polens, die Oder-Neisse-Grenze, allerdings nur unter Vorbehalt bis zu einer Regelung durch einen Friedensvertrag.²⁴

Noch vor Zusammentritt der Alliierten auf der Potsdamer Konferenz hatte am 25. Juni 1945 der «Generalbevollmächtigte der Regierung der Republik Polen für die wiedergewonnenen Gebiete», der Kommunist Edward Ochab, das «Verfahren bei Aussiedlung der Deutschen aus den wiedergewonnenen Gebieten» für die «jetzt beginnende Aussiedlungsaktion der Deutschen aus den Städten» in Gebiete ausserhalb der Republik Polen erlassen.²⁵ Der Erlass ging davon aus, dass eine Aussiedlung ausserhalb Polens (noch) nicht möglich sei und bestimmte deshalb, die deutsche Stadtbevölkerung auf die Dörfer auszusiedeln und sie zur Erntearbeit einzusetzen.

Mochten bis zur Eroberung Schlesiens durch die

Eine dreiste historische Lüge!

Mit diesem Anschlag in den Straßen unserer Heimat wurde vor 50 Jahren die ersten Jahrzehnte aller deutsche Ostslawen unter polnische Verwaltung gestellt. Die Deutschen, seit 10 Generationen fast in den rechtlichen Besitzungen (vermöglicherweise) waren ihnen Anwesen nicht nur unheimlich, sondern auch unheimlich. Sie waren nicht nur als Fremde, sondern auch als Feinde, die «deutsche Bevölkerung germanisiert» sein wollten, haben gegen diese Unrechtsgewalt durch die Macht. Es soll sich nicht mit 1 Ende, denn diese Geschicklinge hat einen freien Platz in der Geschichtsbuchung nach dem Zusammenbruch gefunden. Besonders leider bei den deutschen Publikationen und bei der Nachkriegsgeneration, bei die immer wiederlichen Propaganda von Hitler unheimlich liebte sind... Sie haben in der Schule nicht über unsere 100-jährige rechtliche Geschichte gelernt.

An die Bevölkerung Niederschlesiens u. der Brandenburger-Südgebiete!

Die urawischen von Polen durch den germanischen, imperialistischen Drang abgerissenen Gebiete sind dank den siegreichen Vorbringen der verbündeten Roten Armeen sowie der heldenhaften Polnischen Armee für die Heimat zurückgewonnen.

Auf Grund einer Bestimmung des Ministerrats der Republik Polen übernehme ich die Staatsverwaltung auf diesen reinawischen, zurückerobereten Gebieten.

Ich fordere die Bevölkerung zur loyalen und restlosen Unterordnung allen Verfügungen der polnischen Verwaltung sowie zur strikten Befolgung und Ausführung sämtlicher Anordnungen auf.

Jeder aktive sowie passive Widerstand wird mit Gewalt gebrochen und die Schuldigen werden nach den Bestimmungen des Kriegsrechts bestraft.

Die mit Gewalt u. Hinterlist germanisierte slawische Bevölkerung wird von mir befreit und ihr die Möglichkeit gegeben, vom Polentum zurückzukehren. Für das die besten Töchter und Söhne dieser urawischen Gebiete gebildet haben.

Der Bevollmächtigte der Republik Polen
für die Verwaltungsgebiete Ostschlesiens

Woj. STANISLAW PIASNOWSKI.

am April 1945.

Schon im April 1945 hatte die Sowjetunion der provisorischen polnischen Regierung in Warschau die Gebietshoheit über das eroberte Schlesien überlassen. Sofort begann man damit, die «wiedergewonnenen Gebiete» zu polonisieren. Hier eine Anordnung der polnischen Behörden vom April 1945, in der die Möglichkeit eröffnet wird, «zum Polentum zurückzukehren.»

Sowjetunion vor allem die polnischen Kommunisten die «Wiedergewinnung polnischen Bodens» und die «Repatriierung» der Deutschen östlich der Oder-Neisse-Linie nach «Deutschland» propagiert haben, so fanden sie bald in der katholischen Kirche Polens einen mächtigen Bündnispartner. Auch sie trat für eine radikale Polonisierung in den «wiedererlangten Gebieten» ein.²⁶ Den Polen war nach Interpretation hoher kirchlicher Würdenträger das Land durch die «göttliche Vorsehung» wiedergeschenkt worden, der Vorsehung entsprach dann auch die Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Der Bischof von Kattowitz, Stanislaw Adamski, betonte bereits am 27. Juli 1945 in einem Schreiben an den Minister für Öffentliche Verwaltung, «dass Polen im Osten seine grossen Gebiete abgibt, um keine nationalen Minderheiten zu haben, dagegen bekommt es im Westen die ehemals polnischen Gebiete als Wiedergutmachung für das dem Polentum seit Jahrhunderten angetane Unrecht und als Gebiet für die Repatriierung aus dem Osten».²⁷ Der polnische Kardinal August Hlond, der diesen Prozess aktiv vorantrieb, sorgte dafür, dass die deutschen katholischen Kirchenvertreter am 1. September 1945 auf ihre Ämter verzichteten und durch eine polnische Kirchenhierarchie ersetzt wurden. Vor dem Zusammengehen mit den Kommunisten hatte er keine Skrupel.²⁸ Die Ausdehnung nach Westen als Revision der deutschen mittelalterlichen Kolonisation folgte zudem einem Staatskonzept der polnischen Nationaldemokraten.

Unsicherheit und Rechtlosigkeit

Da die deutschen Schlesier nach der Kapitulation ihre Rundfunkgeräte, soweit sie nicht schon gestohlen waren, abgeben mussten und Zeitungen kaum erschienen, war die Uninformiertheit gross. Gerüchte verunsicherten die Menschen. Hoffnungen, die als Weissagungen ausgegeben wurden, kursierten. So sollten die Polen bald wieder das Land verlassen. Doch war es nicht zu über-

sehen, dass die polnischen Verwaltungen an die Stelle der russischen Kommandanturen traten und immer mehr Polen ins Land kamen. Die polnische Miliz, die für Ordnung sorgen sollte, haben die meisten deutschen Schlesier eher als Terrortruppe in Erinnerung.²⁹ Folterkeller wurden eingerichtet, in denen angebliche Nazis gequält wurden. Alfred Trautmann aus Wünscheiburg in Niederschlesien berichtet: «Mit meinem Vater wurde ich in eine finstere, nasskalte Zelle im Rathauskeller gesperrt. Ein deutscher Kommunist namens Werner Pandler unterzog mich einem Verhör. Kurz waren die Fragen: ‚Wo hast Du die Pistole?‘ – ‚Was wolltest Du damit?‘ – ‚Und wen hast Du damit erschossen?‘ Ich hatte gar keine Pistole. Er zeigte mir seinen Revolver mit dem Bemerkung, diesen bei mir gefunden zu haben. [...] Ob ich wüsste, wie es im KZ gewesen wäre, fragte man mich. Ich musste verneinen, ich hatte nie ein KZ gesehen. Daraufhin schlug man mich wieder und führte mich in die Zelle zurück mit der Drohung, dass ich heute noch 30 Hiebe erhalten solle. Der Tag ging zur Neige. Ich war bei jedem Geräusch, bei jedem Schritt zusammengefahren. Als es bereits finster in der Zelle war, holte man mich wieder heraus. Ich zitterte am ganzen Leib. Zum dritten Mal begannen die Folterungen mit der Reitpeitsche. Ich musste aufschreien. Da stopfte mir einer der Teufel einen Lappen in den Mund und presste meinen Kopf noch fester zwischen die Beine. Nach jedem Peitschenhieb eine kleine Pause machend, damit der Schmerz so recht zu spüren war, schlugen sie mit der Peitsche auf mir rum. Das Blut lief wieder, kalter Kaffee wurde auf die Wunden gegossen und dann johlten sie beim Aufbäumen des Körpers vor teuflischer Lust! Dann war ich besinnungslos.»³⁰ Selbst unvoreingenommene Zeitzeugen wie der ehemalige Reichstagspräsident Paul Lobe, der die Kapitulation in der Grafschaft Glatz erlebte, oder Freya von Moltke in Kreisau berichten sehr abfällig über die neue Ordnungsmacht. Es tauchten in den

vom Krieg bis zur Kapitulation intakt gebliebenen Gebieten nun «Schlachtfeldhyänen» mit Pässen auf, die den Vermerk trugen: «Acht Tage Urlaub im Beutegebiet», wie Paul Lobe in seinen Memoiren schreibt.³¹ Selbst die neuen polnischen Bürgermeister waren gegen diese «wilde Soldateska» machtlos, die auch ihre eigenen Landsleute nicht schonte, so dass Zuwanderer aus Zentralpolen befürchteten, nach «Wildwest» zu kommen.³²

Ende Juni/Anfang Juli 1945 begannen, wie in Ochabs Edikt vom 25. Juni 1945 vorgeschrieben, die «wilden» Vertreibungen aus den Städten. Die Deutschen hofften, dass die Sowjets als eigentliche Besatzungsmacht sie gegen dergleichen Willkürakte in Schutz nehmen würden. Tatsächlich schien das auch vor der Potsdamer Konferenz für einzelne Militärkommandanturen zuzutreffen. So erinnert sich der spätere Chefredakteur der Rheinischen Post, Joachim Sobotta, an eine Episode, die er als Junge in Glatz erlebte: «Ab Juli 1945 kamen nach meiner Erinnerung mehr und mehr Polen nach Glatz-Kludzko. Wie und von wo sie kamen, das wussten wir nicht. Ich kann mich jedoch nicht erinnern, Eisenbahnzüge oder Omnibusse mit polnischen Zuwanderern aus der Gegend von Lemberg/Lwów oder Wilna/Vilnius gesehen zu haben, obwohl ich im Sommer 1945 viel in Glatz unterwegs war, schon um Lebensmittel – und seien es auch nur die geringsten Mengen – für unsere Familie zu beschaffen. Ein Vorfall ist mir aus dem Sommer 1945 in lebhafter Erinnerung, er muss sich Ende Juli/Anfang August 1945 abgespielt haben. Da stand ich in einer Käuferschlange vor einer deutschen Bäckerei in der damaligen Schwedeldorfer Strasse in Glatz und wartete sehnsüchtig mit vielen anderen auf einen Laib Brot. Neben dem Geschäft klebte ein rotes Plakat in deutscher Sprache, auf dem wir Deutsche von einem polnischen Milizkommando aufgefordert wurden, ab dem nächsten Tage zu Fuß mit Gepäck von nicht mehr als 20 Kilo pro Person die Stadt Richtung Westen zu verlassen.

Sowjetsoldat und riss dieses frisch geklebte Plakat ab. Die Deutschen applaudierten, sie fühlten sich ausgerechnet durch die sonst so gefürchteten Russen vor den Polen in Schutz genommen!»³³ In anderen schlesischen Städten wie Schweidnitz wurden im Juli 1945 jedoch «wilde» Vertreibungen durchgeführt und dabei den Vertriebenen ihre Wertsachen abgenommen.³⁴ Trotz des Ochab-Befehls, der Vertreibungen nur aus den Städten vorsah, fanden diese auch auf dem Lande statt, so im Kreis Neisse, Grottkau, Liegnitz, Löwenberg, Goldberg, Görlitz und Glatz. Häufig wurden die Trecks von den russischen Besatzern angehalten und wieder nach Hause geschickt. Vielfach wurden «wilde» Vertreibungen nur deshalb angeordnet, weil die Milizen dann ungestört

Befehl.

Laut Anordnung der Regierung der Republik Polen hat die gesamte deutsche Bevölkerung das polnische Staatsgebiet zu verlassen.

Vorgeschrieben ist das deutsche Gebiet über Görlitz an der Neiße. Der Weg geht über Frankenstein—Reichenbach—Schweidnitz—Striegau—Jauer—Goldberg—Löwenberg—Lauban—Görlitz.

Bei Verlassen des polnischen Staatsgebietes dürfen nur 20 kg Gepäck mitgenommen werden.

Alle Personen, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, werden mit Gewalt entfernt.

Diejenigen Personen, die im Besitz einer Bescheinigung des Bevollmächtigten der polnischen Regierung sind, werden vom Verlassen des Gebietes befreit.

Bis zum 30. Juni 1945, mittags 12 Uhr muß der Befehl ausgeführt sein.

Glatz, den 29. Juni 1945.

**Der Bevollmächtigte
der Polnischen Regierung
für den Bezirk XXIV
in Glatz**

**Die Kommandantur
des Polnischen Heeres
in Glatz**

Druckerei-Gesellschaft Glatz

Dieser polnische Befehl wurde bereits Anfang Juni 1945 an den Häusern der schlesischen Stadt Glatz plakatiert – also Wochen vor Beginn der Potsdamer Konferenz der Alliierten am 17. Juli 1945. Die Siegermächte legten im Potsdamer Abkommen fest, dass die Vertreibung der Deutschen in geordneter und humaner Weise zu erfolgen habe.

die Dörfer plündern konnten.³⁵ Am schlimmsten erging es den Menschen, deren «wilde» Vertreibung in einem Lager endete wie in Grottkau, wo sie unzureichend ernährt wurden und für Ernte- oder Strassenarbeiten zur Verfügung stehen mussten³⁶, zu denen sie von bewaffneter Miliz geführt wurden. Am härtesten traf es die Inhaftierten des berühmten Lagers Lamsdorf bei Oppeln. Es existierte von Juli 1945 bis zum Herbst 1946.³⁷ Vorwiegend wurden hier Bewohner der umliegenden Dörfer interniert. Nach Angaben des Lagerarztes Heinz Esser waren es 8'064 Personen, von denen drei Viertel, darunter 600 Kinder, die Schikanen nicht überlebten.

Selbst der Kattowitzer Bischof Adamski, der die Vertreibung der Deutschen aus Schlesien als «Wiedergutmachung für das dem Polentum seit Jahrhunderten angetane Unrecht» bezeichnete,

kritisierte gegenüber dem Minister für öffentliche Verwaltung die «Aussiedlungsmethoden» und befürchtete dadurch eine Kompromittierung «für Polen und für die polnischen Behörden dem Ausland gegenüber».³⁸ Tatsächlich handelte es sich um Vergehen, die nicht im Sinne einer Regierung sein konnten, die für eine Aussiedlungsaktion eintrat, welche auf «möglichst gewandte und humanitäre Weise» durchgeführt wurde. Leider agierten in den ersten Monaten nach der Einrichtung der polnischen Verwaltung die meisten Unterbehörden auf eigene Faust, gerade dort, wo diese aus Hass Vergeltung üben wollten und wo sadistische Naturen sich ungehemmt ausleben konnten.³⁹ Der Normalfall war das jedoch nicht. Dieser gestaltete sich für die meisten deutschen Schlesier anders, wenn auch bedrückend. Die meisten Schlesier durften bis zu ihrer endgültigen



Am schlimmsten erging es jenen Menschen, deren «wilde» Vertreibung in einem Lager endete, wo sie unzureichend ernährt wurden und für Ernte- und

Strassenarbeiten zur Verfügung stehen mussten. Am härtesten traf es die Inhaftierten des berühmten ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Lamsdorf bei Oppeln. Dort waren vom Juli 1945 bis zum Herbst

1946 nach Angaben des Lagerarztes 8'064 Deutsche interniert, von denen drei Viertel, darunter 600 Kinder, die Schikanen nicht überlebten.

gen Vertreibung in ihren Wohnorten bleiben, auch wenn es während dieser Zeit immer wieder zu Übergriffen durch polnische Milizionäre kam. Obgleich zahlreiche «wild» Vertriebene wieder zurückkehren durften, wurden bei dieser ersten Welle bis zum Herbst 1945 etwa 450'000 Deutsche aus Niederschlesien, 80'000 aus dem Op-pelner Oberschlesien und 33'500 aus dem Gebiet, das nach 1921 an Polen gekommen war, vertrieben.⁴⁰ Seit Juni 1945 strömten polnische Migranten ins Land. Sie nahmen die Wohnungen und Höfe der deutschen Bevölkerung in Beschlag. Für die deutschen Stadtbewohner brach eine Hungerszeit an, da es kaum noch eine Versorgung durch Lebensmittelkarten gab. Kaufen konnte man nur mit der polnischen Währung, wobei 2 Reichsmark gegen 1 Zloty getauscht werden mussten. Soweit Deutsche bei Polen Ar-

beit fanden, verdienten sie zwischen 400 und 1'000 Zloty pro Monat. Für ein Kilogramm Brot mussten 20 Zloty, für ein Kilogramm Butter 200 Zloty bezahlt werden. Überraschend fanden viele die Tatsache, dass es in den Geschäften nun wieder etwas ohne Lebensmittelmarken zu kaufen gab. Auf dem Land mussten die Deutschen bei der Feld- und Stallarbeit helfen und bekamen dafür als Gegenwert Lebensmittel.⁴¹

Die Erfahrungen der Deutschen mit den neuen Einwohnern Schlesiens, mit denen sie nun bis zu ihrer Vertreibung Zusammenleben mussten, waren zwiespältig. Wenn unter Deutschen die Rede von «meinem» Polen war, gab es für die meisten «gute» wie «schlechte» Polen. Während unter die letzte Kategorie alle die fielen, die plünderten, Deutsche drangsalierten und sie «wie Sklaven be-



Im Lager Lamsdorf inhaftierte deutsche Frauen bei der Exhumierung der Leichen von Kriegsgefangenen Ankunft ostpol-

nischer Umsiedler in Niederschlesien. Diese ebenfalls aus ihrer – nun sowjetisch besetzten – Heimat vertriebenen Menschen nahmen die Woh-

nungen und Höfe der deutschen Bevölkerung in Beschlag.

Flucht und Vertreibung aus Schlesien

Polen auf dem Weg von Sibirien in die neuen Westgebiete 1946: Am Anfang hatten Hitler und Stalin das Land mit ihrer Gewaltherrschaft überzogen und untereinander aufgeteilt. Am Ende erlitt Polen schmerzhaftes Territorialverluste, Bevölkerungs- und Grenzverschiebungen. Viele derjenigen Polen, die nach 1939 aus den ostpolnischen Gebieten nach Sibirien verbracht worden waren, wurden nun in jenen Gebieten angesiedelt, aus denen die Deutschen vertrieben worden waren.



handelten», so Freya von Moltke, versuchte man, sich mit den «guten» Polen zu arrangieren, auch wenn es vielen Deutschen schwer fiel zu akzeptieren, dass sie ihren Besitz an die Neuankömmlinge verloren hatten.⁴² Für die Deutschen waren die polnischen Neuankömmlinge schlicht «Räuber», die gegen die abendländischen Normen verstießen. Man fühlte sich in den alten Vorurteilen über die Polen bestätigt, die nicht in der Lage seien, eine effektive Wirtschaft zu betreiben.⁴³

In den zahlreichen Erinnerungsschriften der Vertriebenen aus den späten 1940er Jahren bringt keiner der Autoren die von den Polen verübten Übergriffe mit den Vergehen der Deutschen in der Sowjetunion und in Polen in Zusammenhang. Zwar hatte der schlesische Dichter Gerhart Hauptmann bereits am 30. Dezember 1939 in seinem Tagebuch auf die katastrophalen Folgen hingewiesen, die Hitler und seine Befürworter durch ihren Zivilisationsbruch ausgelöst hatten: «Polen! Wieviel Hass hat er [der Krieg] dort entfesselt. Wie ungeheuer wird der Deutsche dort gehasst. Wir haben Polen vernichtet, zur Hälfte den Russen ausgeliefert, alle Rachegeister darin gegen uns aufgerufen für ein Jahrhundert. Warum ist überall und allenthalben dieser gnadenlose Nationalismus erwacht? [...] Nur wenn wir uns von früh bis spät belügen, könnten wir von Menschenwürde reden und [sie] für etwas anderes ansehen als giftiges Unkraut. Heute sind wir hinter das Mittelalter zurückgefallen.»⁴⁴ Doch 1945 sahen nur wenige, wie etwa der katholische Kurator Franz Scholz, einen Zusammenhang zwischen den sowjetischen Gewaltakten in Ost-Görlitz und dem, «was Hitler den Völkern im Osten durch seine SS angetan hat».⁴⁵ Auch Massnahmen, die an die Drangsalierung der Juden in Deutschland vor deren Deportation erinnerten – die Abgabe der Wertgegenstände, das Tragen weisser Armbinden als Erkennungszeichen, das Heranziehen zu bewusst erniedrigenden Arbeiten oder die mutwillige Zerstörung von Besitz –, weckten bei den Deutschen keine Erinnerungen an jene Gräu-

eltaten, die Deutsche nicht lange davor ihren jüdischen Mitbürgern angetan hatten.

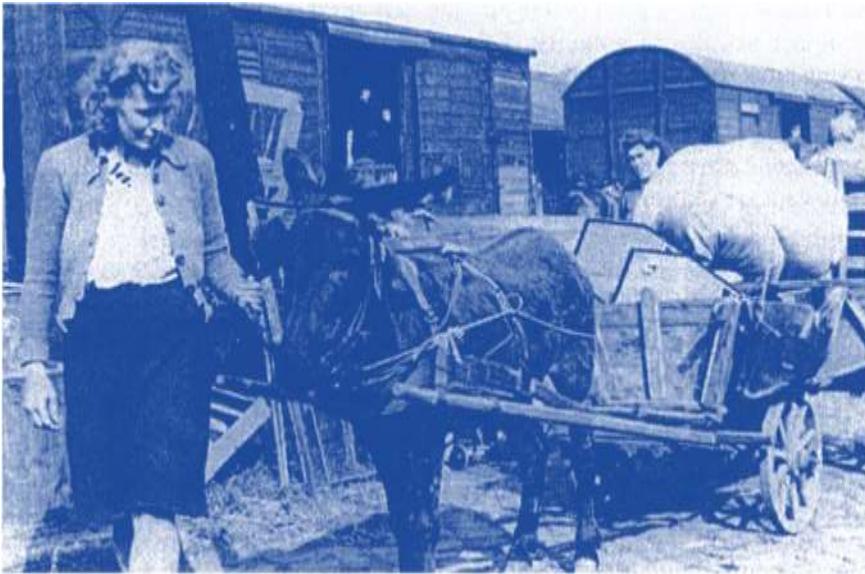
Die Polen fühlten sich mit der Beschlagnahme deutschen Besitzes ihrerseits in vollem Recht. Wohl kaum einer empfand wie die Breslauer Studentin Joanna Konopihska, deren Vater, ein Professor, ein Haus «belegt» und dort «mit Hilfe der Deutschen alle Regale gesäubert und die Bücher [der deutschen Vorbesitzer] eingereiht» hatte. «An die am besten sichtbare Stelle» hatte er «die von ihm verfassten Bücher geschoben». Die Tochter hatte da mehr Skrupel. In ihrem Tagebuch (2. Oktober 1945) schreibt sie: «Jetzt sitze ich am Schreibtisch und notiere meine Eindrücke [...]. Wenn man doch diese Fremdheit, diese Deutschheit, die aus jeder Ecke hervorguckt, aus dem Haus wegräumen und herausfegen könnte [...]. Auf Schritt und Tritt stosse ich auf Gegenstände, die jemand anderem gehören, Zeugen eines fremden Lebens sind, von dem ich nichts weiss [...]» Doch ihre Kommilitonen, denen sie diese Gedanken anvertraute, hatten dafür kein Verständnis: «Was, die Deutschen tun dir Leid? Hast Du vergessen, was sie uns angetan haben?»⁴⁶

Aber es gab auch unter den Polen eine Gruppe, die ihr Schicksal mit dem der Deutschen verständnisvoll in Beziehung setzte, die sogenannten Sibirien-Polen, die von den Sowjets 1942 in die Sowjetunion deportiert worden waren und die nun 1946 nach Polen beziehungsweise in die «wiedergewonnenen Gebiete» zurückkehren durften. Sie lehnten zur Überraschung der Deutschen die Wegnahmeaktion ihrer Landsleute ab und versuchten mit den Deutschen friedlich zusammenzuleben.⁴⁷ Und auch die aus dem Lemberger Gebiet Vertriebenen versuchten mit den Deutschen auszukommen. «Sie arbeiteten auch gleich mit und liessen gewöhnlich den deutschen Bauern frei gewähren», erinnert sich wohl nicht nur der Bauer Alfred Böhm aus Niederschwedeldorf.⁴⁸ Obgleich die Hälfte der deutschsprachigen Schlesier ebenso wie die überwiegende Zahl der

polnischen Neuankömmlinge tief verwurzelt in ihrem katholischen Milieu lebte, bot die Kirche keinen Ort, an dem man sich hätte näherkommen können. Beide Gruppen besuchten zwar dieselben Gottesdienste und sangen ihre Lieder in ihrer Sprache, doch die Kluft blieb. Die deutschen Katholiken fühlten sich immer mehr aus ihren Kirchen verdrängt, zumal es ihnen oft verboten wurde, auf Deutsch zu singen und zu beten.⁴⁹

Die Vertreibung

Obwohl die West-Alliierten Stalins Neuregelungsplänen für die Gebiete östlich von Oder und Neisse kaum ernsthaft Widerstand leisteten, schreckte sie doch das «Transferproblem». Selbst Churchill, der dieses Problem bisher immer heruntergespielt hatte, meldete im Vorfeld



Ankunft von polnischen Umsiedlern in Schlesien: Die Erfahrungen der Deutschen mit den «neuen» Einwohnern Schlesiens, mit denen sie nun bis zu ihrer Vertreibung Zusammenleben mussten,

waren zwiespältig. Vielen Deutschen fiel es schwer zu akzeptieren, dass sie ihren Besitz verloren hatten.

der Potsdamer Konferenz schwerwiegende moralische Bedenken gegen die Massenausweisungen an. Die britische Regierung beunruhigte die von ihr errechnete Zahl von sechs bis sieben Millionen Menschen, die davon betroffen sein könnten. Doch während der Konferenz war das dann nur noch ein Nebenaspekt, nachdem der amerikanische Aussenminister Byrnes in Übereinstimmung mit den Briten die Kompromissformel für den Abschnitt III des Potsdamer Protokolls gefunden hatte, der eine «ordnungsgemässe Überführung deutscher Bevölkerungsteile» vorsah, die in «ordnungsgemässer und humaner Weise erfolgen soll». Damit gaben die westlichen Demokratien ihre Zustimmung zu einem der grössten Fehler der Politik im 20. Jahrhundert: der «ethnischen Säuberung», die im Laufe dieses Jahrhunderts Millionen Menschen das Leben kosten sollte.⁵⁰

Für den neu geschaffenen Staat Polen, in dem vorerst nicht nur die Kommunisten das Sagen hatten, ergab sich das logistische Problem, über 1,3 Millionen Deutsche aus Schlesien zu «transferieren» und dieses mit einer nahezu korrupten Verwaltung und einer oft kriminellen Miliz zu bewerkstelligen.⁵¹ Gleichzeitig sollte in diesem Raum eine gleich grosse Zahl an polnischen Zuwanderern angesiedelt werden. Problematisch war dies auch deshalb, weil die Sowjets zwischenzeitlich zahlreiche Schienenstrecken abgebaut und in die Sowjetunion transportiert hatten. Die polnische Regierung hatte aus den «wildern» Vertreibungen – also jenen weitgehend kriminellen Aktionen vor der Potsdamer Konferenz – die Erkenntnis gewonnen, dass «nicht planmässig durchgeführt[e] Aussiedlungsaktionen» zur «Verwüstung oder völlige[n] Zerstörung unzählbarer Wirtschaftswerte» geführt hatten. Die Anweisung der Regierung vom 20. August 1945 sah deshalb vor, dass «erst bei der Übernahme des ehemals deutschen Eigentums durch den polnischen Ansiedler [...] die bisherigen Benutzer-Deutschen, unter starker Bewachung, über die

Oder oder Neisse hinaus abgeschoben werden» sollten.⁵² Doch liess sich das so kaum realisieren. Die ersten «legalen» Vertreibungsaktionen begannen in Oberschlesien im Oktober/ November 1945.⁵³ Zeitweilig sperrten jedoch die Sowjets im Dezember 1945 die Oder-Neisse-Grenze für den «Westtransfer».⁵⁴ Vorgesehen war nach einer Mitteilung des Alliierten Kontrollrats, von den 3,5 Millionen Deutschen, die aus dem neuen polnischen Staatsgebiet «entfernt» werden sollten, im Dezember 1945 zehn Prozent, im Januar/Februar 1946 fünf Prozent, im März 1946 15 Prozent, im April 1946 15 Prozent, im Mai 1946 20 Prozent, im Juni 1946 20 Prozent, im Juli 1946 zehn Prozent auszusiedeln. Nach diesem Zeitplan wären bis zum Sommer 1946 95 Prozent der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder-Neisse vertrieben worden.⁵⁵

Am 14. Februar 1946 schlossen die polnische und die britische Regierung ein Abkommen über den «Transfer» in die britische Zone. Unmittelbar danach begann die «ordnungsgemässe» Vertreibung.⁵⁶ Auf Plakaten wurde den Deutschen ihre «Repatriierung» nach Deutschland angekündigt und noch am selben Tag damit begonnen. In «20 Minuten» sollten die Betroffenen ihre Wohnungen räumen. Mitgenommen werden durfte nur Handgepäck von höchstens 20 Kilogramm. Zugestanden wurde die Mitnahme von «Schmuck und Wertgegenständen, Urkunden und eigenen Dokumenten sowie 500 RM». Verboten war die Mitnahme von «Valuten, Wertpapieren und Kunstgegenständen».⁵⁷ Vor allem die Erstausgewiesenen hatten die Ankündigungen nicht ernst genommen oder gar nicht erfahren. Sie waren daher kaum dazu gekommen, das Wichtigste einzupacken und mitzunehmen. Hildegard Heinze aus Grafenort, Kreis Habelschwerdt, schildert die Situation wie folgt: «In der Nacht vom 19. auf den 20. März wurden wir von den Polen endgültig aus unserer Heimat vertrieben. In den Nachtstunden trommelten Fäuste gegen unsere Zimmertür. Es

waren Polen in deutschen Feuerwehr-Uniformen, die befahlen, innerhalb von 20 Minuten das Haus zu verlassen. Wir waren vor Angst und Schrecken wie gelähmt. Trotzdem mussten wir schnell handeln. Eilig packten wir in Taschen und Rucksäcke einige Sachen und Dokumente, soweit wir sie noch besaßen, zogen mehrere Kleider und Anzüge übereinander und nahmen die letzten Lebensmittel, die wir besaßen. Meinen kleinen Sohn hatte ich – warm angezogen – in den Kinderwagen gepackt. Statt der Matratze im Kinderwagen legte ich Kinderkleidung und Windeln hinein. Einen kleinen Kochtopf und einige Kerzen, um einmal Kindernahrung kochen zu können, nahm ich mit. Wir schnürten Federbetten zusammen, doch diese nahmen uns die Polen, bis auf ein Bett für sieben Personen, weg. So wurden wir aus dem Haus getrieben. Meinen



Februar 1946: Deutsche Vertriebene vor der Minoritenkirche in Glatz/ Niederschlesien auf dem

Weg zum Hauptbahnhof zum Abtransport in Viehwaggons. Deutlich sind die weissen Armbinden sichtbar, die sie als Deutsche tragen mussten.

kranken Schwiegervater setzten wir auf einen Leiterwagen und zogen unheimlich traurig, ängstlich und weinend in die Ungewissheit. Polnische Miliz-Soldaten trieben uns zum Bahnhof. Dort standen drei Güterwagen, in die wir hineingepfercht wurden. Wohin werden wir gefahren? war die bange Frage. Wir hatten grosse Angst, nach Russland, in getrennte Lager, deportiert zu werden.»⁵⁸

Die Vertriebenen wurden in Sammellagern zusammengezogen, zu denen sie häufig weite Fussstrecken zurücklegen mussten. Dort wurden ihnen vielfach die «erlaubten» Mitnahmegegenstände, vor allem Schmuck, aber auch Textilien oder Lebensmittel, weggenommen. Dabei bereicherten sich meistens die «kontrollierenden» Beamten und die «Zugbegleiter», die die Ausgewiesenen eigentlich vor Überfällen durch Räuberbanden schützen sollten. In diesen Räuberbanden agierten vielfach Russen.⁵⁹ Doch auch hier gab es die «guten» Polen, die den Vertriebenen halfen. Je 30 bis 50 Personen wurden in die Güterwagen verladen. Als «Heizung» diente ein kleiner Kaminofen, als «Toilette» ein Eimer. Der Platz reichte kaum aus, um sich hinlegen zu können. Jeder Zug sollte einen Verpflegungswagen und einen Rotkreuzwagen mitführen, was aber oft nicht der Fall war. Schlecht erging es jenen, die keine Lebensmittel mitnehmen konnten oder denen sie abgenommen worden waren. Sie waren auf das Mitleid der Mitreisenden angewiesen. Vor allem fehlte es an Wasser. Wer sich während der Aufenthalte auf den Bahnhöfen zu versorgen versuchte, riskierte, dass der Zug ohne ihn weiterfuhr.

Unter den im Februar/März 1946 Vertriebenen war die Angst sehr gross, dass die Züge nach «Russland» gehen könnten. Beruhigt waren die Ausgewiesenen erst dann, wenn sie am Sammelpunkt Kohlfurt (Kreis Görlitz) von englischen Soldaten übernommen wurden. Verbunden war dies mit einer «Entlausungsaktion». Alle Zuginsassen wurden in voller Montur mit Jakotin «eingepudert».

Beim Übergang in die britische Zone in der Nähe von Helmstedt wiederholten die Engländer dieses «Ritual» noch einmal. Der Transport von Schlesien bis in die britische Zone dauerte ungefähr zehn Tage. So schwer den meisten die Vertreibung aus der Heimat fiel, so froh waren sie doch, dass die Drangsalierungen der letzten Monate, vor allem die Rechtsunsicherheit, vorüber waren. Viele hofften darauf, dass Schlesien bald wieder von den Polen geräumt und den zurückkehrenden Deutschen übergeben würde.⁶⁰

Zur ordnungsgemässen Abwicklung gehörte auch die Erstellung der Waggon-Listen, die – heute noch erhalten – wichtige Angaben zum Alter und Beruf der einzelnen Vertriebenen enthalten. Sie bezeugen, dass es sich bei den Ausgesiedelten weitgehend um ältere Männer, Frauen und Kinder handelte, da die meisten Familienväter vielfach (noch) nicht aus dem Krieg zurückgekehrt waren. Die Listen verzeichnen auch die Nahrungsmittel, die verteilt wurden (Brot, Fett, Zucker, Fleisch). Wie weit diese Angaben der Realität entsprachen, muss offenbleiben.

Der vorgesehene Zeitplan konnte nicht eingehalten werden.⁶¹ Bis zum 8. August 1946 waren aus Niederschlesien in 378 Transporten 622'092 Menschen in die britische Zone, in 19 Transporten 33'294 Menschen in die russische Zone «repatriert» worden. Aus den westlichen Kreisen Oberschlesiens (Grottkau, Ottmachau, Neisse und Leobschütz) waren mit 70 Transporten 118'163 «Repatrierte» in die britische Zone gebracht worden. Bis zum 31. Oktober 1946 betrug die Zahl der aus Niederschlesien Vertriebenen 916'085 Personen. Bis zum Ende des Jahres 1946 waren es 1,1 Millionen Vertriebene aus Niederschlesien und 160'000 aus Oberschlesien.⁶² Zu ihnen zählten groteskerweise auch Tausende von Juden, die aus den Konzentrationslagern befreit worden waren. Eigentlich waren die deutschen Juden von der Vertreibung ausgenommen. Die lokalen Behörden behandelten sie jedoch manchmal als «normale» Deutsche, so dass die meisten

Wagon Nr 17

Transport 41

Kierownik wagonu Motyks Max Data Landkreis Waldenburg
 Wagonmeister Miejscowość Landkreis Waldenburg
 Or Landkreis Waldenburg

Nr b. Lfd. Nr.	Nazwisko i imię Zu- und Vorname	Data urodz. Geburtsdatum	Zawód Beruf	Środki żywnościowe w kg Lebensmittel in kg					Razem	Mężczyzn Männer	Kobiet Frauen	Dzieci poniżej lat 14 Kinder unter 14 Jahren
				Chleb Brot	Mięso Fleisch	Tłuszcz Fett	Cukier Zucker					
1	Motyks Max	25.6.98	Lehrer	2	1	1	2		1			
2	" Emma	4.12.96	Ehefr.	2	1	1				1		
3	" Inge	13.7.24	Tochter	4	1	0,5				1		
4	" Lothar	24.12.29	oh. B.	3	1	1	1		1			
5	Kolbe Ida	21.4.39	Ehefrau	4	2	2	2			1		
6	" Heino	10.1.38	Sohn	2	1	1					1	
7	" Helmin	22.9.41	Tochter	2	1	1					1	
8	Simon Anna	25.9.86	Ehefrau	4	1	2	3			1		
9	" Käthe	3.5.17	"	1	1					1		
10	" Lutz	5.9.41	Sohn	2	1						1	
11	Dinter Josef	24.10.77	Renta.	4	1	2	2		1			
12	" Selma	29.6.82	Ehefr.	4	1	1				1		
13	" Helmut	11.9.19	Kaufm.	3		1			1			
14	" Irene	24.12.04	Ehefr.	4		1				1		
15	" Gero	25.6.42	Sohn	1		1					1	
16	Seifert Herbert	13.5.06	Arb.	5		2	1		1			
17	" Irma	3.3.09	Ehefr.	3		1				1		
18	" Norbert	8.8.36	Sohn	4		1					1	
19	" Hans	5.9.37	"	1		1					1	
20	Lepke Annelie	26.1.20	Ehefr.	4		2	2			1		
21	" Peter	1.12.40	Sohn	2		2	1				1	
22	" Susanne	25.6.44	Tochter	1		1	1				1	
23	Borbein Gertrud	10.12.78	Witfr.	2		1	0,5			1		
24	Postler Siegfried	10.12.30	Lehr.	1					1			
25	Simon Rolf	18.12.10	Kaufm.	2		0,5	0,5		1			
26	Niewiadowski Josef	8.2.05	Bäcker	3		0,5	1		1			
27	" Gertrud	12.7.07	Ehefrau	1						1		
28	Hoffmann Klara	24.9.03	"	2		0,25	1			1		
29	" Gerhard	20.11.26	Bäcker						1			
30	Kawik Elisabeth	24.7.23	Ehefrau	1	0,5	0,5	0,25			1		
31	" Franz	10.10.24	Angeh.	2	0,5	0,5	0,25		1			
32	Kanschik Johann	12.7.89	Str. Betr.	2	0,25	0,5	0,5		1			
33	" Hedwig	30.3.97	Ehefr.	1	0,25	0,25	0,25			1		
34	" Hildegard	16.5.24	Schülerin	1	0,25	0,25	0,25			1		
35	Korier Gertrud	5.12.20	Ehefr.	6		10,25				1		
36	Niewiadowski Marg.	5.3.77	"	8						1		
				85	14,25	30	19,5		11	17	8	

Liste eines Transports mit deutschen Vertriebenen aus Waldenburg/Niederschlesien. Unter den Vertriebenen war die Angst sehr gross, dass die Züge nach «Russland» gehen könnten. Beruhigt waren die Ausgewiesenen erst dann, wenn sie am Sammelpunkt Kohlfurt (Kreis Görlitz) von britischen Soldaten übernommen wurden.

deutschen Juden es vorzogen, Schlesien zu verlassen. Der «Judentreck» musste zwar nicht durch die Kontrolle, doch wurde auch dieser Zug überfallen und ausgeplündert.⁶³

Trotz starker Kälte wurde die Vertreibung auch im Winter 1946/47 fortgesetzt. Die berühmten Dezembertrecks forderten zahlreiche Todesopfer, so dass sich die britischen Behörden weigerten, weitere Transporte mit völlig verelendeten Ausgewiesenen anzunehmen. Verschiedene Transporte mussten deshalb wieder an ihren Ausgangsort zurückkehren. Im Frühjahr 1947 begann dann die letzte umfassende Zwangsausiedlung. Auch jetzt weigerten sich die Briten, einige Transporte anzunehmen, so dass diese in die sowjetische Besatzungszone umdirigiert wur-

den.⁶⁴ Von den seit Beginn der Fluchtwellen 1945 bis Ende 1946 circa drei Millionen aus Schlesien Evakuierten, Geflüchteten oder Vertriebenen gelangten 1,31 Millionen in die sowjetische, 1,028 Millionen in die britische, 559'000 in die amerikanische und 18'000 in die französische Zone. Bis 1950 sind insgesamt 3'197'200 Schlesier vertrieben worden. 386'000 von ihnen haben durch Flucht, Deportation und Vertreibung ihr Leben verloren, nachdem zuvor schon 361'000 Schlesier Opfer der Kriegshandlungen geworden waren.⁶⁵

Nicht betroffen von den Zwangsausiedlungen waren die so genannten Autochthonen, die polnischsprachigen, aber deutschstämmigen Oberschlesier sowie einige tausend Niederschlesier, die diesen Status für sich erfolgreich in Anspruch



Der Transport von Schlesien in die britische Zone dauerte ungefähr zehn Tage. So schwer den meisten die Vertreibung aus der Heimat fiel, so froh waren sie doch, dass die Drangsalierungen der letzten Monate, vor allem die Rechtsunsicherheit, vorüber waren – und viele hofften auf eine Rückkehr.

Die Vertreibung der Schlesier endete in Notunterkünften wie diesem britischen Lager, die überwiegend in abgelegenen

ländlichen Gegenden eingerichtet waren. Die meisten der Vertriebenen waren Frauen, die sich mit ihren Kindern in einer von Männern bestimmten Welt behaupten mussten.



genommen hatten. Sie galten als Teil des polnischen Volkes und dienten als lebendiger Beweis für die These von der «Wiedergewinnung» alt-polnischen Bodens. Die Betroffenen mussten aber einen so genannten Verifizierungsantrag stellen. Bis 1949 waren so in Oberschlesien 850'000 und in Niederschlesien 15'000 Personen «verifiziert» worden. Zwischen den Neuzugewanderten und den «Autochthonen» gab es erhebliche Spannungen, da letztere weniger für Polen als vielmehr für ihre schlesische Heimat optierten, in der sie weiterhin leben wollten.⁶⁶

Hatte der tschechische Präsident Benes als einer der radikalsten Vertreter der «ethnischen Säuberungen» die Vertreibung der Sudetendeutschen als logische Strafe für ihre Option für Hitler gesehen, so fehlte in Polen eigentlich eine offizielle Begründung für die Vertreibung. Daher konstruierte man die These von den «wiedergewonnenen Gebieten». Das «polnische Land» war von den «preussischen Stiefeln befreit» worden und nun in der Lage, sich in ein «demokratisches Polen» zu verwandeln. Dennoch behielt der polnische Staat einige zehntausend deutsche Facharbeiter zurück, die vor allem für den Bergbau und die Lebensmittelindustrie gebraucht wurden.⁶⁷ Der grösste Teil dieser 79'000 Personen, nämlich 25'000, lebte im niederschlesischen Kohlrevier in der Gegend von Waldenburg. Die meisten von ihnen konnten erst 1956 in die Bundesrepublik ausreisen. 1950 setzten sich die 3'014'700 Einwohner Schlesiens wie folgt zusammen: 1'174'600 Umsiedler innerhalb der neuen polnischen Grenzen (=39 Prozent); 959'600 Umsiedler aus den von der UdSSR annektierten Gebieten (= 31,8 Prozent); schliesslich 833'000 «Autochthone» (ohne die zurückgehaltenen Deutschen), das entspricht 27,3 Prozent.⁶⁸

Integration im Westen

Die Vertreibung der Schlesier endete im durch den Krieg stark zerstörten Westen, in Flücht-

lingslagern, die meist in abgelegenen ländlichen Regionen eingerichtet worden waren. Von dort wurden die Vertriebenen durch die Ortsbehörden in Wohnquartiere eingewiesen. Von den Einheimischen wurden sie nur selten mit offenen Armen aufgenommen. Es herrschte allgemeines Unverständnis dafür, dass die Ostdeutschen in den Westen kamen. Für viele galten sie als «Pollacken». Die Gräueltaten, die die Vertriebenen unter den Sowjetrussen und Polen erlebt hatten, wollten die Westdeutschen nicht wahrhaben, oder die erlebten Grausamkeiten wurden gegen die eigenen Kriegserlebnisse aufgerechnet.⁶⁹ Über das Leid der zahlreichen vergewaltigten Frauen durfte – bedingt durch die prude Sexualmoral der 1940er/50er Jahre – nicht gesprochen werden, wollten diese Mädchen und Frauen nicht in den Verdacht geraten, sich «schuldig» gemacht zu haben. Die meisten vertriebenen Schlesier waren Frauen, die sich im Westen mit ihren Kindern in einer männlich bestimmten Welt behaupten mussten, in der sie sich nicht nur in ihrer Aussenseiterrolle als Vertriebene, sondern vor allem als Frauen durchsetzen mussten.⁷⁰

Die Integration, die dennoch allmählich gelang, war nicht selbstverständlich. Zunächst überwogen die hemmenden Momente. Die Vertriebenen kamen kurz nach dem Zusammenbruch in Regionen, in denen, von der Landwirtschaft abgesehen, die Wirtschaft daniederlag. Die Ansiedlung erfolgte zwangsweise, da die Vertriebenen ihren neuen Heimatort nicht selbst bestimmen durften. Es handelte sich meist um Orte in ländlichen Gebieten oder um nicht zerstörte Klein- und Mittelstädte, wo bereits zahlreiche «Bomben-Evakuierete» lebten. Die Raumzwangsbewirtschaftung schuf Konflikte zwischen Einheimischen und Neuankommenden. Die Umfunktionierung ehemaliger Kriegsgefangenen- oder Zwangsarbeiterlager in Flüchtlingslager vertiefte die soziale Distanz zwischen den dort Lebenden und den seit Langem Ortsansässigen. Die soziale Diskriminierung, die die früheren Lagerinsassen erfahren

hatten, wurde nun auf die Vertriebenen übertragen. Die Unterschiede zwischen «Hiesigen» und Neuankömmlingen wurden deshalb zunächst stark betont und auch von den Vertriebenen selbst «in sentimentaler Beharrung» (Bausinger) als kulturelle Identität begriffen.⁷¹ Das betraf die dialektsprachliche und konfessionelle Differenz, die durch eigene Kulturveranstaltungen, Einrichtung von Trachtengruppen, besondere Gottesdienste und Wallfahrten betont wurde. Die soziale Differenz verstärkte die Bestrebungen einer politischen Blockbildung ab 1950 («Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten», BHE), für die man über die Flüchtlingsgruppe hinaus im rechten Wählerspektrum Anhänger zu gewinnen hoffte (1952: Gesamtdeutscher Block/BHE). In Schleswig-Holstein gewann diese «Blockpartei» in den 1950er Jahren bis zu einem Viertel der Stimmen.⁷²

Die integrationshemmenden Faktoren wurden ab den 1950er Jahren durch integrationsfördernde Massnahmen zurückgedrängt. Unter den Vertriebenen verbreitete sich die Einsicht, dass in absehbarer Zeit eine Revision der Potsdamer Verträge nicht möglich war. Durch die Ideologie des Kalten Krieges und des Antikommunismus verstärkt, schien eine baldige friedliche Lösung ausgeschlossen. Adenauers Politik der Westintegration bei gleichzeitiger Offenhaltung einer Grenzregelung im Osten und einer Rückführung der Vertriebenen sowie das Versprechen eines «Rechts auf Heimat» gewannen an Plausibilität für die Vertriebenen. Soziale Massnahmen (Soforthilfe, Wiedergutmachung, Lastenausgleich) und die Übernahme des Vertriebenen-Funktionärskaders in die CDU förderten die politische Integration. Zudem versuchten die demokratischen Parteien durch Aufstellung von bekannten Schlesiern als Wahlkandidaten (Hans Lukascheck/CDU, Erich Mende/ FDP, Herbert Hupka/SPD) Flüchtlinge als Wähler zu gewinnen. So gehörten dem ersten Deutschen Bundestag, der am 7. September 1949 durch den Schlesier Paul Lobe als Alterspräsi-

dent eröffnet wurde, 24 Schlesier an. Trotz (oder vielleicht auch aufgrund) der Regierungsbeteiligung des BHE zerfiel dieser Block, nachdem den hier führenden Politikern (Theodor Oberländer, Linus Kather, Waldemar Kraft) von der CDU aussichtsreiche Wahlkreise bereitgestellt worden waren. Auch die mittleren und unteren Funktionärskader wurden von der CDU integriert. Kulturelle Belange der Vertriebenen (Presse, Kulturvereine, Jugendarbeit, Wissenschaftsförderung durch Stiftungen und Institute) wurden durch Bundesmittel gefördert. Als Gegenleistung erklärten die Vertriebenen in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen (5. August 1950) den Verzicht auf eine gewaltsame Regelung der Flüchtlingsfrage. Während die Schlesier in den Westzonen beziehungsweise der Bundesrepublik ihre folkloristische Subkultur mit staatlicher Unterstützung aufbauen konnten, war ihrer über eine Million Landsleute umfassenden Gruppe in der SBZ beziehungsweise DDR dergleichen untersagt. «Volkskunsttreffen» früherer Schlesier wurden verboten, Verstösse dagegen unter Strafe gestellt.⁷³

Der politischen korrespondierte die persönliche Integration der Schlesier im Westen, die ihnen ein hohes Mass an Sozialtüchtigkeit abverlangte. Schwierig war die Situation vor allem für Jugendliche, zumal viele von ihnen zunächst in Lagern wohnen mussten. Im Jahr 1949 lebten in Bayern 27'000 Jugendliche in 496 Massenlagern; in Schleswig-Holstein 61'034 Jugendliche in 491 Lagern. Das Lagerleben und das Aufwachsen auf dem Land verringerten erheblich die Möglichkeit eines Besuchs höherer Schulen oder die freie Wahl einer Lehrstelle. Erst eine erneute Umsiedlung während der 1950er Jahre in strukturstärkere Regionen verbesserte die Chancen.⁷⁴ Der Ausbau des zweiten Bildungsweges in den 1960er Jahren ermöglichte einen sozialen Aufstieg vor allem in gehobene Positionen des öffentlichen Dienstes und der Politik, weniger im Bereich der Industrie. In Schulen und Vereinen erfolgte die Integration

die Integration unter akkulturativem Druck; das bedeutete für die Vertriebenenkinder Vermeidung der Dialektfärbung beziehungsweise des Herkunftsdiakts und Annahme der einheimischen Sprechweise. Als wichtiges Integrationsfeld erwiesen sich auch die Kirchen und konfessionellen Vereinigungen, die den Vertriebenen trotz Lageraufenthalts Kontakte zu einheimischen Familien ermöglichten.⁷⁵ Für die Erwachsenen erfolgte die wirtschaftliche und soziale Integration durch den Wiederaufbau und das so genannte Wirtschaftswunder. Nach den persönlichen Erfahrungen, die sich in der Erinnerungsliteratur niedergeschlagen haben, bedeutete die Integration mental einen Neuanfang vom Punkt Null an. Die soziale Aussenseiterposition der ersten Jahre beflügelte den Aufstiegs- und Etablierungswillen, der seinen sinnfälligen Ausdruck im Bau eines eigenen Hauses fand. Hierdurch wurden soziale Reputation, aber auch neue Bodenständigkeit demonstriert. Die «sentimentale Beharrung» blieb dennoch erhalten und dokumentierte sich in der fragwürdigen politischen Forderung auf «Heimatrecht». Es wurde bei den jährlich veranstalteten Vertriebenentreffen gefordert und auch für die Kinder in Anspruch genommen. Dies führte in zahlreichen Familien anlässlich der Ostverträge in den 1970er Jahren zu einem Generationenkonflikt, da das Eintreten der Jüngeren für die sozialliberale Ostpolitik von den Älteren als «Verrat der Heimat» aufgefasst wurde. Die realpolitische Situation, die bei allem geschehenen Unrecht durch die normative Kraft des Faktischen gegeben war, wurde dabei ausgeblendet. Die «sentimentale Beharrung» verstärkte den sogenannten Heimwehtourismus, der seit den 1970er Jahren infolge der sich durch die Ostverträge anbahnenden Beziehungen mit Polen und der Tschechoslowakei zu einem Besuch vieler Vertriebenen in ihrer alten Heimat führte. Die Erfahrungen hierbei waren und sind sowohl positiv wie negativ.⁷⁶

Heute, nach der Wiedervereinigung Deutschlands und der Integration Polens in die EU, hat

das Thema Vertreibung seine politische Brisanz nicht unbedingt verloren, wie die jüngst angestossene, politisch unverantwortliche Wiedergutmachungsforderung zeigt. Doch bestimmender für die Zukunft ist die weitgehend vorurteilslose Begegnung zwischen Alt- und Neuschlesiern. Wichtig ist, dass die Neuschlesier das kulturelle Erbe der schlesischen Geschichte für sich entdeckt haben und es inzwischen auch als ihr Erbe betrachten. Nach all den Gräueln und Verbrechen der Flucht und Vertreibung liegt hierin dann doch ein versöhnliches Ende.

Flucht und Vertreibung aus Schlesien

Deutsche Flüchtlinge in
Breslau, Frühjahr 1945.
Ihnen bietet sich ein
Bild restloser Zerstörung.





Folgende Doppelseite:
Anfang März sind die Verbände der Roten Armee bis an die Oder-Neisse-Linie vorgertückt. Trotzdem versucht ein Flüchtlingstreck sich in den Westen durchzuschlagen.





Flucht und Vertreibung aus Schlesien

Von einer «ordnungsgemässen und humanen Übersiedlung», wie sie das Potsdamer Abkommen vom Juli/August 1945 eigentlich vorsah, konnte keine Rede sein. In den Gütertransportwagen reichte der Platz kaum aus, um sich hinlegen zu können. Vor allem fehlte es an Wasser. Trotzdem war jeder Vertriebene froh, wenn er einen Platz in den Zügen Richtung Westen bekommen hatte.



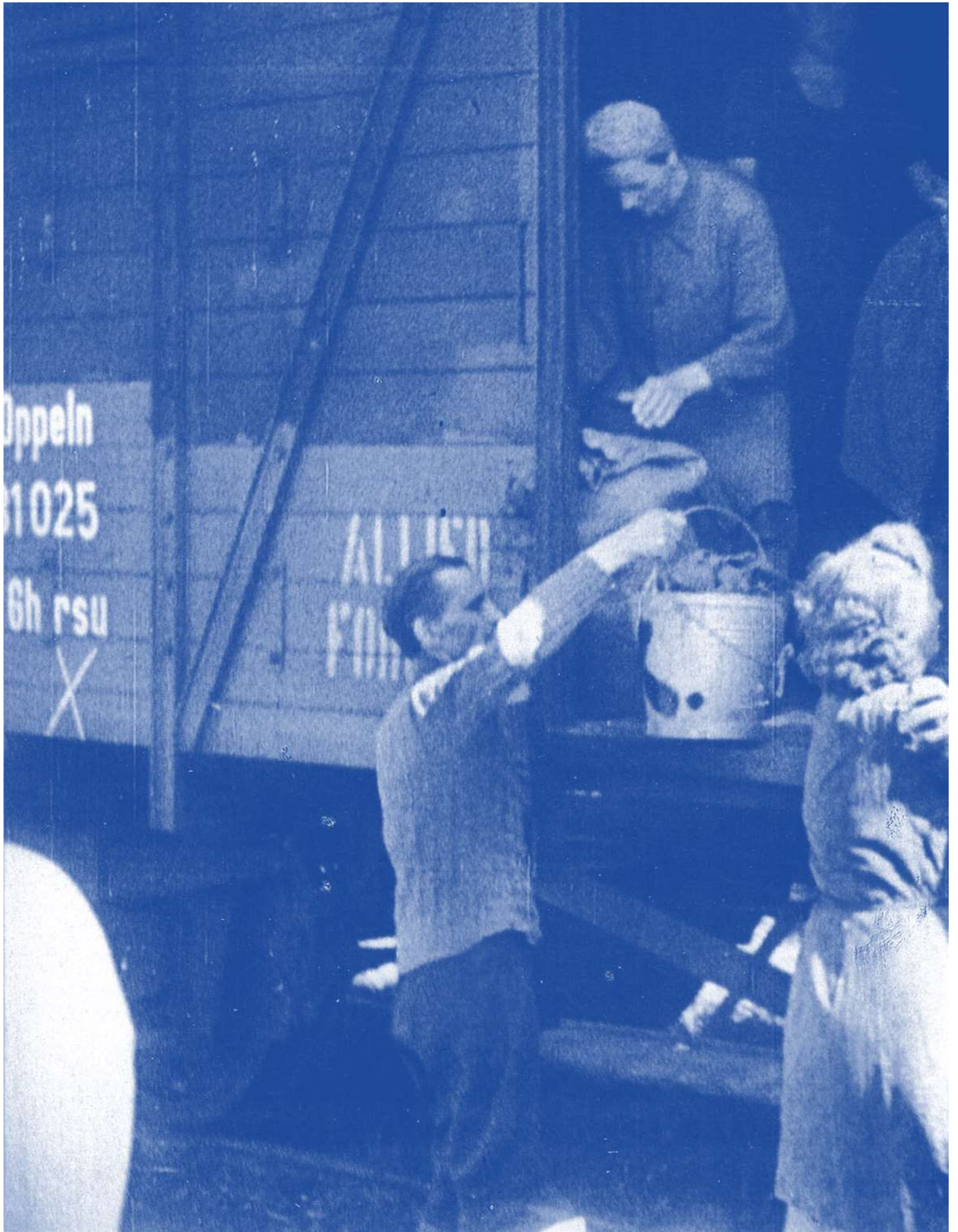


Nachdem die Festung Breslau der Roten Armee am 6. Mai 1945 übergeben worden war, herrschte in der Stadt völlige Anarchie. Frauen waren ständigen Vergewaltigungen ausgesetzt, Männer, die ihren Frauen beistehen wollten, wurden erschossen. Am härtesten traf es die 62'000 Zivilpersonen, die aus Schlesien in die Sowjetunion verschleppt wurden. Diese Deutschen, die 1946 Breslau verließen, gehören zu jenen insgesamt rund 4,7 Millionen Schlesiern, die bis Ende 1947 aus dem Land fliehen oder vertrieben werden.

Deutsche an der Sammelstelle in Liegnitz 1946. Die ersten «legalen» Vertreibungsaktionen hatten in Oberschlesien im Oktober/November 1945 begonnen. Auf Plakaten wurde die Repatriierung nach Deutschland angekündigt und noch am selben Tag damit begonnen. In 20 Minuten sollten die Betroffenen ihre Wohnungen räumen. Nur Handgepäck von höchstens 20 Kilogramm durfte mitgenommen werden.

Folgende Doppelseite: Die Vertriebenen wurden, bevor sie mit Güterzügen abtransportiert wurden, in Sammellagern zusammengefasst, zu denen sie häufig weite Fusswege zurücklegen mussten. Je 30 bis 50 Personen wurden in die Güterwagen verladen. Als Heizung diente in den kalten Wintern lediglich ein kleiner Kanonenofen, als Toilette ein Eimer.







Flucht und Vertreibung aus Schlesien

Ankunft ausgewiesener
Deutscher im bayeri-
schen Durchgangslager
Furth im Wald 1946

Gegenüberliegende Seite:
Im Westen angekommen,
erwartete die Vertrie-
benen ein oft jahrelanges,
von beengten und
provisorischen Lebens-
verhältnissen geprägtes
Dasein in Lagerbaracken,
so genannten «Nissen-
hütten» oder anderen
Notunterkünften.





«Das deutsche Volk... erscheint uns nur noch als ein einziges grosses menschliches Ungeheuer.»

Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei

Detlef Brandes

Ende April und Anfang Mai 1945 lebten in Böhmen, Mähren und Tschechisch-Schlesien, den so genannten böhmischen Ländern, zwischen 3,1 und 3,2 Millionen alteingesessene Deutsche. Dazu kamen Deutsche aus dem Reich und Österreich, die vom NS-Regime mit allen möglichen Aufgaben in den besetzten Westteil der Tschechoslowakei geschickt, und die Frauen und Kinder, die dort vor den alliierten Bombenangriffen in relative Sicherheit gebracht worden waren. Deutsche Flüchtlinge aus dem Osten, besonders aus der Slowakei und aus Preussisch-Schlesien, hatten dort ebenfalls vorübergehend Zuflucht gefunden. Im Frühjahr befanden sich deshalb insgesamt etwa 3,5 bis vier Millionen deutsche Zivilisten in den böhmischen Ländern, die noch von der Heeresgruppe Mitte gegen die sowjetischen Armeen gehalten wurden. Ein Teil der deutschen Bevölkerung wurde von den Behörden noch vor der Befreiung evakuiert, ein anderer Teil flüchtete vor der Front in Richtung Westen – nach Österreich, nach Deutschland oder in die von den Amerikanern befreiten Gebiete West- und Südböhmens. Die Mehrheit der Alteingesessenen blieb aber vor Ort oder bemühte sich zurückzukehren, nachdem die Front sie überrollt hatte.¹

Anderthalb Jahre später, am 28. Oktober 1946, dem Jahrestag der Gründung der tschechoslowakischen Republik, sprachen die höchsten Repräsentanten des Staates zu einer grossen Menschenmenge, die sich auf dem Prager Wenzelsplatz versammelt hatte. Ministerpräsident Klement Gottwald sagte: «Heute und morgen verlassen die

letzten Transporte mit Deutschen die Republik. Kann es einen schlagenderen Beweis für die Grösse des Sieges unserer nationalen und staatlichen Sache über den Erbfeind geben? Das Ende der Abschiebung der Deutschen aus der Republik bedeutet zugleich die Vollendung unserer nationalen Befreiung, das Ende des jahrhundertelangen Kampfes unseres Volkes mit dem fremden, feindlichen Element, das von aussen auf unseren tschechischen Boden vorgedrungen ist.» Und Staatspräsident Edvard Benes erklärte: «Die Nemesis hat diese Schädlinge unserer Republik gerecht bestraft. Ohne Groll und Hass, aber auch ohne Bedauern, nur mit dem Gefühl vollzogener Gerechtigkeit haben wir die Durchführung der Abschiebung der Deutschen verfolgt. ... Von heute an ist unser Staat nicht nur dem Recht, sondern auch der Wirklichkeit nach ein Nationalstaat, ein Staat nur der Tschechen und Slowaken.»²

Der Weg zur Zwangsaussiedlung von München bis Potsdam

Nun waren aber die Konflikte zwischen Tschechen und Deutschen keineswegs so scharf, dass das Bild eines Erbfeindes, das Minister- und Staatspräsident in ihren Reden suggerierten, berechtigt wäre. In diesen Auseinandersetzungen ging es um die staatsrechtliche Struktur der böhmischen Länder: während tschechische Politiker die Vereinigung der Provinzen Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien forderten, verlangten deutsche Politiker die Bildung nationaler «Kreise». Beide Seiten führten einen ständigen Kleinkrieg um den Gebrauch der deutschen bzw. tschechischen Sprache in Ämtern und Schulen sowie um die Beschriftung von Ortstafeln, Läden oder sogar Stempeln. Kulturelle und wirtschaftliche Erfolge und Misserfolge wurden national interpretiert. Tschechische und deutsche Nationalisten überlegten, wie sie die jeweilige nationale Position ausbauen könnten. Seit 1848 wurde auf

tschechischer Seite immer wieder einmal über die Vergrößerung der tschechischen Mehrheit in den böhmischen Ländern durch die Abtretung kleinerer deutschsprachiger Grenzstreifen, die langfristige Assimilierung der Deutschen, die Finanzierung der Besiedlung der Grenzgebiete durch Tschechen, eine Nationalsteuer und die Verschiebung der Sprach- bis zur Staatsgrenze diskutiert. Demgegenüber versuchte man auf deutscher Seite durch die Ausgliederung von Galizien, Dalmatien und der Bukowina eine deutsche Mehrheit in einem so genannten Westösterreich zu erreichen, um Deutsch als «Staatsprache» durchzusetzen. Überlegungen oder gar Pläne, die Deutschen zwangsauszusiedeln, eventuell unter dem Eindruck der ethnisch begründeten Umsiedlungen auf dem Balkan, hat es jedoch bis 1938 auf tschechischer Seite nicht gegeben, wohl aber seit 1935 auf dem nationalistischen Flügel des sudetendeutschen Parteienspektrums und unter nationalsozialistischen Politikern.³ Nach dem Ersten Weltkrieg waren zwar die Deutschen, die sich eigentlich mit den Österreichern einem grossdeutschen Nationalstaat anschliessen wollten, gegen ihren Willen in die

Tschechoslowakische Republik eingegliedert worden. Sie hatten sich jedoch bald mit dieser Entscheidung der Siegermächte abgefunden, wie die Ergebnisse der Wahlen bis einschliesslich 1929 zeigten: Zwei Drittel der Sudetendeutschen stimmten für die so genannten aktivistischen Parteien, die zwar eine Erweiterung der nationalen Autonomie verlangten, zugleich aber zur loyalen Mitarbeit bei der Gestaltung der Politik bereit waren. Dass die nationalen Gegensätze in der Tschechoslowakei geringer als zum Beispiel in Polen waren, lag vielleicht auch daran, dass diese «aktivistischen» Parteien von 1926 bis 1938 stets mit einigen Ministern in der Regierung vertreten waren. Der Schutz der deutschen Minderheit entsprechend dem Abkommen, das die Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg unterschrieben hatte, war trotz manch kleinlicher Schikanen gewährleistet, wie vor allem das gut funktionierende Bildungssystem von den Elementarschulen bis zu drei Hochschulen zeigt. Erst die Weltwirtschaftskrise, die in den Sudetengebieten mit ihrer exportorientierten Leichtindustrie eine weit überproportionale Arbeitslosigkeit zur Folge hatte,



Staatsgrenzen der Tschechoslowakei 1914-1945

und die nationalsozialistische Machtergreifung am 30. Januar 1933 in Deutschland, die unter den Sudetendeutschen grossdeutsche Träume wieder aufleben liess, verschärfte die Spannungen. Bei den Parlamentswahlen von 1935 verloren die aktivistischen Parteien mehr als die Hälfte ihrer Sitze. Dagegen vereinigte die nationalistische Sudetendeutsche Partei (SdP) zwei Drittel der Stimmen und Sitze auf sich. In dieser Partei gewann der nationalsozialistische Flügel schrittweise die Oberhand, bis der «Führer» der SdP, Konrad Henlein, im November 1937 Hitler seine Partei als Instrument zur Zerschlagung der Tschechoslowakei und zur Annexion der böhmischen Länder anbot. Nach dem Anschluss Österreichs im März 1938 liefen die Anhänger der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei und die des Bundes der Landwirte zur SdP über und

die nationalen Verbände unterstellten sich der Führung Henleins. Ende April bekannte sich die SdP auch offen zur «deutschen Weltanschauung», also zum Nationalsozialismus. Dieser Partei gelang es, die überwiegende Mehrheit der Sudetendeutschen zu Kundgebungen für die Anerkennung der «sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit», für die «Feststellung und Anerkennung des sudetendeutschen Siedlungsgebiets», für den «Aufbau einer sudetendeutschen Selbstverwaltung», für die Wiedergutmachung «des dem Sudetendeutschum seit dem Jahr 1918 zugefügten Unrechts» und für die «volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung» zu mobilisieren.⁴ Neue Mitglieder strömten in die Partei, der im Juli 1938 schliesslich 1'349'180 der insgesamt 3'070'938 Deutschen der Republik angehörten.⁵ Die Sudetendeutschen befanden sich in einem «Fieberzustand», urteilte Wenzel Jaksch, Vorsitzender der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die ebenso wie die deutschen Kommunisten den Abwehrkampf gegen Hitler und Henlein führte.⁶

Ende März 1938 hatte Henlein Hitler zugesagt, immer mehr zu fordern, als die tschechoslowakische Regierung annehmen könne. Deshalb lehnte die Verhandlungsdelegation der SdP alle tschechoslowakischen Vorschläge als unzureichend ab, obwohl die Regierung im August 1938 die Bildung dreier deutscher Gaue und Anfang September sogar die Zusammenfassung der deutsch besiedelten Gebiete in einem einzigen Bundesland zugestand. Während der ersten Septembertage provozierte die Partei vielerorts Zusammenstösse mit der Polizei.

Die Situation eskalierte, als Hitler am 12. September auf dem Nürnberger Parteitag der NSDAP behauptete, dass ein «grosser Teil unseres Volkes» in der Tschechoslowakei «scheinbar wehrlos unverschämten Misshandlungen» ausgeliefert sei, und bekanntgab, dass «das Reich eine weitere



Anfang Oktober 1938 marschiert die Wehrmacht unter dem Jubel der deutschen Minderheit in das Sudetenland ein («Blumenkrieg»). Am 3./4. Oktober fährt Adolf Hitler durch die besetzten Gebiete. Mit Transparenten

wie «Wir danken unserem Führer!» wird er von der begeisterten Menge empfangen.

Unterdrückung und Verfolgung dieser 3,5 Millionen Deutschen nicht hinnehmen wird». Kurz nachdem sie Hitlers Rede im Rundfunk angehört hatten, strömten allorts Tausende von Deutschen auf die Strassen, marschierten durch die Zentren der Städte und Dörfer, wo sie das Deutschland- sowie das Horst-Wessel-Lied sangen und Parolen skandierten wie «Lieber Hitler, mach uns frei von der Tschechoslowakei», «Wir wollen Volksabstimmung», «Sieg Heil», «Heil Hitler» und «Ein Volk, ein Reich, ein Führer». Sie rissen tschechischsprachige Aufschriften an Behörden und Läden ab oder beschmierten sie, überfielen Bahnhöfe und Polizeistationen, warfen die Fenster von tschechischen Schulen sowie tschechischen und jüdischen Geschäften ein, griffen Tschechen und auch deutsche politische Gegner an und lieferten sich mancherorts Schusswechsel mit der Polizei. Als die Unruhen den Charakter eines Aufstands annahmen, verhängte die Regierung am Mittag des 14. September das Standrecht über 13 deutsche Bezirke. Prag war bereit, über ein Ultimatum zu verhandeln, in dem die SdP die Aufhebung des Standrechts und den Rückzug der Staatspolizei aus den Sudetengebieten verlangte. Dennoch gab Henlein am 15. September den endgültigen Abbruch der Verhandlungen mit der Begründung bekannt, dass in den Sudetengebieten «unter dem Deckmantel humanitärer Phrasen gemordet und geplündert» werde. Ein Zusammenleben mit den Tschechen in einem Staate sei endgültig unmöglich geworden. «Wir wollen heim ins Reich!»⁷ Die Regierung verfügte am 16. September die Einstellung der Tätigkeit der Sudetendeutschen Partei. Henlein und eine grosse Zahl der Funktionäre entzogen sich der erwarteten Verhaftung durch sofortige Flucht auf Reichsgebiet und gaben die Bildung eines Sudetendeutschen Freikorps bekannt.⁸ In dieser Situation, am 17. September, unterbreitete der seit 1935 amtierende Staatspräsident Benes der französischen Regierung einen streng geheimen Plan,

der vorsah, die Zahl der Deutschen innerhalb der Tschechoslowakei um zwei Drittel zu reduzieren. Er sei bereit, auf bestimmte strategisch nicht unbedingt erforderliche Gebiete in Westbeziehungsweise Nordböhmen sowie Tschechisch-Schlesien mit etwa 800'000 bis 900'000 deutschen Einwohnern zu verzichten, wenn Deutschland zusätzlich eine Million Sudetendeutscher aufnehme. 1 bis 1,2 Millionen Deutsche könnten in der Tschechoslowakei bleiben, denn die Hälfte von ihnen seien Demokraten, Sozialisten und Juden, die er «nicht dem gleichen Massaker überlassen könne, wie es in Österreich und anderswo stattgefunden hat».⁹

Ende September 1938 gingen Frankreich, Grossbritannien und Italien auf die ultimativen Forderungen Hitlers ein: Mit dem Münchner Abkommen musste die Tschechoslowakei auf alle mehrheitlich von Deutschen besiedelten Grenzgebiete



Etwa 250'000 Tschechen, viele Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten flohen im Herbst 1938 aus dem Reichsgau Sudetenland ins Landesinnere.

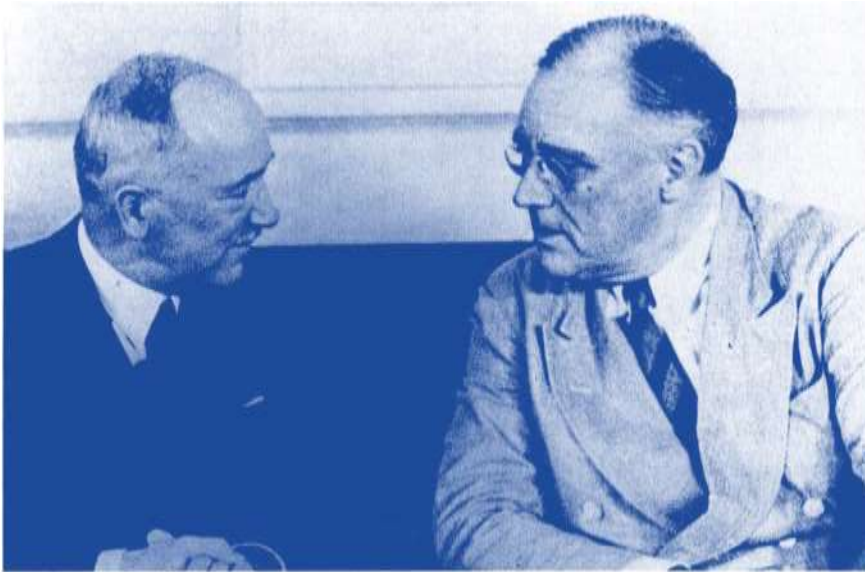
verzichteten. Etwa 250'000 Tschechen, aber auch viele Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten flohen vor der Verfolgung im Reichsgau Sudetenland ins Landesinnere.

Ein halbes Jahr später, im März 1939, zogen deutsche Truppen auch in Prag und Brünn ein. Hitler errichtete das so genannte Protektorat Böhmen und Mähren. Die Besatzungsmacht überzog das Protektorat mit vielen kleinen und drei grossen Terrorwellen, nämlich erstens mit der Schliessung der tschechischen Hochschulen und der Einlieferung von 1'200 Studenten in ein Konzentrationslager nach nationalen Demonstrationen im Herbst 1939, zweitens mit massenhaften Erschiessungen nach der Entsendung von Reinhard Heydrich als stellvertretender Reichsprotektor nach Prag im Herbst 1941 und mit noch zahlreicheren Morden nach dem Attentat auf Heyd-

rich im Mai 1942. Als so genannte Sühnemassnahme wurde auch die Ortschaft Lidice dem Erdboden gleichgemacht. Ihre männlichen Einwohner wurden erschossen und die Frauen in Konzentrationslager gesperrt, die meisten Kinder starben in Gaswagen.

Aus der deutschen Polenpolitik und auch aus den begrenzten Umsiedlungsaktionen im Protektorat konnte die tschechische Bevölkerung erkennen, welches Schicksal sie im Falle eines deutschen Endsieges erwartete, nämlich – wie Heydrich Anfang Oktober 1941 formulierte – die Eindeutschung des «guttrassigen und gutgesinnten» Teils der Tschechen, die Deportation oder Ermordung des «schlechtrassigen und schlechtgesinnten» Teils, die Sterilisierung der «schlechtrassig Gutgesinnten» und die Ermordung der «guttrassig Schlechtgesinnten», falls sie sich nicht doch noch in einer deutschen Umgebung eindeutschend liessen.¹⁰

Wenige Tagen nach dem Münchener Abkommen hatte Benes das Land verlassen. Nach dem deutschen Angriff auf Polen stellte er sich an die Spitze eines tschechoslowakischen Nationalausschusses, nach der Niederlage Frankreichs setzte er als Staatspräsident eine Exilregierung mit Sitz in London ein. An seinem Plan vom 17. September 1938 – Teilabtretung, Teilaussiedlung, Restminderheit – hielt er offiziell bis März 1945 fest. Für diese Konzeption versuchte er einerseits Jaksch und den Parteivorstand der sudetendeutschen Sozialdemokraten zu gewinnen, die gerade noch rechtzeitig vor dem deutschen Einmarsch ins Ausland geflohen waren, andererseits die Minister der Exilregierung, die Angehörigen der tschechoslowakischen Auslandsarmee und die Führer der Widerstandsgruppen in der Heimat. Diese lehnten jedoch jedes Zugeständnis an die Sudetendeutschen ab. Unter ihrem Druck verkleinerte er im Laufe des Krieges die Gebiete, die eventuell abgetreten werden könnten, und erhöhte dadurch zugleich die Zahl der Sudetendeutschen, die ausgesiedelt werden sollten. Jaksch hätte allenfalls der «Entmischung» von Deut-



Nur wenige Tage nach dem Münchener Abkommen verlässt der tschechische Staatspräsident Edvard Benes das Land. Nach der Niederlage Frankreichs 1940 setzt er

eine Exilregierung mit Sitz in London ein. Während eines Besuchs in den USA im Mai 1943 gewinnt er Präsident Roosevelt (rechts) für einen Transfer der Deutschen nach dem Krieg. Nachdem er dafür auch von der britischen und sowjetischen Führung das Ein-

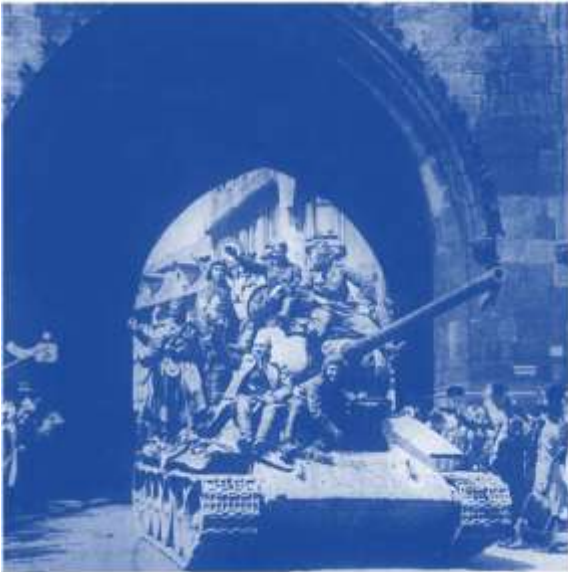
verständnis erreicht hatte, wurde auf der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 nur noch über die Modalitäten und den Zeitplan verhandelt.

schen und Tschechen innerhalb der böhmischen Länder sowie der Vertreibung jener Deutschen zustimmen können, die nachweisbar «Schuld» auf sich geladen hatten. Wegen der geplanten Aussiedlung von einer Million oder noch mehr Deutschen mussten die Gespräche jedoch scheitern.

Bei der Regierung Churchill und ihren wissenschaftlichen Beratern trafen die Vorstellungen von Benes schon früh auf Zustimmung. Sein Plan sowie ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Foreign Office bildeten die Grundlage für einen Doppelbeschluss des britischen Kriegskabinetts. Am 6. Juli 1942 erklärte die Londoner Regierung öffentlich das Münchner Abkommen für ungültig und befürwortete geheim das «allgemeine Prinzip des Transfers nach Deutschland von deutschen Minderheiten in Mit-

tel- und Südosteuropa nach dem Krieg in Fällen, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint». ¹¹ Im November desselben Jahres warnte das Foreign Office Benes, sich auf den Grundsatz der Aussiedlung von «Schuldigen» einzulassen, und seien die Kategorien noch so breit gefasst, weil dieses Prinzip zu «unerwünschten Begrenzungen» führen könne. ¹²

Während seines Besuchs in den USA im Mai 1943 gewann Benes Präsident Roosevelt für den Transfer der Deutschen. Mit dieser Nachricht schickte er zwei seiner Minister zu dem sowjetischen Gesandten bei der Exilregierung, der daraufhin die Zustimmung Stalins einholte. Im Dezember 1943 fuhr Benes nach Moskau, wo er Außenminister Molotow und der Exilführung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei die Vertreibung der Deutschen als «nationale



Im April/Mai 1945 wird die Tschechoslowakei durch amerikanische und sowjetische Truppen besetzt. Am 10. Mai nehmen sowjetische Einheiten Prag ein. Begeistert werden sie von der Bevölkerung begrüßt.



Mitte April 1945 ruft die neue tschechische Regierung die Bevölkerung auf, sich erbarmungslos für die Bestialitäten der deutschen Besatzer zu rächen. Alle politischen Parteien sind sich einig, dass die Deutschen ausgesiedelt werden sollen. Ganze Personengruppen werden von

der Strasse weg verhaftet. Diese Deutschen werden im Mai 1945 in Pilsen gefangenommen und in ein Internierungslager abgeführt.

Revolution, verbunden mit einer sozialen Revolution» schmackhaft machte. Damit hatte Benes das Einverständnis der drei grossen Alliierten für die Vertreibung erreicht, so dass auf der Potsdamer Konferenz nur noch über die Modalitäten und den Zeitplan verhandelt werden musste.¹³

Das Leben in der alten Heimat wird unerträglich

Unter deutscher Besatzung von Oktober 1938 bis April/Mai 1945 hatte der Hass auf Deutschland und die Deutschen alle Gesellschaftsschichten erfasst. Er speiste sich aus dem Verhalten der Mehrheit der Sudetendeutschen in den Jahren 1935 bis 1938, dem Trauma der kampflosen Aufgabe der Grenzgebiete nach dem Münchner Abkommen und der Erinnerung an Unterdrückung und Verfolgung im Protektorat, die bei Kriegsende noch einmal kulminierte: Einheiten der Wehrmacht, besonders aber der Waffen-SS, übten blutige Vergeltung für Partisanenaktionen, Wachmannschaften trieben ausgemergelte KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene aus den aufgegebenen Lagern im Osten durch die böhmischen Länder und töteten jeden, der nicht mehr weiter konnte. Die Einheiten der tschechoslowakischen Ostarmee, die auf Seiten der Russen kämpften, standen unter dem Eindruck der «verbrannten Erde», die die deutsche Wehrmacht bei ihrem Abzug zurückgelassen hatte.

In den ersten Wochen nach der schrittweisen Befreiung schürten die Politiker noch das Verlangen nach Vergeltung. Mitte April 1945 rief die neue Regierung die Bevölkerung auf, sich an den Deutschen für all ihre Bestialitäten zu rächen und kein Erbarmen mit den deutschen Feinden zu haben.⁴ Noch während des Prager Aufstands in den letzten Tagen der deutschen Herrschaft erlebte die Bevölkerung, wie deutsche Tiefflieger Brand- und Sprengbomben auf die Prager Innenstadt abwarfen. Kampfgruppen der Waffen-SS trieben Frauen und Kinder als Geiseln und Feuerschutz vor sich her, so dass die Aufständischen die Bar-

rikaden kampflos räumen mussten. Aufgebrachte Prager liessen daraufhin ihre Wut an internierten Deutschen aus. Als die ersten sowjetischen Truppen am 9. Mai Prag erreichten, forderte der Tschechische Nationalrat, der sich während des Aufstands gebildet hatte, über den Rundfunk: «Fangt die deutschen Mörder und erschlagt sie, wenn sie Widerstand leisten.»¹⁵ Präsident Benes sagte am 12. Mai: «Das deutsche Volk hat in diesem Krieg aufgehört, menschlich zu sein, menschlich erträglich zu sein und erscheint uns nur noch als ein einziges grosses menschliches Ungeheuer. ... Wir haben uns gesagt, dass wir das deutsche Problem in der Republik liquidieren müssen.»

Alle politischen Parteien waren sich einig, dass die Deutschen ausgesiedelt werden müssten. Am lautesten hetzten jedoch die Nationalen Sozialisten und die Kommunisten. Die Kommunistische Partei rief die Bevölkerung auf, «alle Deutschen, die nach München zu uns gekommen sind, zu verhaften. Ähnlich geht mit jenen ‚heimischen‘ Deutschen um, die Henlein und Frank [die Symbolfiguren der Unterdrückung im Protektorat] aktiv unterstützt und sich am Ausrottungsfeldzug gegen unser Volk beteiligt haben. Richtet für die festgenommenen Deutschen Arbeitslager ein und zwingt sie, am Wiederaufbau dessen zu arbeiten, was sie selbst zerstört haben. ... Stellt das geraubte Eigentum der Deutschen sicher.»¹⁷ Die Presse warnte die Bevölkerung immer wieder, Deutschen Quartier, Lebensmittel oder Kleider zu geben, da sich unter ihnen viele gesuchte Verbrecher befänden. Nur in den Zeitungen der Sozialdemokraten und der katholischen Volkspartei kamen einzelne Stimmen zu Wort, die die brutalen Ausschreitungen gegen die Deutschen kritisierten. Allein die katholische Kirche stimmte nicht in den allgemeinen Chor ein. Der Olmützer Erzbischof und schliesslich die Bischofskonferenz forderten Erbarmen mit den Leidenden. Tschechen, die für einzelne Deutsche intervenierten, setzten sich der Gefahr aus, selbst als Verrä-



Ausgewiesene Deutsche aus Bergreichenstein werden 1945 unter Bewachung auf einen Sammelplatz geführt. Deutsche durften weder öffentliche Verkehrsmittel benutzen noch telefonieren und mussten Radios und Fotoapparate, Fahrräder und Schreibmaschinen abliefern. Ausserdem mussten sie sich durch weisse Armbinden oder ein aufgenähtes «N» als «Deutscher» (Nemec) zu erkennen geben.

ter oder Volksfeinde bezeichnet zu werden. Tschechische Arbeitgeber wurden beschuldigt, ihren deutschen Zwangsarbeitern «ungebührliche Vorteile» zu gewähren, ihnen zusätzliche Esspakete zuzustecken, unzensurierte Post zuzustellen oder die Möglichkeit zu geben, an Feiern teilzunehmen oder ohne Begleitung ihre ehemaligen Wohnorte zu besuchen.¹⁸

Schon am 19. Mai wurde das gesamte Vermögen der «Deutschen, Magyaren, der Verräter und Kollaboranten» unter «nationale Verwaltung» gestellt. Das Grosse Retributionsdekret vom 19. Juni 1945 sowie weitere Erlasse bezeichneten die Deutschen und Magyaren als «staatlich unzuverlässig». Auf dieser Grundlage wurden ganze Personengruppen verhaftet, interniert und aus dem Lande gejagt, ihr Eigentum wurde konfisziert.¹⁹ Als Deutsche galten alle Personen, die

sich bei den Volkszählungen von 1930 oder 1939 zum Deutschtum bekannt hatten. Ihr gesamtes landwirtschaftliches Vermögen wurde am 21. Juni 1945 entschädigungslos enteignet. Sofern deutsche Bauern nicht in ein Lager eingewiesen wurden, mussten sie auf ihrem ehemaligen Hof als Tagelöhner für Kost und Logis arbeiten. Bankguthaben von Deutschen wurden gesperrt. Ihre Geldmittel, Wertpapiere, Edelmetalle und Edelsteine hatten sie in einem Sperrdepot zu hinterlegen. Wer infolge seines Alters oder einer Krankheit nicht arbeitsfähig war, geriet in äusserste Not, denn alle Pensions- und Rentenzahlungen sowie die Leistungen der Krankenversicherungen an deutsche Empfänger wurden eingestellt.²⁰ Deutsche und Magyaren waren zur Zwangsarbeit verpflichtet. Die Arbeitspflichtigen wurden oft ausserhalb ihres bisherigen Wohnorts



Am 17. Mai 1945 trieben Partisanen in Landskron alle Deutschen auf den Marktplatz. Auf dem Gehsteig vor dem Landratsamt wurde ein grosser Tisch aufgestellt. An ihm nahm das so genannte Volksgericht Platz. Diejenigen, die man als Schuldige selektiert hatte, mussten vor den Richter-

tisch treten, nachdem man sie gezwungen hatte, die letzten 20 Schritte auf den Knien zu rutschen. Die Urteile des Landskroner Gerichtes lauteten entweder auf Prügelstrafe oder auf Tod durch Erschiessen oder Erhängen.



Nach dem Urteil des Volksgerichts wird ein Einwohner von Landskron in ein Wasserbecken geworfen und erschossen. Derartige Lynch- und Selbstjustiz fand in aller Öffentlichkeit in vielen Orten statt. Exekutionen wurden sowohl von Rot-

armisten, befreiten Gefangenen, Mitgliedern tschechischer Einheiten als auch von Gruppen, die auf eigene Faust handelten, durchgeführt.

eingesetzt und mussten deshalb in Arbeitslagern untergebracht werden?¹ Deutsche durften weder öffentliche Verkehrsmittel benutzen noch telefonieren und mussten Radio- und Fotoapparate, Fahrräder und Schreibmaschinen abliefern. Ausserdem mussten sie sich durch ein aufgenähtes «N» für «Deutscher» (Nemec) oder durch weisse oder gelbe Armbinden zu erkennen geben. Ihre Bewegungsfreiheit wurde durch verschiedene Ausgehverbote und Sperrstunden eingeschränkt.¹¹

In die Sudetengebiete strömten innerhalb eines Jahres 1,6 Millionen vorwiegend aus anderen Gebieten der Tschechoslowakei stammende Neusiedler, unter denen auch Tschechen und Slowaken aus dem Ausland, das heisst vor allem aus den so genannten Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie und aus Wolhynien waren. Die allermeisten von ihnen kamen in den Monaten vor dem Potsdamer Abkommen (also vor Juli 1945) an. Viele zogen jedoch – mit Beutegut beladen – bald wieder ab. Wie der mährische Landesnationalausschuss im September 1945 feststellte, waren mindestens zehn Prozent von ihnen vorbestraft. Die Neuankömmlinge besetzten Häuser, Wohnungen und Höfe, während sie Altbesitzer vertrieben, in kleine Kammern verwiesen und zur kostenlosen Arbeit für sich zwangen. Auch die 1938 vor den Nationalsozialisten geflohenen Tschechen, die jetzt in die Sudetengebiete zurückkehrten, waren – aus verständlichen Gründen – den Deutschen gegenüber feindlich gesinnt.¹³

Die tschechoslowakische Regierung war entschlossen, die Aussiedlung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung um jeden Preis durchzuführen. Sie verliess sich darauf, dass es mit Hilfe der Sowjets sehr schnell gelingen würde, diese Absicht zu realisieren und die westlichen Grossmächte vor vollendete Tatsachen zu stellen.¹⁴ Das Fehlen zentraler Weisungen und einer klaren Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den militärischen und zivilen Organen erzeugte ein Wirrwarr von Zuständigkeiten und gab einigen

selbst ernannten Rächern die Möglichkeit sich auszutoben. Etwas anders war die Lage in den west- und südböhmischen Gebieten, die unter der Kontrolle von Einheiten der 3. US-Armee standen. Die Amerikaner halfen den tschechischen Behörden zwar, Nationalsozialisten und Kollaborateure festzunehmen, bemühten sich aber, grössere Exzesse zu verhindern. Zu Gewalttaten an entwaffneten und festgenommenen Deutschen, an Personen, die als Nationalsozialisten und Kollaborateure erkannt oder nur als solche bezeichnet wurden, kam es an vielen Orten. In aller Öffentlichkeit fanden Lynch- und Selbstjustiz sowie Exekutionen statt. Hinrichtungen wurden sowohl von Rotarmisten, befreiten Gefangenen, Mitgliedern tschechischer bewaffneter Einheiten oder aber Gruppen, die auf eigene Rechnung handelten, durchgeführt. Die Gewalttätigkeiten erreichten schliesslich Ausmasse, die die Regierung zum Handeln zwangen.

Das Retributionsdekret des Präsidenten vom 19. Juni 1945 «über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die ausserordentlichen Volksgerichte» stellte nicht nur Verbrechen gegen die Menschlichkeit, den Frieden oder Kriegsverbrechen unter Strafe, sondern auch «Anschläge gegen die Republik». Bestraft wurde die Mitgliedschaft in der SS «oder anderen hier nicht genannten Organisationen ähnlichen Charakters».¹⁵ Für Friedenszeiten ungewöhnlich war, dass es sich bei den Gerichten um Standgerichte handelte. Der Prozess musste innerhalb von drei Tagen abgeschlossen sein, eine Berufung gegen die Urteile war ausgeschlossen und die Urteile waren innerhalb von zwei Stunden zu vollstrecken. Diese Bestimmungen führten natürlich zu ungerechten Urteilen – die Zeit reichte nicht für die Beweisaufnahme, Verbindungen zwischen verschiedenen Beschuldigten konnten kaum festgestellt werden.¹⁶ 38316 Personen wurden von den Volksgerichten angeklagt und 4592 Fälle von vornherein an ordentliche Gerichte abgegeben. Gegen 475 Deutsche und 234 Tschechen ver-

hängen die Gerichte Todesurteile, 443 Deutsche und 293 Tschechen verurteilten sie zu lebenslangem Kerker und 19'888 zu bis zu zehn Jahren Haft. 9'132 wurden freigesprochen und 5'129 Personen waren geflohen oder gestorben. Über 2'400 Personen wurden ordentlichen Gerichten übergeben oder – obwohl für schuldig befunden – nicht bestraft, sondern ausgesiedelt.²⁷

Während die tschechoslowakische Regierung noch über die rechtliche Regelung ihres Vorgehens gegen die Deutschen verhandelte, kam es häufig ohne ordentliche Untersuchung der erhobenen Beschuldigungen zu umfangreichen Verhaftungen und Internierungen von Nationalsozialisten, Verrätern und anderen Menschen, die für «staatlich unzuverlässig» gehalten wurden. Da die Gefängnisse und Strafanstalten bald überfüllt

waren, wurden sie in Lager eingewiesen, die während des Krieges und der Okkupation als Aussenstellen von Konzentrationslagern entstanden waren. In den ersten Wochen und Monaten nach der Befreiung wurden Tausende von Menschen auch in anderen Objekten untergebracht: in Kasernen, Kinosälen und Gasthäusern, in geräumten öffentlichen Gebäuden und Schulen, in Lager- und Fabrikgebäuden, auf dem flachen Lande in Höfen, Speichern und Scheunen.

Wer in ein Lager eingeliefert wurde, dem wurden alle Habseligkeiten abgenommen. Zwar sollten diese beim Verlassen des Lagers zurückgegeben werden, doch sah die Wirklichkeit ganz anders aus: Missbrauch von Vollmachten, Veruntreuung, Korruption und Akte öffentlicher Willkür waren an der Tagesordnung.¹⁸ Das Leben für die



Da viele Gefängnisse und Strafanstalten überfüllt waren, wurden Deutsche in Lager eingewiesen, die während des Krieges und der Okkupation als Aussenstellen von Kon-

zentrationenlagern eingerichtet worden waren. Auch in ehemalige Konzentrationslager wie hier nach Theresienstadt wurden deutsche Häftlinge 1945 gebracht.



Schikanen und Gewalttätigkeiten – Prügel, Misshandlungen, Folterungen – prägten den Lageralltag. Im Lager Reichenau müssen Deutsche vor dem «Abschub» ihr Gepäck ausbreiten. Oft wurden bei derartigen Kontrollen willkürlich die letzten Habseligkeiten beschlagnahmt.

Inhaftierten war in den Sommermonaten des Jahres 1945 in jeder Hinsicht hart, mancherorts herrschten katastrophale Zustände. Provisorische Unterkünfte, unzureichende Hygiene und Gesundheitsfürsorge, anstrengende Arbeit (zehn bis zwölf, oft auch mehr Stunden täglich) und unzureichende Versorgung hatten Erschöpfung, Unterernährung, den Anstieg von Krankheiten und Todesfällen zur Folge, vor allem bei alten Menschen und Kindern. In einigen Lagern brachen Epidemien aus.

Entgegen den Vorschriften prägten Gewalttätigkeiten – Prügel, Misshandlungen, unmenschliche Folterungen – und diverse Schikanen den Lageralltag, sogar Hinrichtungen wurden vollzogen. Oft sahen die Insassen Selbstmord als einzigen Ausweg. An Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen beteiligten sich Angehörige der Wachmannschaften und manchmal auch Rotarmisten.²⁹ Mit dem Gesetz vom 8. Mai 1946 wurden alle Handlungen straffrei gestellt, die in der Zeit vom Münchner Abkommen bis zum 28. Oktober 1945 (!) begangen worden waren, wenn sie dem Ziel gedient hatten, «zum Kampf um die Wiedererlangung der Freiheit der Tschechen und Slowaken beizutragen oder auf die gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfer» gerichtet waren. Aufgrund dieser Einschränkungen konnten nur solche Gewaltakte bestraft werden, die aus eigensüchtigen Motiven verübt worden waren.³⁰ Im Herbst 1945 verbesserten sich die Verhältnisse in den meisten Lagern.³¹ Dennoch gab es weiterhin Mängel bei der Unterbringung, Ernährung, Gesundheitsfürsorge und Auszahlung der Arbeitslöhne. Zur Konsolidierung trugen häufigere und konsequentere Kontrollen der zuständigen Behörden bei, manchmal auch die Ablösung kompromittierter Leiter und undisziplinierter Angehöriger des Aufsichtspersonals, regelmässige Besuche von Delegationen des Internationalen Roten Kreuzes, kritische Stimmen aus dem Ausland und in geringerem Masse auch aus dem Inland. Das Innenministerium wies erst am 18. Oktober die Nationalausschüsse an,

Kinder unter 14 Jahren gemeinsam mit ihren Müttern aus den Lagern zu entlassen.³² Die Lebensbedingungen waren auch vor dem Winter einbruch noch sehr schwierig. Unter den entkräfteten und erschöpften Internierten brachen oft Krankheiten aus, mancherorts kam es immer noch zu Gewalttaten, und die Versorgungsschwierigkeiten hielten an. Für die zweite Oktoberhälfte und Anfang November 1945 sind in Böhmen, Mähren und Tschechisch-Schlesien mehr als 300 Internierungslager und andere Objekte (einschliesslich einiger Gefängnisse) mit einer Stammebelegschaft von etwa 150'000 Menschen dokumentiert; in Wirklichkeit dürfte deren Zahl eher höher gelegen haben.³³ Auf der Basis der bisherigen Forschungen Tomas Staneks, der sie auf keinen Fall für vollständig hält, lässt sich die Gesamtzahl der Toten in den Lagern im Jahr 1945 vorläufig auf ungefähr 4'000 bis 5'000 schätzen. Diese Zahl sei als untere Grenze der tatsächlichen Zahl zu betrachten.

Von der «wilden» zur «geregelten» Vertreibung

Die rechtliche Grundlage zur Vertreibung schuf das Präsidentendekret vom 2. August 1945, das den Deutschen und Magyaren mit Ausnahme der als Antifaschisten anerkannten Personen die Staatsbürgerschaft entzog. Die sowjetische Regierung hatte Anfang Juni die Erlaubnis erteilt, mit der Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen in die sowjetische Besatzungszone zu beginnen, die jedoch «organisiert und so durchgeführt werden sollte, dass ihnen [den Sowjets] dabei keine Schwierigkeiten entstehen». Am 2. Juli kehrte eine tschechoslowakische Delegation aus Moskau mit der Nachricht zurück, dass Stalin «die Abschiebung nach Deutschland, Ungarn und Österreich erlaubt».³⁴ Die Zwangsaussiedlung verlief in der Regel folgendermassen: Ein Teil der Bevölkerung wurde in Lagern konzentriert, ein anderer zur Zwangsarbeit eingesetzt und der dritte in Gütertransporten oder zu Fuss über die

Grenze gebracht. Höfe, Wohnungen und andere Vermögenswerte wurden beschlagnahmt, häufig aber auch geplündert oder ausgeraubt. Die Behörden erlaubten, Gepäck von 30 bis 50 Kilogramm und Lebensmittel für drei bis sieben oder zehn Tage mitzuführen. An Bargeld konnten 100 bis 300, mancherorts jedoch nur 50 Reichsmark ausgeführt werden. Die Kontrolle, ob jemand Sparbücher, Wertpapiere oder Wertsachen über diesen Betrag hinaus besitze, nutzten die Milizionäre oft zum Raub. Es kam vor, dass Deutsche am Ort ihres Arbeitseinsatzes, in Lagern oder an der Grenze ohne irgendeine Ausstattung ankamen. Vielerorts, wie im mährischen Römerstadt (Rymarov), wurden die Deutschen von der Zwangsaussiedlung überrascht, denn sie hatten ihre Rundfunkgeräte abgeben müssen, besaßen keinen Zugang zu Zeitungen und bekamen keine



Deutsche aus Bergreichenstein müssen vor der Ausweisung ihr Gepäck durchsuchen lassen.

Post. Sie lebten weitgehend isoliert von der tschechischen Bevölkerung, der Interventionen zugunsten der Deutschen untersagt waren. In der Nacht zum 5. August umstellte eine Militäreinheit die Stadt. Die Menschen wurden gegen vier Uhr morgens aus den Häusern geholt. In aller Eile mussten sie das Allernötigste zusammenraffen. Manche erhielten immerhin eine zweistündige Frist zum Packen. Im Internierungslager, zu dem das nahe gelegene Schloss der Harrachs in Janowitz umfunktioniert wurde, verbrachten sie drei bis vier Tage. Dann mussten sie die vier Kilometer zum Bahnhof der Stadt gehen, wo sie in offene Güterwaggons verladen wurden, um in die sowjetische Besatzungszone (SBZ) gebracht zu werden.³⁵

Bis heute sind Verlauf und Opfer des so genannten Brüner Todesmarschs umstritten. Am 29. Mai 1945 beschloss der mährische Zentrale Nationalausschuss, alle deutschen Männer zwischen 14 und 60 Jahren in Arbeitslager einzuweisen und die übrigen Deutschen aus der Stadt «hinauszuführen».³⁶ Am Morgen des 31. Mai wurden etwa 26'000 Frauen, Kinder und Alte unter Bewachung von Polizisten, Revolutionsgardisten und Betriebsmilizen nach Süden getrieben. Der grösste Teil wurde über die Grenze nach Österreich abgeschoben, etwa 2'000 durften nach Brünn zurückkehren, andere wurden in Notlagern untergebracht, wo 649 Menschen an Erschöpfung und ansteckenden Krankheiten starben.³⁷ Während dieser «wilden» Phase der Vertreibung wurde eine ganze Reihe von Mordtaten – spontan oder auch geplant – verübt. Der Massenmord in Aussig am 31. Juli ist wahrscheinlich von Prag aus provoziert worden, vielleicht auch um die Verhandlungen in Potsdam zugunsten einer schnellen Vertreibung zu beeinflussen. Denn es dauerte nur wenige Augenblicke, bis nach der Explosion eines Munitionsdepots, die sofort deutschen Saboteuren zugeschrieben wurde, ortsfremde Tschechen an drei verschiedenen Stellen, unter anderem auf der Elbbrücke, zwischen 80

und 100 Deutsche erschossen, die aufgrund ihrer Armbinden leicht zu erkennen waren.³⁸

Die Gesamtzahl der Menschen, die im Verlauf der «wilden» Vertreibung des Jahres 1945 tschechoslowakisches Gebiet verlassen mussten, genau zu bestimmen, ist angesichts der damaligen Verhältnisse unmöglich.

Schätzungen gehen davon aus, dass vor dem Potsdamer Abkommen 450'000 Personen in die SBZ, 200'000 in die US-Zone und 150'000 nach Österreich vertrieben worden sind.³⁹ Mitte Juli musste die Aussiedlung in die SBZ auf sowjetischen Wunsch vorläufig eingestellt werden.⁴⁰

Im Abschlussbericht der Konferenz der drei alliierten Grossmächte in Potsdam vom

2. August 1945 wird eine «ordnungsgemässe und humane» Durchführung des «Transfers» der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn gefordert und die Einstellung weiterer Massenausweisungen verlangt, bis sich der Alliierte Kontrollrat für Deutschland mit der Aktion befasst habe. Auf dessen Anfrage erklärte die tschechoslowakische Regierung am 5. Oktober 1945, dass noch 2,5 Millionen Deutsche auszusiedeln seien.⁴¹ Am

20. November einigte sich der Kontrollrat über die Verteilung der Vertriebenen aus der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn: In die US-Zone sollten 1'750'000, in die sowjetische Zone noch 750'000 Deutsche aus der Tschechoslowakei umgesiedelt werden.⁴² Die Leitung der Abschiebung übertrug die Prager Regierung dem kommunistisch geführten Innenministerium, das die Aus- und Ansiedlung über seine regionalen Besiedlungsämter in Zusammenarbeit mit den Nationalausschüssen, der Polizei und Armee organisieren sollte. Die Vertriebenen durften 30 Kilogramm Gepäck mitnehmen.⁴³

Die Amerikaner setzten aber durch, dass die Deutschen pro Person 50 Kilogramm Gepäck, darunter Lebensmittel für drei Tage sowie 1'000 RM ausführen konnten. Die Mitnahme wertvoller Gegenstände (mit Ausnahme von Trauringen)

blieb weiterhin verboten. Die Amerikaner bestanden darauf, dass nur komplette Familien abgeschoben würden, und verlangten, dass die Deutschen vor der Ausweisung ärztlich untersucht und die Transporte von deutschen Ärzten und Krankenschwestern begleitet würden. Jeder Transport sollte aus 40 Waggons mit etwa 1'200 Menschen bestehen. Den Deutschen wurde der Termin der Aussiedlung ein bis zwei Tage vorher mitgeteilt. Dann brachte man sie in Sammellager, wo sie bis zu drei Wochen auf den Abtransport warten mussten, und von dort zu den Eisenbahnhöfen.⁴⁴

Personen, die aus Lagern kamen, besaßen oft nicht mehr als das, was sie auf dem Leibe trugen. Unter Hinweis auf die katastrophale Versorgungslage in ihrer Zone drosselten die Amerikaner am 15. Juli die tägliche Aufnahmequote auf vier, im Oktober auf drei Transporte.⁴⁵ Im März 1946 erreichte der tschechische Aussenhandelsminister Ripka in Moskau, dass Stalin den widerstrebenden Marschall Zukov zur Aufnahme weiterer Sudetendeutscher zwang. Vom 10. Juni bis Ende Oktober 1946 wurden daraufhin noch 630'000 Deutsche in die SBZ gebracht. Die Abgeschobenen durften 50 Kilogramm Gepäck und 500 RM mitnehmen.⁴⁶

Von der Vertreibung ausgenommen waren Facharbeiter, auf die der Staat nicht verzichten wollte, sowie Antifaschisten. Das Dekret über die Staatsbürgerschaft vom 2. August 1945 hatte jene als Antifaschisten bezeichnet, «die der tschechoslowakischen Republik treu geblieben waren, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen und sich entweder aktiv am Kampf um seine Befreiung beteiligt oder unter dem NS-Terror gelitten hatten». Nach der Konferenz von Potsdam wurde Kritik an einer angeblich «unzulässigen Grosszügigkeit» bei der Anerkennung von Deutschen als Antifaschisten geäussert. Angesichts der scharf antideutschen Stimmung waren auch die deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht daran interes-

Gegenüberliegende Seite: Abtransport von Deutschen aus Reichenberg. Die Behörden erlaubten, Gepäck von 30 bis 50 Kilogramm und Lebensmittel für drei bis sieben oder zehn Tage mitzuführen. Kontrollen, ob jemand Wertsachen, Sparbücher oder Wertpapiere eingepackt hatte, nützten die Milizen oft zum Raub. Es kam vor, dass Deutsche an der Grenze zu den westlichen Besatzungszonen nur noch mit dem ankamen, was sie auf dem Leibe trugen.

Folgende Doppelseite: Transport von Deutschen aus der Nähe von Prag in die amerikanische Zone. Die Leitung der Abschiebung hatte die Prager Regierung dem kommunistisch geführten Innenministerium übertragen. Die Amerikaner setzten durch, dass nur komplette Familien abgeschoben werden dürften.

siert, in der Tschechoslowakei zu bleiben. Zudem wollten die Kommunisten schnell in die SBZ, um bei der Verteilung von Posten und Gütern dabei zu sein. Bis Juli 1947 emigrierten 53'187 Antifaschisten in die amerikanische und 42'989 in die sowjetische Besatzungszone.

Im Kampf zu den Parlamentswahlen vom Mai 1946 spielte die Frage der Vertreibung eine wichtige Rolle. Die nicht-kommunistischen Parteien beanspruchten ebenso wie die Kommunisten die Urheberschaft für diese «Endlösung», wie sie der Generalsekretär der KPTsch nannte. Die Kommunisten verwiesen auf die Unterstützung der Sowjetunion, die anderen Parteien auf die Aufnahme der Ausgesiedelten in der US-Zone. Die Kommunisten beschuldigten die bürgerlichen Parteien der Zusammenarbeit mit deutschen Parteien in der Republik der Zwischenkriegszeit und der Anpassung der Nachmünchner Republik an Hitler-Deutschland, während die anderen Parteien den Kommunisten vorwarfen, sie hätten bis 1943 keine «konsequent slawische» Politik betrieben.⁴⁷

Am 24. Februar 1950, das heisst nach der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 und nach der Gründung der DDR im Jahre 1949, erklärte Ministerpräsident Gottwald: «Nicht alle Deutschen sind gleich.» Im April 1953 wurde den zurückgebliebenen Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zwangsverliehen. Erst in der Reformperiode des Jahres 1968 wurde die deutsche Restminderheit offiziell den übrigen nationalen Minderheiten gleichgestellt und durfte einen Kulturverband bilden.

Der Kurs, den die Tschechoslowakei 1945 eingeschlagen hat, erscheint heute als Irrweg: Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen, die Diskriminierung der Magyaren und die Einschränkung der slowakischen Autonomie zerstörten die politische Kultur der demokratischen Vorkriegstschecoslowakei. Die Exil- und die ersten Nachkriegsregierungen erleichterten aber auch mit der freiwilligen Anlehnung an Moskau

die schliessliche Sowjetisierung des Landes. Allerdings zeigen parallel verlaufende Entwicklungen bei den Nachbarn in Polen und Ungarn, dass wohl auch eine andere Schwerpunkte setzende Politik die Eingliederung in den Sowjetblock nicht verhindert hätte.

1991, zwei Jahre nach dem grossen Umbruch im östlichen Europa, schlossen die Tschechoslowakei und Deutschland einen Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft. In der Präambel erinnern die Vertragspartner sowohl an die «jahrhundertlangen fruchtbaren Traditionen der gemeinsamen Geschichte und die Ergebnisse der bisherigen Zusammenarbeit» als auch an die «zahlreichen Opfer, die Gewaltherrschaft, Krieg und Vertreibung gefordert haben, und an das schwere Leid, das vielen unschuldigen Menschen zugefügt wurde». In der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 «bedauert die tschechische Seite, dass durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung. Sie bedauert insbesondere die Exzesse ...» Seit 1989 sind wir Zeugen einer oft polemischen Auseinandersetzung über die Vertreibung, die mit dem Beitritt Tschechiens und der Slowakei zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 ihre Schärfe verlieren wird. Die wissenschaftliche Erforschung der Motive, Planung und Durchführung der Vertreibung und Zwangsaussiedlung hat jedenfalls schon zu einer weitgehenden Annäherung der Positionen der Historiker beider Länder geführt.







Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei

Ausgewiesene deutsche Familien aus Pilsen müssen auf ihren Abtransport warten.



Zu Beginn der organisierten Vertreibungen wurden arbeitsfähige Familienmitglieder in der Tschechoslowakei zurückgehalten. Erst im Verlauf des Jahres 1946 besserte sich die Situation. Misshandlungen kamen nur noch selten vor, und seit 1947 wurden auch jene Facharbeiter, die von ihren Familien getrennt worden waren, ausgewiesen.





Sudetendeutsche warten auf ihren Abtransport. Obwohl die Ansiedlung von Deutschen «in geordneter und humaner Weise» erfolgen sollte, glich sie in vielen Fällen einer überstürzten Vertreibung mit oft katastrophalen Folgen für die Vertriebenen.

Viele Kinder dachten erst, es ginge auf einen Ausflug. Die Tage und Wochen der Flucht und Vertreibung haben bis heute viele nicht verarbeiten können. Dass solche Ereignisse auch Kinder traumatisieren können, wird von Ärzten und Wissenschaftlern erst in letzter Zeit zum Thema gemacht.

Folgende Doppelseite: Nach der Ankunft der Vertriebenen in der sowjetischen, britischen, amerikanischen oder später französischen Zone beginnt ein oft jahrelang währendes Lagerleben mit Entbehrungen, Hunger und Heimweh. Erst mit der amerikanischen Marshall-Plan-Hilfe, der Währungsreform von 1948 und dem beginnenden Wirtschaftswunder, das Anfang der 1950er Jahre einsetzt, haben auch die Flüchtlinge und Vertriebenen eine Chance, sich an dem Wiederaufbau des zerstörten Landes zu beteiligen und zu einem bescheidenen Wohlstand zu kommen.







Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Südosteuropa am Ende des Zweiten Weltkriegs

Mathias Beer

Gemeinsamkeiten und regionale Besonderheiten von Flucht und Vertreibung

«Was meinen Sie, wie lange ich da drunter gelitten habe. Wenn ich des Ihne sag', des glauben Sie vielleicht nicht. Ich hab' mindestens 15 Jahre oder vielleicht noch länger immer noch geträumt von der Flucht, von der Vertreibung. Und auch nachts als [=manchmal] aufgewacht und schweissnass geschwitzt, und, und, und na hab' ich halt so überlegt: ‚Wo bin ich jetzt? Ach, ich bin ja da.‘ Und viele ham des gesagt, dass des ihne sehr sehr lange nachgegangen is. [...] Und wissen Sie, diese Sachen, des sitzt alles im Unterbewusstsein, diese Angst und der Schrecken, was man da alles durchlebt hat. Das sitzt ganz tief und kommt des Nachts. Obwohl, ich sprich' net gern darüber. Meine Kinder ham schon oft gsagt als [= wie]: ‚Mutti, du musch des mal abschreiben, erzähl' uns doch mal und ...‘ Na ja, hab' ich als gsagt: Ja, ich wer' schon mal machen.¹ Des is ja vorbei, dieses Schreckliche. Ich möcht' mich gar net dran erinnern.»¹ Ihre Erlebnisse der Jahre 1944 bis 1946 wirken bei Frau P. bis heute fort. Angst und Schrecken bestimmten über Jahrzehnte ihr Leben. Das vor mehr als einem halben Jahrhundert Erfahrene hat sich tief, bis ins Unterbewusstsein eingegraben. Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkriegs und die Umstände, unter denen sie erfolgten, hatten für Frau P. eine traumatische Wirkung. Nicht einmal mit den engsten Familienangehörigen war sie in der Lage, darüber zu sprechen. Ihre Sprachlosigkeit hat sie erst Mitte der 1990er Jahre beendet. Im Rahmen von Recherchen zum grössten

Flüchtlingswohnlager im deutschen Südwesten nach dem Zweiten Weltkrieg, Schlotwiese in Stuttgart-Zuffenhausen, erzählte sie zum ersten Mal ihre Lebensgeschichte. Frau P. nahm das Interview zum Anlass, der Bitte ihrer Kinder nachzukommen. Schreibend befreite sie sich von ihrer tiefstehenden Angst, von dem Schrecken, einem unsichtbaren Teil ihres Lebens, der sie seit 1944 begleitete.

Die erzwungene Trennung von der vertrauten Umgebung, in der die Vorfahren seit mehreren hundert Jahren gelebt hatten, die erfahrene Demütigung und Gewalt, die durchgestandenen Todesängste und das Allein-gelassen-Sein mit den sie bis heute begleitenden schmerzenden Bildern – darin gleicht die Lebensgeschichte von Frau P. derjenigen von vielen der mehr als zwölf Millionen deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen am Ende des Zweiten Weltkriegs. Auch dass sie als Frau Flucht und Vertreibung er- und überlebt hat, ist charakteristisch für den Gesamtprozess dieser Zwangsmigration. Es war, wie Christian Graf Krockow es formulierte, «Die Stunde der Frauen». Über das Verbindende und Typische hinaus lenkt die Biographie von Frau P. den Blick auf Aspekte, die gerade in den jüngsten medialen Darstellungen von Flucht und Vertreibung wenig beachtet wurden: die besonderen Prägungen, die unterschiedlichen Herkunftsorte und -regionen der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie damit verbundene spezifische Ursachen und Formen des Verlassens der Heimat.³

Frau P. gehört zwar zur Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen, zu den Millionen von Deutschen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat verlassen mussten. Sie war aber nicht – wie etwa zwei Drittel der in den vier Besatzungszonen beziehungsweise den beiden deutschen Staaten aufgenommenen Flüchtlinge und Vertriebenen – Reichsdeutsche. Wie ein Drittel (etwa vier Millionen) der Flüchtlinge und Vertriebenen war sie 1944, als für sie Flucht und Vertreibung mit der Evakuierung aus dem Heimatort began-

nen, nicht Bürgerin des Deutschen Reichs. Ihrem Selbstverständnis und ihrer Herkunft nach war sie Deutsche, sie lebte aber ausserhalb des Deutschen Reichs und besass daher auch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.

Frau P., Jahrgang 1916, wurde in der k. u. k. Monarchie geboren. Ihr Heimatort, Srpski Militic, liegt 25 Kilometer südlich von Sombor und gehört heute zum Staatsgebiet der Republik Serbien und Montenegro. Nach dem Ersten Weltkrieg

und dem Zerfall der Habsburger-Monarchie wurde der auf dem Gebiet der Batschka gelegene Ort dem Staatsgebiet des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen zugeschlagen. Die überwiegende Mehrheit der etwa 3'600 Einwohner zählenden Gemeinde sprach einen schwäbischen Dialekt. Sie waren Nachfahren der vorwiegend im 18. Jahrhundert von den Habsburgern am mittleren Lauf der Donau angesiedelten, zu einem Grossteil deutschsprachi-



gen Kolonisten. Im Lauf der Zeit entwickelten sie ein jeweils regional bestimmtes Gruppenbewusstsein, das sie von den anderen Nationalitäten – Madjaren, Serben, Kroaten, Juden, Sinti und Roma – in dieser Region Südosteuropas unterschied. Ausdruck der sich allmählich herausbildenden überregionalen Gruppenidentität ist der seit Beginn des 20. Jahrhunderts für die unterschiedlichen Gruppen der deutschen Bevölkerung verwendete Sammelname «Donauschwaben».

Als Folge der neuen Grenzziehungen nach dem Ersten Weltkrieg wurden einige der Siedlungsgebiete der Donauschwaben zwischen Jugoslawien, Rumänien und Ungarn geteilt. Wie die anderen deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa wurden die donauschwäbischen Volksdeutschen – «nichtreichsdeutsche Deutsche im Ausland» – während der Zeit der Weimarer Republik vom Deutschen Reich in ihren kulturellen Belangen unterstützt. Dann gerieten sie, auch als Folge der verfehlten Minderheitenpolitik in den drei südosteuropäischen Staaten, in den Sog des Nationalsozialismus. Eingespannt in die menschenverachtende, rassistisch motivierte Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands, teilten die Donauschwaben nicht nur dessen totale Niederlage. Sie verloren durch Umsiedlung, Flucht und Vertreibung auch ihre Heimat.

Art und Ergebnis der Zwangsmigration der deutschen Minderheiten aus Südosteuropa unterscheiden sich – bei allen Gemeinsamkeiten, die den Prozess von Flucht und Vertreibung auszeichnen – von den Vertreibungsvorgängen aus den Ostgebieten des Reichs, aus Polen und der Tschechoslowakei. Und selbst in jedem einzelnen der betroffenen Länder Südosteuropas weisen Flucht und Vertreibung ein breites Spektrum an Erscheinungsformen auf. Rumänien hat seine deutsche Bevölkerung nicht ausgewiesen. Daher existierte hier trotz der zu verzeichnenden erheblichen Verluste am Ende des Zweiten Weltkriegs

bis in die jüngste Vergangenheit eine intakte deutsche Minderheit. Jugoslawien dagegen ist, der Kollektivschuldthese folgend, radikal gegen seine deutsche Bevölkerung vorgegangen. Seit dem Ende der 1950er Jahre gibt es dort keine deutsche Minderheit mehr. Ungarn wiederum, auf eigene Initiative von den Alliierten durch den Artikel XIII des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 ermächtigt, die deutsche Bevölkerung, seine «Schwaben», insgesamt in «ordnungsgemässer und humaner» Art auszusiedeln, wies nur etwa die Hälfte von ihnen aus.

Rumänien

Als Ergebnis des Ersten Weltkriegs verbuchte Rumänien territoriale Zugewinne. Damit stieg der Anteil der Minderheiten beträchtlich. In den 1930er Jahren zählte die deutsche Minderheit im Vielvölkerstaat Rumänien etwa 750'000 Personen. Sie bildeten keine einheitliche Gruppe, sondern gehörten mehreren unterschiedlichen Gruppen an, die sich durch ihre Geschichte, ihre kulturellen Eigenheiten und das jeweilige Siedlungsgebiet unterschieden. Auf die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung gehen die innerhalb des Karpatenbogens siedelnden Siebenbürger Sachsen zurück. Jüngeren Datums und mit einem unterschiedlich stark ausgeprägten Eigenbewusstsein sind dagegen die anderen deutschen Minderheiten Rumäniens: die Banater und die Sathmarer Schwaben als Teil der Donauschwaben in der westlichen, an Ungarn grenzenden Region des Landes, die Bessarabiendeutschen im Gebiet zwischen den Flüssen Pruth und Dnjester, die Bukowinadeutschen im Nordosten des Landes sowie die Dobrudschadeutschen im Gebiet zwischen der Donau und dem Schwarzen Meer. Sie alle sind grösstenteils Nachfahren der seit dem 18. Jahrhundert durch die Habsburger und die russischen Zaren in diesen Gebieten angesiedelten deutschen Kolonisten.

Um seine infolge des Ersten Weltkriegs gewonnenen Gebiete zu sichern, richtete der Vielvölkerstaat Rumänien seit Ende der 1930er Jahre seine Politik immer stärker am nationalsozialistischen Deutschland aus. Mit dem Beitritt zum Dreimächtepakt (Deutsches Reich, Japan, Italien) wurde Rumänien 1940 vollständig in die deutsche Wirtschafts- und Kriegsplanung eingebunden. Parallel dazu verlief die Gleichschaltung der zur «Deutschen Volksgruppe in Rumänien» zusammengefassten einzelnen deutschen Gruppen. Das nationalsozialistische Reich sicherte sich damit auch den Zugriff auf die Männer im waffenfähigen Alter. Im Rahmen der so genannten SS-Aktionen wurden sie in die deutsche Kriegsmaschinerie einbezogen. Trotz seiner weitgehenden Zugeständnisse an das nationalsozialistische Deutschland konnte Rumänien territoriale Verluste nicht vermeiden. Bessarabien und die Nordbukowina mussten an die Sowjetunion abgetreten werden, die Südbukowina an Bulgarien. Hinzu kam der Verlust Nordsiebenbürgens. Um den schwelenden Konflikt der beiden Bündnispartner Ungarn und Rumänien zu entschärfen, entschied Hitler gemeinsam mit Mussolini mit dem Zweiten Wiener Schiedsspruch (30. August 1940), Siebenbürgen zu teilen. Nordsiebenbürgen wurde Ungarn zugeschlagen.

Die neuen Grenzziehungen, verbunden mit den nationalsozialistischen Plänen zur Neuordnung «der ethnographischen Verhältnisse» in Europa, gingen zulasten einzelner Gruppen der deutschen Minderheit Rumäniens. In der NS-Terminologie handelte es sich um «nicht haltbare Splitter deutschen Volkstums»⁴. Aufgrund der zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland einerseits, der Sowjetunion und Rumänien andererseits abgeschlossenen Verträge erfolgte 1940 die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Bessarabien und der Nordbukowina sowie aus der Südbukowina und der Dobrukscha. Anders als mit der Parole «Heim ins Reich» vorgetäuscht, wurde ein Teil von ihnen in den kürzlich in Polen eroberten Gebieten, vorwiegend im Warthegau, angesiedelt, wo man die polnische und jüdische Bevöl-

kerung zuvor ausgesiedelt oder vertrieben hatte. Ein anderer Teil fristete bis zum Kriegsende ein kümmerliches Dasein in den so genannten «Umsiedlerlagern» im Reich.

So wie die anderen zwischen 1939 und 1943 auf der Grundlage zwischenstaatlicher Verträge umgesiedelten deutschen Minderheiten aus Ost-, Südost- und Südeuropa wurden die in den eroberten Gebieten angesiedelten Volksdeutschen aus Rumänien am Ende des Kriegs zu Flüchtlingen und Vertriebenen. Kaum in den neuen Gebieten angesiedelt, flüchteten sie nach Westen, wurden Opfer der «wilden» Vertreibungen oder gemäss den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz in die vier Besatzungszonen Deutschlands ausgewiesen. Ein Bessarabiendeutscher, der gemeinsam

ff-Hauptamt
Erntekommando Südost
der Waffen-ff
Wien, XIII., Glorietzgasse 14-16

Bölked, den 20. 5.

1943

Annahmeschein

Der Flehn Johann geb. 2. 1. 1922
wohnhaft in Bölked
wurde heute für die Waffen-ff angenommen.

Kommissionsleiter:

[Handwritten Signature]

Rückseite beachten! (Text auf der Rückseite:

Mitzubringen ist: Für 5 Tage Marschverpflegung,
Waschzeug,
Unterwäsche.

q 44

Einer Einberufung durch die Volksgruppe ist Folge zu lei-
(sten.)

Mit dem Beitritt zum Dreimächtepakt, dem das Deutsche Reich, Japan und Italien angehörten, wurde Rumänien 1940 vollständig in die

deutsche Wirtschafts- und Kriegsplanung eingebunden. Das nationalsozialistische Reich sicherte sich damit auch den Zugriff auf Männer im waffenfähigen Alter. Im Rahmen der so genannten SS-Aktionen wurden auch die

Rumäniendeutschen in die Kriegsmaschinerie einbezogen. Hier der Aufnahmeschein eines Banater Schwaben in die Waffen-SS aus dem Jahr 1943

mit den Bewohnern der Gemeinde Mariewka in Steinau, Kreis Thorn, Bezirk Marienwerder angesiedelt worden war, erinnerte sich: «Der Jahreswechsel des Jahres 1944-1945 brachte uns das Verhängnis: Der Russe rückte immer näher, und nachts am 18. Januar 1945 mussten wir blitzartig alles verlassen. Es wurden dorfweise Trecks gebildet, die tage-, ja wochenlang von sich zurückziehenden deutschen Militäreinheiten auf Nebenbahnen abgeschoben wurden.»⁵

Nachdem Rumänien im August 1944 die Fronten gewechselt und sich den Alliierten angeschlossen hatte, kam es zu weiteren Verschiebungen von Teilen der deutschen Minderheiten. Aus dem Ungarn zugeschlagenen nördlichen Teil Siebenbürgens wurde die siebenbürgisch-sächsische Bevölkerung auf Befehl von NS-Stellen im September 1944 überwiegend nach Österreich und Böhmen evakuiert.⁶ 1945 von der Front überrollt, wurde ein Teil von ihnen von sowjetischen Behörden nach Siebenbürgen zurückgeführt.

Im Siedlungsgebiet der Banater Schwaben im Südwesten Rumäniens wurden angesichts des schnellen Vorstosses der Roten Armee lediglich die Bewohner einiger Gemeinden evakuiert. Nur wenige der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben flohen mit den sich zurückziehenden deutschen Truppen.

Die meisten Angehörigen der deutschen Minderheiten Rumäniens verblieben in ihren Heimorten. Es kam zu Plünderungen, Übergriffen und Gewalttaten der sowjetischen Truppen und auch vereinzelt von Angehörigen der rumänischen Bevölkerung. Aber die Übergriffe hielten sich in Grenzen und trugen keinen systematischen Charakter. Im Unterschied zu anderen ostmitteleuropäischen Staaten verfolgten weder die bürgerlichen Parteien Rumäniens noch die mit sowjetischer Hilfe an die Macht gekommenen Kommunisten Ausweisungspläne gegenüber ihrer deutschen Minderheit. Der Forderung der Sowjetunion, Deutsche als Teil der Reparationsforde-



Aufgrund der zwischen Deutschland, der Sowjetunion und Rumänien abgeschlossenen Verträge erfolgte ab 1940 die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Bessarabien, der Bukowina und der Dobrukscha «heim ins

Reich». Dieses Foto einer Bauernfamilie aus der Bukowina kurz vor ihrer Abreise in die neue Heimat wurde vermutlich von einem Umsiedlungskommando aufgenommen.



Deutsche Frauen aus dem Banat als Zwangsarbeiterinnen in der Sowjetunion. Sie mussten dort im Bergbau arbeiten. Über 70'000 Rumänendeutsche wurden bei Kriegsende nach dem

schnellen Vorstoss der Roten Armee in sowjetische Arbeitslager deportiert. Die Zahl der Todesopfer wird auf über 15 Prozent geschätzt.

die Unterkrain und einen breiten Streifen der Adriaküste. Politisch an Italien angelehnt waren das vergrösserte Grossalbanien und Montenegro. Das Westbanat unterstand der Verwaltung des deutschen «Militärbefehlshabers Serbien». Der verbliebene Reststaat Serbien wurde zu einem Satellitenstaat der Achsenmächte.

Der territorialen Neugliederung entsprach eine veränderte staatliche Zugehörigkeit der deutschen Minderheitengruppen. Sie war mit einem jeweils anderen Rechtsstatus verbunden. «Den Angehörigen der deutschen Volksgruppe wird die uneingeschränkte Erhaltung ihres deutschen Volkstums und das ungehinderte Bekenntnis zu ihrer nationalsozialistischen Weltanschauung sowie die ungestörte Entwicklung ihres eigenständigen deutschen nationalen Lebens und die unbehinderte Anbahnung und Aufrechterhaltung nationaler und kultureller Beziehungen zum deutschen Muttervolk verbürgt», heisst es zum



Volksdeutsche aus Jugoslawien marschieren im April 1941 im serbischen Karlsdorf (Banatski Karlovac) anlässlich des

Geburtstags Adolf Hitlers an der Kamera vorbei.

Beispiel in Artikel sechs der Gesetzesverordnung über die Rechtsstellung der deutschen Volksgruppe in Kroatien.⁸ Wie Kroaten, Serben und andere Ethnien wurden die jugoslawischen Volksdeutschen Planungsobjekte der gross angelegten nationalsozialistischen Bevölkerungsverschiebungen. Männer im wehrfähigen Alter wurden in die SS-Freiwilligen-Division «Prinz Eugen» eingereiht. «Heim ins Reich» hiess es für die Deutschen aus der Gottschee. Sie wurden in der Steiermark und in Kärnten angesiedelt, von wo die sogenannten «Fremdrassigen» ausgewiesen worden waren. Volksdeutsche aus Serbien und Bosnien wurden in die eroberten polnischen Gebiete, in den Distrikt Lublin, umgesiedelt. «Ja, und nun hiess es, wo Mischehen sind, müssen nach Deutschland, und die andere, wir soll'n nach Polen. Und dann hat mer des aber schon gehört, is des schon durchgesickert von den Bessarabiendeutschen, was da alles auf dene Höfe in Polen passiert is un so, und wir wollten [deshalb] net. Un mei Vater hat dann gsagt: ‚Wir ham zuhause net Landwirtschaft ghabt und wir woll'n auch net dorthin, er is Handwerker? Und dann hat's e Zeitlang gedauert, dann sim mir alle nach Lublin, Kreis Krasnik, komme.›⁹ Angesichts des zunehmenden Partisanenkriegs wurden Teile der deutschen Bevölkerung Westslawoniens nach Syrmien, in die Gegend um Osijek, umgesiedelt. Als nach dem Frontwechsel Rumäniens die sowjetischen Truppen schnell vorrückten, wurde die deutsche Bevölkerung Kroatiens, knapp 100'000 Personen, ab dem 6. Oktober fast vollständig ins Reich evakuiert. In den anderen Teilen Jugoslawiens setzte die Flucht der deutschen Bevölkerung ein. Frau P., deren Ehemann noch im März 1944 zur Waffen-SS eingezogen worden war, flüchtete mit ihren fünf Kindern im Alter zwischen 16 Monaten und elf Jahren und ihren Eltern in einem Treck. «8.10.1944. Am Tage zuvor hatte es in der Gemeinde getrommelt: Man soll sich bereithalten, die Russen kommen über Rumänien. Wir hatten schon alles gepackt.»¹⁰

Der Treck führte sie über Ungarn nach St. Pölten in Österreich. Von dort wurde die Familie, von der der älteste Sohn getrennt worden war, schon wenige Wochen später mit dem Zug nach Schlesien verbracht. «Wir kamen nach Hindenburg in ein ehemaliges Theater, am 12. Dezember 1944.» Die Flüchtlinge wurden von diesem Sammellager aus auf Ortschaften der Umgebung verteilt. «Aber die Freude währte nicht lange. 15.2.1945 hiess es, die Russen kommen. Wir mussten wieder weiter.» Ein Eisenbahntransport brachte sie nach Böhmen, wo sie das Kriegsende erlebten. «Die Amis kamen, besetzten bis Pilsen. Sie blieben aber nicht lange. Sie gingen wieder und wir blieben zurück.» Im Frühjahr 1946 «kam ein Aufruf, alle Deutschen müssten raus mit dem Transport». Frau P., bisher Evakuierte und Flüchtling, wurde zur Vertriebenen. Samt ihren Angehörigen wurde sie gemäss den Potsdamer Beschlüssen aus der Tschechoslowakei in die sowjetische Besatzungszone ausgewiesen, und zwar in den Kreis Liebenwerda. Im Oktober flüchtete Frau P. mit der Familie über die grüne Grenze zu Verwandten in das Flüchtlingslager auf der Schlotwiese in Stuttgart-Zuffenhausen. Dort fand die Familie – bis auf Frau P.'s Ehemann – wieder zusammen. Er war noch 1944, kurze Zeit nach seiner Einberufung, an der Front gestorben.

Ende des Jahres 1944, zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die jugoslawische Volksbefreiungsbewegung, waren noch etwa 200'000 Volksdeutsche im Land. Sie fielen nach der Machtübernahme durch die Partisanen vielerorts dem ungehemmten Drang nach Rache und Vergeltung zum Opfer. Man beschuldigte sie kollektiv der Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht und verfügte bereits am 21. November 1944 ihre Enteignung und die Aberkennung ihrer Bürgerrechte. Soweit bisher bekannt, ist ein förmlicher Vertreibungsbeschluss nicht gefasst worden. Ende 1945 und Anfang 1946 wandte sich die jugoslawische Regierung mit der Forderung an die

westlichen Alliierten, einem «Transfer der gesamten deutschen Minderheit» nach Deutschland gemäss den Potsdamer Beschlüssen zuzustimmen. Das Anliegen wurde von den USA abgelehnt.

Zu Vertreibungen kam es in Jugoslawien zunächst nur partiell. Betroffen war die deutsche Bevölkerung aus Slowenien und Teilen Slawoniens. An der Jahreswende 1944/45 wurden, wie in Rumänien auch, nach neueren Schätzungen bis zu 15'000 Volksdeutsche aus Jugoslawien zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion abtransportiert. Dabei ist von einer Todesrate von nahezu 17 Prozent auszugehen. Die im Land verbliebenen Deutschen wurden, sofern sie die an vielen Orten verübten Massaker überlebten, in Lagern zusammengefasst, zur Zwangsarbeit eingesetzt und systematisch dezimiert. Seit Ende 1944 umspannten die neuen kommunistischen Machthaber die



Ende des Jahres 1944 befanden sich noch etwa 200'000 Volksdeutsche in Jugoslawien. Sie fielen nach der Machtübernahme durch die jugoslawi-

sche Befreiungsbewegung, deren Anführer Marschall Tito (vierter von rechts) die Deutschen zu Volksfeinden erklärte, vielerorts dem ungehemmten Drang nach Rache und Vergeltung zum Opfer.

donauschwäbischen Siedlungsgebiete mit einem ganzen Netz von Lagern. In so genannten Ortslagern sonderte man die deutsche Bevölkerung einer Ortschaft ab; in Zentralarbeitslagern wurden vornehmlich arbeitsfähige Männer zusammengefasst. In den «Konzentrationslagern für Arbeitsunfähige», in denen vor allem Mütter mit kleinen Kindern, Jugendliche bis 14 Jahre und alte Menschen festgehalten wurden, liessen Misshandlungen, mangelhafte Ernährung und ungenügende medizinische Versorgung die Zahl der Toten – vor allem unter den Kindern und Jugendlichen – rasch ansteigen. «Vorgestern ist der erste und heute der zweite Transport mit Lagerleuten eingetroffen», heisst es am 12. Januar 1947 in den im Lager Gakowa niedergeschriebenen Tagebuchaufzeichnungen des Kaplans Matthias Johler. «Das Lager zählt um 14'000 Menschen. Kälte und Hunger quälen viele. Bei den Trans-

porten waren erfrorene Kinder, da sie in offenen Viehwaggons bei Nacht geliefert wurden.»¹¹ Den unmenschlichen Bedingungen in den berüchtigten Konzentrationslagern – Zeitzeugen sprechen von Todeslagern – wie jenen in Rudolfsgnad, Gakowa und Kruschowl – fielen mehr als 60'000 Personen zum Opfer. Von ihren Eltern getrennte Kinder wurden in serbischen Heimen «umerzogen», das heisst durch Kappen ihrer ethnischen, kulturellen und sprachlichen Wurzeln sollten sie eine serbische Identität erhalten. Vom verbliebenen Rest der deutschen Bevölkerung floh bis 1947 ein Teil nach Ungarn. Im Zuge der Auflösung der Internierungslager seit 1948 wurden ihre Insassen nach Ungarn und Österreich abgeschoben. Von den in Jugoslawien Verbliebenen kamen im Rahmen der Familienzusammenführung in den 1950er Jahren etwa 62'000 Personen in die Bundesrepublik.



Als Zwangsarbeiterinnen in die Sowjetunion deportierte deutsche Frauen aus der Batschka nach ihrer Rückkehr im Jahr 1946 in einem Auffanglager in

Linz/Österreich. Insgesamt wurden 15'000 Volksdeutsche aus Jugoslawien in die Sowjetunion abtransportiert. Die Todesrate betrug nahezu 17 Prozent. Wer überlebte, blieb von Gewalt-

erfahrungen, extremen Arbeitsbedingungen, Entbehrungen und Krankheiten für immer gezeichnet.

Ungarn

Das Königreich Ungarn gehörte zu den Verlierern des Ersten Weltkriegs. Gemäss dem am 4. Juni 1920 unterzeichneten Friedensvertrag von Trianon hatte es beträchtliche territoriale Einbusen hinzunehmen. Die Gebietsbeschneidungen machten aus dem ehemaligen Vielvölkerstaat einen ethnisch nahezu einheitlichen Nationalstaat mit grossen madjarischen Minderheiten in den Nachbarländern. Der Anteil der Minderheiten in Ungarn lag bei nur noch gut zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Mit fast sieben Prozent, was etwa einer halben Million Menschen entspricht, stellten die als Schwaben bezeichneten Deutschen die grösste Gruppe der Minderheiten dar. Sie bewohnten kein geschlossenes Siedlungsgebiet. Schwerpunkte lagen in der Schwäbischen Türkei, also im von Donau und Drau begrenzten Gebiet mit der Komitatstadt Fünfkirchen als Mittelpunkt, sowie östlich davon im bei Ungarn verbliebene Teil der Batschka und des Banats. Ein zweiter grosser deutschsprachiger Siedlungs-

schwerpunkt lag in der Gegend um Budapest, dem Ofner Bergland. Schliesslich lag ganz im Westen, im bei Ungarn verbliebenen Teil des Burgenlandes, ein weiteres zusammenhängendes Siedlungsgebiet.

Um die nach dem Ersten Weltkrieg erlittenen grossen Gebietsverluste rückgängig zu machen, näherte sich Ungarn seit den 1930er Jahren der Politik des nationalsozialistischen Deutschen Reichs an. Die politischen Vertreter der deutschen Minderheit sahen darin eine Chance, der seit dem 19. Jahrhundert betriebenen madjarischen Assimilationspolitik Einhalt zu gebieten. Der 1938 gegründete «Volksbund der Deutschen in Ungarn» erhielt mit dem Wiener Abkommen vom 30. August 1940 die Legitimation als politische Führung der «Deutschen Volksgruppe in Ungarn» zugesprochen. «Mit diesem Vertrag wurde der Schutz des deutschen Volkstums in Ungarn in die Hände des Führers gelegt», hiess es von Seiten der Volksgruppenführung. Mit der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands fiel dieser Schutz weg. Die Privilegierung der Volksdeutschen unter nationalsozialistischen Vorzeichen schlug – wie in den anderen ostmitteleuropäischen Staaten – auch in Ungarn in ihr Gegenteil um.

Als der Umsturz in Rumänien den Weg der sowjetischen Truppen bis an die ungarische Grenze frei machte, stellte die Volksgruppenführung gemeinsam mit reichsdeutschen Stellen Evakuierungspläne auf. Flüchtlingstrecks aus den östlichen Gebieten Ungarns setzten sich noch im September in Bewegung. Die planmässige Evakuierung der Schwäbischen Türkei setzte in der zweiten Oktoberhälfte ein. Ende des Jahres 1944 folgte das Gebiet nördlich des Bakonywalds. «Als wier ende Ogotober fon der volksgruppenleitung einen Aufruf zur flucht bekammen, wurte diesem nicht fiel gehör geschengt, doch als am 27 den November der in meinem Haus Eingwartirte Spies mid seinem Schef, einem Oberst, fon der Ruischen frond Inschpizirung zurüccc kam und mir mitteilte, wie es dort aussiht, da wurde es

ernstgenommen, besonderst als man uns damals schon genau sagte, das unsere Gemeinde [Szomor] bei einem umringgen Budapest unausweichlich zur frond wiert. Bei dieser mitteilung an unser Volk began dan das Ein und auspacken, noch immer konden fiele es nicht glauben, das man freiwillig die so treaute Liebe Heimad ferlassen kan. Als aber fon 8 am 9 Dezember unsere fenster glirten, da kätimmen fiele frauen in der Nacht und Jamernten, gehen wier toch, es kommen doch scon die Russen. Am roden wurte dan ein transportzug am Bahnhof Herczeghalom bereit geschelt, und es began die einwagonirung von flüchtlingen aus 5 Gemeinten.»¹²

Aber insgesamt war die Bereitschaft, die Heimateorte zu verlassen, gering. Nur etwa 50'000 bis 60'000 Personen der deutschen Bevölkerung verliessen bis Kriegsende das Land.



Deutsche Ausgesiedelte aus Ungarn 1946. In Darmstadt wurde die Fläche des ehemaligen

Flugplatzes unter den Umsiedlern aufgeteilt. Jede Familie erhielt davon zunächst einmal 2,5 Hektar Land.

Auch aus dem als Feindesland betrachteten Ungarn wurden Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in die Sowjetunion deportiert. Angehörige der deutschen Minderheit waren dabei überproportional vertreten. Bis zu 35'000 Zivilisten, vorwiegend aus der Batschka und der Schwäbischen Türkei, wurden verschleppt.

Ungarn setzte sich – anders als Rumänien und Jugoslawien, aber so wie die polnische und tschechische Regierung – bei den Alliierten aktiv dafür ein, seine deutsche Minderheit ausweisen zu dürfen. Dadurch fand Ungarn Aufnahme in den Artikel XIII des Potsdamer Abkommens. Die Initiative Ungarns ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Mit dem durch die Vertreibung frei werdenden Boden sollten die Ansprüche der landlosen ungarischen Bevölkerung befriedigt werden. Zudem benötigte die ungarische Regierung Land und Wohnungen für die Aufnahme

von aus den Nachbarstaaten geflüchteten und ausgewiesenen Personen madjarischer Nationalität. Besonders ins Gewicht fiel dabei die Aufnahme der ungarischen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Einen gegenseitigen Bevölkerungsaustausch vereinbarten die beiden Staaten im Februar 1946. Schliesslich ist eine nationalchauvinistische Komponente unübersehbar. Im Dezember 1945 erklärte der ungarische Minister für Wiederaufbau: «Vom nationalitätenpolitischen Standpunkt ist es unzweifelhaft, dass es im Interesse Ungarns liegt, dass die Deutschen in umso grösserer Zahl das Land verlassen. Niemals wird eine solche Gelegenheit wiederkehren, sich von den Deutschen zu befreien.»¹³

Gemäss der Regierungsverordnung vom 22. Dezember 1945 über die «Aussiedlung» der Ungarndeutschen sollten aufgrund des Prinzips der Kollektivschuld alle Deutschen vertrieben wer-



Erfassung von donauschwäbischen SS-Rekruten in der Gegend um Fünfkirchen (Péc) in der Schwäbischen Türkei, Ungarn.



Dieser Flüchtlingstreck aus Sarwasch (Slawonien) startete am 31. Oktober 1944 und erreichte über Graz am 1. Dezember 1944 Deutschlandsberg (südwestlich von Wien). Für eine Fahrstrecke von rund 300

Kilometern durch teilweise hügeliges und gebirgisches Land war der Treck mehr als vier Wochen unterwegs.

den. Die geregelte «Aussiedlung» in die amerikanische Besatzungszone begann im Januar 1946. «Damals wurden alle Deutschen, die bei der letzten Volkszählung deutsche Muttersprache angegeben hatten, aufgerufen, im Gemeindeamt eine Liste einzusehen, in der die Namen aller Deutschen eingetragen waren, die ausgewiesen werden sollten. Ich stand auf dieser Liste. Es war uns erlaubt, 80 kg Wäsche, Kleidung und Hausrat und 20 kg an Lebensmitteln pro Kopf mitzunehmen. Dies wurde uns einige Tage vor unserer Ausweisung mitgeteilt.»¹⁴ Wachsener innen- und aussenpolitischer Druck führte Ende 1946 zur Einstellung der Transporte in die amerikanische Besatzungszone. Über 150'000 Ungarndeutsche haben hier, vorwiegend in Nordwürttemberg und Nordbaden, aber auch in Hessen und Bayern Aufnahme gefunden. Im Zeitraum vom August 1947 bis zum Juni 1948 wurden auf Drängen Ungarns noch einmal fast 50'000 Personen, diesmal in die sowjetische Besatzungszone, ausgewiesen. Etwa die Hälfte der deutschen Minderheit verblieb in Ungarn: «es ist halt gerade die helfte hir und tie helfte zuhause, ich denke halt immer so wen es eine gerechtigkeit gibt dan können wir fileicht noch einmal zurück in unzre teure Heimat den tie ist unfergeslich für unz»¹⁵, heisst es im Brief einer Vertriebenen von 1946, die im deutschen Südwesten eine Bleibe fand.

Flucht und Vertreibung – ein vielgestaltiger Prozess

«Flucht und Vertreibung», dieses Begriffspaar steht für ein breites Spektrum von Zwangsmigrationen, von denen seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs auch viele der volksdeutschen Minderheiten in Südosteuropa betroffen waren. Die spezifische Geschichte und Herkunft der Flüchtlinge und Vertriebenen aus Südosteuropa, die unterschiedlichen Ursachen, die zum Verlassen der Heimat führten, die verschiedenen Formen des Vertreibungsvorgangs und die jeweiligen Gebie-

te, in die die Betroffenen eingewiesen oder verschlagen wurden, wirkten sich auf den Verlauf des Eingliederungsvorgangs in den beiden deutschen Staaten aus. Gerade aufgrund solcher Eigenheiten ihres mitgebrachten «unsichtbaren Gepäcks» vollzog sich der Verwurzelungsprozess der Deutschen aus Südosteuropa in besonderen Bahnen.¹⁶ Das Deutsch, das sie sprachen – oft ein Dialekt –, die Tracht, die sie trugen, die spezifische, stark landwirtschaftlich geprägte Berufsstruktur, um nur einige Merkmale zu nennen, liess sie der alteingesessenen Bevölkerung «fremder» als die anderen Flüchtlinge und Vertriebenen erscheinen. Umgekehrt war ihnen «das Reich», wie sie Deutschland bezeichneten, «fremder» als den reichsdeutschen Flüchtlingen und Vertriebenen. Mit den Worten eines Ungarndeutschen: «Erst allmählich setzte sich das Bewusstsein durch, dass diese Fremde uns Heimat werden muss.»¹⁷



Donauschwäbische Frauen versuchen, sich in einer Notunterkunft in Deutschland ein Stück Heimat zu schaffen. Die Aufnahme entstand 1948 im Lager Schlotwiese bei Stuttgart-Zuffenhausen.

In diesem Lager, das bis 1966 bestand, lebten überwiegend Flüchtlinge und Vertriebene aus Jugoslawien und Ungarn.

Die Westverschiebung Polens

Krzysztof Ruchnietvicz

Polens Grenzen bis 1939

Als Folge von Kriegen oder politischen Teilungen unterlag das Territorium des polnischen Staates im Verlauf seiner tausendjährigen Geschichte grossen Veränderungen. Zur Zeit der frühen Piasten (polnische Herrscherdynastie), also vom Ende des 10. bis zum Anfang des 12. Jahrhunderts, gehörte zum expandierenden polnischen Herrschaftsbereich ein Gebiet, das zeitweise Pommern, Schlesien, die Lausitz, Mähren, Teile der Slowakei und Böhmen umfasste. Aufgrund des Machtzuwachses der westlichen Nachbarn verlor Polen im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts die Teilfürstentümer Schlesien und Pommern. Schlesien wurde Böhmen zugeschlagen, Pommern kam unter dänische, dann brandenburgische Oberherrschaft; es war nur kurz und relativ locker mit dem polnischen Staatsgebilde verbunden gewesen. Westpreussen (Pomerellen) riss Anfang des 14. Jahrhunderts der Deutsche Ritterorden an sich. Dieser konnte dadurch seinen bisher nur auf Preussen begrenzten Staat deutlich stärken.

Mitte des 14. Jahrhunderts zeigte sich eine neue Richtung der polnischen Expansion, deren Bedeutung unter der Herrschaft des letzten Piasten, Kasimirs des Grossen (1333-1370), zunahm, und zwar der Osten. Kasimir erreichte den Anschluss von Rotpreussen samt Lemberg, das im Laufe der Zeit zu einer der wichtigsten polnischen Städte wurde. Die Umgestaltung des Ostens war jedoch nicht das Ergebnis siegreicher Kriege, sondern einer überlegten Bündnis- und Aussenpolitik, die auf die Bedrohung durch den Deutschen Ritterorden reagierte.

Dessen aggressive Kolonisierungspolitik war auch der Grund für den Abschluss eines Unionsvertrags mit dem Grossfürstentum Litauen im Jahr 1385. Das heidnische Litauen, bisher Konkurrent und Gegenspieler Polens, ging mit die-

sem zuerst nur eine Personalunion, später einen losen Staatenbund ein. Grossfürst Jagiello von Litauen (1351-1434), der mit der polnischen Königin Jadwiga verheiratet war, begründete in Polen die neue Dynastie der Jagiellonen.

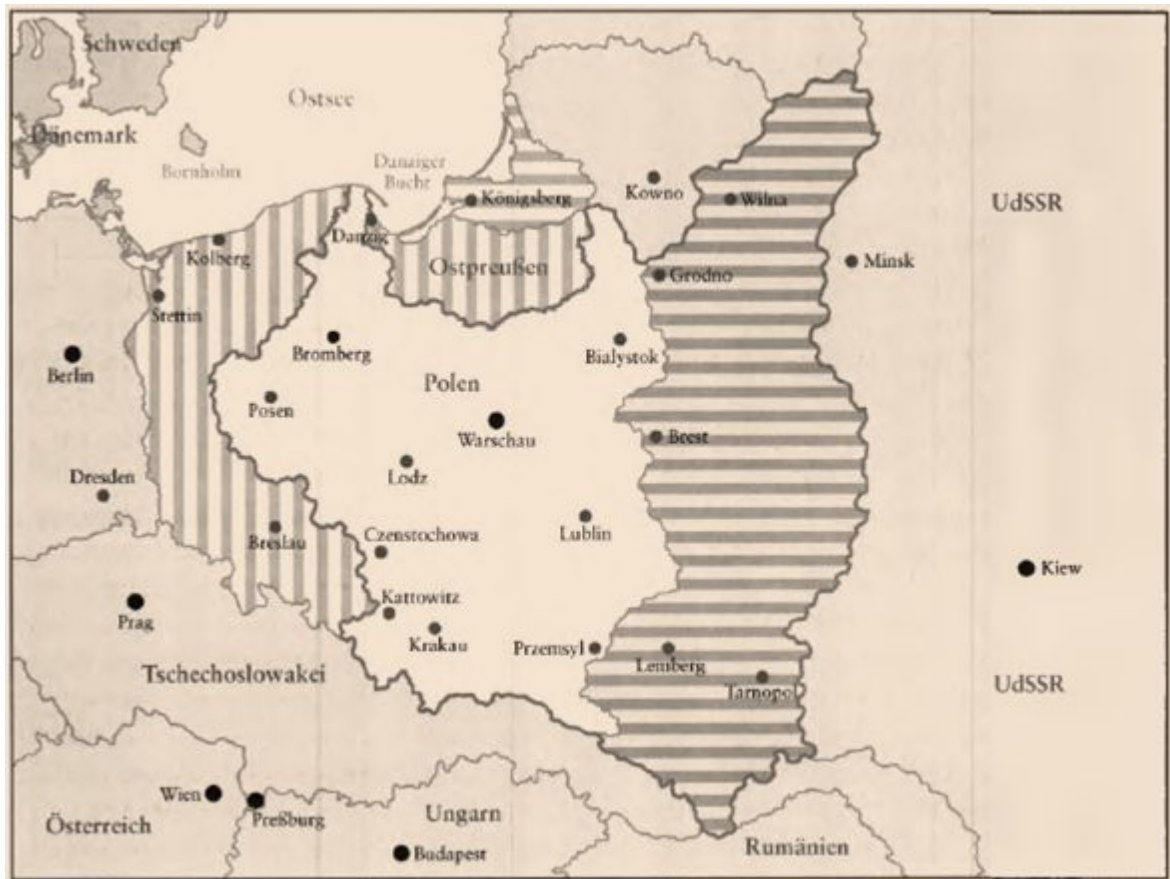
Rund 200 Jahre später (1569) kam es unter dem letzten Jagiellonen-Herrscher, Sigmunt August, zu einer Intensivierung der Beziehungen zwischen Polen und Litauen und zur Schaffung eines gemeinsamen Staates, der «Republik beider Völker» (Polnisch-Litauische Union). Polen erhielt für den Beitritt zu dieser Union weitere Teile Reussens und war zeitweise der grösste Staat Europas. Es reichte bis weit hinter den Dnjepr und im Südosten fast bis zum Schwarzen Meer. Die Bindung der polnischen Interessen im Osten hatte weitreichende Folgen für die Innen- und Aussenpolitik sowie für das kulturelle und gesellschaftliche Leben, die noch im 20. Jahrhundert sichtbar waren.

Die Situation im Westen stand im Gegensatz zu den dynamischen Veränderungen im Osten: Nach dem Sieg über die Deutschordensritter Mitte des 15. Jahrhunderts erhielt Polen Westpreussen zurück und die Westgrenze blieb für mehr als 200 Jahre stabil. Erst im 18. Jahrhundert änderte sich dies. Gefördert durch das Eingreifen Russlands, Preussens und Österreichs in innerpolnische Adelskämpfe, kam es zum staatlichen Zerfall und zur Aufteilung Polens unter seine immer mächtigeren Nachbarn. Die in drei Etappen durchgeführten Teilungen (1772, 1793, 1795) führten zum Verschwinden der Polnisch-Litauischen Union von der Landkarte Europas. Polens Landfläche wurde zu 80 Prozent Russland und zu je 10 Prozent Preussen und Österreich zugeschlagen. Auf dem Wiener Kongress von 1815 wurde zwar die Bildung eines Königreichs Polen in Personalunion mit Russland (Kongresspolen) beschlossen, aber trotz Aufständen gegen die russischen, preussischen und österreichischen Teilungsmächte dauerte es bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, bis neue Voraussetzungen für die Etablierung eines souveränen polnischen Staates ge-

Die Veränderungen der polnischen Grenzen von 1018 bis 1945



Die Westverschiebung Polens 1939/1945



schaffen wurden. Die Wiedergeburt des polnischen Staates im Jahr 1918 warf vor allem die Frage nach seinen Grenzen auf. Der Wunsch nach einer Wiederherstellung Polens in den Grenzen vor den Teilungen war zwar bei vielen Polen lebendig, seine Umsetzung jedoch aufgrund verschiedener Faktoren unmöglich: Andere Volksgruppen (Litauer, Ukrainer, Weissrussen) meldeten Gebietsansprüche an, die Westmächte und die UdSSR lehnten diesen Grenzverlauf ab und schliesslich befürchtete man in Polen, zu grosse nationale Minderheiten (zum Beispiel Russen, Juden und Balten) aufnehmen zu müssen.

Im Westen wurde nach harten Auseinandersetzungen mit Deutschland die alte Grenze mehr oder weniger wiederhergestellt, ohne Danzig, aber mit dem nördlichen, wegen seiner Industrie wichtigen Teil Oberschlesiens. Der Verlauf der Westgrenze wurde in verschiedenen Verträgen von den Westmächten bestätigt, vor allem im Versailler Vertrag (1919) und in der Genfer Konvention zur Teilung Ober Schlesiens (1922.). Der Vertrag von Locarno aus dem Jahr 1925 schliesslich enthielt unter anderem einen – allerdings nicht von den Westmächten garantierten – Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen mit dem beiderseitigen Verzicht auf gewaltsame Grenzrevisionen.

Den Verlauf der Ostgrenze erkämpfte Polen im Krieg gegen Russland (Vertrag von Riga 1921) und durch die Verringerung der Gebietsansprüche gegenüber der neu entstandenen litauischen Republik. Der Westen stand diesen Vorgängen äusserst skeptisch gegenüber – es genügt, daran zu erinnern, dass in dieser Zeit das Konzept der Curzon-Linie (benannt nach dem britischen Ausenminister George Curzon, der die Linie vorschlug) entwickelt wurde. Es sah als optimale östliche Grenzlinie für Polen den Fluss Bug vor.¹ Diese Idee sollte in Zukunft zu einem beliebten Argument Stalins werden. Polens geopolitische Lage vor dem Zweiten Weltkrieg war denkbar ungünstig, die Beziehungen zu den Nachbarn waren gespannt.

Den Erhalt des Staates versuchten die polnischen Politiker vor allem durch die Bewahrung des europäischen Status quo zu sichern.

Polnische Westpolitik während des Zweiten Weltkriegs

Der endgültige Bruch des Versailler Vertrags durch den deutschen Einmarsch in Polen am 1. September 1939 und durch den am 17. September folgenden Einfall der mit Hitler verbündeten UdSSR warf wiederum die Frage nach den polnischen Grenzen im zukünftigen Nachkriegseuropa auf. Für die Feinde Polens war die Situation klar: Das Land sollte aufhören zu existieren. Für Polens Verbündete war die Lage dagegen äusserst undurchsichtig, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Blatt sich zugunsten der Anti-Hitler-Koalition zu wenden begann. Diese wurde Ende 1941 durch die UdSSR verstärkt, die von einem Partner des Dritten Reichs zu seinem Opfer geworden war.

Im September 1939 hatten Hitler und Stalin Polen so aufgeteilt, dass die östlichen Woiwodschaften (Verwaltungsbezirke) mit Wilna, Lemberg und Bialystok zur UdSSR gehören sollten.² Obwohl diese Vereinbarungen internationales Recht verletzen, behielten sie aus Sicht des Kreml weiterhin Gültigkeit. Stalin teilte den Westmächten seine Ansicht über den Verlauf der sowjetischen Westgrenze schon Ende 1941 mit. Sie widersprach zwar den Bestimmungen der Atlantik-Charta, jener im August 1941 zwischen den USA und Grossbritannien getroffenen Vereinbarung über die Grundsätze ihrer gemeinsamen Kriegs- und Nachkriegspolitik, der Stalin im September 1941 zugestimmt hatte, aber im Laufe der Zeit sollte es ihm gelingen, die Staatsoberhäupter Grossbritanniens und der USA von seinen Plänen zur Westverschiebung Polens zu überzeugen. Damit war eine ausweglose Situation für die polnische Exilregierung entstanden, deren Hauptanliegen ja die Wahrung der territorialen Integrität Polens war.

Das heisst jedoch nicht, dass die Polen nicht die Möglichkeit oder Notwendigkeit einer Grenzkorrektur gegenüber Deutschland nach Kriegsende sahen. Die Forderungen nach Veränderung ergaben sich aus strategischen (Notwendigkeit einer Verkürzung der deutsch-polnischen Grenze) sowie politischen (Forderung der Schwächung Deutschlands) Argumenten und knüpften direkt an die nach dem Ersten Weltkrieg nicht verwirklichten Gebietsansprüche an. Schon im Herbst 1939 wurde der Anspruch auf Anschluss Ostpreussens an Polen geltend gemacht. Dies unterstützte die französische Regierung, die zu diesem Zeitpunkt die polnische Exilregierung bei sich aufgenommen hatte.³

Auf polnischer Seite gab es über die künftige polnische Westgrenze durchaus unterschiedliche Vorstellungen, die zudem einen Entwicklungsprozess durchliefen. Im besetzten Polen hatten die Überlegungen der von den Deutschen aus Posen ausgesiedelten Intellektuellen grossen Einfluss, die im polnischen Untergrund ihre Arbeit fortsetzten, zum Beispiel in illegalen Bildungseinrichtungen. Unter ihnen plädierte vor allem der Rechtshistoriker Zygmunt Wojciechowski (1900-1955) vehement für die Verlegung der polnischen Westgrenze an die Oder, weil dieser Grenzverlauf die Ausdehnung des mittelalterlichen Piasten-Reichs widerspiegeln sollte.⁴ Nach dem Krieg leitete Wojciechowski das «Westinstitut» in Posen, das der kommunistischen Regierung die wissenschaftlich-historischen Begründungen für den polnischen Anspruch auf die so genannten «wiedergewonnenen Gebiete» lieferte.

Den radikalsten Standpunkt in der Frage des Grenzverlaufs vertrat das Lager der Nationalisten, die Polen – mit bedeutend erweitertem Territorium – als zukünftige regionale Macht sahen, die in diesem Teil Europas eine «geschichtliche Mission» zu erfüllen habe.⁵ Im Sommer 1940 beschrieb die Untergrundzeitung «Szaniec» (dt.

«Die Schanze») die Linie entlang der Oder und der Lausitzer Neisse als «Verteidigungslinie». 1943 sah die wichtigste Gruppierung des Untergrunds, die NSZ (Narodowe Siły Zbrojne, dt. «Volksverteidigungskräfte»), Ostpreussen, Danzig, Westpreussen, das Leubuser Land sowie Schlesien bis zur Oder und zur Lausitzer Neisse als den Preis an, den Deutschland für den Überfall auf Polen zahlen sollte.⁶ Von den Gruppierungen, die den Kern des polnischen Untergrundstaates oder die Regierung im Exil bildeten, vertrat nur die Bauernpartei ähnliche Forderungen. Die übrigen erkannten die Positionen des Präsidenten und der Exilregierung an. Erst gegen Ende des Krieges, angesichts des sich abzeichnenden Verlusts polnischen Besitzes im Osten,



Brutal ging die deutsche Wehrmacht nach ihrem Einmarsch in Polen vor. Die militärische Niederwerfung der sich tapfer

wehrenden, aber technologisch hoffnungslos unterlegenen Polen war nur eine Frage der Zeit.

Die Westverschiebung Polens

des Auseinanderbrechens der polnischen Exilregierung und vor dem Hintergrund der restriktiven Politik der UdSSR gewannen die Forderungen nach grösstmöglichem territorialem Zuwachs im Westen an Popularität.

Die Vorschläge der polnischen Exilregierung kann man im Vergleich zu denen der anderen Gruppierungen als relativ massvoll bezeichnen, stehen sie doch im Einklang mit der in dieser Zeit vertretenen Mehrheitsmeinung in der internationalen Politik. Die Regierung wollte nicht den Eindruck erwecken, dass sie für einen Gebietserwerb auf Kosten Deutschlands bereit sei, ihren Standpunkt in der Frage der polnisch-sowjetischen Grenze zu ändern. Sie wollte keine Verschiebung des gesamten polnischen Territoriums nach Westen, sondern lediglich eine Veränderung der Westgrenze. Auch widersprach sie der Ansicht, Letzteres sei als Entschädigung für die

im Osten verlorenen Gebiete anzusehen. Alle Probleme, die mit dem zukünftigen Gebiet zusammenhingen, wurden in einem eigens eingerichteten «Büro für Kriegsziele» (poln. Biuro Celów Wojny), das später in «Ministerium für Kongressarbeit» (poln. Ministerstwo Prac Kongresowych) umbenannt wurde, eingehend behandelt. Ende 1942 beliefen sich die Forderungen der Londoner Exilregierung auf die Eingliederung Ostpreussens, Danzigs und des Oppelner Gebiets in den neuen polnischen Staat. Man machte sich auch Gedanken über die Verlegung der Grenze an die Oder und das Stettiner Haff, zog aber aufgrund der wachsenden Gefahr einer Abtrennung polnischer Gebiete im Osten diese Idee bald zurück. Die polnischen Forderungen wurden den Staatsoberhäuptern der westlichen Grossmächte in Gesprächen mitgeteilt.⁷ Ziel war «eine deutlich nach Westen verschobene Grenze, begradigt und



Ausweisung einer polnischen Familie aus dem von der deutschen Wehrmacht besetzten Westpolen 1940.



Deutsche Umsiedler beziehen Anfang der 1940er Jahre einen Bauernhof im Wartheland, dessen polnische Vorbesitzer vertrieben wurden.

gekürzt», wie eine Erklärung des Nationalrats im Exil aus dem Jahr 1942 darlegt. Schon seit Längem wurde angeführt, dass wegen der deutschen Okkupationspolitik «in Zukunft ein Zusammenleben der deutschen und polnischen Bevölkerung nicht möglich» sei, wie in einem der Dokumente des polnischen Aussenministeriums zu lesen ist.⁸ Die seit Oktober 1939 erfolgte Aussiedlung der Polen durch die deutsche Okkupationsmacht legte den Gedanken nahe, ebenso rücksichtslos bei der Behandlung der Deutschen nach deren Niederlage vorzugehen. Selbstverständlich sah man dies Anfang der 1940er Jahre nicht in einem solchen Masse voraus, wie es ab 1945 tatsächlich eintrat. Die polnische Regierung ahnte die Probleme, die im Verlauf der Integration und der Besiedlung der ehemals deutschen Provinzen im Westen entstehen könnten, war sich aber auch bewusst, dass aufgrund der Bevölkerungs- und der materiellen Verluste territoriale Erwerbungen eine bedeutende Rolle beim Wiederaufbau des Staates spielen würden. Die offizielle Meinung dokumentiert eine Aussage des Premiers der Exilregierung, Tomasz Arciszewski, vom Dezember 1944: «Wir haben unsere Forderungen Deutschland gegenüber geändert, wir verlangen nunmehr den Anschluss Ostpreussens, Oberschlesiens sowie eines Teiles von Pommern an Polen [...]. Aber wir wollen unsere Grenzen nicht so nach Westen erweitern, dass wir acht bis zehn Millionen Deutsche aufnehmen müssen. Wir wollen weder Breslau noch Stettin. Wir fordern einfach nur unsere historischen Gebiete, die sich unter deutscher Herrschaft befanden.»⁹ Man forderte also weder Breslau noch Stettin, denn weiterhin hoffte man – trotz der sowjetischen Absichten – Wilna und Lemberg zu behalten. Bezüglich Lemberg vertrösteten die westlichen Verbündeten die Polen, indem sie betonten, dass die auf der Konferenz von Teheran Ende 1943 als neue polnische Ostgrenze festgelegte

Curzon-Linie dies ermögliche. Die Einstellung der Exilregierung zur Frage der Ostgrenze blieb jedoch bis Kriegsende unverändert und wurde von den die Westgrenze betreffenden Forderungen strikt getrennt. Die Verbindung dieser beiden Fragen würde – wie man annahm – «zum Verlust der östlichen Gebiete führen, auf jeden Fall aber zum Verlust eines grossen Teils samt Wilna [...] sowie zur Belagerung Polens durch die Sowjets».¹⁰ In der internationalen Politik, die seit 1943 immer mehr im Schatten der Siege der Roten Armee über die deutsche Wehrmacht stand, hatten die Forderungen und Vorschläge der unabhängigen polnischen Regierung jedoch kaum noch Gewicht.

Die Haltung der polnischen Kommunisten

Besonders interessant ist die Haltung der polnischen Kommunisten, die – zunächst nur eine kleine, am Rande des polnischen Untergrunds existierende Gruppe – dank der Unterstützung des Kreml zur herrschenden Macht sowie zum Realisator des breit angelegten Programms territorialer Wiedergewinnung wurden. Ihre Aktivitäten begannen im Jahr 1942, als die UdSSR sich schon in der Anti-Hitler-Koalition befand. Anfangs nahmen sie zum Verlauf der polnischen Grenzen nicht Stellung, da sich Polen ja ohnehin innerhalb der Grenzen des «Arbeiter- und Bauernstaats» befinden würde. In der Frage der polnischen Ostgrenze wiederholten sie die Ansichten der Kommunistischen Partei Polens aus der Vorkriegszeit: Die 1921/23 angegliederten Ostgebiete gehörten nicht zu Polen, denn sie seien mit Gewalt von den «brüderlichen Sowjetrepubliken» abgetrennt worden. Im Parteiprogramm der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) vom Dezember 1942 spielten die Auseinandersetzungen über die Westgrenze keine Rolle. Konkrete Forderungen tauchten erst im Jahr 1943 ^{auA aAs} Stalin begann, die Kommunisten auf die Machtübernahme in Polen vorzubereiten.

Im Frühling 1943 brach die UdSSR die seit 1941 geknüpften diplomatischen Beziehungen zur pol-

Die Westverschiebung Polens

Im Frühjahr 1943 brach die UdSSR die seit 1941 geknüpften diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung in London ab. Unmittelbarer Anlass war die Entdeckung von Massengräbern polnischer Kriegsgefangener in Katyn/ UdSSR, deren Ermordung der Roten Armee zugeschrieben wurde. Über 4'000 polnische Offiziere waren noch vor dem deutschen Angriff auf die UdSSR von den Sowjets erschossen worden.



nischen Exilregierung in London ab. Unmittelbarer Anlass war die Entdeckung von Massengräbern polnischer Kriegsgefangener in Katyn, deren Ermordung der Roten Armee zugeschrieben wurde. Hinzu kamen ständige Spannungen wegen des Verlaufs der polnischen Ostgrenze und des Schicksals der dort ansässigen Bevölkerung. Stalin forderte als Gegenleistung für die Wiederaufnahme der Kontakte mit den «Londoner» Polen territoriale Zugeständnisse sowie die Entfernung «antisowjetischer» Politiker aus der Regierung. Die Position der kommunistischen Linken wurde im Juni 1943 in der Erklärung des in Moskau entstandenen «Bundes Polnischer Patrioten» (poln. Zwi[^]zek Patriotów Polskich) formuliert. Eigentlich war dieser Standpunkt nicht weit von den Forderungen der Exilregierung entfernt, denn es wurde die Eingliederung Ostpreussens, der Weichselmündung und Schlesiens in den polnischen Staat beschlossen. «Nach der siegreichen Beendigung des Krieges soll in Schlesien die polnische Identität wiederhergestellt werden. Die polnische ethnische Masse muss wieder an das Mutterland angeschlossen werden» – in diesen Sätzen wird schon die zukünftige Politik der Repolonisierung in den so genannten «wiedergewonnenen Gebieten» vorweggenommen.

Es gab jedoch keine einheitliche Auffassung über die Festlegung der Grenzen in Schlesien. Im November 1943 findet sich in einer Erklärung der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) folgende noch ziemlich verschlüsselte Forderung: «Alle polnischen Gebiete müssen wieder an den polnischen Staat angeschlossen werden. [...] Im Westen und an der Ostsee müssen wir alle ethnographisch polnischen Gebiete, die mit Gewalt entvölkert und germanisiert wurden, besonders in der Zeit der nach den Teilungen herrschenden Unfreiheit und der gegenwärtigen deutschen Okkupation, wiedererlangen.»¹¹ Aus diesen Worten lässt sich schlussfolgern, dass die Kommunisten auch weiterhin keine genauen Vorstellungen davon hatten, wo nun eigentlich die polnische Westgrenze in

Pommern, an der Oder oder an der Lausitzer Neisse verlaufen sollte. Im Manifest des «Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung» (poln. Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego, so genanntes Lubliner Komitee), der Quasi-Regierung von Moskaus Gnaden, rief man lediglich zum «Kampf [...] um die polnischen Grenzsteine an der Oder» auf. Eine solche Vision der Grenze gründete sich einzig auf sowjetische Vorschläge. Grossbritannien und die USA hatten zu dieser Zeit noch keinen genauen Standpunkt eingenommen. Darüber hinaus erkannten sie ausschliesslich die polnische Exilregierung in London als Vertretung Polens an.

Die Sowjets versicherten, dass die neue Grenze an der Oder und der Neisse entlangführen solle, präzisierten aber deren Verlauf nicht. Trotzdem unterschrieben die polnischen Kommunisten im Juli 1944 einen Grenzvertrag mit der UdSSR, in dem der Verlust der polnischen Ostgebiete bestätigt wurde. Dem waren dramatische Versuche der polnischen Seite vorausgegangen, eine für sie möglichst günstige Interpretation des Verlaufs der Curzon-Linie durchzusetzen. Im Vergleich zur Demarkationslinie aus dem Jahr 1939 verzichtete die UdSSR jedoch nur auf das Gebiet um Bialystok und machte ihre weitere Unterstützung des Nationalkomitees von dessen Zustimmung zur neuen Grenze abhängig. Im September 1944 unterschrieb das Nationalkomitee den Vertrag über die Umsiedlung der Polen aus dem Osten, obwohl erst ein kleiner Teil Polens befreit und der Grenzverlauf im Westen völlig ungewiss war. Sowohl in Polen selbst als auch im Exil erwartete man mit Spannung die Stellungnahme der Grossmächte, die auf einer für Anfang 1945 geplanten Konferenz verkündet werden sollte.

Die Konferenz von Teheran und die Entmachtung der polnischen Exilregierung

Eigentlich konnten die Polen zum Jahresende 1944 keine Illusionen mehr haben. Von dem

Standpunkt Moskaus, dass nämlich die polnische Ostgrenze mit der im Herbst 1939 festgelegten Demarkationslinie identisch sei, wusste der Westen bekanntlich schon seit Ende 1941. Jedoch erst auf der Konferenz von Teheran, Ende 1943, mussten Churchill und Roosevelt Stalin gegenüber eine eindeutige Position beziehen. Obwohl in Sondierungsgesprächen mit dem polnischen Verbündeten dessen ablehnende Haltung zu einer Revision der Ostgrenze klar zum Ausdruck gebracht worden war, entschieden sich London und Washington dafür, die sowjetische Variante zu akzeptieren. Auf dem Altar der notwendigen Zusammenarbeit mit der UdSSR im Kampf gegen Deutschland waren sie bereit, die ihnen unreal erscheinenden Interessen des mit ihnen verbündeten Polen zugunsten Stalins zu opfern.

Stalin machte ein fingiertes Zugeständnis, indem er auf die Ribbentrop-Molotow-Linie (nach den Namen der Unterzeichner des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts von 1939) zugunsten der Curzon-Linie verzichtete. Diese Option liess Bialystok bei Polen und schuf schwache Voraussetzungen für den Beginn der Verhandlungen um die Zukunft Lembergs, um die sich die Briten bemühten. Sie wollten auf diese Weise ihrem polnischen Verbündeten die Niederlage ein wenig schmackhafter machen. Im Austausch dafür beanspruchte Moskau Teile Ostpreussens samt Königsberg, das heisst Gebiete, auf die auch Polen Ansprüche geltend machte. Zudem stellte Stalin unmissverständlich klar, dass er auf die baltischen Länder nicht verzichten würde. Es ging ihm nämlich nicht nur um den Besitz eines eisfreien Hafens, sondern auch um die Einkesselung Litauens, Lettlands, Estlands und Polens sowie um das geographische Näherrücken an Deutschland. «Alle drei Grossmächte waren also stillschweigend der Meinung, dass Polen gegenüber die hohen Ideale, die sie in der Atlantik-Charta unterzeichnet hatten, nicht zur Anwendung kommen.»¹² In dieser vom amerikanischen Präsi-

den Roosevelt und dem britischen Premier Churchill am 14. August 1941 unterzeichneten Erklärung war unter Punkt 2 bestätigt worden, die unterzeichnenden Länder wünschten «nicht, dass territoriale Veränderungen zustande kommen, die nicht mit den frei geäusserten Wünschen der betreffenden Völker übereinstimmen».¹³

Zuletzt fand sich in der Deklaration der Konferenz von Teheran eine ziemlich allgemeine Formulierung: «Es ist grundsätzlich anzunehmen, dass die Heimstätte des polnischen Staates und der polnischen Nation zwischen der so genannten Curzon-Linie und der Oderlinie liegen und Ostpreussen und Oppeln umschliessen sollte.»¹⁴ Angemerkt wurde ebenfalls die Notwendigkeit der Durchführung von Bevölkerungsverschiebungen in diesen Gebieten. Es scheint, dass die Westgrenze Polens in den Augen der Staatsoberhäupter der Anti-Hitler-Koalition die Gebiete Oberschlesien und Opper Schlesien einschliessen, das westlich der Oder liegende Niederschlesien jedoch bei Deutschland bleiben sollte. Aus den unpräzisen Aussagen Churchills geht ausserdem hervor, dass Pommern samt Stettin zu Polen gehören könnte.

Die Festlegung der polnischen Grenzen hing eng mit der Frage nach der politischen Zukunft Deutschlands zusammen. Grossbritannien und die USA votierten damals für die Zersplitterung Deutschlands und vor allem für die Zerschlagung Preussens, das man für die aggressiven Tendenzen in Deutschland verantwortlich machte. Auch die Angliederung des grössten Teils des preussischen Territoriums an Polen gehörte zu der alliierten Strategie, dem Preussentum ein Ende zu bereiten.¹⁵

Die Zustimmung der polnischen Exilregierung zu den Beschlüssen der Teheraner Konferenz sollte Churchill erzwingen. Im Januar 1944 sagte er im Gespräch mit dem polnischen Premier Stanislaw Mikolajczyk: «Ihr müsst das nicht nur als nötig, sondern vielmehr enthusiastisch annehmen [...] Dies erfordern nicht nur die polnischen Interes-



Nach der Teheraner Konferenz versuchte Churchill die Zustimmung der polnischen Exilregierung zur Oderlinie als polnische Westgrenze zu erreichen. Im Januar 1944 sagte er zu dem damaligen polnischen Premierminister Stanislaw Mikolajczyk (Foto um 1960): «Ihr müsst das nicht nur als nötig, sondern vielmehr enthusiastisch annehmen.» Mikolajczyk antwortete: «Wir befürchten, dass kein Volk in der Lage ist, eine so starke Verschiebung seiner Grenzen auszuhalten.»

sen, sondern auch die der Vereinten Nationen. Ihr erhaltet als Entschädigung das Land bis zur Oder und Ostpreussen. Man wird die Deutschen aus diesen Gebieten vollständig vertreiben müssen.»¹⁶ Die radikale Verschiebung der Grenzen Polens und die Umsiedlung der Menschen in den betroffenen Gebieten stiessen bei Mikolajczyk jedoch auf Bedenken: «Wir befürchten, dass kein Volk in der Lage ist, eine so starke Verschiebung seiner Grenzen auszuhalten. Je geringeren Veränderungen eine Grenze unterliegt, desto weniger Probleme wird es bei der Überführung der Bevölkerung geben.»¹⁷ Ausserdem beunruhigte ihn die Frage der Sicherheit der neuen Grenzen, denn die Zeit der Missachtung der «Versailler» Grenze durch Deutschland lag noch nicht weit zurück. Für die polnische Seite war ausserdem klar, dass es nicht nur um den Grenzverlauf, sondern auch um die Souveränität Nachkriegspolens ging. Der Druck Stalins auf die Umbildung der Londoner Exilregierung und die Aufnahme «fortschrittlicher» und «sowjetfreundlicher» Mitglieder zeugte vom Willen, tief in die inneren Angelegenheiten des Nachbarn einzugreifen. Premier Mikolajczyk musste notgedrungen die Position der Grossmächte in der Frage der Ostgrenze sowie die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der UdSSR nach dem Krieg anerkennen. Als Bedingung stellte er jedoch den Erhalt von Zusicherungen seitens des Westens. Eine Vereinbarung sollte garantieren, dass «Polen in seinem ihm zugeordneten Gebiet frei und unabhängig sein wird; dass es wirklich die Unterstützung der Grossmächte für den Fall einer deutschen Rache erhält; dass die Grossmächte mithelfen, die Deutschen aus den neuen Gebieten zu entfernen, die Polen zuerkannt werden; und dass in Regionen, die Russland eingegliedert werden sollen, die Polen, die es wünschen, Hilfe bei der Überführung in die neue Heimat erhalten sollen.»¹⁸ Stalin forderte jedoch einen offiziellen Verzicht der Polen auf die Grenzen, die 1921 im Vertrag von Riga festgelegt worden waren, sowie eine sofortige Neubildung

der Exilregierung. Dies war für die polnische Seite unannehmbar und rief bei Churchill Beunruhigung hervor. Die Verständigungsversuche zwischen der polnischen Exilregierung in London und der UdSSR, von den USA und Grossbritannien unterstützt und gefördert, mündeten allerdings in ein totales Fiasko. Mikolajczyk erreichte kein Entgegenkommen von Seiten Stalins und verlor die Unterstützung der Mitglieder der eigenen Regierung, die eine Revision der Ostgrenze ablehnten. Im November 1944 trat er zurück. Zu diesem Zeitpunkt bereitete sich die UdSSR darauf vor, aus dem kommunistischen Lubliner Komitee eine noch «vorläufig» genannte polnische Regierung zu bilden. Für Washington und London war dies das Signal, dass die UdSSR vorhatte, ihren Einfluss im Nachkriegspolen auszuweiten. Die Vision eines kommunistischen Polen floss in die weiteren Gespräche der Grossmächte über den genauen Verlauf der polnischen Westgrenze mit ein. Man nahm die sehr vage formulierten Versprechen einer an die Oder angelehnten Grenze und den Zuschlag Stettins an Polen zurück. «Wir müssen an die Lubliner Polen [das Lubliner Komitee] nicht die gleichen Zugeständnisse machen, die wir Herrn Mikolajczyk für die Klärung der polnischen Frage machen wollten.»¹⁹ Daraus geht deutlich hervor, dass Polens Schicksal, und besonders das seiner Grenzen, unweigerlich von den Beziehungen des Westens zur UdSSR abhing.

Die Konferenz von Jalta und die polnische Regierung von Moskaus Gnaden

Entgegen den polnischen Erwartungen kam es im Verlauf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 nicht zu einem Einverständnis der Grossmächte. Die UdSSR stellte offen die Konzeption einer Grenze an der Oder und der Lausitzer Neisse vor. Churchill kommentierte dies bissig mit einem Satz über die Verdauungsstörungen, die «die polnische Gans[bekommen kann] [...], derar gestopft



Auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945) waren sich die alliierten Grossmächte über eine Westverschiebung Polens bis an die Oder und die westliche Neisse einig. Auf einem Pressetermin im Hof des ehemaligen Zarenschlusses Liwadija in der vorderen Reihe links der britische Premier Winston Churchill, der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der sowjetische Staatschef Josef Stalin

mit deutschem Essen».²⁰ Zuletzt fand sich in der Erklärung der Konferenz eine seltsame Formulierung, präzise in Bezug auf die Ostgrenze und vage in Bezug auf die Westgrenze: «Die drei Regierungschefs sind der Ansicht, dass die östliche Grenze Polens der Curzon-Linie folgen sollte, mit Abweichungen von fünf bis acht Kilometern in gewissen Gebieten zugunsten Polens. Sie anerkennen, dass Polen beträchtlichen Landzuwachs im Norden und Westen erhalten muss [...] und die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens hernach bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist.»²¹

Diese Worte fielen in eine Zeit, in der der Massentransfer der polnischen Bevölkerung aus dem Osten bereits begonnen hatte. Alle Hoffnungen auf ein Verbleiben zumindest Lembergs bei Polen zerschlugen sich. Ein weiteres Mal wurde die Abtrennung polnischer Ostgebiete bestätigt. Demgegenüber stellte sich der Gebietszuwachs im Westen ziemlich nebulös dar. Das verstärkte Polens Abhängigkeit von der UdSSR, die zum einzigen Verbündeten in der Frage der Westgrenze wurde. Es förderte auch die Anwendung einer Politik der vollendeten Tatsachen, das heisst der frühzeitigen Ansiedlung von Polen in den ehemals deutschen Gebieten, war es doch nicht gewiss, wann es zwischen den Alliierten zu einer endgültigen Verständigung über die Westgrenze Polens kommen würde.

Die in Jalta vorgeschlagene Westgrenze, angelehnt an die Flussläufe, überzeugte nicht nur die polnischen Kommunisten, sondern auch die polnische Gesellschaft, die sich an den verhassten Deutschen rächen wollte. Die Beschlüsse von Jalta passten überdies in die Propaganda der Kommunisten: Der Westen bestätigt einerseits den Verlust der Ostgebiete, vermeidet aber andererseits definitive Gebietsabtretungen Deutschlands an Polen. Die UdSSR hingegen reisst zwar das östliche Polen an sich, verspricht im Gegenzug aber ungeheuren Zuwachs für Polen im Westen. Ausserdem wurde in Jalta über die Neubil-

dung der polnischen Regierung abgestimmt, und zwar unter Beteiligung der Kommunisten und bestimmter Politiker aus dem Londoner Lager (die so genannte Vorläufige Regierung der Nationalen Einheit, poln. Tymczasowy Rząd Jedności Narodowej). Dies kam einer einseitigen Rücknahme der Anerkennung der polnischen Exilregierung durch die Westmächte gleich. Das Wort «Jalta» wurde in der polnischen Gesellschaft zum Synonym für den Verrat durch Verbündete. «Polen ging in den Krieg als unabhängiges Land, mit festgelegten Grenzen, mit einer festen Bevölkerung und festgelegtem Rechtsstatus», meinte Jahrzehnte später Krystyna Marek, «in Jalta [...] wurde es wie ein politisches und rechtliches Vakuum behandelt, ohne Regierung, ohne Grenzen, ohne Bevölkerung, ohne Bündnisse oder internationale Abkommen.»²² Der Premier der Exilregierung, Stanislaw Mikolajczyk, der es für notwendig hielt, den Status quo zu akzeptieren, äusserte sich folgendermassen: «Die Grenzen sind nicht wichtig, wichtig ist nur, dass auf dem zukünftigen Gebiet Polens eine *solche* Freiheit herrscht, dass das Volk nicht über ganz Russland zerstreut wird.»²³ Sein Ziel war die Ankündigung freier und unabhängiger Wahlen in Polen nach Kriegsende unter Aufsicht der Grossmächte. Deren Politik war jedoch in Wirklichkeit durch den Entzug der Souveränität Polens in den wichtigsten Fragen gekennzeichnet. «Das Schicksal, das nach der Niederlage Hitlers Deutschland ereilte, hatte Polen schon viel früher getroffen.»²⁴

In dieser Situation war ein möglichst vorteilhafter Verlauf der Westgrenze für Polen nicht nur Sache der kommunistischen Regierung, sondern er war auch von nationalem Interesse. Der später, während der Konferenz von Potsdam festgelegte Verlauf der neuen Grenze stiess daher in der polnischen Gesellschaft auf breite Zustimmung – unabhängig von umstrittenen Faktoren wie der jeweiligen Einstellung zu den Kommunisten, der Effektivität der neu geschaffenen Verwaltung in den westlichen Gebieten und dem Ablauf der

Umsiedlung. Ebenso charakteristisch ist, dass in dem von den Kommunisten organisierten Referendum zur Oder-Neisse-Grenze von 1946 beinahe alle legalen und illegalen Kräfte des damaligen Polen für «Ja» stimmten.

Die Konferenz von Potsdam und das Problem der Oder-Neisse-Linie

Die endgültige Gestalt der Westgrenze Polens blieb jedoch bis in die 1970er Jahre ein strittiger Punkt in der internationalen Politik. Der Grund dafür war nicht nur die Konferenz von Jalta, sondern es waren auch die Potsdamer Beschlüsse vom Juli/August 1945. ^{zur} Eröffnung der Verhandlungen auf dieser letzten Konferenz der «Großen Drei» gelang es nicht, die Gegensätze in dieser Frage zwischen der UdSSR und ihren Verbündeten – die immer mehr zu Widersachern wurden – zu überwinden. Der Westen musste sich mit dem Verlauf der von Moskau bestimmten Grenzlinie zufriedengeben, drückte jedoch nicht explizit sein Einverständnis aus. Auch für Stalin war dies bequem, der praktisch schon in Polen herrschte und sogar nach einem Abzug aus Deutschland seinen Einfluss in Mitteleuropa behalten würde. Er konnte weiterhin die Rolle des einzigen Verteidigers der polnischen Interessen im Westen spielen und damit nicht nur die polnischen Kommunisten, sondern alle Polen erpressen.

Die Konferenz in Potsdam war das einzige Treffen der Großen Drei, auf dem auch polnischen Vertretern gestattet war, ihre Meinung zu äußern. Die Delegation der im Sinne des Abkommens von Jalta neu eingesetzten Regierung (darunter als Vizepremier der ehemalige Chef der Exilregierung, Stanislaw Mikolajczyk) stellte ihre Argumente für den Grenzverlauf entlang von Oder und Neisse vor und berief sich dabei auf den Kampf gegen Hitler, auf die enormen Menschen- und Materialverluste, auf die Notwendigkeit der Eliminierung der deutschen Bedrohung sowie auf die Gebietsverluste im Osten.

Sie gab zu bedenken, dass sogar bei einem Anschluss des deutschen Gebiets die Fläche Polens im Vergleich zu der vor dem Krieg um ein Fünftel kleiner sei. Des Weiteren erinnerte sie daran, dass diese Gebiete ja auch früher zu Polen gehört hatten, und stützte sich dabei auf historische und ethnische Argumente.

Diese Argumentation führte jedoch nicht zu einer Verständigung zwischen den Grossmächten. Die USA und Grossbritannien bestanden auf einem Grenzverlauf entlang der Oder und der östlichen, also der Glatzer Neisse. Churchill befürchtete eine Verschärfung der Versorgungslage im besetzten Deutschland durch die Abtrennung landwirtschaftlicher Gebiete und den massenhaften Zustrom von Umsiedlern. Er verließ auch seiner Sorge darüber Ausdruck, dass Deutschland durch den Verlust Oberschlesiens nicht in gewünschtem Umfang Reparationen leisten könne. Deutlich wird hier, dass das Hauptinteresse den Kosten der Besetzung Deutschlands galt, nicht der Zukunft Polens. Churchill bezweifelte die Fähigkeit Polens, die neuen Gebiete integrieren und ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten voll ausnutzen zu können. Entgegen seinen früheren Aussagen widersprach er den breit angelegten Aussiedlungen der Deutschen aus den Gebieten, auf die Polen Anspruch erhob. Das Problem der Wiedergutmachung für die Kriegszerstörungen umging er fast vollständig. Überhaupt waren die Gespräche über den Verlauf der Westgrenze für die polnische Delegation, und besonders für Mikolajczyk, im Hinblick auf die britischen und amerikanischen Versprechungen der vorherigen Jahre eine bittere Erfahrung. Die Vertagung der Entscheidung bis zur Friedenskonferenz machte aus den Polen ein Volk in Koffern und aus dem Territorium einen Staat auf Rädern.

Eine Verständigung in der Sache der deutsch-polnischen Grenze zeichnete sich erst gegen Ende der Potsdamer Konferenz ab. «Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, dass bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Po-

lens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neisse und die westliche Neisse entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschliesslich des Teiles Ostpreussens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird und einschliesslich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.»²⁵ Diese Formulierungen waren der Grund langjähriger Konflikte um die Interpretation der Potsdamer Beschlüsse, insbesondere da es nie zu der angekündigten Friedenskonferenz kam. Die polnische Seite war der Meinung, dass die Grossmächte die Oder-Neisse-Linie als deutsch-polnische Grenze anerkannten, was ihre Zustimmung zur Aussiedlung der dort lebenden Deutschen bewies.²⁶

Versuch einer Bilanz

Die in den Jahren 1943-45 von den Grossmächten getroffenen territorialen Beschlüsse wurden (und werden es auch heute teilweise noch) von den Einwohnern der betroffenen Länder als ungerecht, verletzend und tragisch angesehen. Die Polen verletzten am meisten die Einmischung in ihre Souveränität und der Bruch früherer Versprechungen ihrer Bündnispartner. Nüchtern betrachtet und die menschliche Tragödie der ausgesiedelten Menschen ausser Acht lassend, kann man heute sagen, dass die Westverschiebung für Polen von Vorteil war. Es bezahlte zwar mit dem Verlust seiner Unabhängigkeit an die UdSSR, mit dem Verlust nationaler Traditionen und wichtiger Zentren des kulturellen Lebens. Es erhielt aber wirtschaftlich besser entwickelte Gebiete, eine konsolidierte Grenze, und es entledig-

te sich des Problems der nationalen Minderheiten.

Zum schweren Gepäck der historisch gewachsenen deutsch-polnischen Abneigung und Feindschaft kamen allerdings neue Elemente hinzu: bei den Polen die Angst vor dem deutschen «Revanchismus» und bei den Deutschen das Trauma der Vertreibung. Im Jahr 1945 gab es jedoch für Polen keine andere Möglichkeit. Den Osten hatte es bereits verloren, ebenso den Kampf um die Unabhängigkeit, wie sich im Lauf der ersten beiden Nachkriegsjahre zeigte. Zusammenfassend kann als Ergebnis der durch den Krieg verursachten nationalen Niederlage aus polnischer Sicht nur eines als positiv betrachtet werden: die Grenze entlang der Oder und der Lausitzer Neisse.

(Aus dem Polnischen von Stephan Thomas)



Mit der Westverschiebung seiner Grenzen bis zur Oder entledigte sich Polen aus seiner Sicht des Problems der nationalen Minderheiten und erhielt als Ausgleich für seine Gebietsverluste im Osten wirtschaftlich besser entwickelte Gebiete. Polnische Milizionäre fixieren die neue Westgrenze mit einem Grenzpfahl.

Zwangsumsiedlungen in Ostpolen

Malgorzata Ruchniewicz

Repressionspolitik im besetzten Ostpolen zwischen 1939 und 1944

Am 23. August 1939 hatten sich die Diktatoren Hitler und Stalin im Rahmen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts über eine Aufteilung Osteuropas verständigt. Danach sollte Polen in zwei Teile geteilt werden: Den mittleren und westlichen Teil beanspruchte das Deutsche Reich; die östlichen Woiwodschaften (Verwaltungsbezirke) – ein Gebiet, das östlich der Linie Grodno, Brest und Lemberg liegt und fast bis Minsk reicht – wurden dem sowjetischen Einflussbereich zugeordnet. Hier lebten neben etwa neun Millionen Ukrainern, Juden, Litauern und Weissruthenen rund 4,2 Millionen Polen.

Am 1. September 1939 begann der deutsche Einmarsch in Polen (und damit der Zweite Weltkrieg), am 17. September erfolgte der Angriff der UdSSR, am 28. September wurde Polen zwischen der UdSSR und dem Dritten Reich aufgeteilt. Im sowjetisch besetzten Ostpolen begannen bereits im Oktober 1939 Vertreibungen, Verschleppungen und Deportationen, von denen nach polnischen Schätzungen

rund 1,7 bis 1,8 Millionen Menschen betroffen waren.

Die Zahl der Opfer, die die Politik der Sowjetunion in dem von ihr besetzten Gebiet forderte, ist bis heute Gegenstand wissenschaftlicher Diskussionen. Polnische und sowjetische Angaben differieren hier stark.¹ Mit Hilfe statistischer Angaben aus sowjetischem Quellenmaterial, das seit Ende der 1980er Jahre zugänglich ist, konnte die ungefähre Zahl der Opfer rekonstruiert werden.² Dabei lassen sich verschiedene Arten der Unterdrückungspolitik gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete unterscheiden:

- Gefangennahme von Soldaten der polnischen Armee
- Verhaftungen, die unmittelbar nach dem Einmarsch in die polnischen Ostgebiete einsetzen
- vier Massendeportationen in den Jahren 1940 und 1941
- Zwangseinberufungen zur Roten Armee

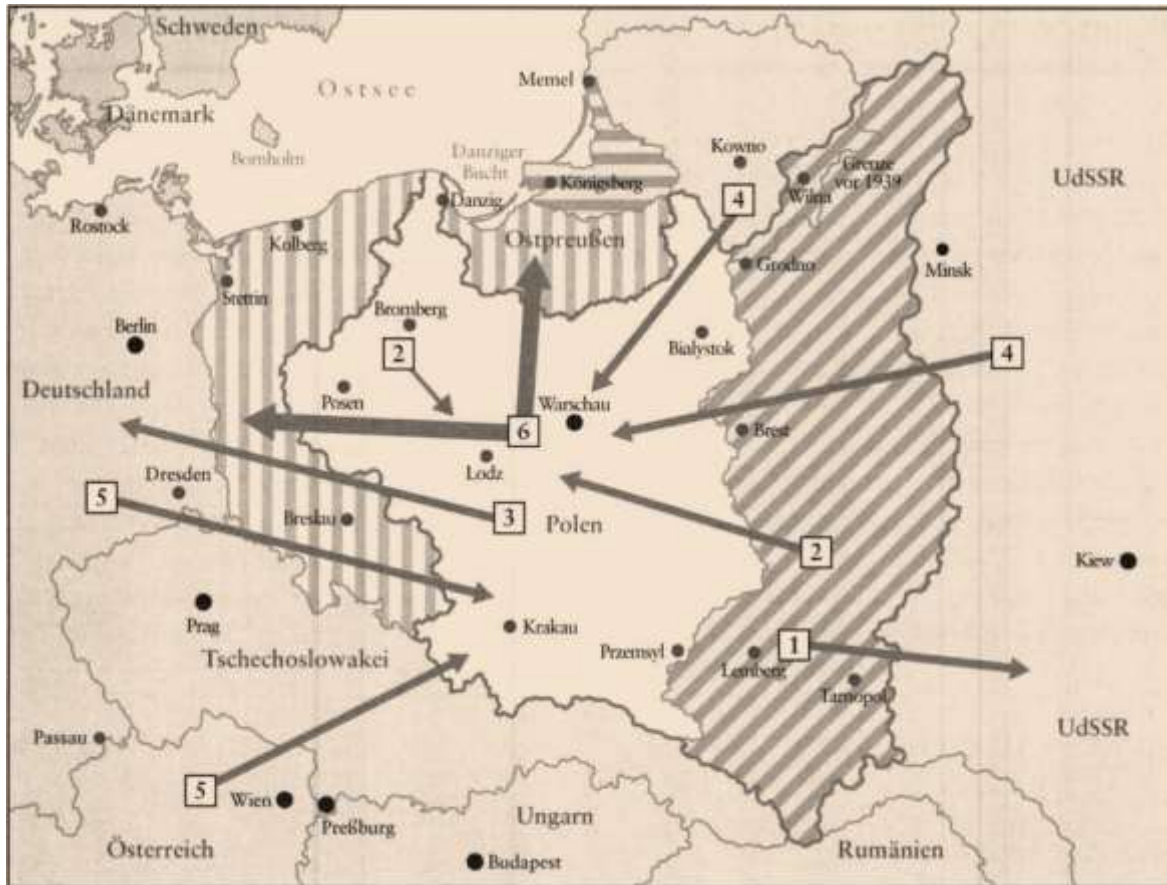
Neueste russische Forschungsergebnisse lassen den Schluss zu, dass den sowjetischen Repressionen der Jahre 1939 bis 1941 fast eine halbe Million polnischer Staatsangehöriger zum Opfer fielen. Etwa 110'000 Personen wurden aufgrund ihrer Tätigkeit in der Vorkriegszeit oder wegen ihres Widerstands gegen die Okkupanten verhaftet (18'000

Tabelle: Opfer unter polnischen Staatsangehörigen in den von der Sowjetunion okkupierten Gebieten (1939-1941)

Art der Repression	Zeitpunkt	Polnische Schätzungen	Sowjetische Angaben	1
in der UdSSR inhaftierte Kriegsgefangene	1939	250 000	44 000	
Verhaftungen	1939 bis 1941	250 000	110 000	
Deportationen:				
• Militärkolonisten	1940	220 000	140 000 bis 141 000	
• Familien von Repressierten	1940	320 000	61 000	
• Kriegsflüchtlinge aus Westpolen	1940	240 000	78 000 bis 79 000	
• Zwangsumgesiedelte	1941	300 000	34 000 bis 44 000	
Zwangseinberufungen zur Roten Armee	1939 bis 1941	100 000 bis 230 000	keine Angaben	
insgesamt	1939 bis 1941	1 680 000 bis 1 810 000	467 000 bis 479 000	

Quelle: J. Siedlecki, Losy Polaków w ZSSR w latach 1939-1986, Gdansk 1990; Represii protiv polskich grazdan, in: Istoriceskie sborniki Memoriala, wypusk i, Moskva 1997; A. Gurjanow, Deportowani z Kresów Wschodnich na Syberię 1940-1941, unveröffentlichtes Referat

Bevölkerungsverschiebungen in Polen zwischen 1939 und 1947



von ihnen wurden im Gefängnis beziehungsweise während der Evakuierung nach dem deutschen Überfall erschossen, die übrigen im Gulag inhaftiert). Die grössten Ausmasse hatten die vier Deportationswellen in den Jahren 1939 bis 1941, die insgesamt ungefähr 320'000 Personen aus der städtischen und dörflichen Zivilbevölkerung betrafen. Die Opfer waren polnische Staatsbedienstete und ihre Familien (Beamte, Vertreter des politischen und gesellschaftlichen Lebens, Grundbesitzer, Lehrer, Polizisten, Militärangehörige, Militärkolonisten), Familienangehörige von Personen, die vom Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD) verhaftet wurden, sowie schliesslich Personen, die im Herbst 1939 aus den deutsch besetzten Teilen Polens nach Osten geflohen waren (darunter viele Juden) und sich nun weigerten, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Diese Bevölkerungsgruppen wurden als Feinde der sowjetischen Ordnung betrachtet und ohne Gerichtsenteil deportiert. Hier fand das Prinzip der Kollektivschuld Anwendung. Ziel der Deportationen waren die Gebiete Archangelsk, Kasachstan, Sibirien und der Ural. Die Betroffenen durften lediglich leichtes Handgepäck mitführen, manchmal wurde selbst das untersagt. Unter unmenschlichen Bedingungen mussten die Deportierten in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Schwerindustrie arbeiten. Die hohen Opferzahlen sind aber vor allem auf Hunger und Kälte zurückzuführen. In sowjetischer Gefangenschaft befanden sich ausserdem 250'000 polnische Soldaten, von denen 44'000 nicht entlassen, sondern in Lagern festgehalten wurden (15'000 von ihnen wurden 1940 in Katyn, Charkow und Twer erschossen).³ Die grosse Mehrheit (80 Prozent) der von sowjetischen Repressionsmassnahmen Betroffenen waren Polen – darunter in erster Linie Personen oder gesellschaftliche Gruppen, die das staatliche, kulturelle oder religiöse Polentum repräsentierten – und Juden.⁴ Die obige Schätzung berücksichtigt weder die Opfer der Kriegshandlung

teilschuld Anwendung. Ziel der Deportationen waren die Gebiete Archangelsk, Kasachstan, Sibirien und der Ural. Die Betroffenen durften lediglich leichtes Handgepäck mitführen, manchmal wurde selbst das untersagt. Unter unmenschlichen Bedingungen mussten die Deportierten in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Schwerindustrie arbeiten. Die hohen Opferzahlen sind aber vor allem auf Hunger und Kälte zurückzuführen. In sowjetischer Gefangenschaft befanden sich ausserdem 250'000 polnische Soldaten, von denen 44'000 nicht entlassen, sondern in Lagern festgehalten wurden (15'000 von ihnen wurden 1940 in Katyn, Charkow und Twer erschossen).³ Die grosse Mehrheit (80 Prozent) der von sowjetischen Repressionsmassnahmen Betroffenen waren Polen – darunter in erster Linie Personen oder gesellschaftliche Gruppen, die das staatliche, kulturelle oder religiöse Polentum repräsentierten – und Juden.⁴ Die obige Schätzung berücksichtigt weder die Opfer der Kriegshandlung

Zwangsumsiedlungen in Ostpolen

gen und Morde vom September 1939 noch die Zwangsrekrutierungen zur Roten Armee oder die für den Einsatz in den Industriezentren der Ukraine oder im Inneren der UdSSR oft unter Zwang angeworbenen Arbeitskräfte.⁵ Unberücksichtigt bleiben ausserdem die Opfer, die nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges auf der Flucht vor der deutschen Wehrmacht nach Osten starben. Die Kriegserklärung von Hitler-Deutschland an die UdSSR und der damit verbundene Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die polnischen Ostgebiete im Sommer 1941 wurden von Teilen der vom sowjetischen Terror eingeschüchterten Bevölkerung zunächst begrüsst. Schnell erkannte man jedoch das wahre

Gesicht der neuen Okkupanten. Die Verluste, die die Bevölkerung durch die Wehrmacht in den Jahren 1941 bis 1944 erlitt, sind ebenfalls schwer zu beziffern.⁶ Die meisten Opfer hatte die jüdische Bevölkerung zu beklagen, die im Zuge der deutschen Vernichtungspolitik beinahe vollständig eliminiert wurde. Des Weiteren geht man davon aus, dass unter den nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern bis zu 400'000 Polen waren.⁷ Zehntausende kamen ausserdem durch den deutschen Terror, bei Kämpfen im Untergrund oder im Partisanenkrieg um. Die tragischsten Ereignisse spielten sich 1943/44 in Wolhynien (Gebiet zwischen den Flüssen Bug, Pripet, Sluch und Horyn) und in Ostkleinpolen

Polnische Deportierte bei der Waldarbeit in Sibirien 1941 (Foto links). Gruppe von polnischen Deportierten auf dem Bahnhof Mamlutka in Kasachstan 1941 (Foto rechts)



(Teil Galiziens, infolge der polnisch-ukrainischen Kriege 1918/1919 zu Polen gehörig) ab, wo rund 100'000 polnische Einwohner von bewaffneten Einheiten ukrainischer Nationalisten ermordet wurden.⁸ Weitere 300'000 flüchteten aus Angst um ihr Leben in die westlichen oder zentralen Teile Polens, wo sie äusserst schwierige Lebensbedingungen vorfanden.⁹

Insgesamt kamen in der Zeit zwischen dem Ausbruch des Krieges und der erneuten Einnahme der ostpolnischen Vorkriegswoiwodschaften durch die Rote Armee im Jahr 1944 rund 1,4 Millionen Personen polnischer Nationalität und ungefähr eine Million Juden ums Leben.¹⁰ Wenn man von der eingangs geäusserten Annahme ausgeht, dass in dieser Region vor dem Krieg 4,2 Millionen Polen lebten, so ging ihre Zahl bis Mitte 1944 auf 2,8 Millionen Personen polnischer Nationalität und einige zehntausend Juden zurück.¹¹

Grenzverschiebung und «Repatriierung»

Im Herbst 1944 standen die Menschen in Ostpolen wegen des erneuten Vorrückens der Roten Armee vor der Entscheidung, entweder in ihrer Heimat zu bleiben oder aber nach Westpolen zu gehen. Der polnische Untergrund, der mit der Exilregierung in London in enger Verbindung stand, rief die Bevölkerung nach dem Einmarsch der Roten Armee dazu auf, «ihre Heimat nicht zu verlassen und ihr Nationalgefühl und ihren unerschütterlichen Glauben daran zu bewahren, dass die besetzten Gebiete ein untrennbarer Teil des polnischen Staates sind und bleiben werden».¹² In dieser Situation war der Verbleib in der Heimat ein Loyalitätsbekenntnis gegenüber der polnischen Exilregierung und eine Form des stillen Protests gegen die drohende Änderung des Grenzverlaufs. Doch bald begannen die Sowjetunion und die mit ihrer Hilfe an die Macht gekommene kommunistische polnische Regierung, das «Polnische Komitee für die nationale Befreiung» (auch Lubliner Komitee genannt), mit Um-

siedlungsmassnahmen und Repressionen gegen die Polen in den östlichen Gebieten. Am 14. März 1945 verfügte deshalb die Londoner Exilregierung, dass «das Eintreten für die Belange Polens [d.h. die Registrierung für die Übersiedlung nach Westen, Anm. d. Verf.] als eine Form der Verteidigung des Polentums gegen dessen Vernichtung und Deportation nach Osten» anzusehen sei. Die Exilregierung gab ebenfalls die feste Zusicherung, der polnische Staat werde «zu gegebener Zeit auf juristischem Weg die Frage der infolge von Übersiedlungen und Deportationen entstandenen materiellen Verluste regeln».¹³ Das Lubliner Komitee hatte die neue polnische Ostgrenze – sie entsprach weitgehend der 1920 vorgeschlagenen Curzon-Linie – bereits im Juli 1944 akzeptiert (ohne zu wissen, welches Ausmass die Kompensationen im Westen haben würden).

Die Veränderung des Grenzverlaufs sollte einen beiderseitigen Bevölkerungsaustausch nach sich ziehen. Die Verträge über die Umsiedlung der weissrussischen, ukrainischen und litauischen Bevölkerung aus Polen und der polnischen und jüdischen Bevölkerung aus den benachbarten Sowjetrepubliken wurden am 9. und 15. September 1944 vom Lubliner Komitee unterzeichnet. Diese Abkommen sahen viel zu kurze Fristen für die Registrierung (15. September bis 15. Oktober 1944) und Übersiedlung (15. Oktober 1944 bis 1. Februar 1945) vor. Erst in den Folgemonaten wurde eine Verlängerung der Fristen vereinbart – die Umsiedlungen sollten nun bis Mitte 1946 vollzogen werden. Der Grund für die zeitliche Fehleinschätzung lag in den «irrealen Vorstellungen über den Umfang und den Verlauf des Bevölkerungstransfers (...), die davon ausgingen, dass weniger Polen in den ehemaligen östlichen Woiwodschaften lebten, als dies tatsächlich der Fall war und der grösste Teil dieser Personen in der UdSSR bleiben würde».¹⁴ Die sowjetische Seite nutzte den Zeit- und Umsiedlungsdruck auf die polnische Bevölkerung in Ostpolen aus und

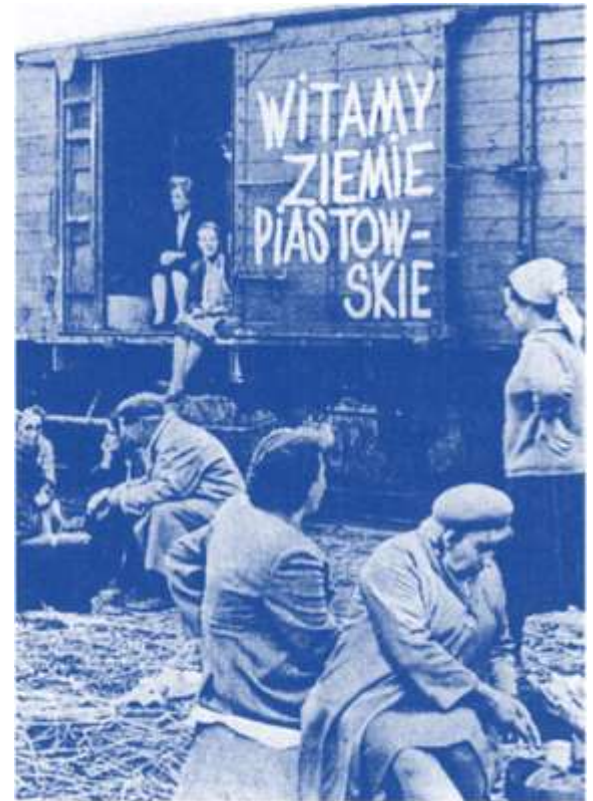
schaffte durch deren Aussiedlung für sich günstige Fakten. Dass die internationale Staatengemeinschaft die neuen Machthaber, die die Verträge für Polen unterzeichnet hatten, nicht anerkannte, interessierte die UdSSR dabei wenig. Polen verfügte zu dieser Zeit über keinen gesonderten Organisationsapparat, der sich mit der Aufnahme der Übersiedler hätte beschäftigen können. Eine staatliche Repatriierungsbehörde (Paristwowy Urząd Repatriacyjny, PUR), deren vorrangige Aufgabe darin bestand, die Übersiedlungen aus der UdSSR zu organisieren, war zwar schon am 7. Oktober 1944 ins Leben gerufen worden, hatte aber seit Beginn ihrer Tätigkeit mit immensen Problemen bei der Rekrutierung geeigneter Mitarbeiter sowie in den Bereichen

Transport und Lebensmittelversorgung zu kämpfen.¹⁵ Erst Mitte Februar 1945 wurde ein Beschluss zur Repatriierung gefasst, der die juristischen Rahmenbedingungen für die in vielerlei Hinsicht komplizierten Übersiedlungsmassnahmen festlegte. Nach weiteren Siegen der Roten Armee und den damit verbundenen Befreiungen und Besetzungen von Gebieten zwischen Oder und Weichsel, die später Bestandteil des polnischen Staates werden sollten, traf die Repatriierungsbehörde die Entscheidung, nunmehr die Übersiedlungstransporte in Richtung Westen einzuleiten. So wurden Übersiedlung und Repatriierung mit der für den polnischen Staat überaus wichtigen Frage der Inbesitznahme und Besiedlung der neuen, ehemals deutschen Gebiete ver-



Strassenszene in Jelenia Góra/Hirschberg/ Schlesien, das nun unter polnischer Verwaltung steht. Im Hintergrund ist das Amt für Repatriierung zu sehen. Bei der Umsetzung der Umsiedlungspläne durch die neuen

polnischen Behörden gab es zunächst grosse organisatorische Schwierigkeiten, insbesondere im Bereich Transport und bei der Lebensmittelversorgung.



Polnische «Repatrianten» auf ihrem Weg nach Schlesien. Auf der Wagentür steht geschrieben: «Wir begrüßen die Piastengebiete.»

bunden. Das Fehlen einer internationalen Billigung der polnischen Gebietszuwächse im Westen bis zum Potsdamer Abkommen im Juli/August 1945 wirkte sich hemmend auf den Verlauf der Aktion aus.

In Anbetracht der zahlreichen Kriegsoffer lag die Aufnahme einer grossen Zahl von Übersiedlern aus den östlichen Gebieten im Interesse Polens. So konnte auch die Idee eines nationalen polnischen Staates in die Tat umgesetzt werden, der den Polen in den so genannten Piastengebieten (Grenze zwischen Oder und Bug wie im frühen Mittelalter) eine Heimat bot. Auch begann die Zahl jenes aus Ostpolen zuziehenden Bevölkerungsanteils zu steigen, der dem Druck Moskaus nicht mehr standhielt und die Hoffnung aufgab, dass zumindest ein Teil des nun unter sowjetischer Verwaltung stehenden Gebiets an Polen zurückgegeben würde.

Zwang und «Freiwilligkeit» der Umsiedlung nach Westen

Entsprechend den getroffenen Vereinbarungen hatte die polnische Bevölkerung in den östlichen Gebieten zumindest theoretisch das Recht der freien Entscheidung in der Frage der Übersiedlung.¹⁶ Es wurde kein direkter Zwang angewandt, um die Betroffenen zur Aufgabe ihrer Heimat zu bewegen. Tatsächlich entschied jedoch eine ganze Reihe eng miteinander verknüpfter Faktoren über die Übersiedlung in die neuen, weit im Westen gelegenen Landesteile: Die Landbevölkerung fürchtete die bereits in den Jahren 1940/41 begonnene Kollektivierung des Landes durch die sowjetischen Machthaber. Ausserdem wurden weitere Deportationen in das Landesinnere der UdSSR erwartet. Zudem lag die Vermutung nahe, dass es in einem atheistischen Staat zu einer Verfolgung der katholischen Kirche kommen würde, die in den östlichen Gebieten Vorkriegspolens eine wichtige Rolle gespielt hatte. Die sowjetische Bildungspolitik weckte wenig Hoffnung, dass es für die Ausbildung der Kinder polnische Schulen geben würde.

Auch die lokalen Behörden waren den in diesen Gebieten lebenden Polen nicht wohlgesonnen oder standen ihnen sogar feindlich gegenüber. Sie drängten die Bevölkerung zur Übersiedlung, indem sie deren nationales Selbstwertgefühl verletzten, unzumutbare Steuern auferlegten oder die Jugend zur Arbeit in die UdSSR brachten. Junge Männer wurden zudem von der sowjetischen Armee zwangsverpflichtet.

Ein Vergleich der Anzahl jener Personen, die sich als Übersiedler hatten registrieren lassen (insgesamt etwa 1,7 Millionen), und jener, die dann tatsächlich übersiedelten, führt zu einer erheblichen Differenz. Während in der Ukraine 96,4 Prozent der dort registrierten Personen das Land tatsächlich verliessen (787'600 von 816'800), waren es in Weissrussland nur 54,8 Prozent (274'100 von 499'600) und in Litauen 51,4 Prozent (197'100 von 383'000).¹⁷ Nicht alle Polen, die das Recht dazu hatten, liessen sich als Übersiedler erfassen, weil sie zum Beispiel nicht im Besitz von Papieren waren, die ihre Nationalität auswiesen. Geht man davon aus, dass 1944 insgesamt 2,8 Millionen Polen in der Region lebten, so blieben 1,1 Millionen ohne Registrierung. Ein Teil von ihnen fiel der Repressionswelle zum Opfer, die nach der erneuten Besetzung der östlichen Woiwodschaften durch die Rote Armee einsetzte. Mitglieder des polnischen Untergrunds, die in Verbindung mit der Exilregierung im Westen gestanden hatten, wurden verhaftet. Darüber hinaus verliess eine unbekannte Anzahl von Personen aus Furcht um ihr Leben die betreffenden Gebiete illegal oder reiste unregistriert aus, weil sich das Warten auf einen Transport nach Polen zu sehr in die Länge zog.

Beim Verbleib in der so genannten kleinen Heimat, also dem eigenen Hof, der vertrauten Umgebung und einer Umwelt, die schon seit Generationen als die eigene empfunden wurde, drohte der polnischen Bevölkerung der Verlust des persönlichen Eigentums, bestand Gefahr für Leib und Leben und letztlich auch für das allmähliche Schwenden der nationalen Identität. Die theoretische

tisch freiwilligen Übersiedlungen standen also in Wirklichkeit unter situationsbedingtem Zwang. Wer die «kleine Heimat» verliess, konnte sich dann allerdings eines einigermaßen geregelten Lebens auf polnischem Staatsgebiet sicher sein. Dableiben hiess hingegen, sich mit dem Sowjetsystem arrangieren zu müssen. Die Führung in Moskau hatte zudem erkannt, dass die Sowjetisierung leichter durchzuführen war, wenn die Bevölkerung ihrer städtischen Oberschicht beraubt wurde (die im Lauf von zwei aufeinander folgenden Okkupationen ohnehin schon stark dezimiert war). Die Führung der litauischen Sowjetrepublik zum Beispiel drängte die in Wilna ansässigen Polen nachdrücklich zum Verlassen der Stadt.¹⁸ Dagegen behinderte sie bewusst den Ab-



Der Mangel an Transportmitteln bedeutete für die Übersiedler häufig mehrtägiges Warten auf den Bahnhöfen. Polnische

Zwangsumsiedler aus dem Osten kampieren an Eisenbahngleisen im Jahr 1945.

zug der polnischen Bevölkerung aus den ländlichen Gegenden, da sie einen Rückgang der Agrarproduktion fürchtete und annahm, diese Bevölkerungsschicht bei Bedarf leichter assimilieren zu können als die Stadtbevölkerung.¹⁹ Von den übersiedelnden Personen wurde verlangt, auf alle eventuell noch ausstehenden Zahlungsansprüche zu verzichten. Des Weiteren wurde die Menge an Hab und Gut, die mitgenommen werden durfte, begrenzt und die Bestandsaufnahme des Vermögens, das zurückgelassen werden musste, hinausgezögert. Der Mangel an Transportmitteln bedeutete für die Übersiedler oft ein mehrtägiges Warten auf den Bahnhöfen. Dies lässt sich zum einen mit der Nachkriegssituation erklären; vieles deutet jedoch darauf hin, dass dies ein Mittel war, unerwünschte Übersiedlungen zu behindern.²⁰ In Weissrussland bestand das grösste Problem darin, die Nationalität derjenigen festzustellen, die sich für eine Übersiedlung entschieden hatten.²¹ Die polnische Seite verlangte, dass die Betroffenen ihre Nationalität selbst bestimmen konnten und ihnen die Möglichkeit eingeräumt wurde, Zweifelsfälle mithilfe von Dokumenten, Zeugen oder unter Berücksichtigung der kulturellen Zugehörigkeit aufzuklären. Während auch die weissrussischen Behörden verstärkt auf eine Übersiedlung der polnischen Intelligenz drängten, wurden Informationsveranstaltungen und Registrierungen auf dem Land nur sehr begrenzt durchgeführt.

Die höchsten Übersiedlungszahlen weist die Ukraine auf, wo die entsprechenden Massnahmen schon im November 1944 begannen. Die um ihr Leben fürchtenden Polen sprachen sich mit einer überwältigenden Mehrheit für die Übersiedlung aus und wurden von ukrainischer Seite nicht daran gehindert. Probleme hinsichtlich unklarer Nationalitätszugehörigkeiten gab es hier kaum, da die einzelnen Nationalitäten infolge der Kriegereignisse streng getrennt voneinander lebten. Auf den grössten Widerstand stiessen die Registrierungen in Lemberg, dessen Bewohner lan-

ge Zeit auf den Verbleib der Stadt im Bestand des polnischen Staates hofften. Um eine Entscheidung für die Übersiedlung zu beschleunigen, wurden Repressionen vor allem gegenüber der Intelligenz angeordnet und durchgeführt, Vermögen konfisziert und Einberufungen zur Roten Armee veranlasst.²²

Aus den drei betroffenen Sowjetrepubliken (Litauen, Weissrussland, Ukraine) siedelten zwischen 1944 und 1948 insgesamt rund 1'260'000 bis 1'280'000 Personen in organisierter Form nach Polen über (darunter 54'000 Juden), was einer Quote von 74 Prozent derjenigen entspricht, die sich als Übersiedler hatten registrieren lassen. Bezogen auf die Gesamtzahl polnischer Einwohner in diesen Gebieten im Jahr 1944 (2,8 Millionen), entspricht dies einer Umsiedler-Quote von etwa 45 Prozent.

Reise in ein unbekanntes Land

Die Grenzziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg zwangen die in den Gebieten östlich des Bug lebenden Polen zur folgenreichen Wahl zwischen «Heimat» im Sinne ethnischer Zugehörigkeit beziehungsweise politischer Überzeugung einerseits und der «kleinen Heimat» andererseits.²³ Welches sind nun die Beweggründe derjenigen, die geblieben sind? Haben sich ihre Hoffnungen auf ein normales Leben trotz allem erfüllt? Zweifellos spielten die lange anhaltenden Spekulationen auf eine Revision des für Polen ungünstigen neuen Grenzverlaufs im Osten eine hemmende Rolle für mögliche Übersiedlungen. Solange die Exilregierung von den Westmächten anerkannt wurde, erhielten solche Hoffnungen immer wieder neue Nahrung. Besonders optimistisch war man in den Gebieten, die unmittelbar östlich der neuen Grenze lagen und vor allem von Polen bewohnt wurden. Auch ohne Aufrufe zum Bleiben konnten sich nur wenige Polen an den Gedanken gewöhnen, dass ihre Heimat fortan zur UdSSR gehören sollte, was in ihren Augen einer

Anerkennung der Ergebnisse des Angriffs der Roten Armee vom 17. September 1939 gleichkam.

Die Hoffnung auf einen Verbleib innerhalb der alten polnischen Grenzen war in erster Linie in Städten wie Lemberg und Wilna zu beobachten, die lebendige polnische Zentren waren. Viele Polen hielten es trotz des starken Drucks seitens der sowjetischen Behörden für ihre Pflicht, so lange wie möglich in ihrer angestammten Heimat auszuharren.²⁴ Auf dem Land spielten die enge Bindung an den eigenen Hof und die Dorfgemeinschaft eine wichtige Rolle, ebenso wie die mit dem Besitz eines Stückchens Land verbundene relative materielle Sicherheit. Nicht zu unterschätzen war auch das Gefühl, dass es sich um polnischen Boden handelte.

Die Übersiedlung nach Polen erschien den Be-



Polnische «Repatrianten» auf dem Bahnhof von Katowice/Kattowitz-Eilguth im Juli 1945. Oft waren diese Leute bis zu elf

Wochen in unbedeckten Waggons unterwegs und kamen daher voller Bitterkeit am Zielort an, wo niemand sich ihrer annahm.

troffenen wie eine Reise ins Unbekannte. Handelte es sich doch bei den Territorien, die Polen im Sommer 1945 nach dem Potsdamer Abkommen endgültig zugesprochen worden waren, um deutsche Gebiete, die zudem infolge der Kriegshandlungen wahrscheinlich verwüstet waren. Man hatte Angst, auch noch das letzte Hab und Gut, das die Zeit des Krieges überdauert hatte, zu verlieren. Ausserdem war nicht auszuschliessen, dass sich mit der Errichtung einer kommunistischen Regierung in Warschau die dortige politische und wirtschaftliche Situation nicht von der unterscheiden würde, die aus der nun sowjeti-



Breslau, Blick vom Rathaus über die kriegszerstörte Innenstadt nach Nordost

schen Heimat bekannt war.²⁵

Ein Bewohner der Region Nowogrödek schilderte die Überlegungen seiner Familie und Nachbarn wie folgt: «In dieser Situation war eine der wichtigsten Fragen, die sich die jenseits der östlichen Grenzen des polnischen Staates lebenden Polen stellten, die, ob es sich wirklich lohne, den heimatlichen Hof, Hab und Gut, all das, was im Laufe von Generationen mühsam aufgebaut wurde, die Gräber der Vorfahren oder die vertraute Landschaft und Umgebung, in der man zu Hause war, zu verlassen und sich stattdessen auf unbekanntem und fremdem deutschem Boden, von dem niemand wusste, wie lange er zu Polen gehören werde, niederzulassen. Die Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten und die westeuropäischen Staaten früher oder später der Sowjetunion den Krieg erklären und die Deutschen ihr Land wieder in Besitz nehmen würden und die Polen dieses dann wieder verlassen müssten, war nicht nur unter Polen, sondern auch unter vielen Weissrussen weit verbreitet. So stellte mein Grossvater seinem Bruder Aleksandr, als dieser ihm vorschlug, mit ihm zusammen überzusiedeln, die Frage nach dem ungewissen Ziel der Reise. Auch demobilisierte heimkehrende Soldaten oder russische Frauen, die Kühe und Pferde aus Deutschland in grossen Herden nach Russland trieben und lange in Wielmowa rasteten, machten Propaganda gegen eine Übersiedlung nach Polen. Man berichtete von vollkommen zerstörten deutschen Städten, verminteten und verlassenen Häusern und Feldern, ermordeten Polen, die sich dort niedergelassen hatten, über die Vergiftung von Brunnen und der letzten noch verbliebenen Lebensmittel. Das machte einen furchtbaren Eindruck auf uns. (...) Dazu kam die trügerische Einbildung, im Nachkriegsalltag könne es gelingen, familiäre Traditionen, Muttersprache, Kultur, Sitten und Gebräuche sowie Religion zu bewahren. So war es doch früher im russischen Teilungsgebiet auch gewesen. Aber im Falle unserer Familie bestand

der Hauptgrund, der uns von einer Übersiedlung abhielt, in der harten und grausamen Realität: Wir besaßen nichts, was wir auf die Reise hätten mitnehmen können, weder Lebensmittel, Kleidung, Schuhe. Dabei mussten wir acht Kinder im Alter von zwei bis 15 Jahren versorgen. (...) Die Mutter zitterte bei der Vorstellung, wir könnten irgendwo in der weiten Welt vor Hunger oder Kälte sterben.»²⁶

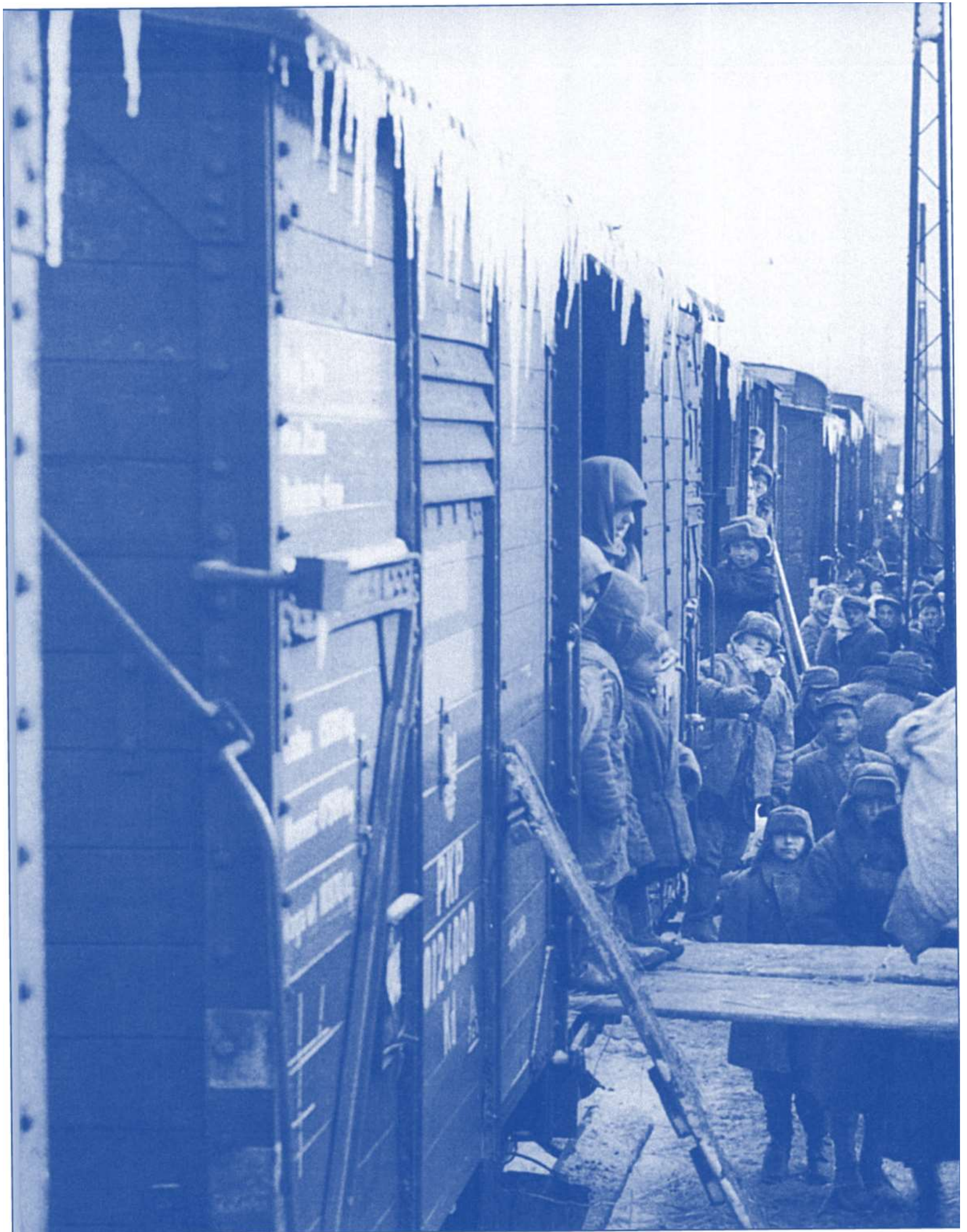
Häufig gaben das ungeklärte Schicksal von Familienangehörigen oder das Warten auf die Männer, die entweder aus der polnischen beziehungsweise sowjetischen Armee oder den Partisaneneinheiten noch nicht wiedergekommen waren, den Ausschlag, die Übersiedlung hinauszuzögern oder ganz darauf zu verzichten. Einige Familien traten die Reise wegen der bereits erwähnten Transportschwierigkeiten nicht an, die oft dramatische Ausmaße erreichten: «Zum Jahreswechsel 1945/46 standen wir auf dem Bahnhof in Boryslav, wo wir mit allem, was wir mit nach Polen nehmen konnten, sieben Wochen auf den Transport warteten. Vater und seine Brüder bewachten unser Gepäck und kämpften um einen Platz im Waggon. (...) Wie immer setzten sich die stärksten durch. Die Waggonen mussten zunächst vom Mist gereinigt werden, da in ihnen Vieh transportiert wurde.»²⁷

Eine ganze Reihe dieser sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren bestimmte das Ausmaß und die Intensität der Wanderungsbewegungen aus den östlichen Woiwodschaften Vorkriegspolens. Zum einen waren diese Faktoren objektiver Art und hatten ihre Ursache in den polnisch-sowjetischen Beziehungen oder der allgemeinen wirtschaftlichen Situation in Polen, zum anderen handelte es sich um subjektive Faktoren, die von der persönlichen Situation und den Entscheidungen jedes Einzelnen abhingen. Viele Personen, die sich in den Jahren 1944-46 zum Bleiben in der Sowjetunion entschlossen hatten, überdachten diese Entscheidung einige Jahre später. Dieses Umdenken war der Grund für die vielen

Übersiedlungen nach Polen, die in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre im Zuge des chruschtschowschen Tauwetters, als sich die Türen nach Westen wieder öffneten, möglich wurden. Ende der 1940er Jahre waren die ehemals ostpolnischen Gebiete Schauplatz einer Stalinisierungswelle gewesen, die in der Enteignung von Bauern, der Verfolgung der Kirche, Repressionen, politischer Indoktrinierung und der Zerschlagung aller unabhängigen gesellschaftlichen Lebensformen bestand. Diese Entwicklung begünstigte den Zuzug von Menschen aus dem Inneren der Sowjetunion, die den Platz der polnischen Übersiedler einnahmen. Dadurch kam es zur Zerstörung des für diese Gebiete typischen konservativen Lebensstils, der vom Rhythmus der Natur und der Kirchengemeinde bestimmt wurde. Auch das Bild der Städte, das vor dem Krieg vor allem von Polen und Juden geprägt wurde, veränderte sich. Vom ehemals multi-ethnischen Charakter der früheren polnischen Ostgebiete zeugen heute nur noch die vielen verfallenen Denkmäler und die zugewachsenen polnischen und jüdischen Friedhöfe.

*(Aus dem Polnischen von
Kai Witzlack-Makarevich)*

Folgende Doppelseite: Vertriebene Ostpolen beim Umladen von Hausrat in Katowice/Kattowitz 1946. Polen war in dieser Zeit ein Volk auf Rädern. Am Ziel der Reise ins Unge- wisse standen oft Will- kür und Chaos. Ein pol- nischer Beobachter no- tierte: «Repatriierung und Siedlung beleidigen sämtliche elementaren Grundsätze und Forde- rungen der Menschlich- keit.»





Die vergessenen Zwangsarbeiter

Stefan Karner

Mit dem Vormarsch der Roten Armee nach Zentraleuropa wurden ab 1944 über 200'000 «Volksdeutsche» aus Mitteleuropa von der sowjetischen Abwehrorganisation SMERSch, dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD) und der Roten Armee in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit deportiert.¹ Sie sollten wieder aufbauen, was zuvor von der Wehrmacht zerstört worden war. Jeder Vierte kam nicht mehr zurück. Die anderen leisteten einen beachtlichen Teil des sowjetischen Wiederaufbaus nach den Zerstörungen des NS-Okkupators. Die Heimkehrten trugen teils schwere und bleibende Schäden davon. Die sowjetischen Behörden bezeichneten sie als «mobilisierte und internierte Deutsche», in der westlichen, vor allem deutschen Literatur subsummierte man sie, wenn sie überhaupt erwähnt wurden, unter dem diffusen Begriff «verschleppte Zivilisten». Von Deutschland fordern ihre Verbände nun eine Entschädigung für die geleistete Reparationsarbeit.²

Zu den Deportierten zählten neben «Volksdeutschen», die vor der Roten Armee nicht mehr flüchten konnten, und Frauen, die nach Massengewaltungen in Viehwaggons gezwungen wurden, ehemalige Helferinnen der Wehrmacht, aus politischen Gründen (meist nach Denunziation) ohne Gerichtsverfahren internierte Zivilisten aus den sowjetisch besetzten Zonen (SBZ) Deutschlands und Österreichs,³ Rot-Kreuz-Schwester, Ärztinnen, Sanitäter und schliesslich Menschen, die von Rotarmisten von der Strasse weg «verhaftet» wurden, nur um die Marschkolonnen aufzufüllen.

Eine «Volksdeutsche», damals 12 Jahre alt, erinnert sich an die Verschleppungen durch die Rotarmisten aus ihrem Heimatdorf in Siebenbürgen: «Gut, es gibt überall solche und solche Leute, aber das waren ja solche Wilde aus dem hintersten Asien, so ungehobelt, das kann man sich

nicht vorstellen. Alles, was ihnen gefallen hat, haben sie genommen. Schmuck, Uhren – nebeneinander am Arm aufgereiht bis zum Ellbogen. Ich kann mich erinnern, ich hatte ein Maniküreset, das war plötzlich weg, das hatten die gestohlen. Das hat mich persönlich tief getroffen. Ich hatte eine richtige Wut auf diese Russen. Alle Häuser, die Strassen, der ganze Hof – alles war voll mit Russen. Manche waren zivilisiert, manche waren freundlich, manche haben die Frauen in Ruhe gelassen, waren mit Kindern nett. Manche aber haben die Mädchen geschnappt. Da ist so viel passiert. Meine Mutter war mit uns drei Kindern allein. Es gab damals keine Männer im Dorf. Die Frauen mussten für die Russen kochen. Ein paar Wochen dauerte dieser arge Überfall. Die Russen rissen die Federmatratzen aus den Betten, trampelten mit den Stiefeln darauf herum. Sie kamen mit einem grossen Waidling voll mit Eiern zur Türe herein – ich sehe es heute noch vor mir – die Mutter sollte Eierspeise machen. In unserer Stadtwohnung waren auch Russen. Dort war ein russischer Major einquartiert, für den musste meine Mutter dann waschen und bügeln. Da war einer – er war sehr gross und blond –, er konnte etwas deutsch, hatte Frau und Kinder in seiner Heimat, er half meiner Mutter, wenn sie schwere Arbeiten zu erledigen hatte, hielt seine Kollegen an, dass sie sich anständig aufführten. Bei einem Nachbar wohnte ein russischer Offizier, er war nett, er war freundlich, aber er trank. Da holte er dann sein Gewehr und fing an herumzuballern. Wie die Kaninchen sind wir gelaufen, alle sind in die Häuser verschwunden. Keiner konnte etwas machen dagegen. Diese Zeit war für uns gewiss nicht schön, aber wir sind nicht misshandelt worden, es wurde nichts aus unserer Stadtwohnung weggetragen. Nach zwei Monaten sind sie dann weg. Und dann, im Jänner, mitten im Winter, fing es an: jede Nacht wurde mit den Kolben an die Türen geschlagen ‚Aufmachen!‘ Da haben sie dann die Leute geholt ...»⁴

Das Beispiel der «mobilisierten und internierten Deutschen» zeigt, wie sehr die Sowjetführung gewillt war, sich an der deutschstämmigen Bevölkerung der von der Roten Armee eroberten Gebiete Ost- und Südosteuropas für die Verwüstungen und für die Verbrechen schadlos zu halten, die deutsche Soldaten in der Sowjetunion verübt hatten. Auch die «volksdeutschen» Zwangsarbeiter sollten wieder aufbauen und in Gang setzen, was zuvor vom NS-Okkupator zerstört worden war: über 1'700 Städten, rund 70'000 Dörfer, 32'000 Industriebetriebe und 65'000 Kilometer Schienenwege, etwa 60 Millionen Quadratmeter Wohnraum, wodurch 25 Millionen obdachlos geworden waren. Dazu kamen mindestens 20 Millionen tote Sowjetbürger (Gefallene, Verhungerte, Repressierte).⁵ Der von der Staatlichen Planungsbehörde («Gosplan») und einer Kommission zur Schadensfeststellung (TschGK) 1945 errechnete wirtschaftliche Gesamtschaden durch Kriegszerstörungen betrug 679 Milliarden Rubel.⁶ Die Arbeitsleistung der «mobilisierten und internierten Deutschen» kann somit als Teil der Reparationen angesehen werden.

Anfang Dezember 1944 liess das sowjetische NKWD erstmals Zahlen über die in Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Bulgarien ansässige «deutsche Bevölkerung» erheben. Bis zum Stichtag am 5. Dezember 1944 wurden insgesamt 187'042 «Deutsche» gezählt, von ihnen 115'086 im Alter zwischen 16 und 50 Jahren – eine Differenzierung, die bereits auf den Zweck der geplanten Deportationen hinweist: Wiedergutmachungsarbeit in der Sowjetunion. Goebbels' Propaganda vom «Totalen Krieg» spielte einer solchen Politik in die Hände. Allzu leicht konnten die Deportationen aus militärischer Sicht mit dem Argument begründet werden, das Hinterland der vorgerückten Front könnte unter anderem nur durch die Isolierung des feindlichen Elements gesichert werden. Gerade an den deportierten «Volksdeutschen» aus Ost- und Südosteuropa entlud sich der Hass des Sowjetregimes

und eines grossen Teils der sowjetischen Bevölkerung. Dieser war auch durch die menschenverachtende NS-Besatzungspolitik, die ganze Landstriche entvölkert, Zivilisten gemordet und gebrandschatzt und Millionen «slawischer Untermenschen» in die Sklaverei und Zwangsarbeit getrieben hatte, entstanden. «Mein Vater hat sich nicht lange mit mir freuen können, er musste bald in den Krieg. Er hat bei den Rumänen mit den Deutschen gekämpft. Als ich zwei Jahre alt war, hat er mich zum letzten Mal gesehen. Ich habe keine Erinnerung mehr an ihn. Mein Vater wurde dann deutscher Soldat. Er hat sich nicht wie die Rumänen gedreht. In deutscher Uniform hat er weitergekämpft, ebenso wie mein Schwiegervater. Ab August war mein Vater vermisst. Und im



Die Durchführung der sowjetischen Massendeportationen ähnelten frappant derjenigen der NS-Massendeportationen von so

genannten «Ostarbeitern». Als Zwangsarbeiter verpflichtete sowjetische Frauen erreichten das Durchgangslager Wilhelmshagen (1942).

Plakat an der Aussenwand einer Baracke des Lagers 1023 Petrovka. Übersetzung des gedruckten Teils: Tod den deutschen Eindringlingen. Kampf-Flugblatt. Wir bauen den heimatlichen Donbass schnell wieder auf! «Wir müssen die Folgen des Herunterwirtschaftens durch die Deutschen in den von der deutschen Besatzung befreiten Kreisen vollständig beseitigen. Dies ist eine grosse, das ganze Vaterland verpflichtende Aufgabe. Wir können, und wir sind verpflichtet, diese schwere Aufgabe in kurzer Zeit zu lösen.» (Josef Stalin)

Смерть немецким захватчикам

БОЕВОЙ ЛИСТОК

1. Роты.

Быстрее восстановим родной Донбасс!

„Нам необходимо полностью ликвидировать последствия хозяйничанья немцев в районах, освобожденных от немецкой оккупации. Это большая общенародная задача. Мы можем и должны решить эту трудную задачу в короткий срок“.

Л-Т Маладцо^в (И. Сталин).

<p>STEIGERUNG DER PRODUKTION DURCH STEIGERUNG DER ARBEITSLEISTUNG</p> <p>Arbeiter der 1. Rote erfüllen schlecht ihre Pflicht. Unsere Aufgabe ist es, die Normalleistung zu steigern! Folgende Arbeiterinnen erfüllen ihre Pflicht und erreichen die Normalleistung. Sie seien auch Beispiel!</p> <p><u>Kügel Katharina</u> Brigade <u>Hilde Bains</u> Brigade <u>Pelger Jesamma</u></p> <p>Je mehr wir arbeiten, desto besser die Ernährung!</p>	<p>RICHTET EUER AUGENMERK AUF SCHLECHTE ARBEITER!</p> <p>Leute, die schlecht arbeiten, schaden der ganzen Rote! Bei uns sind es folgende:</p> <p><u>Pelger Katharina</u> <u>Zanke Hermine</u> <u>Wenrich Grete</u> <u>Lamer Grete</u></p> <p>Tut ihnen nicht nach!</p>	<p>SORGT FÜR UNBEDINGTE SAUBERKEIT IM INNERN UND DER UMGEBUNG DER BARACKE!</p> <p>BEDENKT! Davon hängt unsere GESUNDHEIT ab. Beispielhaft reingehalten sind die Zimmer von:</p> <p><u>Kügel Katharina</u> <u>Wolff Helene</u></p> <p>Dagegen wirken durch Unsauberkeit ablassend die Zimmer von:</p> <p>Schachtarbeiterinnen Haltet Ordnung und Disziplin!</p>
---	---	---

БП-02671. Издание газеты „Социалистический Донбасс“. Тип. I Облкомграфиздата. Зак. 626. Тир. 2.500-

Januar 1945 musste meine Mutter zur Zwangsarbeit nach Russland. Meine Mutter wurde mit allen, die deportiert werden sollten, in einen grossen Saal gesperrt. Da waren nur Deutsche, Männer und Frauen, keine Rumänen. Mein Grossvater hat mich auf den Arm genommen und ist zu einem Fenster dieses Saales gegangen. Durch das Fenster hat er mich meiner Mutter gereicht, damit sie mich noch einmal in den Händen halten kann. Nur kurz durfte sie mich halten. Dann hiess es: Weg, weg damit!»⁷

Die Durchführung der sowjetischen Massendeportation ähnelt frappant der NS-Massendeportation von «Ostarbeitern».⁸ Am 16. Dezember 1944 gab das oberste kriegswirtschaftliche Lenkungs-gremium unter Stalin, das Staatliche Verteidigungskomitee GKO, mit der Verordnung Nr. 7161SS den Auftakt für die Massendeportationen der Deutschen aus den von der Roten Armee besetzten Gebieten: «Zwecks Zuführung zu Arbeiten in der UdSSR sind alle arbeitsfähigen deutschen Männer zwischen 17 und 45 Jahren und Frauen zwischen 18 und 30 Jahren aus den von der Roten Armee befreiten Gebieten Rumäniens, Jugoslawiens, Ungarns, Bulgariens und der Tschechoslowakei zu mobilisieren und zu internieren.»⁹

Gleichzeitig liess die Sowjetführung Pläne für eine organisierte Abwicklung der Aktion, die bis Februar 1945 abgeschlossen werden sollte, erstellen. Nach dem Szenario des NKWD sollte der Mobilisierungsbefehl nach vorgefertigten Namenslisten individuell kundgemacht werden. In Ortschaften, in denen die Deutschen die Bevölkerungsmehrheit stellten, sollte die Kundmachung auf einer eigens einberufenen Versammlung erfolgen, wobei in diesen Fällen die betroffene Ortschaft zuvor von bewaffneten Einheiten zu umstellen war. Die Mobilisierten hatten Winterkleidung, Schuhe, Wäsche, Bettzeug, Geschirr, Hygieneartikel und Verpflegung für 15 Tage, insgesamt höchstens 200 Kilogramm, selbst mitzubringen. Danach mussten sie sich an bestimmten Sammelstellen einfinden, wo eine

Stellungskontrolle sowie die Klassifizierung der Arbeitstauglichkeit erfolgten. Alle Untauglichen sollten bei dieser Gelegenheit ausgesondert und wieder nach Hause geschickt werden. Wer sich der Mobilisierung entzog, musste damit rechnen, von der Polizei verhaftet und einem Kriegsfeldgericht überantwortet zu werden. In Rumänien war laut Organisationsplan des NKWD sogar eine aktive Mitwirkung der rumänischen Behörden explizit vorgesehen. Die Vorbereitungen waren offensichtlich so präzise erfolgt, dass schon vor Anlaufen der Aktion die erforderlichen Transportkapazitäten angegeben werden konnten: 103 Zuggarnituren mit insgesamt 5'677 Waggons. Zugleich bemühte sich Stalin auf internationaler Ebene um eine Rechtfertigung für die gross angelegten Verschleppungen von Zivilisten, die ja mit dem weiteren Zusammenbruch des deutschen Widerstands bis hin zur bedingungslosen Kapitulation noch weitaus grössere Dimensionen erwarten liessen. Eine willkommene Gelegenheit dafür sollte die Konferenz von Jalta bieten. Bei den vom 4. bis 11. Februar 1945 dauernden Beratungen zwischen höchstrangigen Vertretern der USA, Grossbritanniens und der UdSSR drängte vor allem die sowjetische Delegation auf eine Klärung der Reparationsfrage. Wenn auch dabei die Ausarbeitung eines detaillierten Reparationsplanes einer eigens in Moskau zu bildenden interalliierten Kommission überantwortet wurde, das heisst die Formulierung konkreter Bestimmungen auf später verschoben wurde, so erzielte man doch in der Annahme eines eigenen Protokolls prinzipielle Einigkeit über die Grundsätze der Reparationsforderungen. Deren Hauptpunkte waren:

- Die Konfiskation von deutschem Nationaleigentum mit der vorrangigen Absicht, das deutsche Militärpotential zu zerschlagen;
- die Warenlieferungen über einen noch zu definierenden Zeitraum hinweg und
- die «Nutzung deutscher Arbeit».

Damit schien fürs Erste genügend Spielraum für die Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften gegeben zu sein. Auch der Zeitpunkt passte: Die Rote Armee stand bereits innerhalb der Vorkriegsgrenzen Deutschlands sowie am Plattensee und wurde in die ersten Rekrutierungen auch massgeblich eingebunden. Zeugenberichten zufolge war hinter diesen Aktionen kaum eine bestimmte Planmässigkeit zu erkennen, vielmehr hatte man den Eindruck, dass sich die Verantwortlichen in erster Linie an quantitativen Vorgaben orientierten. So kam es, dass auch viele junge Menschen, die vielleicht eben erst den Rekrutierungen für Hitlers letzte Aufgebote entgangen waren, nun in die Mühlen der sowjetischen «Organe» gerieten. Ihren Weg nahmen die Deportierten über Sammel- beziehungsweise Durchgangslager des Archipels für Kriegsgefangene und Internierte (GUPWI).¹⁰ Diese Lager waren von den Sowjets entweder neu errichtet oder für ihre nunmehrigen Zwecke neu adaptiert worden. Von diesen Sammelagern ging es dann in zumeist mehrwöchiger Fahrt in Güterwaggons nach Osten, ohne ausreichende Verpflegung oder medizinische Versorgung. Bei den Transporten kamen Tausende zu Tode, noch bevor sie für die sowjetische Volkswirtschaft eingesetzt werden konnten. Die Siebenbürger Sächsin T. R. wurde im Januar 1945 aus ihrer Wohnung in Kronstadt/Brasov verschleppt: «Im Einzelnen wusste ich damals über die politischen Zusammenhänge nicht so genau Bescheid. Als der Bruch dann da war – vollkommene Nachrichtensperre war verhängt worden –, wusste man nichts Genaueres, das war das Schlimmste. Wir hatten ja die vielen Deutschen mit, Hurra⁶ gegen Bessarabien ziehen gesehen, plötzlich kamen sie wieder zurück. Obwohl man damit rechnen musste, kam das Ganze dann doch überraschend. Wer Platz auf einem Auto fand, fuhr mit den deutschen Soldaten über die ungarische Grenze. Ich hatte meine drei Kinder. So viele Plätze in *einem* Auto bekam ich nicht. So weigerte ich mich mitzufahren. Der Geschütz-

donner kam immer näher. Mit dem letzten Zug führen meine Schwiegermutter, meine Kinder und ich nach Hermannstadt [Clyj, Anm. d. Verf.]. Die Russen holten uns ein. Nach drei Wochen sind wir wieder zurück nach Kronstadt, da waren wir ja doch wenigstens zu Hause. Auch die Rumänen hatten grosse Angst vor den Russen, aber die Russen benahmen sich anständig. Die Verschleppungen wurden ja systematisch vorbereitet. Wir standen von Früh bis Mittag und mussten uns melden, aber nur die Deutschen. Mit diesen Meldebögen wurden dann vier bis fünf Wochen vor der Verschleppung die Häuser kontrolliert. Meine Schwester, die jünger als ich war und keine Kinder hatte, versteckte sich immer, wenn die kamen, die Listen zu kontrollieren. Wir hatten am Rand von Kronstadt einen Familiengarten, dort hielt sie sich dann versteckt. Dann, eines Morgens zwischen vier und fünf Uhr, gingen sie von Haus zu Haus: ‚Dawaj! Dawaj!‘ Ich sollte mich anziehen und Essen für zwei Wochen mitnehmen.»¹¹

Mit den militärischen Erfolgen der Roten Armee wurde das Operationsgebiet für die Massendeportationen schliesslich auch auf die Gebiete Oberschlesiens und Ostpreussens ausgedehnt. Nach den Intentionen der Sowjets mussten die generalstabsmässig geplanten Deportationen wohl als Erfolg gewertet werden. Eine NKWD-interne Bilanz nennt als Ergebnis der beiden Operationen insgesamt 189'572 «internierte und mobilisierte Deutsche», darunter 51'138 Frauen.¹²

Nach ihrer Verbringung in die UdSSR wurden die registrierten 208'239 «mobilisierten und internierten» deutschen Zwangsarbeiter in 221 Arbeitsbataillonen (RB) des Archipel GUPWI zusammengefasst, jedes einzelne mit einer Stärke von 750, 1'000, 1'250 und 1'500 Personen. Jedes Arbeitsbataillon wurde als Verwaltungseinheit jenes Volkskommissariats gesehen, dem die «Arbeitskraft des Bataillons» zugestanden wurde. Für Fragen der Bewachung, der Bataillonsordnungen, der Festhaltung der Internierten, deren

Standesführung und für die politische Arbeit unter ihnen war das Innenministerium (NKWD/MWD) in Moskau zuständig. Die deportierten Menschen wurden zur Zwangsarbeit unter härtesten Bedingungen eingesetzt. Meist im Kohlebergbau, unter unvorstellbaren Bedingungen, ohne die mindesten Sicherheitsvorkehrungen und oft zum Entwässern jener Kohlegruben, die von der abziehenden Wehrmacht unter Wasser gesetzt worden waren. Weitere Grosseinsatzbereiche waren die Metallindustrie in den sowjetischen Zentren der Schwer- und Rüstungsindustrie (zum Beispiel im Ural), die Brennstoffindustrie (etwa beim Torf stechen östlich von Moskau, bei Schatura) oder in der Erdölindustrie am Kaspischen Meer.¹³ Generell sollten die deutschen Zwangsarbeiter zusammen mit den Kriegsgefangenen ein Rückgrat zur Erfüllung der Zielvorgaben des ersten Nachkriegs-Fünfjahrespla-

nes sein. Dieser hatte sich hohe Ziele gesteckt: fünf Grossbauprojekte, eine gewaltige Ausweitung der Eisen- und Stahlproduktion, Wohnungsbau. Zu den fünf Grossbauprojekten zählten die Wasserkraftwerke in Kuibyschew, Stalingrad (beide an der Wolga) und in Kachovka (am Dnjestr) sowie die zwei Kanalprojekte in Turkmenistan und zwischen den Flüssen Don und Wolga («Stalinbauten des Kommunismus»). Das russische «Archiv der Wirtschaft» in Moskau verfügt über Summendaten, die den Wert der geleisteten Zwangsarbeit (von Kriegsgefangenen und Internierten) erahnen lassen.¹⁴ Zwischen 1943/44 und dem 31. Dezember 1949 wurden von den Kriegsgefangenen und Internierten insgesamt 1'776'400 «Mann-Tage» für die Sowjetunion erarbeitet. Davon dürften aufgrund der Zusammensetzung der Kriegsgefangenen und Inter-



Es gibt nur wenige Fotos von Zwangsarbeitern in Russland. Die Aufnahmen waren meist arrangiert, wie dieses von einer Gruppe Banater Schwaben aus Rumänien,

die nach einer langen Schicht aus dem Bergwerk kommen. Das Leid, die Verzweiflung und die lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen, denen die Verschleppten täglich ausgesetzt waren, dokumentieren diese Bilder nicht.

So sah die Unterkunft in einem der gefürchteten sowjetischen Gulag-Lager aus.

nierten rund zwei Drittel von deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen sowie von den «mobilisierten und internierten Deutschen» geleistet worden sein.

Selbst wenn man den in Wirklichkeit minimalen Lohn der Kriegsgefangenen und Internierten am Wert der geleisteten Arbeiten – gemäss den sowjetischen Angaben mit 28,6 Prozent am Bau und mit 38,5 Prozent in der Industrie – viel zu hoch in Rechnung stellt, so beträgt der Wert der von den Kriegsgefangenen und Internierten geleisteten Arbeit für die sowjetische Volkswirtschaft etwa 50 Milliarden Rubel, über 5 Prozent der Wertschöpfung des ersten Nachkriegs-Fünfjahresplans der Sowjetunion. Knapp ein Fünftel davon, etwa 10 Millionen Rubel, dürfte von den Internierten geleistet worden sein.¹⁵ Es gibt praktisch kein grösseres Bauvorhaben, kein grösseres Industrieprojekt der Sowjetunion in den ersten fünf bis zehn Jahren der Nachkriegszeit, an dem nicht auch «volksdeutsche» Zwangsarbeiter beteiligt gewesen wären: Vom Bau eines Kolchosbetriebes in der Ukraine über die Wiedereingangssetzung der Kohlereviere im Donbas, die Kohleversorgung von Leningrad bis hin zu den Prestigebauten der Stalinzeit. Weiter das grösste Wasserkraftwerk der Welt, Eisenbahnlinien, die Metro in Moskau, Kanäle, das Dynamo-Stadion in Moskau, Rüstungswerke im Ural, Goldbergwerke in Ostsibirien bis zum Bau jenes Instituts, in dem später die sowjetische Atombombe entwickelt wurde. Dabei wurden unter anderem entsprechende Anteile an folgenden wichtigen Leistungen erbracht:¹⁶

- Kohleförderung 1944-1949: im Donez-Bekken, im Gebiet von Moskau, in Kiseljowsk, Kusnezsk, in Ostsibirien, in Fernost, in Karaganda und anderen Kohlerevieren zusammen 98'500'000 Tonnen. Bau-Montagearbeiten im Wert von 5'918'100'000 Rubel.
- Die Errichtung von späteren «Flaggschiffen» der sowjetischen Industrie, wie dem Trakto-

renwerk Wladimir, dem Metallurgie-Kombinat Transkaukasus, dem Stahlwerk Amur-Stahl, Kombinat in Tagil, Magnitogorsk und Orsk, wobei der Arbeitsanteil der Kriegsgefangenen und Internierten bei diesen Bauten 44 bis 65,3 Prozent betragen hatte.

- Neu gebaut wurden 450 Kilometer Schienenwege der Baikal-Amur-Magistrale, 2'100 Kilometer Asphalt- bzw. Betonstrassen mit allen technischen Einrichtungen, Brücken, Zivilgebäuden etc., darunter die Strasse Moskau-Charkow-Simferopol (Krim) mit 930 Kilometer Länge, die Wiedererrichtung der Strasse Moskau-Kiew mit 700 Kilometer Länge.

Kurt Seipel war einer jener Verschleppten, die quer durch Russland ans andere Ende der Welt, auf die Kolyma, zum Einsatz im Goldbergbau gebracht wurden. Der Erdboden ist dort nur drei Monate im Jahr nicht gefroren. Temperaturen bis minus 60 oder 70 Grad sind in der kältesten ständig bewohnten Region der Welt im Winter keine Seltenheit. Anfang 1948 befand sich Seipel wieder für mehrere Wochen auf der Krankenstation: «Meine gesundheitliche Situation war unverändert, also mehr als schlecht. Fünf weitere Wochen Spital verhinderten sicher das Aller schlimmste. Oder wäre es nicht doch besser gewesen, wenn all das Leiden für ewige Zeiten ein Ende gefunden hätte? Wie oft stellte ich mir denn diese Frage während der vielen Jahre? Körperlich war ich völlig am Ende. Wenn man mich jetzt wieder ins Bergwerk schickte, dann bedurfte es keiner besonderen Kombinationsgabe mehr, wie lange ich das durchstehen würde. Aber da fand sich anscheinend eine gute Seele, die es gut mit mir meinte und veranlasste, dass ich nicht ins Bergwerk zurück musste, sondern in eine Bäckerei abkommandiert wurde. Nun, wer annimmt, dass die dort verlangten Arbeiten Erholung für einen Menschen in meiner körperlichen Verfassung gewesen wären, der irrt gewaltig. Gleich zum Einstand galt es eine Lieferung Mehl zu entladen.



Ausgemergelte Zwangsarbeiter werden in einem «Spezial-Spital» behandelt. Viele waren körperlich völlig am Ende, und die wenige zugestandene Zeit der Erholung reichte oft nicht aus, um wieder Kraft zu schöpfen. Daher starben die deportierten Menschen in Massen. Von den über 270'000 Deutschen, die in sowjetische Lager gelangten, überlebte ein Viertel den Zwangsarbeitseinsatz nicht.



Internierte Siebenbürger Sachsen im Lager 1214 Lisicansk auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1948. Männer wie Frauen wurden zur Schwerstarbeit eingesetzt, in Schichten von zehn bis zwölf Stunden täglich. Dazu kamen oft kilometerlange Fussmärsche zu den Einsatzorten.

Achtzig Kilogramm schwere Säcke, ab Bordwand eines Lastkraftwagens auf den Rücken aufgelegt, drückten mich sofort zu Boden. Für eine ‚halbe Portion‘, wie ich es war, unzumutbar. Zum Glück hatte man am Beginn dieses ‚Intermezzos‘ noch etwas Verständnis für meine Lage. Ganz im Gegensatz zum Bergwerk. Doch hier galt schliesslich ebenso: ohne Arbeit kein Brot! Hilfsarbeiten, die andere lieber nicht machen wollten, wurden daraufhin mir zugeteilt. Nach den von mir jetzt bereits wortwörtlich verstandenen Kommentaren des Bäckereipersonals erledigte ich diese Aufgaben mehr recht als schlecht. Na ja, aber obwohl es dort für allgemeine Begriffe genügend zu essen gab, funktionierte es mit dem ‚Aufpäppeln‘ einfach nicht. Die wenige mir zu-



Männer und Frauen aus dem Banat als Zwangsarbeiter in einem sowjetischen Arbeitslager, um 1945. Rumänien hatte schon Ende 1944 damit begonnen, seine Deutschen in die Sowjetunion

zu deportieren. Viele erlitten den damit verbundenen körperlichen und psychischen Strapazen. Die Überlebenden durften meist nicht in ihren Heimatort zurückkehren, sondern landeten in Flüchtlingslagern in den deutschen Besatzungszonen.

Manche Rückkehrer erfuhr erst jetzt, dass sie nicht nur die Heimat, sondern auch ihre Angehörigen verloren hatten.

gestandene Zeit der körperlichen Erholung reichte nicht aus, ich blieb weiterhin kraftlos. Nach zwei Wochen entliess man mich aus der Bäckerei. Auch hier zählte eben nur maximale Leistung, auch dann, wenn man so wie ich krank und infolge der bisherigen Probleme zu schwach war. Ich konnte auch niemanden davon überzeugen, wie elend es mir ging. So landete ich wieder im Rekonvaleszentenheim am Fluss Kolyma.»¹⁷

Wie ein zusammenfassender sowjetischer GUPWI-Bericht des NKWD vermerkt, wurde in den meisten Arbeitsbataillonen die von den Sowjets geforderte Arbeitsleistung dennoch nicht erreicht, weil es unter den «internierten und mobilisierten Deutschen» eine grosse Zahl an Kranken und total Entkräfteten gab. In vielen Bataillonen deckten die Einnahmen aus der Arbeitsleistung der Gefangenen nicht einmal die Kosten für das Notwendigste wie Essensrationen, Kleidung, Schuhwerk, Wäsche und die Versorgung des Organisationsapparates. Es kam mitunter vor, dass die Internierten im Laufe von fünf bis 15 Tagen pro Monat keine Möglichkeit hatten, die für sie bestimmte Verpflegung zu kaufen und sich bei den Wirtschaftsorganen verschuldeten.¹⁸ In jedem zweiten Bataillon hatten die Internierten keine Kleidung, kein Schuhwerk und 70 Prozent keine Leibwäsche. Diese trockenen statistischen Angaben können summarisch nur jenes ungeheure Leid belegen, dessen Auswirkungen bei den überlebenden Betroffenen bis heute tiefe Spuren hinterlassen hat. Körperliches Gebrechen, seelische Schmerzen. Ein NKWD-Bericht stellte der Internierten-Verwaltung ein vernichtendes Zeugnis aus, wenn er lapidar konstatiert, dass die angestrebten Ziele «in der absoluten Mehrheit der Bataillone nicht erreicht wurden».¹⁹

Sprunghaft stiegen unter den geschilderten Umständen die Krankenstände, obwohl diese von der NKWD-Verwaltung der GUPWI nur in den schlimmsten Fällen gewährt wurden. Die deportierten Menschen starben in Massen: Allein 1945/46 waren es 41'539, die das NKWD regi-

striert hatte. Nicht mitgerechnet jene, die bereits die Transporte in Güterwaggons nicht überlebt hatten. Zehntausende waren selbst unter Herabsetzung der Minimalerfordernisse nicht mehr einsetzbar: Schon im August, wenige Wochen nach der Deportation, waren 36'125 derart geschwächt und krank, dass man sie nicht mehr zur Arbeit verwenden konnte und sie repatriierte. Im Jahr 1946 kamen in zwei Entlassungstranchen noch weitere 24'583 hinzu. Ob die Repatriierten auch wieder ihre Heimatorte erreichten, lässt sich vielfach nicht mehr nachvollziehen. Zu umfangreich (Zehntausende Ordner!) und im Detail doch ungenau sind die Transportaufzeichnungen der Begleittruppen des NKWD.²⁰ Die Produktivität in den Arbeitsbataillonen sank weiter, weil das NKWD 1946 weitere zehntausende Entkräftete, Ausgezehrte (Dystrophie) und Kranke, vor allem Frauen, an die Lazarette («Spezial-Spitäler») einweisen musste, wollte man nicht ein weiteres Massensterben riskieren. Zum Jahreswechsel 1946/47 waren – nach der Entlassung von 7'781 «irrtümlich» (!) deportierten Polen – von den ursprünglich 208'239 in die Sowjetunion deportierten Zwangsarbeitern nur noch insgesamt 98'211 registriert worden. Selbst von diesen waren, nach NKWD-Angaben, rund 30'000 krank oder derart geschwächt, dass man sie nicht mehr zur Arbeit heranziehen konnte.²¹

Neben den «mobilisierten und internierten Deutschen» hatten nach Kriegsende noch rund 70'000 Zivilisten aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands («arretierte Internierte») die sowjetische Arbeitsarmee in den Arbeitsbataillonen aufgefüllt (auf sie näher einzugehen, würde eine eigene Darstellung erfordern). Das NKWD bezifferte am 15. Juli 1950, nach Beendigung der Zwangsarbeit, die Gesamtzahl aller «mobilisierten und internierten Deutschen» in der UdSSR mit 271'672 Menschen, von denen 63'433 aus dem Gebiet der SBZ/DDR stammten. Vom Gesamtkontingent überlebten nach NKWD-Angaben 66'468 Menschen den Zwangsarbeits-Ein-

satz nicht und verstarben, vom NKWD registriert, auf dem Gebiet der Sowjetunion, was eine Sterberate von knapp 24,5 Prozent ergab. Diese Zahlen sind als Mindestwerte zu betrachten, weil eine lückenlose Registrierung unter den teilweise chaotischen Zuständen in den Anfängen der GUPWI-Verwaltung realistischere nicht vorausgesetzt werden kann. Wie viele während der wochenlangen Transporte verstarben, wird wohl überhaupt nie geklärt werden können.

Mit der Bezeichnung «Internierter» für diese Gruppe von Menschen wurde seitens der Sowjetunion bewusst auf eine klare völkerrechtliche Definition verzichtet. Den Internierten-Status regelte vor allem ein NKWD-Befehl vom 3. März 1945. Er sah die Einrichtung von Arbeitsbataillonen, die Massnahmen zur Unterbringung und Versorgung der Internierten, deren Pflichten und Rechte – unter denen vor allem das Recht auf (Zeitungs-)Lektüre, auf Briefverkehr mit der Heimat und die Möglichkeit, von zu Hause Geld und Pakete zu erhalten, wohl nur Theorie geblieben waren. Bis heute bleiben die Internierten von der russischen Rehabilitierung politischer Opfer in der Sowjetunion ausgenommen.

Karaganda. Erzählung

Arno Surminski

Eine Erzählung wie «Karaganda» kann nur schreiben, wer dabei gewesen ist, als 1945 viele vertraute Menschen über Nacht verschwanden. Als 10-Jähriger habe ich die Deportationen in Ostpreussen miterlebt und mich gewundert, wie lautlos, ohne Jammern, Schreien und Schiessen sie vonstatten gingen. Im Dezember 1999 schrieb mir der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, mein Vater sei im Mai 1945, meine Mutter im Juni 1946 in einem Lager in Tschuwaschien an der Wolga verstorben.

«Bald kommt der Frühling, und es wird alles besser», sagte sie zu dem Mädchen, das auf der Fensterbank hockte und sich langweilte. Der Hof, auf dem sie lebten, lag abseits der grossen Heerstrasse. Als der Krieg kam, hatten sie sich hinter Schneewehen versteckt und nur den Lärm aus der Ferne gehört. Nun war er fort, der Krieg, und eine Stille lag über dem Land, man konnte denken, die Welt habe aufgehört, sich zu drehen.

Der Mann ging täglich in den Wald, um Holz zu holen für den Herd und die Öfen; er kannte die Stellen, wo die Klawer lagen. Eigentlich hätte er, obwohl schon bald 60 Jahre alt, Soldat sein müssen, aber der Krieg erreichte ihn schneller als der Einberufungsbefehl. So war er bei der Frau geblieben und dem Kind, er hackte Holz und wartete auf den Frühling.

«Wo sind nur die Menschen geblieben?», fragte die Frau jeden Tag. Wenn sie kochte, schickte sie Rauchsäulen aus dem Schornstein in den Himmel und dachte, jemand werde das Zeichen sehen und sich ihrer erinnern. Aber es kam niemand. Kein Pferdewagen klapperte den Feldweg entlang, kein Schlitten bimmelte in den Wald, um Holz zu holen. «Sie haben uns vergessen», sagte sie. Einmal war er ins Dorf gegangen, von Haus zu Haus, er hatte Namen gerufen, aber keine Antwort erhalten.

«Im Frühling werden sie kommen», sagte er zu dem Kind. «Mit den Zugvögeln werden sie kommen.»

Eines Morgens sahen sie Menschen. Ein Trupp Soldaten, sechs oder sieben, marschierte raschen Schrittes über das Schneefeld. Sie hatten den Rauch gesehen und sich gedacht: Wo Rauch ist, muss auch Feuer sein, und wo Feuer ist, leben Menschen. Die Frau wollte die Tür verschliessen und sich auf dem Dachboden verstecken, aber der Mann trat vors Haus. Er ging den Soldaten entgegen, als wollte er sie begrüssen, fürchtete sich auch nicht vor den Maschinenpistolen, die sie vor sich her trugen. Nur die uniformierte Frau in ihrer Mitte war unbewaffnet. «Guten Morgen, ihr Deutschen», sagte sie und versuchte zu lächeln.

Während die Dolmetscherin mit dem Mann vor der Tür blieb, ihm von den Zerstörungen erzählte, die der Krieg in der Stadt angerichtet hatte, betreten die Soldaten das Haus. Einer postierte sich an der Hintertür, die Maschinenpistole vor dem Leib. Ein Zweiter nahm auf der Treppe zum Boden Platz, die anderen gingen von Stube zu Stube, traten den Schneematsch von den Stiefeln, einer sprach mit dem Mädchen auf der Fensterbank. Es klang freundlich.

In der Küche bewachten zwei Soldaten die Frau, die am Herd stand und Suppe rührte. Sie nahmen am Küchentisch Platz, legten die Maschinenpistole so auf die Holzplatte, dass der Lauf zum Herd und dem Kochtopf zeigte.

Die Dolmetscherin betrat mit dem Mann das Haus, um zu sagen, was sie zu sagen hatte: In der Stadt würden Arbeiter gesucht, der zerstörte Bahnhof sei herzurichten, damit die Züge wieder fahren könnten. Der Mann müsse mitkommen, jetzt auf der Stelle.

Er blickte starr zu dem Topf, in dem die Frau rührte.

«In der Stadt haben wir ein grosses Haus für die Arbeiter», erklärte die Dolmetscherin. «Da gibt es für jeden eine warme Stube und gutes Essen. Wer arbeitet, bekommt auch zu essen.»

Er fragte, ob Frau und Tochter mitkommen dürfen ins grosse Haus mit den warmen Stuben.

«Später», antwortete die uniformierte Frau. «Wenn die Stadt aufgeräumt ist, können die Familien nachkommen. Wenn Frühling ist, werden sie kommen.»

Seine Frau holte Pelzmantel und Stiefel. Sie bestand darauf, die Strickjacke überzuziehen und das allerwichtigste: Handschuhe.

«Bald ist Frühling», winkte er ab, aber sie streifte ihm einen dicken Pullover über den Kopf, brachte auch ein Bündel Wäsche, vor allem Handtücher und Hemden, was gebraucht wird, wenn einer zur Arbeit in die Stadt fährt.

Die Soldaten nahmen ihn in die Mitte und gingen vor die Tür. Das Mädchen wollte folgen, rannte aber nur gegen Stiefelschäfte an und erdbraune Mäntel, die nach Desinfektion rochen. Die Frau nahm das Kind auf den Arm und sagte: «Bald ist Frühling, Irmchen.»

Draussen wurde es noch einmal laut, als ein Soldat in einen Krähenschwarm feuerte, der sich auf einem Eschenbaum niedergelassen hatte. Die Uniformierte erteilte ihm einen Verweis; es sollte still zugehen, so still, als wäre der Krieg schon zu Ende.

«Wie einen Verbrecher führen sie ihn ab», murmelte die Frau am Fenster. Danach sprach sie mit dem Kind über das grosse Haus mit den warmen Stuben.

Zwei Tage später kamen sie wieder, nur drei Soldaten, in ihrer Mitte die Dolmetscherin. Sie kannten sich aus. Zwei blieben vor der Tür, der dritte erschien mit der uniformierten Frau in der Küche. «Wir haben da ein Problem», sagte die Dolmetscherin. «Die vielen Arbeiter, die den Bahnhof aufräumen, müssen gepflegt werden. Wir wollen eine grosse Küche einrichten und brauchen Frauen, die Kartoffeln schälen, Suppe kochen und die vielen Dinge machen, die nur Frauen erledigen können.» «Zieh dich an, Irmchen», sagte die Frau zu dem Kind. «Zieh alles über, was du hast, denn noch ist ja Winter.»

«Das Kind kann nicht mitkommen», sagte die Dolmetscherin.

«Ich soll das Kind allein am Waldrand lassen!?!», rief die Frau.

«Zwei Dörfer weiter leben Menschen», erklärte die fremde Frau. «Bei denen kann das Kind bleiben, bis Frühling ist. Im Frühling kehren alle wieder.»

Ob sie das Kind mitnehmen dürfe zu den Menschen zwei Dörfer weiter, fragte die Frau. Ja, das liess sich einrichten.

Vorn ein Soldat, hinter ihm die uniformierte Frau, gefolgt von der Mutter, dem Kind und zwei Soldaten. So gingen sie über den Schneeacker. Wieder war es sehr still, niemand schoss in die Krähenschwärme, es sangen keine Vögel.

Ob sie auch Kinder habe, fragte die Frau die Dolmetscherin, erhielt aber keine Antwort. Zwei Dörfer weiter vor einem strohgedeckten Haus blieb der Trupp stehen. Auf einen Wink der Dolmetscherin stiess ein Soldat die Tür auf und drängte das Mädchen über die Schwelle. Die beiden anderen hielten die Frau fest. Es musste sehr schnell gehen. Als das Kind hinter der Tür verschwunden war, zogen sie weiter zu jener grossen Küche, in der Suppen gekocht werden mussten. Die Frau blickte sich noch einige Male um, auch rief sie den Namen des Kindes, bis die Dolmetscherin ihr befahl zu schweigen. Es sollte still zugehen, als wäre der Krieg schon zu Ende.

«Bist du da, Lenchen?», rief eine alte Stimme. Das Kind folgte der Stimme und fand eine Frau, die am Ofen sass und strickte. «Ich kenn' dich gar nicht, Kind. Haben sie dir auch die Eltern weggenommen?» Die Frau betastete Kopf und Hände des Kindes. «Ja, sie nehmen sich alles, auch die Menschen.»

«Mein Vater arbeitet auf dem Bahnhof, und meine Mutter kocht Suppe», sagte das Kind. «Lenchen haben sie auch zur Arbeit geholt», erzählte die Alte. «Die ist zwanzig Jahre alt und kann gut arbeiten. Aber was soll ich mit dir anfangen? Du bist doch nur ein kleiner Grashüpfer.»

Das Mädchen blieb bei der alten Frau, bis der Frühling kam und den Schnee frass, das Eis brechen liess und den Vögeln eine Stimme gab. Eines Morgens sagte die alte Frau: «Im Frühling werden sie wiederkommen, haben sie uns versprochen, aber keiner weiss, in welchem Frühling.»

Als die Sonne hoch genug stand und schon wärmte, die Wege getrocknet waren und auf den Wiesen Butterblumen blühten, wollte das Mädchen in die Stadt gehen, um Vater und Mutter zu suchen.

«Wie heisst die Stadt, in der du suchen willst?», fragte die Alte. «Städte gibt es wie Sand am Meer und Bahnhöfe dazu. Da kannst du lange suchen.»

Also blieb das Kind bei der alten Frau, streifte durch die Wälder, um Beeren und Pilze zu sammeln. Einmal kam es auch zu dem Gehöft am Waldrand und wunderte sich, dass niemand zu Hause war. Danach wanderte es öfter zu dem verlassenen Haus, sass dort auf der Fensterbank und hielt Ausschau nach Menschen.

Bis es wieder Frühling wurde. Es kamen andere Uniformierte zu dem strohgedeckten Haus und sagten, sie müssten mitkommen auf eine lange Reise. In der Stadt stehe ein Zug bereit, der sie in das Land bringen werde, in das sie gehörten.

Das Mädchen freute sich auf die Stadt. Dort wollte es Ausschau halten nach der grossen Küche und dem Haus, in dem die Arbeiter wohnten. Aber als sie ankamen, fanden sie nur einen verlassenen Güterbahnhof und eine Lokomotive, die vier Wagen voller Menschen in das Land ziehen sollte, in das sie gehörten.

Nach dieser Reise starb die alte Frau. Das Kind wuchs heran, es vergass Vater und Mutter. An das Gehöft im Schnee, an die Soldaten und die Frau, die versprochen hatte, dass im Frühling alle wiederkehren sollten, erinnerte es sich nicht mehr. Ein halbes Jahrhundert musste vergehen, bis ein Brief eintraf, der als Absender weiter nichts als ein rotes Kreuz trug. Er berichtete von einem Vater, der in einem Lager in Karaganda gestorben

sei, und von einer Mutter, die noch zwei Jahre länger gelebt habe, auch in Karaganda. Sie schlug den Weltatlas auf und fand im fernen Asien das Wort Karaganda. Ein schöner Name.



Deutsche Zwangsarbeiterinnen in Kopejsk, Tscheljabinsk, fotografiert im Jahr 1949 kurz vor der Grubeneinfahrt in das Steinkohlebergwerk. Es war bei Strafe verboten, Dokumente oder Bilder aus den sowjetischen Lagern mit nach Hause zu nehmen. Daher nähte eine Ostpreussin dieses Foto vielfach geknickt in das Futter ihres Mantels und brachte es unentdeckt nach Deutschland. Die 1929 im ostpreussischen Ebenrode geborene junge Frau wurde im Februar 1945 als Zwangsarbeiterin in die Sowjetunion verschleppt. Erst Ende Dezember 1949 kehrte sie zurück.

Flucht und Vertreibung in der individuellen und kollektiven Erinnerung und als Gegenstand von Erinnerungspolitik

Bernd Faulenbach

Die Flucht und die Vertreibung von 12 bis 14 Millionen Menschen aus den traditionellen Siedlungsgebieten der Deutschen jenseits von Oder und Neisse und aus Südosteuropa waren zweifellos historisch gravierende Vorgänge. Für die betroffenen Menschen, als Einzelne, als Familien, als Gruppen, spielten und spielen sie eine bedeutende Rolle in der individuellen und kommunikativen, aber auch in der sich herausbildenden kulturellen Erinnerung. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit die Erinnerung an Flucht und Vertreibung über die betroffenen Menschen hinaus für die Gesellschaft insgesamt, wenn man so will: für die Nation und über diese hinaus, Relevanz hat. Erinnerung ist ein Vorgang, durch den ein vergangenes Geschehen in die jeweilige Gegenwart geholt, das heisst: vergegenwärtigt wird, ein Vorgang, bei dem Vergangenheit und Gegenwart in Beziehung gesetzt werden. Insofern wird das Erinnerungste nicht nur von der Vergangenheit, sondern auch von der Gegenwart geprägt.¹ Dies aber bedeutet, dass Erinnerungen dem Wandel unterworfen sind wie die Kontexte, in denen sie zum Ausdruck gebracht werden.

Bedeutsam ist auch, dass die Erinnerungen, die zunächst mündlich geäussert werden, in der Kommunikation bearbeitet, dann aber auch fixiert, durch Medien verbreitet, zusammen mit Sachzeugnissen gesammelt, reproduziert und gleichsam zu einer Erinnerungskultur entwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass Erinnerungen mit sozialen Verhältnissen verbunden sind und einen wesentlichen Faktor für Gruppenbildungen, also für Vergemeinschaftungen, dar-

stellen.² Sowohl die Erinnerung an die Vertreibung als auch die Erinnerung an die verlorene Heimat verbindet die Betroffenen, strukturiert jedoch auch die grosse Gruppe der Vertriebenen in zahlreiche Kleingruppen, mit landsmannschaftlichen, regionalen, lokalen und ähnlichen Bezügen. Erinnerungen einer grossen Zahl von Menschen sind nicht nur ein soziales Phänomen; sie können auch zum Politikum werden, insbesondere im Kontext eines dafür förderlichen Zeitklimas. Wie die Erinnerungen mit Wertvorstellungen und daraus resultierenden politischen Zielen verbunden sein können und dies meist auch sind, so können die Erinnerungen auch zum Gegenstand von Politik werden. Diese kann den Erinnerungen in der Öffentlichkeit Raum geben, ihnen Resonanz verleihen und sie auch ein Stück weit gestalten. Für derartiges politisches Handeln werden seit einigen Jahren die Begriffe «Geschichtspolitik» und «Erinnerungspolitik» verwandt.³

Diese Vorüberlegungen mögen deutlich machen, dass die Bearbeitung, Verarbeitung und Repräsentation von Erinnerungen einen komplexen Prozess bilden, der hier im Hinblick auf die Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der frühen Nachkriegszeit nur in groben Zügen skizziert werden kann.⁴

Die frühe Nachkriegszeit: existenzielle Erfahrungen und erste Bewältigungsversuche

Wenn man sich mit den Erinnerungen beschäftigt, tut man gut daran, die Geschehnisse selbst in den Blick zu nehmen, die sich – ungeachtet des gemeinsamen Schicksals, die Heimat verloren zu haben – für den Einzelnen, die Familien und Gruppen sehr unterschiedlich ausgewirkt haben. Die Erlebnisse und Erfahrungen waren je nach dem Zeitpunkt von Flucht oder Vertreibung, nach den lokalen und regionalen Gegebenheiten, auch nach dem Grad der Verwicklung in das Kriegsgeschehen im Einzelnen sehr unterschiedlich.⁵ In



Bei vielen grub sich die Zeit der Flucht und Vertreibung in die Erinnerung als eine unvergleichliche existentielle Erfahrung ein, die bei zahlreichen Menschen – Erwachsenen und Kindern – Traumatisierungen hinterliess. Zunächst waren jedoch elementarste Alltagsorgen zu bewältigen, von der Sorge um Unterkunft, Ernährung und eine Arbeitsstelle bis hin zur Suche nach verschollenen Angehörigen. Mutter mit Kind im Durchgangslager Uelzen in Niedersachsen, 1947



Die Ankunft in einem Flüchtlingslager begann mit einem bürokratischen Akt. Ein Mann lässt sich 1947 im Büro des Durchgangslagers Uelzen registrieren (links).

Eine alte Frau neben einem selbst gebauten Herd im Lager Wertheim (Foto rechts). Oft mussten die Ankömmlinge Monate oder Jahre in solchen improvisierten Verhältnissen leben. Hinzu kam, dass Familien und Dorfgemeinschaften vielfach willkürlich auseinander gerissen und auf weit voneinander entfernte Orte verteilt wurden. Die alliierten Militärregierungen wollten damit die «Assimilation» fördern.

zahllosen Fällen ging der Verlust der Heimat mit dem der Habe einher und nicht zuletzt mit der Gefährdung des eigenen Lebens; zwischen 1,5 und zwei Millionen Menschen kamen um. Flucht und Vertreibung gruben sich – bei aller Unterschiedlichkeit – in die Erinnerung als eine unvergleichliche existentielle Erfahrung ein, die bei zahlreichen Menschen Traumatisierungen hinterliess.

Auch die – häufig durch Zufall bestimmte – Ankunft in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) oder in den Westzonen brachte recht unterschiedliche Erlebnisse und Erfahrungen mit sich. Auf jeden Fall waren die Flüchtlinge und Vertriebenen nach ihrer Ankunft mit der Bewältigung elementarster Alltagssorgen, von der Unterkunft über die Ernährung bis zur Arbeitssuche, beschäftigt. Auch die Suche nach vermissten Angehörigen nahm die Menschen in Anspruch.

Die Vergegenwärtigung des kurz zuvor Erlebten spielte in der frühen Nachkriegszeit eine Rolle, als man es Familienmitgliedern, Verwandten, Nachbarn und Freunden erzählte oder sich mit Schicksalsgenossen austauschte. Im politischen und publizistischen Raum fanden die Vertriebenen als Problemgruppe teils negative, teils positive Beachtung. Die Alliierten verfügten 1946 zunächst ein Koalitionsverbot der Vertriebenen, sie fürchteten eine Destabilisierung der Verhältnisse durch eine mächtige Vertriebenenorganisation. Dieses Verbot wurde jedoch bald gelockert und 1948 in den Westzonen aufgehoben. So bildete sich rasch ein Zentralverband der vertriebenen Deutschen, der die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der Vertriebenen wahrzunehmen suchte. Doch auch Landsmannschaften wurden ins Leben gerufen, denen es um die kulturelle und heimatpolitische Vertretung von Vertriebenen ging und die bald um die Wahrung des kulturellen Erbes bemüht waren. 1951 fusionierten die Organisationen.⁶ Die Interessen der Vertriebenen versuchten allerdings auch die grossen Parteien, CDU und SPD, aufzugreifen; gegen ih-

ren Widerstand bildete sich – nach Aufhebung des Lizenzierungszwangs – der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) heraus, der 1950 bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 23,4 Prozent der Stimmen und 1953 bei der Bundestagswahl 5,7 Prozent der Stimmen erreichte.⁷

Die Vertriebenen haben sich Anfang der fünfziger Jahre als Gruppe formiert, vornehmlich als Verband mit sozialen und wirtschaftlichen Interessen, auch mit politischen Zielen (der Rückkehr in die verlorenen Gebiete), doch ebenso bereits als Koalition von Erinnerungsgemeinschaften – eine Dimension, die bald an Gewicht gewann.

Die fünfziger Jahre: Integration und Dokumentation

In den fünfziger Jahren waren die Vertriebenen eine politisch durchaus umworbene Gruppe. Die grossen Parteien waren nicht nur um ihre Integration bemüht, unter anderem durch die anfangs umkämpfte Lastenausgleichsgesetzgebung,⁸ sie unterstützten auch die politischen Ziele der Heimatvertriebenen, die ihrerseits schon 1950 in einer Charta auf Rache und Vergeltung verzichtet hatten. Es gab in der Bundesrepublik einen breiten Konsens in der Verurteilung der Vertreibung als Unrecht und in der Forderung nach Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937, was auch die Unterstützung der Rückkehr in die Ostgebiete einschloss. Allerdings war die Politik durch eine doppelte Stossrichtung gekennzeichnet: einerseits Bemühen um nachhaltige Integration der Vertriebenen, andererseits Unterstützung ihrer politischen Ziele, die sich allerdings bald nur noch auf den Rechtsstandpunkt bezog.

Den Willen zur Integration teilte auch das SED-Regime, das freilich die Heimatvertriebenen zunächst euphemistisch als «Übersiedler» bezeichnete, sie dann schon in den frühen fünfziger Jahren als Gruppe gleichsam wegdefinierte und Flucht und Vertreibung als Themen tabuisierte.

Hinsichtlich der politischen Ziele ging das SED-Regime früh auf Konfrontationskurs: Schon im Vertrag von Görlitz (1950) erkannte die DDR, in der ein wesentlich höherer Prozentsatz von Vertriebenen lebte als in der Bundesrepublik, die Oder-Neisse-Grenze an. Die DDR-Führung attackierte ebenso wie die Regierungen der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen die Vertriebenenverbände im Westen als Träger des Revanchismus.⁹ Die oft furchtbaren Erfahrungen bei der Flucht und Vertreibung fanden in Westdeutschland grosse Beachtung in der Öffentlichkeit, Publizistik und Literatur. Agnes Miegels Gedicht «Wagen an Wagen», das die Flucht zum Gegenstand hat, wurde in zahlreiche Schulbücher aufgenommen. Erinnerungen an das Geschehen wurden vielfältig dokumentiert. Nicht zuletzt begann gleich nach Gründung der Bundesrepublik die systematische Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten durch ein wissenschaftliches Grossprojekt im Auftrag des Vertriebenenministeriums.¹⁰ Etwa 10'000 Augenzeugenberichte kamen zusammen. Sie liegen heute im Bundesarchiv. Nur ein Bruchteil davon wurde in fünf umfangreichen Bänden publiziert.¹¹ Für die Betroffenen war das Niederschreiben ein Vorgang, durch den sie das Geschehen festhielten, für sich, die Öffentlichkeit, die Nachwelt. Die Politik sah die Sammlung als Material, auf das sich bei zu erwartenden Friedensverhandlungen zurückgreifen liess. Doch zu derartigen Verhandlungen ist es nie gekommen. Erwähnt werden sollte auch, dass sich hier der – fast sprichwörtliche – Gegensatz zwischen Zeitzeugen und Historikern zeigte: Im Rahmen des Projekts kam es zwischen den Vertriebenen und Vertriebenenfunktionären auf der einen Seite und Historikern und Archivaren auf der anderen Seite zu Spannungen und Auseinandersetzungen. «Eine reine Erlebnishistorie», schrieb Theodor Schieder, einer der Hauptherausgeber in einem methodologischen Aufsatz, wäre «keine wissenschaftliche Historie mehr».¹² Die Historiker und

Archivare analysierten nüchtern, sorgfältig, fast distanziert und waren um eine behutsame Einordnung bemüht. Die Betroffenen sahen dagegen oft voller Emotionen, teilweise auch mit Zorn und Vergeltungsdrang auf das Geschehen zurück. Es kann keine Rede davon sein, dass die Geschehnisse um Flucht und Vertreibung der Deutschen – neben der Literatur sei auch an Filme wie «Nacht fiel über Gotenhafen» erinnert – in der Bundesrepublik verdrängt worden seien. Auch standen die Vertriebenen politisch keineswegs am Rande. Mit dem Kern ihrer Ziele identifizierte sich – zumindest deklamatorisch – die Bonner Politik. Zugleich entwickelte sich ein vielfältiges Verbands- und Kommunikationssystem der Vertriebenen, mit regelmässigen Treffen auf landsmannschaftlicher oder auch lokaler Basis und mit öffentlich geförderten Kultureinrichtungen.

Aufs Ganze gesehen dominierte der Integrationsprozess. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Prozess kompliziert war. Insbesondere im ländlichen und kleinstädtischen Bereich, anfangs auch in den Städten, in denen Wohnraum mehr als knapp war, gab es erhebliche Spannungen zwischen Einheimischen und Neuan siedlern, die nicht selten ausgegrenzt wurden oder sich selbst ausgrenzten, was die Erinnerung an die Heimat verstärkte. Besonders ältere Vertriebene hatten Mühe, noch einmal neu anzufangen, nicht wenige scheiterten daran und starben frühzeitig. Es bildeten sich Generationenunterschiede und –gegensätze im Verhältnis zur alten und zur neuen Heimat heraus. Vor allem Jüngere begriffen sich nicht als Vertriebene, verdrängten gleichsam ihre Vertriebenen-Identität – zum Kummer der Älteren.

Flucht und Vertreibung versus «Neue Ostpolitik»

In den sechziger und siebziger Jahren begann sich die Verortung der Vertriebenen in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik zu verändern. Auf

der einen Seite galt die Integration als gelungen – als eine der grossen Leistungen der neuen deutschen Demokratie.¹³ Auf der anderen Seite schienen die noch immer laut werdenden Forderungen nach der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 ebenso illusionär wie die Vorstellung einer Rückkehr in die alte Heimat. Das Recht auf Heimat, das seit den fünfziger Jahren proklamiert worden war, liess sich nicht ohne Weiteres den jetzt in den früheren deutschen Siedlungsräumen Lebenden, insbesondere den hier Geborenen, absprechen. Die beginnende Entspannungspolitik entwickelte sich auf der Basis der durch den Zweiten Weltkrieg herausgebildeten Grenzen und implizierte mehr oder weniger deren Anerkennung.

Die Ost-Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) von 1965, die Kommunikation zwischen den polnischen und den deutschen katholischen Bischöfen und dann auch die sozialdemokratische Politik bereiteten seit Mitte der sechziger Jahre verstärkt eine Aussöhnung mit Polen und den anderen osteuropäischen Ländern vor. Die «neue Ostpolitik», die Willy Brandt mit der sozialliberalen Koalition seit 1969 verfolgte und die im Moskauer und Warschauer Vertrag (beide 1970), im Viermächteabkommen über Berlin (1971) sowie im Grundlagenvertrag (1972) ihren Niederschlag fand, erkannte – obgleich es sich formal um Gewaltverzichtsabkommen handelte – die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen an, freilich in der Absicht, sie gleichzeitig durchlässig zu machen.¹⁴ Diese «neue Ostpolitik» wurde von den Vertriebenenverbänden erbittert bekämpft, obgleich es unter ihren Mitgliedern nicht wenige vehemente Anhänger dieser Politik gab. Für die Vertriebenenverbände aber hatte dieser Kampf die Folge, dass sie eher an den Rand des politischen Spektrums rückten. Sie gerieten in den Ruf, sich der Politik des Ausgleichs und der Versöhnung mit dem Osten zu widersetzen.

Es kam noch ein anderer Faktor hinzu, der Flucht und Vertreibung zunehmend im öffentlichen Bewusstsein verblasen liess. Mit dem Generationenwechsel und der Veränderung des Zeitklimas begann sich das Geschichtsbewusstsein zu verändern. Hatten im Vordergrund der Erinnerungen an das Dritte Reich während der fünfziger Jahre die Leiden der Deutschen unter NS-Diktatur, Kriegs- und Nachkriegsgeschehen gestanden, die die Deutschen vielfach als Opfer erscheinen liess, so begann sich in den sechziger Jahren das Interesse der westdeutschen Öffentlichkeit verstärkt den NS-Verbrechen, die schon in der frühen Nachkriegszeit eine Rolle gespielt hatten (Nürnberger Prozesse), zuzuwenden. Der Auschwitzprozess und die anderen grossen NS-Prozesse der sechziger und siebziger Jahre machten die Ungeheuerlichkeit der NS-Verbrechen, insbesondere des Holocaust, breiten Schichten verstärkt bewusst. Diese Thematik begann in das Zentrum der Betrachtung der jüngsten Vergangenheit zu rücken und die deutsche wissenschaftliche und publizistische Diskussion, teilweise auch die Kultur (mit) zu beherrschen.¹⁵ Parallel dazu traten die Leiden der deutschen Bevölkerung, auch die der Vertriebenen, im öffentlichen Bewusstsein in den Hintergrund.

Allerdings ging die Kulturarbeit der Vertriebenen weiter. Patenschaften von Städten im Westen für Heimatvertriebene aus bestimmten Orten wurden vereinbart, Museen und Heimatstuben aufgebaut – dies alles durchaus öffentlich gefördert, auch mit Mitteln des Bundes. In dieser Hinsicht stellte 1969 die Abschaffung des Vertriebenenministeriums, dessen Aufgaben nun vom Innenministerium übernommen wurden, keine Zäsur dar. Doch wurden die Erlebnisse von Flucht und Vertreibung, auch der Verlust der Heimat, mehr und mehr zu Erinnerungen allein der Betroffenen und ihrer Familien, in denen die Haltungen freilich uneinheitlich waren und generationenbezogen differierten. Zwar wurden auch weiter Bücher über Flucht und Vertreibung publiziert, wobei

Willy Brandts Kniefall 1970 in Warschau vor dem Mahnmal des Ghetto-Aufstandes von 1944 leitet symbolisch die «neue Ostpolitik» der sozialliberalen Koalition ein: Aussöhnung mit Polen und anderen osteuropäischen Ländern, implizite Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen in der Absicht, sie damit durchlässig zu machen. Die Forderung der Vertriebenenverbände nach Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 und die Vorstellung einer Rückkehr in die alte Heimat erscheinen nicht mehr zeitgemäss. Das Interesse der westdeutschen Öffentlichkeit wendet sich stärker den NS-Verbrechen zu, besonders dem Holocaust, dessen Ausmass jetzt breiteren Schichten bewusst wird. Die Leiden deutscher Kriegssopfer treten im öffentlichen Bewusstsein in den Hintergrund.



teilweise die Absicht offensichtlich war, mit Vertreibungsberichten gegen die Verständigung mit den osteuropäischen Ländern zu emotionalisieren.¹⁶ Doch aufs Ganze gesehen fand dieses Geschehen über die Erlebnisgeneration der Heimatvertriebenen hinaus nur noch relativ wenig Resonanz. Für viele historisch Interessierte handelte es sich um eine gewiss tragische, doch mehr oder weniger abgeschlossene Geschichte. Auch hatte lange die Tendenz vorgeherrscht, Erinnerungen mit politischen Forderungen zu verknüpfen. Dies wurde nun mehr und mehr als unzeitgemäss und als der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert unangemessen betrachtet. Flucht und Vertreibung sowie der Verlust der Ostgebiete wurden zu Anathemata in grossen Teilen der meinungsführenden Öffentlichkeit ebenso wie der Zeithistorie.¹⁷ Die Menschen aber blieben mit ihren Erlebnissen allein oder auf ihre sich allmählich ausdünnenden Milieus beschränkt.

Wendezeiten: Flucht und Vertreibung im «kulturellen Gedächtnis»

Auch nach dem Regierungswechsel im Jahr 1982 erfolgte kein Wechsel der Deutschlandpolitik. Helmut Kohl setzte die «neue Ostpolitik» Willy Brandts und Helmut Schmidts – bei nur unwesentlich veränderter Semantik – fort. Zwar nahm Kohl 1985 an dem Schlesier-Treffen teil, das ursprünglich unter dem dann noch modifizierten Motto stand «Vierzig Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser».¹⁸ Auch würdigte Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Vertriebenen und ihre Opfer in seiner grossen Rede zum 8. Mai 1985.¹⁹ Doch war eine Politik, die auf die Wiedergewinnung der Ostgebiete zielte, für alle politischen Parteien längst überholt. Dies wurde 1990 deutlich, als Kohl in der Frage der völkerrechtlichen endgültigen Anerkennung der deutschen Ostgrenze zwar im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen – aus taktischen Gründen – zögerte, was zu einer erheblichen Belastung der deutsch-französischen Beziehungen führte. Doch

gab es auch für ihn keine Möglichkeit, der endgültigen Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze auszuweichen.

Allerdings waren damit die Erinnerungen an Flucht und Vertreibung, auch an die frühere Heimat nicht ausgelöscht. Seit den siebziger, verstärkt seit den achtziger Jahren entwickelte sich – nach Abschluss der Ostverträge – nicht nur ein Tourismus in die früheren Ostgebiete, der die alte Heimat der Erlebnisgeneration einerseits wieder näherbrachte, andererseits aber in Distanz rückte. Es entstand auch eine Literatur, die trotz – oder besser: auf Basis – der Erinnerung an die Heimat und ihre Menschen, an das Geschehen bei Kriegsende und in der Nachkriegszeit die Aussöhnung mit Polen, gerade auch mit den hier seit der Nachkriegszeit lebenden Menschen, suchte.²⁰ Dieser Trend wurde wohl auch durch das Aussterben der Erlebnisgeneration(en) beziehungsweise das Hervortreten einer neuen Generation aus Familien mit Vertriebenenhintergrund beeinflusst und verstärkte sich nach der deutschdeutschen Wiedervereinigung 1990.

Es zeichnete sich seitdem nicht nur in der früheren DDR, in der Flucht und Vertreibung – sieht man von der Literatur ab²¹ – tabuisiert worden waren, sondern auch in der alten Bundesrepublik schrittweise ein neuer Umgang mit dem Thema ab.

Bemerkenswert ist, dass sich während der neunziger Jahre wieder ein Interesse entwickelte, das über den Kreis der Vertriebenen und Vertriebenenfamilien hinausging. Symptomatisch ist nicht nur, dass Museen für die verschiedenen Landsmannschaften ausgebaut wurden, was man als Kompensation für den nun definitiven Verlust der alten Heimat sehen mag, sondern auch, dass Patenschaften zwischen deutschen und polnischen Städten nun häufig die Heimatvertriebenen einschlossen. Es entwickelten sich auf zivilgesellschaftlicher Ebene nicht wenige grenzüberschreitende Initiativen. Für das neue Interesse an dieser Zeit spielten sicherlich auch die medial vermittelten Bilder von Flüchtlingen im früheren

Jugoslawien eine Rolle. Hinzu kam, dass mit der in Deutschland nicht mehr umstrittenen Anerkennung der Ostgrenze und der Bereitschaft zur Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn die politische Motivation, das Thema Flucht und Vertreibung zu meiden, entfiel. Zugleich wuchs die Einsicht, dass man an der Leiderfahrung von Millionen Menschen in der kollektiven Erinnerung nicht vorbeigehen könne.²²

So wurden Flucht und Vertreibung von verschiedenen Seiten, vor allem durch die Medien, seit Ende der neunziger Jahre neu entdeckt. Günter Grass widmete dem Thema seine bedeutende Novelle «Im Krebsgang».²³ Aus der Literatur war der Osten mit seiner Kultur ohnehin nie ganz verschwunden. Die breite Wiederentdeckung des Themas erfolgte in einer Zeit, in der die Erlebnisgeneration bereits stark dezimiert war. Es handelt sich also um das Aufgreifen eines Stücks Vergangenheit weniger im individuellen als vielmehr im kulturellen Gedächtnis.

Dass Flucht und Vertreibung gleichwohl nach wie vor ein schwieriges Thema sind, zeigt die Reaktion in der deutschen und vor allem in der polnischen Öffentlichkeit auf den Plan des Bundes der Vertriebenen, ein Zentrum gegen Vertreibungen zu gründen.²⁴ Dabei spielen eine ganze Reihe von Fragen mit, die zu Irritationen geführt haben, so zum Beispiel der Zusammenhang zwischen NS-Politik und Nachkriegsgeschehen. In der Tat können die NS-Verbrechen, die der Vertreibung vorhergingen, nicht verschwiegen werden. Ausserdem lässt sich die Trägerschaft des Zentrums schwerlich auf die Stiftung der Vertriebenen beschränken. Und schliesslich ist auch der Ort des geplanten Zentrums strittig.

Flucht und Vertreibung im kollektiven Erinnerungsprozess

Überblickt man den Gesamtprozess des Umgangs mit den Erinnerungen an Flucht und Vertreibung, so wird deutlich, dass dieser Prozess stets mehrdimensional war, einzelne Personen

ebenso wie Gruppen umfasste und die Vertriebenen als Teilgruppen wie als Gesamtgruppe mit konstituierte. Dabei wurde das Erinnern teils durch politische Entwicklungen gefördert, teils gehemmt oder an den Rand gedrängt. Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, auch an die Geschichte und Kultur jenseits von Oder und Neisse wurde mehr und mehr zu einer persönlichen Angelegenheit der Betroffenen, was sich erst in den letzten Jahren wieder etwas zu ändern beginnt.

Die Gegenwart scheint dadurch gekennzeichnet, dass die kommunikative Erinnerung zugunsten der kulturellen Erinnerung immer weiter zurücktritt. Was das aktive «bewohnte» kollektive Gedächtnis angeht, so spielen Flucht und Vertreibung in diesem inzwischen wieder eine – allerdings nicht zentrale – Rolle. Auf unabsehbare Zeit wird der Holocaust die herausragende Stellung behalten, doch werden daneben auch deutsche Leiderfahrungen im Dritten Reich, im Krieg, in der Nachkriegszeit und der stalinistischen Diktatur in diesem Gedächtnis «aufgehoben» sein. Neben den negativen gibt es im Übrigen auch positive Erinnerungskomplexe. Hervorzuheben ist schliesslich, dass hermetisch abgeschlossene nationale Erinnerungskulturen nicht mehr zeitgemäss sind, was sich auf die Formen und die Inhalte des öffentlichen Erinnerns auswirken wird. Doch sind wir gegenwärtig von einer europäischen Erinnerungskultur noch ein beträchtliches Stück entfernt.

Die Überlebenden und ihre Erinnerungen. Verarbeitung der Traumata des Zweiten Weltkriegs

Helga Spranger

*Der Krieg nahm ihr den Mann und beide Kinder.
Wir weinen und sind sehr traurig über den plötzlichen
Tod meiner geliebten Schwester und Tante*

Frau Helena Kittler Verw. Arendt

*Der Krieg nahm ihr bei dem Untergang der
«Wilhelm Gustloff» beide Kinder*

Emma Arendt Brigitte Arendt

*Sie wurde gerettet. Ihr Herz zerbrach bei diesem
Unglück und Leid.
O lieber Gott, gib ihr den ewigen Frieden!*

In Liebe

Deine Schwester Regina und Angehörige

Diese Anzeige erschien in den letzten Wochen
des Jahres 2003.

Sigmund Freud musste 1938 von Wien aus ins
englische Exil nach London gehen, wo er ein
Jahr später verstarb. Durch Unterstützung seiner
Umgebung war es ein beinahe «geordneter»
Wohnungswechsel, was die äusseren Bedingun-
gen anlangte. Obwohl er an dem neuen Lebens-
und Wohnort willkommen war, drückte er seine
Gefühle so aus: «Meine Welt ist eine kleine Insel
Schmerz schwimmend auf einem Ozean von In-
differenz ...», und nach seinem Einzug in die
neue Wohnung: «Alles ist wieder da, nur ich
nicht.»¹

Wie hätte Freud wohl die Grauen der Massen-
traumatisierung des Zweiten Weltkriegs und de-

ren Folgen beschrieben, wenn er sie noch erlebt
hätte? Heute können die alt gewordenen damali-
gen Kriegskinder nur schwer in Worte fassen,
worunter sie wirklich gelitten haben und noch lei-
den: «Eigentlich geht es mir doch gut!»

Kinder, Mütter, Grosseltern

Für viele betroffene Kinder¹ wurde die Kriegs-
traumatisierung verstärkt durch unbewusste Er-
fahrungen, dass die Sicherheit der Unversehrtheit
des eigenen Seins nach dem Verlust des elterli-
chen Schutzes in Hilflosigkeit und Todesangst
umschlügen. Nie wieder konnten sich diese Kin-
der (wie auch Kinder in anderen europäischen
und aussereuropäischen Kriegsregionen damals
und heute) im späteren Leben auf die ursprüng-
lich angeborene Unbefangenheit beziehen. Die
meisten, auch Ungeborene (!)³, hatten folgen-
schwere Eindrücke über alle Sinnesorgane wie
Sehen, Hören, Schmecken, Riechen und Berüh-
ren zu verarbeiten.⁴

Aufgrund der Abwesenheit der Väter mussten
Kinder schon während des Krieges Aufgaben
übernehmen und emotionale Lücken ausfüllen,
die weder ihrer seelischen noch ihrer körperli-
chen Reife entsprachen. Sie übersprangen Rei-
fungsphasen und konnten ihre eigentliche Rolle
als Heranwachsende nicht leben. Ihre «stumme
Krankheit»⁵ begann unbemerkt. Sie hielten ihre
eigenen Gefühle unter Kontrolle, zeigten wenig
Mitgefühl und liebevolle Fürsorge für sich
selbst⁶, schraubten ihre Erwartungen an das Le-
ben unbewusst herunter und stellten sich je nach
Situation auf die Erfüllung elementarer Bedürf-
nisse ein. Andererseits entwickelten die älteren
Kinder eine enorme Handlungskompetenz, mit
der sie sich zur Existenzsicherung der Familie
auch über die bis dahin erlernten Moralnormen
hinwegsetzen mussten (beispielsweise Kohlen
klauen, Bäume fällen, fremde Kartoffelmieten
ausräumen usw.). Soziale Bindungen waren stark
beeinträchtigt. Dorfgemeinschaften, Nachbar-
schaften, Freunde, Grosseltern, Geschwister und

Väter waren als notwendige seelische Stabilisatoren nicht mehr verfügbar.

Grosse Auffanglager, sonstige Massenunterkünfte und Einquartierungen, auch in teilweise zerbombte Wohnungen und häufig gegen den Willen der Bewohner, prägten das Leben der Traumatisierten in den folgenden Monaten und Jahren.

Mütter und Grossmütter aus landwirtschaftlichen Gebieten übernahmen in dieser Situation häufig Schwerarbeiten, die eigentlich von Männern zu leisten waren. Sie flohen mit den Pferden, verdingten sich, teilweise mit eigenen Fuhrwerken, auf anderen Höfen als Landarbeiter oder bewirtschafteten allein landwirtschaftliche Betriebe.

In den Familien, in denen die Grossväter noch am Leben waren, halfen auch sie bei der Versorgung und Erziehung der Kinder mit.

Viele Stadtbewohnerinnen wurden während des Zweiten Weltkriegs dienstverpflichtet und taten ihren Dienst in kriegswichtiger Industrie wie zum Beispiel in Munitionsfabriken. Dies gelang umso besser, je mehr Kinder aus luftangriffbedrohten Städten mit der Kinderlandverschickung (KLV) evakuiert wurden und so die Mütter von familiären Verpflichtungen «freigestellt» waren. Nach dem Krieg arbeiteten viele von ihnen wieder schwer, diesmal als Trümmerfrauen. Darüber hinaus versuchten alle auf verschiedenen Wegen, Naturalien oder Geld zu «besorgen», damit sie überleben konnten.

Trotz des allgemeinen Chaos achteten die Mütter jedoch streng auf ein «anständiges» Benehmen der Kinder. Sie versuchten unbewusst, die fehlende männliche Autorität und die eigene Struktur im Sinne eines neu aufgebauten «rigiden» Über-Ichs, aber auch zur eigenen Angst-Abwehr wieder herzustellen.



Für viele Kinder wurde die Kriegstraumatisierung verstärkt durch das Gefühl der Hilflosigkeit und den Verlust des elterlichen Schutzes. Nie wieder konnten sie sich im späteren Leben auf die ursprünglich angeborene Unbefangenheit beziehen.



Wie schon im Krieg übernahmen Frauen in der Nachkriegszeit typisch männliche Aufgaben. Stellvertretend für die deutsche Wiederaufbauleistung stehen die Trümmerfrauen, die mit ihrer

Hände Arbeit den Grundstein für das in den 50er Jahren einsetzende Wirtschaftswunder legten.



Aufgrund der Abwesenheit der Väter mussten Kinder und Jugendliche schon früh Aufgaben Erwachsener übernehmen und zur Existenzsicherung der Familie beitragen, sei es durch «Kohlenklau» oder «Hamsterfahrten».

Darüber hinaus sollte niemand in einer Umgebung schlecht über sie reden können, in der sie meistens nicht willkommen waren: Ein Rest des «narzisstischen Selbstideals» musste aufrechterhalten werden, um überleben zu können. Zum Beispiel betrug der den Familien in Flüchtlingslagern zugewiesene Platz in einem grossen Raum, für jedermann einsehbar, nur wenige Quadratmeter. Die darin aufgestellten Doppelstockbetten wurden durch Decken abgegrenzt. Diese winzigen Lebensräume wurden mit peinlicher Ordnung behütet.

Väter und Soldaten

Nicht nur Kinder und Frauen, sondern auch heranwachsende und erwachsene Männer unterlagen den Kriegstraumatisierungen. Letztere hatten möglicherweise schon den Ersten Weltkrieg miterlebt. Das Ende dieses Krieges hatte, im damaligen Volkserleben, einen «schmachvollen» Friedensschluss, Tausende von unbestatteten toten Soldaten und in den darauffolgenden Jahren Arbeitslosigkeit und Hunger gebracht. Die Soldaten von damals wurden im Zweiten Weltkrieg unter Umständen zum zweiten Mal eingezogen und häufig retraumatisiert. So kämpften Väter und Söhne im selben Krieg.

Wieder waren sie Teil der kriegerischen Auseinandersetzungen an der Front geworden und verloren so den Bezug zu den Veränderungen bei ihren Familien «zu Hause». Keiner konnte der massiven Einwirkung der brutalen nationalsozialistischen Kriegsmaschinerie entgehen – auch überzeugte Anhänger des Regimes nicht. Alle Soldaten an der Front waren dem Geschehen ausgeliefert. Zu den Traumatisierten gehörten auch die Teilnehmer des letzten Aufgebots (Volkssturm) und die Kindersoldaten der letzten Kriegsmonate.

Sie wurden alle gezwungen das zu tun, wovor sie selbst Angst hatten: unterwerfen, töten, Verwundete ohne Hilfe liegenlassen und eigene schwerst verwundete Kameraden erschiessen, damit sie nicht den Gegnern in die Hände fallen.

Millionen hungerten, froren, erkrankten schwer oder starben. Sie gerieten, speziell an der Ostfront, in menschenzerstörende Gefangenenlager. Wenigen Gefangenen gelang die Flucht, sie kamen nach Tausenden von Kilometern Fussmarsch Monate und Jahre später in der «Heimat» wieder an.

Viele Soldaten hielten den Krieg psychisch nicht aus oder versuchten, sich der Tötungsmaschinerie zu entziehen. Ihnen wurde entweder die standrechtliche Erschiessung angedroht, 15'000 «Fahnenflüchtige» verloren so ihr Leben, oder sie wurden zu Strafkompagnien wie den «Moor-soldaten» abkommandiert, was gleichbedeutend mit einem Himmelfahrtskommando war. Andere wurden mit Elektroschocks behandelt, «gepanst»⁷ oder in Konzentrationslagern inhaftiert, wo sie einer Sondergruppe zugeordnet wurden. Viele überlebten die Misshandlungen nicht, wenn doch, wurden sie, schwerstens traumatisiert, ihres seelischen Widerstandes und ihrer Menschenwürde beraubt, von den Nationalsozialisten als «Psychopathen» und «Kriegsneurotiker» verhöhnt, nach erneuter medizinischer Untersuchung eventuell wieder an die Front abkommandiert.⁸

Die Stunde Null

Das Kriegsende am 8. Mai 1945 wurde nur von einem Teil der Bevölkerung als entängstigendes Signal einer kommenden Friedenszeit realisiert. Rund zwölf Millionen Menschen aus dem Osten Deutschlands hatten versucht, über Wasser oder Land zu fliehen, oder irrten immer noch zwischen den Fronten der Amerikaner, Engländer, Franzosen und Russen umher und bemühten sich, die Gebiete zu meiden, aus denen die meisten Vergeltungstaten der aus allen Himmelsrichtungen einrückenden Truppen berichtet wurden, sowie irgendwo Schutz und Nahrung zu finden. Auch die nach Osten in «ruhigere» Gebiete und ausserhalb der Reichsgrenzen evakuierten

Grossstädter aus westlichen Regionen versuchten eiligst, der einrückenden russischen Armee zu entkommen.

Viele der aufs Land verschickten Kinder blieben nach der Auflösung der Lager sich selbst überlassen, fanden Anschluss an andere Fliehende oder wurden von russischen Soldaten in Heimen gesammelt oder zur Zwangsarbeit verschleppt. Eine grosse Zahl der so genannten «Blitzmädel» (junge Mädchen und Frauen, die sich zur Arbeit im militärischen Nachrichtendienst gemeldet hatten) ereilte ein ähnliches Schicksal. In anderen Regionen wie zum Beispiel in Österreich hielten sich Kinder bei Bauern als Arbeitskräfte auf und wurden nur ungern wieder nach Hause geschickt. Insgesamt sollen sich zwischen einer und fünf Millionen evakuierte Kinder fern ihrer Familien befunden haben.

Hitlers zynischer Versuch, die «zähe» Überlebensfähigkeit und «harte» Widerstandskraft seiner «germanischen Rasse» auf die Probe zu stellen, nachdem er «das unwerte Leben» der Juden bereits fast vollständig ausgelöscht hatte, endete im Desaster. Neben der unabweisbaren Schuld und der Traumatisierung epidemischen Ausmasses war der sozialökonomische Schaden gigantisch: Soweit aus den Quellen ersichtlich, verloren mindestens zwölf Millionen Menschen durch Flucht und Vertreibung alle materiellen Güter und die Voraussetzungen, ihre Arbeitskraft zum Erhalt der Familie einzusetzen. Weitere 2,3 Millionen Menschen kamen zu Tode. 350'000 Menschen aus Ostgebieten wurden verschleppt, von ihnen kehrten lediglich 100'000 wieder zurück.⁹ Bei Bombenangriffen starben 600'000 Menschen, 900'000 wurden verletzt, 3,7 Millionen Wohnungen zerstört, Tausende Kriegsgefangene kamen in westlicher Gefangenschaft, 1,3 Millionen in sowjetischen Lagern um.

Rauchende Ruinen

Um die katastrophale Gesamtlage zu verbessern, versuchten Betroffene bald, ihre Situation gegen-

über den neuen Behörden organisatorisch zu vertreten.

Bereits 1945 bildeten sich in verschiedenen Besatzungszonen erste Selbsthilfegruppen der Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen. Fünf Jahre später, am 28. Januar 1950, gründete sich der Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner (VdK).

In der Hungerperiode, die nach Kriegsende begonnen hatte und ihren Höhepunkt im kalten Winter 1946/47 erreichte, haben tägliche Schulspeisungen vielen Kindern Hungerkrankheiten (Hungerdystrophien) in schwererer Ausprägung erspart. Die offensichtliche Not der Kinder führte 1953 zur Gründung des Deutschen Kinderschutzbundes in Hamburg: «Aus Sorge um Kinder, die durch Krieg und Elend aus der Bahn geworfen waren, und ihre Familien, die um innere und äussere Stabilität ringen mussten».¹⁰ Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA, gegründet 1894) und die Landesversicherungsanstalten für Arbeiter (LVA, gegründet 1913) trugen wesentlich zur rehabilitativen Versorgung ihrer versicherten Mitglieder und deren Familien bei, wenn diesen von Gutachtern, die zum allergrössten Teil noch aus der Nazi-Ära stammten, eine Reha-Massnahme genehmigt wurde.

Der am 10. September 1919 unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gegründete Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. nahm die Bemühungen um die Toten, der DRK-Suchdienst die um die Vermissten auf.

So organisierten oder reorganisierten sich im Nachkriegsdeutschland aus der Ohnmacht des Staates heraus zahlreiche nichtstaatliche Hilfsverbände, die neben der einheimischen Bevölkerung auch 9,6 Millionen Flüchtlinge (Alliierte Volkszählung 1946) zu betreuen hatten.

Gebrochene Familien

Mit Existenzängsten und Trauer um die vermissten oder toten Väter und Söhne beladen, prägten erschöpfte Frauen erziehend die Entwicklung ih-

rer Kinder. Bis heute hält sich hartnäckig die falsche Auffassung, dass Kinder «davon nichts mitbekommen».¹¹ Im Gegenteil, es wuchsen in den letzten Kriegsmonaten und in den Nachkriegsjahren bei den damaligen Kindern grundlegende spezielle innere Bilder, Gefühls-, Verhaltens- und Bindungsmuster, die mit den früheren der heilen Welt nur wenig zu tun hatten. Die prägenden Eindrücke durch völlig veränderte Lebenssituationen bildeten den Ursprung für die spätere, Generationen überspringende Weitergabe dieser oder ähnlicher Muster (transgenerationale Transmission), die sich auf Interaktionen der Restfamilie und deren soziale Bezüge nach aussen gründeten. Sie erlangten für die geschlechterspezifische¹² Entwicklung der Persönlichkeiten späterer Generationen erhebliche Bedeutung.



Allmählich kehrten die Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft nach Hause zurück. Den Heimkehrern wurden

Fotos von vermissten deutschen Soldaten gezeigt, um Klarheit über das Schicksal des Mannes, Sohnes oder Freundes zu erhalten. Die seit Jahren ersehnte Rückkehr geriet jedoch oft zu einer neuerlichen Enttäuschung. Die ursprünglich vertraute

Bindung liess sich bei vielen Paaren und Familien nach der langen Trennung nicht wiederherstellen.

Allmählich kehrten die Soldaten, nun als entlassene Kriegsgefangene, wieder nach Hause zurück. 1955/56 folgten schliesslich auch die letzten Internierten aus der Sowjetunion.

Ihre seit Jahren ersehnte Rückkehr geriet jedoch zu einer neuerlich enttäuschenden Belastungsprobe für die gesamte Familie. Alle fanden die ursprünglich vertraute Bindung zwischen sich und den Zurückgekehrten nicht wieder. Unabhängig voneinander hatten sie viele Jahre hinter inneren Abgrenzungen gelebt und sich in andere Sozialisierungen hineinentwickelt.

Menschen, die jetzt wieder aufeinander trafen, hatten sich unwiderruflich verändert. Vergewaltigte Frauen konnten oder wollten nicht abtreiben. Aus Partnerschaften mit Besatzungssoldaten erwachsen Besatzerkinder, die nicht verheimlicht werden konnten, weil sie beispielsweise durch ihre dunkle Hautfarbe auffielen. So waren «neue» Kinder als weitere Opfer des Krieges geboren worden.

Während der Abwesenheit des Mannes hatten sich Onkel-Ehen gebildet, in denen Männer «Bemutterung» und Frauen Unterstützungen für sich und ihre Kinder erhofften und beide Partner zaghaft versuchten, wieder Sexualität zu leben. Frauen mussten notgedrungen Ehemänner «für tot erklären» lassen, um eine Hinterbliebenen-Rente für sich und die Kinder zu bekommen.

Für alle Beteiligten war dies eine neue Phase traumatischer Belastungen. Hilflose Menschen erlebten erneut Sprachlosigkeit, Wut und Verzweiflung.

Von Ehefrauen wurde erwartet, sich nun vermehrt den heimgekehrten, oftmals pflegebedürftigen Ehemännern zuzuwenden. Diese Männer verstanden häufig weder ihre Frauen noch ihre Kinder. Sie versuchten, an die Zeit vor ihrem Weggehen anzuknüpfen, und konnten die dazwischen liegenden Jahre nur mit eigenem Erleben füllen.

Ihre Ehefrauen hatten inzwischen weitgehend die traditionelle Frauenrolle abgestreift, zugunsten der einer modernen Kämpferin, die die Existenz

der Familie sichert. Hier begannen auf breiter Ebene entscheidende Änderungen in Partnerschaften und Familienbeziehungen, die sich auf die nächsten Jahrzehnte auswirkten. Die feministischen Bestrebungen der nachfolgenden Töchter-Generation nahmen jetzt ihren Anfang.

In diesen Familienkonflikten kamen die Kinder zu kurz. Sie sollten in ihre alten Kinderrollen zurückkehren, obwohl das gar nicht mehr ging. Sie sollten Rücksicht nehmen, ihre Lebendigkeit und wieder aufgekommene Vitalität zügeln, weil «Vater Ruhe braucht». Allerdings war dieser Vater niemand, an dem man sich messen oder orientieren konnte. Andererseits idealisierten Vaterwaisen gemeinsam mit der Mutter den abwesenden Vater und massen an diesem virtuellen Bild später jeden anderen Mann. Vollwaisen und Besatzerkinder erlitten zusätzlich einen Identitätsverlust, wenn sie nach dem Krieg fremden «Eltern» unter fremdem Namen zugewiesen wurden oder in Heime kamen. Später danach gefragt, was sie erlebt hätten, konnten sich viele nicht daran erinnern. Die frühesten schmerzhaften Eindrücke hatten sie in ihrem bisherigen Leben stumm begleitet, abgekapselt, unbewusst und unbemerkt. Noch heute kennen einige ihre wahre Identität nicht oder sind nie wieder in ihre Ursprungsfamilien zurückgekehrt. Ein besonderes Schicksal erlitten die Lebensborn-Kinder und Kinder deutscher Soldaten im Ausland.

Heilende Wunden?

«Flüchtlingskinder» wurden zum Teil in «Sonderklassen» beschult, weil sie aufgrund ihrer körperlichen und seelischen Verfassung scheinbar nicht mithalten konnten. Viele blieben sitzen oder wurden von vornherein eine Klasse niedriger eingeschult. Älteren Kindern fehlte häufig die Konzentration auf ein «normales» Leben mit regelmässigem Schulbesuch. Viele waren unterernährt oder erkrankten schwer an Diphtherie,

Typhus, Läuse- und Krätzeinfektionen. Die Furunkulose grassierte.

Die Erkrankungen von Kindern und Erwachsenen hatten erhebliche Auswirkungen auf ihr späteres Leben. Viele von ihnen wurden als «Nervenranke» unter Diagnosen von Depressionen, Psychosen oder/und Minderbegabung in psychiatrischen Kliniken behandelt. Viele blieben dort, einerseits, weil sie sich geschützt fühlten, andererseits, weil entsprechend dem damaligen Kenntnisstand über Traumatisierungen zwangsläufig Fehldiagnosen mit nachfolgend langen Unterbringungszeiten gestellt wurden. Durch starke Medikation und fehlende Psychotherapie gerade auch für Patienten über 40 Jahre konnte eine Besserung ihres Zustandes häufig nicht erreicht werden. Stattdessen wurden schwer erkrankte Patienten mit Elektroschock- und Insulinschocktherapie behandelt. Erst seit Anfang der 1990er Jahre hat sich bei Fachleuten, insbesondere Gutachtern, die Überzeugung durchgesetzt, dass lange zurückliegende Traumen krank machen und auch noch im höheren Alter behandelt werden sollten. Aber nicht alle Krankenkassen, nur wenige Kliniken und niedergelassene Psychotherapeuten sind auf die Möglichkeiten der Therapie vorbereitet.

In ihrer damaligen Not entwickelten kriegstraumatisierte Menschen seelische Hilfskonstruktionen. Ihre Persönlichkeiten liessen unbewusst gleichsam zwei Strassen entstehen, die von da an parallel liefen: eine mit frühesten inneren Bildern aus der Zeit vor der Traumatisierung, und eine «reaktionale» mit inneren Bildern danach. Letztere mit einem Fundament aus «wieder heil» machenden, nicht fest verankerten Bewältigungsversuchen, erstere je nach seelischer und körperlicher Gesundheit mit festem Fundament. Neueste neuropsychologische Forschungsergebnisse stützen diesen Denkansatz.

Beide Strassen konnten im Laufe des Lebens ständig parallel existieren, ohne wesentliche Berührungspunkte miteinander zu entwickeln, an-

dere wiederum wuchsen sich zu einem integrierten gemeinsamen Lebensweg zusammen. Je gesünder die Entwicklung bis zum Eintritt des Traumas verlaufen war, umso stärker vermochte sich der Einzelne sogleich mit den posttraumatischen inneren Konflikten auseinander zu setzen. Die lebenslange seelische Arbeit aber, «ob man alle früheren Aspekte der eigenen Entwicklung akzeptieren und integrieren kann, also nicht leugnen oder verdrängen muss»¹³, entschied über die seelische Gesundheit jedes Einzelnen auf dessen weiterem Lebensweg.

Kriegskinder gestern – Senioren heute! Und dazwischen die anderen Generationen

Kriegstraumatisierte Menschen, die nach der Flucht ihren neuen Lebensraum in der früheren DDR fanden, hatten mit besonderen Schwierigkeiten zu rechnen, weil die UdSSR die Besatzungsmacht war. Ausserdem mussten sie noch einmal den Zusammenbruch eines Staatsgefüges durchstehen.

Wie wichtig Therapie ist, wurde deutlich, nachdem die Auswirkungen unbewusster Weitergabe von seelischen Lebensmustern an die nächste Generation erkannt wurden. Die Ursprünge dieser Dynamik liegen in der ersttraumatisierten Generation. Einige von ihnen werden hier benannt:

- **Elterngeneration**

Körperliche Verwundungen, Hungerfolgestände, andauernde Angst, Trauer, schwere Infektionskrankheiten (zum Beispiel TBC), «vegetative Dystonie», «Erschöpfungskrankheiten», «Nervenkrankheiten», Verbitterung, Herz-Kreislauf-erkrankungen, besonders bei Männern frühe Invalidisierung, Berentung und Tod

- **Kriegs-»Kinder«** (Erste Generation) Gleichzeitiges Erleben der kranken Eltern und Grosseltern und eigene Ersttraumatisierung, Schweigen in den Familien, unbearbeitbare eigene seelische Eindrücke, Freudlosigkeit und Verbitterung,

plötzliche Bindungsveränderung innerhalb der Primärfamilie, abwesende oder «schonungsbedürftige» Väter, Ausbildung idealisierter Vorstellungen vom Vater, kein potentes Gegenüber; vorzeitige Reifung oder Zurückfallen auf niedrigere Reifungsstufe (traumatische Regression), äusserst enge Bindung zur Mutter, Hungerzeiten, Infektionskrankheiten, anstrengendes Lernen und Arbeiten wegen Leistungseinbussen, Aussenseiter in der Gesellschaft, finanzielle Not. Später: sich selbst überlassene «Wirtschaftswunderkinder» von arbeitenden Eltern.

Einige Reaktionsbildungen: Aufruhr gegen die Väter: «Bärte ab!», «Unter den Talaren, Muff von 1'000 Jahren!» (1969), Verweigerung der Mutterschaft, Änderung der Vaterrolle, «verlassene» und sich verweigernde Väter, Suchterkrankungen, Durchbruch verdrängter aggressiver Verhaltensweisen in dieser und der nächsten Generation

- **Zweite Generation**

Schweigen der Eltern und Grosseltern, Unverständnis gegenüber dem Verhalten der Eltern und Grosseltern im täglichen Leben und in der Erziehung, jedoch auch Interesse an den Zusammenhängen (besonders bei den Jüngeren). Entwicklung zum Single-Dasein, Leben im Hier und Jetzt, Erschöpfung des Gedankens vom altruistischen Handeln

Jetzige **Senioren**, damalige Kinder der Ersten Generation, geben nun häufig folgende Beschwerden an: Schwierigkeiten in Partnerschaften und Sexualität, unspezifische psychosomatische Beschwerden, Unlust, Sucht, trotz erheblicher Kompetenz in der Lebensbewältigung stehen sie sich selbst innerlich hilflos gegenüber, kaum Gefühle für sich selbst (Symptomatik ähnelt der Alexithymie, das heisst sich selbst nicht lesen können), frühe Verwitwung oder Verlassenwerden vom Partner (besonders häufig bei Frauen), Befürchtungen des Allein-(gelassen)seins, Todesängste, Krise beim Tod naher Angehöriger.

Die Beschwerden können bei zunehmender Gebrechlichkeit im Sinne einer traumatischen Wiedererinnerung erheblich zunehmen (Retraumatisierung).

Der Krieg und seine Wirkung bis heute

Bereits kurz nach Kriegsende wurden Wolfgang Borcherts «Draussen vor der Tür» und Max Frischs in der Schweiz geschriebenes Hörspiel «Nun singen sie wieder» gesendet – deutschsprachige Werke als Requiem auf die Ereignisse des soeben beendeten Krieges.

Am 4. August 1945 führte Rudolf Mauersberger seine Trauermotette «Wie liegt die Stadt so wüst» als Reaktion auf die Zerstörung Dresdens am 13. Februar 1945 erstmals auf (seither alljährlich an diesem Datum). Er ist bis heute der einzige deutsche und in Deutschland lebende Komponist, der seine unmittelbare Verzweiflung und Trauer in eine musikalische Begrifflichkeit übertrug und sich so ausdrückte. Viel wurde in den darauffolgenden Jahren «verwörtet», in Stein gehauen oder gemalt, jedoch nichts mehr «vertont». Deutschland, das Land der Musikschöpfer, hat zu diesem Thema seine Stimme noch nicht wiedergefunden.

Im Kontrast oder als Erklärung dazu stehen die Äusserungen von Professor Friedrich Panse. Er war als Gutachter für die Kanzlei des «Führers» zuständig für die Selektion der Opfer der ersten Massenvernichtungsaktion 1940/41 an Patienten psychiatrischer Einrichtungen. Ausserdem führte er die Elektroschockbehandlung für so genannte Kriegsneurotiker ein. Der 1973 verstorbene, späterhin «verdiente» Professor untersuchte von Mai bis Juli 1945 (!) circa 100 Menschen, die die Luftangriffe erlebt hatten, auf andauernde seelische Schäden. Er kam zu dem Schluss, dass bleibende Schäden an Betroffenen nicht zu erwarten seien, «da sie abklingen, sobald die auslösenden, unterhaltenden und steigernden Angsterlebnisse aufgehört haben. Dies aber ist nach einem Krieg alsbald der Fall.»¹⁴

Diese oder ähnliche Opfereinschätzungen bestimmten weitgehend die Nachkriegszeit und wirken teilweise heute noch nach: Körperlich sichtbare Schäden sind vorhanden, seelische Schäden nach so langer Zeit gibt es nicht.

Die deutsche Nachkriegsgesellschaft übernahm Nazigedankengut, bewerkstelligte den Aufschwung, assimilierte die 68er-Bewegung und den Feminismus, wehrte den Terrorismus ab, überstand rechtsradikale Bewegungen und wählte sich mit der gelungenen Wiedervereinigung zwischen Ost und West in Friedenszeiten, bis uns der Kosovo-Krieg mit seinen Bildern von Flüchtlingen an eigene Kriegserlebnisse und die Notwendigkeit dringender staatlicher Einsparungen an unsere Entbehrungen erinnerte.

Viele hatten bis dahin über ihre verdrängten unbewussten «Verhältnisse» hinweg gelebt. Es waren besonders getönte geistige Welten der soziopolitischen und soziomedizinischen Durchdringung der kollektiven und individuellen Schuld- und Traumaverarbeitung entstanden. Politiker waren, ohne es zu realisieren, kraft ihrer Zugehörigkeit zur Ersten oder Zweiten Kriegsgeneration selbst Teil des über die Abkapselung eigener Traumatisierung hinwegziehenden oberflächlichen Auseinandersetzungsprozesses geworden. Im März 2004 machte ein Artikel in der Wochenzeitung «Die Zeit» deutlich, wie zerbrechlich die Selbsttäuschung war: «Man kann den Politikern den Verlust an Charisma und Kontur nicht wirklich vorwerfen. Schliesslich sind auch sie Endprodukte einer über viele Jahre kriegs- und krisenfreien Gesellschaft.»¹⁵

Folgende Doppelseite: Obwohl diese Flüchtenden Berlin erreicht haben, steht in ihre Gesichter nicht nur die Erschöpfung geschrieben, sondern auch die Ungewissheit, wie es weitergehen soll. Auf die Ankunft von Millionen Vertriebenen war man im Westen nicht vorbereitet. In Berlin, einer der grossen Durchgangsstationen, durften die Flüchtlinge nur 24 Stunden verweilen, denn es gab in der völlig zerbombten Metropole weder genügend Unterkünfte noch ausreichende Verpflegung.





Für viele begann nach der ersten Flucht eine zweite Flucht, nämlich die aus der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) Deutschlands in eine der westlichen Besatzungszonen. Entlang der «grünen Grenze» flüchten die nun wieder Heimatlosen und wandern mit ihren wenigen Habseligkeiten westwärts.





Barfuss schiebt eine Frau ihr Kind im Kinderwagen auf einer Landstrasse in Richtung Westen. Zu Fuss oder mit Pferdekaren flüchten unzählige Menschen am Ende des Zweiten Weltkrieges aus den östlichen Gebieten des besiegten Dritten Reiches. An diese Wochen und Monate werden sich Mutter und Kind noch lange erinnern, und die Ereignisse können traumatisierende Folgen gehabt haben.

Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die Zweite Generation deutscher Vertriebener

Astrid von Friesen

Die «Zweite-Generations-Problematik» ist ein Begriff aus der Holocaustforschung und hat die Familientherapie stark beeinflusst. Besonders Analytiker haben in vielen Fallbeispielen das Leid derjenigen beschrieben, die nach 1945 zum Beispiel in Israel oder Amerika geboren wurden, deren Eltern ihnen in den meisten Fällen nie etwas von ihren Erlebnissen während des Faschismus erzählten, die aber dennoch psychisch schwer erkrankten und Hilfe brauchten.



Die Männer, die freiwillig oder unfreiwillig in den Krieg gezogen waren, kehrten oft psychisch und physisch krank zurück. Die nach aussen sichtbaren Verletzungen des Krieges, hier

ein kriegsinvalider Vater mit seiner ebenfalls verletzten Tochter, lassen die innere Verstörung erahnen.

Geschwiegen hatten ihre Eltern, weil es erstens keine Sprache gibt, die das erlittene Grauen in Worte fassen könnte, und zweitens, um ihre Kinder zu schonen. Anders als die vielen deutschen Täter und Mitläufer, die schwiegen, um sich selbst zu schonen.¹ Doch der Begriff lässt sich auch auf andere Zustände anwenden. Was passierte in den Seelen der Kinder von 15 Millionen deutscher Flüchtlinge und Vertriebener, deren Eltern in der Mehrzahl an traumabedingten Stresssymptomen litten, die verdrängt wurden und nun, oftmals im hohen Alter, bedingt durch das Schwächerwerden der Abwehrkräfte, erneut aufbrechen?

Die Zweite Generation waren Kinder von Nazis oder Mitläufern, von Tätern oder Opfern, von Kriegsgefangenen, von Vergewaltigten oder psychiatrisch Hospitalisierten, von Widerstandskämpfern, Hungernden, Zerschossenen, von tödenden oder getöteten Soldaten. Viele waren Waisen, Vaterlose, Kinder aus Notehen und Fehlritten, Ausgebombte, Umgesiedelte, Verwirrte und Geschockte. Was erfuhren sie von ihren Eltern über die – natürlicherweise idealisierten – «guten alten Zeiten», was aus verschämten Andeutungen und Halbwahrheiten, was von den verleugneten Verstrickungen im Faschismus?

Was bewirkte die «überlastete Omnipotenz»² der alleinerziehenden Mütter, was bewirkten die verstört und kaputt heimkehrenden Väter? Männer, die freiwillig in den Krieg zogen, um ideologisch überzeugt und in Siegerpose «Lebensraum für das Deutsche Reich» zu erobern, oder 18-jährige Jungen, die unfreiwillig an die Front geworfen wurden. Und die nach dem Krieg, in welchem sie ihren Kopf «für alle» hingehalten hatten, keineswegs als Helden willkommen geheißen wurden, sondern verschämt und gedemütigt in zerrissenen Zivilkleidern nach Hause schlichen. Die sich nun verzweifelt ob ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Niederlage oftmals in Sarkasmen flüchteten, die nicht mehr mitschwingen konnten bei ganz normalen Gefühlen, weil sie zu Entsetz-

liches in den Schützengräben und auf den Schlachtfeldern erlebt hatten, was oftmals eine emotionale Ertaubung nach sich zog. Und das über Jahre, besonders auch in den prägenden Jahren als junge Erwachsene, in denen sich nicht Familiensinn und Zärtlichkeit entfalten durften, sondern brachiale Gewalt und Tötungsfähigkeiten gefragt waren und der elende Kampf gegen monatelange Eiseskälte, Hitze und Durst in Afrika und Hunger hinter der Front das Denken beherrschten. Immer in der Angst und der quälenden Ungewissheit, wenn monatelang keine Post funktionierte, wie es der Familie zu Hause ergeht, ob die Frau treu bleibt und ob die Bomben sie und die Kinder verletzt oder sogar getötet haben.

Was folgte aus der faschistischen Erziehung der Erwachsenengeneration, die nach 1945 ja nicht einfach aus dem Kopf verbannt werden konnte? Kinderkriegen wurde im Faschismus als eine «Schlacht» im Privaten bezeichnet, und die Erziehung war auf Heldentum, Opfer- und Todesbereitschaft angelegt. In dieser Ideologie waren Kinder Bestien, deren Wille durch Zucht, Härte und Strenge gebrochen werden müsse.³ Als Beispiel dient ein Interview mit einer Tochter von Sudetendeutschen, die den Hass und Revanchismus ihrer Eltern nicht überwinden kann.⁴ Voller Misstrauen und Ängstlichkeit gegenüber Menschen, die anders denken könnten, führt sie ein isoliertes Leben, das bereits ihre heranwachsenden Söhne mit einbezieht. Immer in der freudlosen Fragehaltung: Freund oder Feind? Doch Freunde können in ihrem Fall nur andere Sude-tendeutsche sein, weil sie glaubt, dass ihr Leid einerseits nicht verstanden werden kann und sife es andererseits als so einmalig einstuft, dass das Leid und Leben anderer Menschen sie weder erreichen noch interessieren, wodurch ihr Inneres leer und hohl bleibt. Auch sind bei ihr die Folgen der faschistischen Erziehung spürbar, waren doch ihre Mutter und Grossmutter fanatische Anhängerinnen einer faschistischen Pädagogik, deren Merkmal eine tiefe Bindungslosigkeit ist. Nur

bindungslose Menschen, die eine tief gestörte Beziehung zu den eigenen Eltern haben, sind in der Lage, andere mit kaltem Hass zu vernichten, denn wer als Kleinkind sich nicht wirklich an einen Menschen binden durfte, muss – um emotional zu überleben – menschliche Gefühle abspalten und kann später deswegen weder Mitleid noch Einfühlung in andere entwickeln.⁵

Was nahmen die Kinder atmosphärisch auf an Schuld, Scham, Verzweiflung, Trauer, Sehnsucht, Wurzellosigkeit, was von den Gefühlen einer psychischen Ent-Eignung? Wie kamen sie zurecht mit ihrer gespaltenen Kindheit: einerseits den idealisierten, sehnsuchtsvollen Erzählungen von früher, so wie Eltern auch in unproblematischen Konstellationen von vergangenen Zeiten schwärmen, andererseits den harten, entbehrungsreichen Situationen in Notunterkünften, in Abhängigkeit von West-Verwandten oder Fremden. Wie mit der deutlichen und fast jahrzehntelangen Ablehnung als Flüchtlinge mit anderer Konfession, mit ungewohnten Dialekten? Wie mit der bitteren Armut? Flüchtlinge, die nicht willkommen waren, die als «Zigeuner»⁶ diskriminiert oder als «Fremde» und «zusätzliche Esser» keineswegs mit offenen Armen aufgenommen wurden. Wie hätte es auch emotional funktionieren sollen, mussten doch Gemeinden zum Beispiel in Schleswig-Holstein ein Mehr an 50 Prozent der eigenen Einwohnerzahl verkraften. Was erlitten sie damals, so wie es heute viele Flüchtlinge aus der ganzen Welt bei uns erleiden? Die Vaterentbehrung, millionenfach nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren, führte 30 Jahre später zum Beginn einer Scheidungslawine, wie der Psychoanalytiker Horst Petri schreibt: «Wenn ich selbst vaterlos gross geworden bin und meinen damaligen Schmerz verdrängt habe, um zu überleben, kann ich mir auch nicht mehr vorstellen, was es heisst, das eigene Kind zu verlassen [...]».⁷ Weiter heisst es bei ihm, dass es «eine vaterlose Nachkriegsge-

sellschaft war, die der traditionellen Familie ideologisch und faktisch den ‚Krieg erklärte‘ und damit wiederum eine Kindergeneration gezeugt hat, von der grosse Teile ihre Väter durch den Krieg der Geschlechter verloren haben. Diese vaterverlassenen Kinder [...] stellen die heutige Elterngeneration dar.»⁸ Eine der möglichen Formen männlicher Abwehr gegen die tiefe Kindersehnsucht nach einem guten Vater, die oftmals ein Leben lang anhält, ist das Verlassen der Familie, die Abspaltung von weichen Gefühlen und vom Wunsch nach Nähe. Männer haben nicht gelernt, liebevoll sich selbst anzunehmen, und erst dann ist der Mensch in der Lage, sich liebevoll in andere einzufühlen. Väter werden aus den Familien ausgestossen, «ausgesondert», zu Samenspendern und Alimenezahlern degradiert, sie sollen bis an den Rand ihrer (finanziellen) Existenz in diesem «Rosenkrieg» «bluten», wie die kriegerischen Metaphern der Frauen noch heute so treffend heissen.

Die weibliche Abwehr dieses tiefen Kinderschmerzes führte dagegen in Teilen der (westdeutschen) Frauenbewegung sowie bei vielen Richtern und Sozialarbeitern zu einer Ideologie, die den Vaterverlust umkehrte: Vaterlosigkeit wurde ab den 1970er Jahren und wird teilweise auch heute als Ideal propagiert und das männliche Prinzip wird massiv entwertet. Das Patriarchat hat im zwischenmenschlichen Bereich gesiegt: Kinder erleben überbordende, oftmals distanzlose Weiblichkeit bei ihren Müttern, im Kindergarten und in den Schulen, bei weiblichen Therapeuten und Ärzten. Doch wie soll sich ein Junge zurechtfinden, der sich natürlicherweise nicht mit Frauen identifizieren kann?

Der Erste Weltkrieg kostete 1,8 Millionen, der Zweite Weltkrieg 5,25 Millionen deutschen Soldaten im «besten Mannesalter» das Leben, die jeweils Millionen vaterverlassene Kinder hinterliessen. Heute wird dieser Zustand der vaterlosen Kinder zu einem grossen Teil von Frauen herbeigeführt, die 80 Prozent aller Scheidungen einreichen. Die Folgen davon, dass gerade die Jungen

nicht wissen, wo es männlich «weitergeht» und sich deswegen mit negativen Männerbildern der Medien identifizieren, ist bereits heute deutlich und wird zu weiteren massiven und sich steigernden Aggressionen führen. Und, nicht zu vergessen, auch alle aggressiven Jungen und Männer hatten Mütter! Doch gerade die Zivilisierung, die Kanalisierung von Aggressionen im Erziehungsprozess ist der spezielle Männerjob. Wollen oder dürfen Männer diese ureigene Aufgabe nicht übernehmen, entsteht oftmals eine nicht zu zügelnde Wut gerade bei den Jungen und eine innere Leere bei den Mädchen.

Ein anderes, vielfach erlittenes Drama ist die Depression. Familientherapeuten postulieren, dass das zentrale Moment bei depressiven Familien eine «Traditionsproblematik»⁹ sei, dass nämlich in der Eltern- oder Grosselterngeneration ein Besitz- oder Prestigeverlust auftrat, der die Familien erstarren und ihren Blick ausschliesslich nach rückwärts wenden liess, so dass alles Neue und alle Lebendigkeit abgewehrt werden mussten. Dies kann bei der Enkel- oder Urenkelgeneration bis zu psychischen Erkrankungen und zu Suiziden führen. Exakt nach dem biblischen Motto, dass die Sünden der Väter bis ins «vierte Glied» auf der Familie lasten und erst durch «Sühne», wir würden heute sagen «Aufarbeitung», getilgt werden kann.

Hier liegt das Verdienst von Bert Hellinger, dem umstrittenen Familientherapeuten. Er räumt in seinen Familienaufstellungen den Toten einen neuen und bewusst wahrgenommenen Platz ein, er hält die Patienten an, sie zu würdigen und ihnen Raum und Zeit in ihrem Inneren zu geben. Tote, die oftmals 50 Jahre verschwiegen wurden, weil ihr Tod gewaltsam oder mysteriös war, weil ihre Verstrickungen im Faschismus ungeklärt waren oder sie nur in oberflächlichen Anekdoten weiterleben durften.

Hinzu kommt, dass kollektive Katastrophen kollektive Scham nach sich ziehen. Wird darüber jedoch nicht offen gesprochen, ist die Folge eine Individualisierung, das heisst der Einzelne fühlt

sich aus unerklärlichen Gründen schuldig, isoliert, kann keine wirkliche Lebensfreude empfinden.

Besonders bei Flüchtlingen und deren Kindern gibt es vier Bewältigungsmechanismen

Trotz:

Man kultiviert trotzig das Anderssein, die eigene Religion, die eigene Sprache, lebt in selbstgewählten «Ghettos» und isoliert sich damit von der Gesellschaft (nach dem Krieg der enge und hilfreiche, aber auch isolierende Zusammenhalt von Landsmannschaften und Menschen mit ähnlichem Schicksal).

Resignation:

einhergehend mit Krankheiten, Depressionen und Süchten. Aufgrund des Gefühls, wurzel- und heimatlos zu sein, klammern sich diese Menschen verzweifelt an übrig gebliebene Familienangehörige und belasten die Umgebung mit nicht enden wollenden Klagen und (selbst-)zerstörerischem Verhalten.

Revanchismus:

Die Flucht in die Phantasie von Rückkehr, Wiedergutmachung ihrer Schmach und der Rache an den Vertreibern. Nicht selten kommt es zu unveröhnlichem Hass – bis in die nachfolgenden Generationen hinein. **Überanpassung durch**

Leistung:

Um die innere Scham zu kompensieren, entwickeln diese Flüchtlinge enorme Anstrengungen, zeigen hervorragende Leistungen und versuchen sich durch Prestige und soziale Positionen zu rehabilitieren. Nicht selten gerät dieses Bemühen zu einem Zwang, der die innere Leere nur zeitweilig zu verdecken vermag. Das neue, eigene Häuschen wird dabei zum Inbegriff einer neuen Heimat, zu einem Kultobjekt und Symbol tiefster Bedeutung.¹⁰

In den nachfolgenden Generationen übernehmen die Kinder einerseits die tiefe Verunsicherung, das unverarbeitete Leid und die Scham der Eltern. Andererseits haben sie nicht selten noch

unter apokalyptischer Verspottung wegen ihrer Ärmlichkeit und ihres Dialekts gelitten. Bei einem der sieben von mir Interviewten ist die Situation noch zugespitzter: Ein heiss geliebter Bruder der Mutter wurde im Faschismus durch Euthanasie ermordet.¹¹ Eine seiner Schwestern, eine überzeugte Nationalsozialistin, schweigt ihr Leben lang dazu, trägt aber dieses Motto von guten, wertvollen und bösen, «auszusondernden» Geschwistern in die nächsten Generationen hinein. In einem erschreckenden Ausmass wiederholt sich in drei Generationen dieses Thema von Verrat, Ausstossung und tiefster Ungerechtigkeit. Mitglieder der Familie werden entweder abgöttisch geliebt oder bis zur psychischen Vernichtung gehasst und ausgegrenzt.

Ein anderer Interviewter stammt aus einer baltischen Familie, die dreifachen Heimatverlust erleiden musste: 1918 Flucht aus dem Baltikum, 1945 Flucht aus Brandenburg und danach durch Ruin beziehungsweise Scheidung von Besitzungen in Westdeutschland. Wie sein Vater auch hatte der Interviewte versucht, sich durch Einheirat in einen landwirtschaftlichen Besitz emotional zu stabilisieren, was jedoch in beiden Generationen scheiterte. Er selbst sieht, neben seiner Lehre als Professor für Ethik, seine Lebensaufgabe darin, eine überzeugende Position als Mann zu finden und zu formulieren, denn positive Männlichkeit sei durch die zerstörerischen Weltkriege verloren gegangen – zugunsten einer überbordenden, dominierenden Weiblichkeit. Für ihn sind die wahren Helden die jungen Soldaten der Alliierten, besonders die jungen Amerikaner, die mit 18 Jahren in den Krieg zogen, um Europa vom Hitlerfaschismus zu befreien, und derer wir heute so wenig gedenken. Hinzu kam, dass sich seine Grossmutter von einer begeisterten Kaisergetreuen zu einer fanatischen Anhängerin der Nationalsozialisten entwickelte, die bereit war, die eigene Tochter aus ideologischen Gründen zu opfern, und die sich auch nach dem Krieg keiner Schuld bewusst war. Diese politische «Erwe-

ckung» wiederholte sich in der Zweite Generation auf religiösem Gebiet, der Hinwendung zu einer Sekte und zu einem zeitweiligen radikalen Bruch mit der übrigen Familie und ihrem Wertekanon.

Die vielen Facetten der hohen Leistungsanforderungen nach dem Motto: Was Du lernst, kann dir niemand mehr wegnehmen, kennen viele Nachkriegskinder. Einige der Interviewten sagen jedoch ganz dezidiert, dass ein Aufwachsen auf dem Land im Osten bestimmt seinen Reiz gehabt hätte, doch ihr Leben beispielsweise als Wissenschaftler in Amerika offener und weltbewusster verlaufen sei, dass sie durch die Wirren, aber auch durch die Auflösung von Grenzen und starren Familientraditionen in der Nachkriegssituation mehr Chancen gehabt hätten.¹² Oder, wie eine Reisejournalistin konstatiert: Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, hätte ich den Sohn vom Nachbargut geheiratet, fünf Kinder bekommen und das wäre es gewesen!

«Wenn Eltern glauben, sich nicht zumuten zu dürfen, in ihrer Vergangenheit nach Schuld zu forschen und dies anzusprechen, dann entsteht ein Stau und nicht selten Hass. Wie konnte man selbst verdrängen und gleichzeitig die Gebote der Redlichkeit hochhalten und die Kinder etwa lehren ‚Du sollst nicht lügen‘? Wenn Fragen nicht beantwortet werden, werden aus ihnen Anklagen. Und Anklagen führen selten zur Aufklärung: Durch den harschen Tonfall ihrer Kinder verbittert, gehen die Eltern selbst zur Anklage über und schaffen sich so erneut ein Alibi für ihr jahrzehntelanges Beschweigen»¹³, so schrieb Gesine Schwan über die 68er-Generation, in der die erbitterten «Aufrechnungen» mit den Eltern stattfanden. – Auch davon berichtet eine Interviewte, die erst nach dem Tod beider Eltern von einer Tante erfährt, warum die Eltern lebenslang schwiegen: Nicht weil sie verstrickt waren in den Faschismus, sondern sie waren im Gegenteil «wi-

derständig», doch sie schämten sich, nicht genügend getan zu haben ...

Die ehemaligen Bürger der DDR durften öffentlich nicht über Flucht, Vertreibung und Umsiedlung sprechen, weil das Kritik an den «Sozialistischen Bruderstaaten» gewesen wäre. Also gab es nicht nur das psychische Tabu wie in Westdeutschland, sondern auch ein politisches.

Zusammen mit dem Dresdner Historiker Wendelin Szalai, einem Ungarndeutschen, der 1948 «ausgesiedelt» und in der Lausitz zu Kinderzeiten als «Zigeuner» verspottet wurde, gründete ich im Jahr 2000 eine Erzählwerkstatt. Dort berichteten Menschen aus der Erwachsenengeneration des Krieges sowie Kriegskinder (etwa ab Jahrgang 1930) und Kinder der Zweiten Generation von ihren Schicksalen. Einige erzählten ihre Geschichten erstmalig, hatten sie noch nicht einmal ihren eigenen Kindern mitgeteilt. Natürlich werden noch andere Themen aufgegriffen, die in vielerlei Hinsicht symptomatisch für die Kinder der Zweiten Generation sind wie zum Beispiel die Parentifizierung. Wenn ein 12-jähriger Junge in den Kriegs- oder Nachkriegswirren für seine Mutter und die jüngeren Geschwister sorgt, als sei er der Vater, verantwortungsvoll, unterstützend und helfend, kann er natürlich ein Stück seiner Kindheit nicht leben. Solche und andere Rollenunklarheiten gab es viele in den zerstörten Familien. Es gab sehr instabile Identitäten und viele Variationen von verdrängter Schuld, von Scham und Leid: «bis ins vierte Glied».

So ist diese Erzählwerkstatt als Diskussionsbeitrag für drei Generationen in Ost- und Westdeutschland gedacht, denn hüben wie drüben existieren nach wie vor abenteuerliche Vorstellungen über dieses Kapitel deutscher Geschichte. Bis heute werden die Gefühle von Verlust und Trauer selbst in der Zweiten Generation abgespalten und verdrängt.



Symptomatisch für das Kindheitserleben der Kriegs- und Nachkriegszeit ist das, was Psychologen «Parentifizierung» nennen. Ein 12-jähriger Junge, der für seine Mutter und die jüngeren Geschwister sorgt, als sei er der Vater, kann einen Teil seiner Kindheit nicht leben.

Anmerkungen

Die Vertreibung der Deutschen. Ursachen, Ablauf, Folgen

- ¹ Das Parlament. Die Woche im Bundestag 2, 1952, Nr. 11, S. 1
- ² Zu den Zahlen im Einzelnen vgl. Reichling, Die deutschen Vertriebenen, Teil I, S. 55-59
- ³ Siehe Schwartz, Vom Umsiedler zum Staatsbürger
- ⁴ Vgl. Beer, Symbolische Politik
- ⁵ Siehe Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung
- ⁶ Kulischer, Europe on the Move, S. 248f.
- ⁷ Langewiesche, Nation, S. 49
- ⁸ Mehemed Emin Efendi (Pseudonym): Nationalitätenprinzip und Bevölkerungsaustausch. Eine Studie zum Friedensschluss. Dresden 1917
- ⁹ George Montandon: Frontières nationales. Détermination objective de la condition primordiale nécessaire à l'obtention d'une paix durable. Lausanne 1915
- ¹⁰ Griechisch-Türkische Convention nebst Protokoll betr. den Austausch Griechischer und Türkischer Bevölkerungsteile vom 30. Januar 1923, in: Herbert Kraus: Das Recht der Minderheiten. Materialien zur Einführung in das Verständnis des modernen Nationalitätenproblems. Berlin 1927, S. 165-174
- ¹¹ Archiv der Gegenwart, 6.10.1939, S. 4267f.
- ¹² Auszug aus einem Interview mit der aus Bosnien umgesiedelten Elisabeth S., in: Fremde Heimat, S. 27
- ¹³ Zitiert nach Lemberg, «Ethnische Säuberung», S. 32
- ¹⁴ Hans Jansen: Der Madagaskar-Plan. Die beabsichtigte Deportation der europäischen Juden nach Madagaskar. München 1997
- ¹⁵ Aly, «Endlösung», S. 20f.
- ¹⁶ Vgl. Beyrau, Schlachtfeld
- ¹⁷ Brandes, Weg zur Vertreibung, bes. S. 290-297. Vgl. auch den Beitrag von Detlef Brandes in diesem Band.
- ¹⁸ Zitiert nach Brandes, Weg zur Vertreibung, S. 149
- ¹⁹ Persson, Rhetorik und Realpolitik, S. 64-69
- ²⁰ Deutsche Übersetzung des englischen Textes in: Quellen zur Entstehung der Oder-Neisse-Linie, S. 159
- ²¹ Graml, Alliierten, S. 99
- ²² Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats in Deutschland. Ergänzungsheft. Berlin 1945, S. 13
- ²³ Vgl. Benz (Hg.), Vertreibung der Deutschen
- ²⁴ Siehe Literaturverzeichnis. Zur Entstehung und Wirkung dieser Publikation vgl. Beer, Im Spannungsfeld
- ²⁵ Das Schicksal der Deutschen in Rumänien (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. 2). Bonn 1957, Bericht Nr. 29, S. 144-151, Zitat S. 144f.
- ²⁶ Vgl. dazu den Beitrag von Stefan Karner in diesem Band.
- ²⁷ Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. 5). Bonn 1961, Bericht Nr. 59, S. 414-441, Zitat S. 414
- ²⁸ Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. I,i). Bonn 1953, Bericht Nr. 23, S. 90-98, Zitat S. 90f.
- ²⁹ Ebd., Nr. 69, S. 267f.
- ³⁰ Vgl. Knopp, Die grosse Flucht
- ³¹ Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. IV,2). Bonn 1957, Bericht Nr. 284, S. 282-286, Zitat S. 284
- ³² Ebd.
- ³³ Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. I,2). Bonn 1953, Bericht Nr. 296, S. 688f.
- ³⁴ Zit. nach Borodziej/Lemberg (Hg.), «Unsere Heimat...», Bd. 1, S. 64
- ³⁵ Vgl. Hirsch, Rache der Opfer
- ³⁶ Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. IV,2). Bonn 1957, Bericht, Nr. 80, S. 389f., Zitat S. 389
- ³⁷ Das Schicksal der Deutschen in Ungarn (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. 2). Bonn 1956, Nr. 51, S. 139-199, Zitat S. 181f.
- ³⁸ Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei (Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. IV,2). Bonn 1957, Nr. m, S. 505-508, Zitat S. 505f.
- ³⁹ Vgl. Lehmann, Im Fremden ungewollt zuhaus
- ⁴⁰ Vgl. Schillinger, Entscheidungsprozess
- ⁴¹ Beer, Lager als Lebensform
- ⁴² Bausinger (u.a.), Neue Siedlungen
- ⁴³ Vgl. Kopp, Bundesvertriebenengesetz
- ⁴⁴ Vgl. Danyel/Ther (Hg.), Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive; Bingen u.a. (Hg.), Vertreibungen europäisch erinnern? – Ausser der in den Anmerkungen zitierten Literatur wurden für die vorliegende Darstellung herangezogen: Aust / Burgdorff, Die Flucht; Beer, Auf dem Weg; Browning, Entfesselung der ‚Endlösung‘; Brubaker, Nationalism reframed; Burleigh, Zeit des Nationalsozialismus; Edding/Lemberg, Die Vertriebenen in Westdeutschland; Franzen, Die Vertriebenen; Frantzioc, Die Vertriebenen; Hoffmann, Geglückte Integration?; Hoffmann, Vertriebene in Deutschland; Krallert-Sattler, Kommentierte Bibliographie; Ladas, The Exchange of Minorities; Marrus, Unwanted European Refugees; Naimark, Fires of Hatred; Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung; Overmans, «Amtlich und wissenschaftlich erarbeitet»; Schechtman, Postwar population transfers in Europe 1945-1955; Schechtman, European population transfers 1939-1945; Schlögel, Promenade in Jalta; Schlögel, Die Mitte liegt ostwärts; Schraut/Grosser, Die Flüchtlingsfrage; Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, Hildesheim

1987; Statistisches Bundesamt, Die deutschen Vertreibungsverluste; Sundhaussen, Bevölkerungsver-schiebungen in Südosteuropa; Ther, Deutsche und polnische Vertriebene; Ther/Siljak, Redrawing nations; Toth, Migrationen in Ungarn 1945-1948; Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948; Wille, Sie hatten alles verloren; Zayas, Die Anglo-Amerikaner

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostpreussen, Westpreussen, Danzig, dem Warthegau und Hinterpommern

- ¹ Dazu wie zum Folgenden siehe: Zeidler, Kriegsende, S. 48-66
- ² Stalin, Vaterländischen Krieg, S. 164f.
- ³ Tschuikow, Gardisten, S. 287
- ⁴ Zeidler, Kriegsende, S. 68
- ⁵ Zu Nemmersdorf speziell siehe: Fisch, Nemmersdorf, S. 71-101
- ⁶ Bericht des Majors Hinrichs, OKH Generalstab des Heeres, vom 26.10.1944, zitiert nach Zeidler, Kriegsende, S. 74
- ⁷ Zitiert nach Fisch, Nemmersdorf, S. 144
- ⁸ Sündermann, Tagesparolen, S. 296h
- ⁹ Zum Ablauf der Evakuierungs- und Fluchtbewegung in Ostpreussen siehe: Lass, Die Flucht
- ¹⁰ Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung, Bd. 1, S. 15f.
- ¹¹ Zeidler, Kriegsende, S. 81
- ¹² Guderian, Erinnerungen, S. 347
- ¹³ Dazu wie auch für das Folgende: Zeidler, Kriegsende, S. 83-95
- ¹⁴ Speziell zum Kampfgeschehen in Ostpreussen siehe: Dieckert/Grossmann, Kampf um Ostpreussen
- ¹⁵ Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung, Bd. 1, S. 23f.
- ¹⁶ Dazu wie auch für das Folgende: f.bd., S. 27ff.
- ¹⁷ Vgl. dazu die Kreisräumungstermine bei Lass, Die Flucht, S. 9 5ff.
- ¹⁸ Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung, Bd. 1, S. 36ff.
- ¹⁹ Ebd., S. 38 f.
- ²⁰ Ebd., S. 40ff.
- ²¹ Dazu wie auch im Folgenden: Ebd., S. 41f.-50f.
- ²² Dazu allgemein: Zeidler, Tötungs- und Vergewaltigungsverbrechen, S. 419-432. Vgl. dazu: Dokumente der Menschlichkeit. Neuerdings auch: Scherstjanoi, Rotarmisten
- ²³ Zitiert aus: Wilckens, Die grosse Not, S. 419
- ²⁴ Lass, Die Flucht, S. 215-217
- ²⁵ Kopelew, Aufbewahren; Solschenizyn, Ostpreussische Nächte
- ²⁶ Gosztony: Tagebuchaufzeichnungen, S. 512-524
- ²⁷ Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948, S. 38-40
- ²⁸ Abgedruckt in der russischen Zeitschrift Novoe vremja (Neue Zeit), Nr. 15, Jg. 1994, S. 15

- ²⁹ Semirjaga, Rote Armee, S. 206f.
- ³⁰ Abgedruckt in: Sowjetische Dokumente, S. 142-151
- ³¹ Ebd., S. 46ff.
- ³² Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung, Bd. 1, S. 83f.
- ³³ Dazu die Erlebnisberichte zweier Betroffener: Mitzka, Meine Brüder, und Fittkau, Mein dreiunddreissigstes Jahr
- ³⁴ Zeidler, Kriegsende, S. 190
- ³⁵ Ebd., S. 200f.
- ³⁶ Zitiert nach: Teheran, Jalta, Potsdam, S. 403
- ³⁷ Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948, S. 36
- ³⁸ Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung, Bd. 1, S. 142f.
- ³⁹ Ebd., S. 147f.
- ⁴⁰ Klafkowski, deutsch-polnische Grenze, S. 76 u. 81
- ⁴¹ de Zayas, Die Vertreibung, S. 182
- ⁴² Stellvertretend dazu: Lehndorff, Ostpreussisches Tagebuch
- ⁴³ Zeidler, Kriegsende, S. 204f. Zu Starlingers Berechnungen siehe: Starlinger, Grenzen, S. 40 f.
- ⁴⁴ Ebd., S. 206
- ⁴⁵ Nawratil, Nachkriegsverluste, S. 29f.

Flucht und Vertreibung aus Schlesien

- ¹ Benz, Fünfzig Jahre, S. 10; Schlau, Völkerwanderung, S. 72f.; Lehmann, Im Fremden, S. 188ff.
- ² Wehler, Vertreibung, S. 31
- ³ Ebd., S. 31
- ⁴ Benz, Generalplan, S. 45
- ⁵ Rogall, Krieg, S. 164
- ⁶ Ebd., S. 164f.
- ⁷ Dokumentation der Vertreibung Bd. I/i, S. 51 f.
- ⁸ Rogall, Krieg, S. 163f.
- ⁹ Davies/Moorhouse, Blume, S. 29.ff.; Thum, Fremde Stadt, S. 20
- ¹⁰ Peikert, «Festung Breslau», S. 20
- ¹¹ Rogall, Krieg, S. 164
- ¹² Davies/Moorhouse, Blume, S. 37
- ¹³ Rogall, Krieg, S. 165
- ¹⁴ Davies/Moorhouse, Blume, S. 42
- ¹⁵ Rogall, Krieg, S. 165; Davies/Moorhouse, Blume, S. 58
- ¹⁶ Dokumentation der Vertreibung Bd. I/1, Dok. Nr. 131. Gemeint ist vermutlich der Aufruf des Dichters Ilja Ehrenburg zu Morden und Vergewaltigungen. Rogall, Krieg, S. 165
- ¹⁷ Thiel, Jauer, S. 479
- ¹⁸ Dokumentation der Vertreibung Bd. I/1, Dok. Nr. 131, S. 83 f., Zitat S. 479
- ¹⁹ Die Grafschaft Glatz, S. 31ff.
- ²⁰ Blaser, 40 Jahre, S. 19
- ²¹ Henke, Weg, S. 58, 62; Blaser, 40 Jahre, S. 10
- ²² Henke, Weg, S. 64; Blaser, 40 Jahre, S. 11
- ²³ Brandes, Vorgeschichte, S. 387f.; Thum, Fremde Stadt, S. 60ff.
- ²⁴ Henke, Weg, S. 80

Anmerkungen

- ²³ Jonca, Aussiedlung, S. 97
- ²⁶ Scholz, Wächter, S. 91h
- ²⁷ Jonca, Aussiedlung, S. 107
- ²⁸ Scholz, Wächter, S. 69, 96; Thum, Fremde Stadt, S. 93 ff.
- ²⁹ Moltke, Erinnerungen, S. 107f.; Dokumentation der Vertreibung Bd. I/i, Dok. Nr. 215, 217, 218, 220, 221, 223, 225, 226, 229, 230; Die Grafschaft Glatz, S. 134, 176, 177, 178
- ³⁰ Trautmann, Erlebnisse, S. 237ff.
- ³¹ Lobe, Weg, S. 247ff.
- ³² Kanopinska, Breslauer Jahr, S. 298-310 (Auszug), S. 303, sowie in: «Wach auf, mein Herz, und denke!», S. 438-441, S. 440; Thum, Fremde Stadt, S. 185ff.
- ³³ Sobotta, Vertreibung, S. 63f.
- ³⁴ Ruchniewicz, Schweidnitz/Swidnica, S. 412f.; ferner: Dokumentation der Vertreibung Bd. I/2, Dok. Nr. 302
- ³⁵ Dokumentation der Vertreibung Bd. I/1, Dok. Nr. 125; I/2, Dok. Nr. 300, 301, 302, 303, 338, 340, 341, 342, 343, 347; Die Grafschaft Glatz, S. 104ff.
- ³⁶ Dokumentation der Vertreibung Bd. I/2, Dok. Nr. 232
- ³⁷ Nowak, Schatten, S. 452-454
- ³⁸ Jonca, Aussiedlung, S. 117
- ³⁹ Moltke, Erinnerungen, S. 108
- ⁴⁰ Senft, Nationale Verifikation, S. 447
- ⁴¹ Dokumentation der Vertreibung Bd. I/2, Dok. Nr. 232; Die Grafschaft Glatz, S. 79
- ⁴² Moltke, Erinnerungen, S. 108
- ⁴³ Neisse, 14. Februar 1945. Tagebuch der Grete Hoffmann vom 14. Februar 1945 bis 9. Juli 1946, Hildesheim 2003, S. in: Dokumentation der Vertreibung Bd. I/2, Dok. Nr. 225, 353; Saueremann, Erinnerungen, S. 130ff.
- ⁴⁴ Zitat nach Brandes, Vorgeschichte, S. 389
- ⁴⁵ Scholz, Wächter, S. 32
- ⁴⁶ Kanopinska, Zitate in: «Wach auf, mein Herz, und denke!», S. 438; Thum, Fremde Stadt, S. 248ff.
- ⁴⁷ Michalek, Deutsche, S. 403-407
- ⁴⁸ Die Grafschaft Glatz, S. 92
- ⁴⁹ Scholz, Wächter, S. 84f.; Die Grafschaft Glatz, S. 98, 116; Dokumentation der Vertreibung Bd. I/2, Dok. Nr. 213
- ⁵⁰ Benz, Fünfzig Jahre, S. 80; Blaser, 40 Jahre, S. 14
- ⁵¹ Scholz, Wächter, S. 70; Thum, Fremde Stadt, S. 13 off.
- ⁵² Jonca, Aussiedlung, S. 113
- ⁵³ Dokumentation der Vertreibung Bd. I/i, S. 147 f.
- ⁵⁴ Scholz, Wächter, S. 72f.
- ⁵⁵ Davies/Moorhouse, Blume, S. 517
- ⁵⁶ Jonca, Aussiedlung, S. 191
- ⁵⁷ Die «Evakuierungsordnung» vom 4. März 1946 für den Ort Grafenort/Gornanów siehe in: Grafenort, S. 311
- ⁵⁸ Grafenort, S. 318f.
- ⁵⁹ Senft, Nationale Verifikation, S. 447; Grafenort, S. 316
- ⁶⁰ Sobotta, Vertreibung, S. 68ff.; Grafenort, S. 316f., 318ff., 327L; Die Grafschaft Glatz, S. 60, 62, 71L, 84, 87, 103, 117f., 130f., 149f., 180f, 184, 191f. Zitat: ebd., S. 185
- ⁶¹ Jonca, Aussiedlung, S. 322ff.; Die Grafschaft Glatz, S. 137, 148, 151
- ⁶² Jonca, Aussiedlung, S. 191, 223; Rogall, Krieg, S. 167
- ⁶³ Dokumentation der Vertreibung Bd. I/2, Dok. Nr. 344. Ich danke Kollegen Frank Golczewski für diese Information.
- ⁶⁴ Dokumentation der Vertreibung Bd. I/i, S. 150 f.; Blaser, 40 Jahre, S. 23
- ⁶⁵ Rogall, Krieg, S. 167, 170; Senft, Nationale Verifikation, S. 448
- ⁶⁶ Senft, Nationale Verifikation, S. 448
- ⁶⁷ Zu den Benes-Dekreten: Glotz, Vertreibung, S. 193ff.; Zitate in: Ruchniewicz, Schweidnitz/Swidnica, S. 412; Senft, Nationale Verifikation, S. 449f.
- ⁶⁸ Lis, Herkunft, S. 473
- ⁶⁹ Lehmann, Im Fremden, S. 30ff., 170ff.; Jessen, «In allem widerstrebt uns dieses Volk»
- ⁷⁰ Lehmann, Im Fremden, S. 151ff.
- ⁷¹ Bausinger, Beharrung, S. 9-16
- ⁷² Grebing, Die Parteien, S. 95ff.
- ⁷³ Schlau, Integration, S. 163; Rogall, Krieg, S. 177ff., 181f.
- ⁷⁴ Chaussy, Jugend, S. 207ff.
- ⁷⁵ Lehmann, Im Fremden, S. 71ff.
- ⁷⁶ Ebd., S. 75ff.

Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei

- ¹ Hrabovec, Vertreibung, S. 58
- ² Stanek, Odsun, S. 223f.
- ³ Vgl. Hoffmann/Harasko (Hg.), Odsun. Die Herausgeber haben trotz intensiver Suche nach entsprechenden Dokumenten auf tschechischer Seite nur eine missverständliche Äusserung T.G. Masaryks vom Februar 1917 gefunden, die aber im Gegensatz zu allen übrigen Stellungnahmen des ersten tschechoslowakischen Staatspräsidenten steht, sowie einen Artikel in einem Blättchen eines tschechischen Grenzler-Vereins. Dagegen dokumentieren sie Vertreibungspläne aus dem Kreis der Sudetendeutschen Partei bzw. der Deutschen Nationalpartei sowie von Joseph Goebbels aus den Jahren 1935-1938.
- ⁴ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Reihe D, Bd. II. Baden-Baden 1950, S. 192
- ³ Zimmermann, Die Sudetendeutschen im NS-Staat, S. 58
- ⁶ Bericht über DSAP-Versammlung in Neu-Oderberg am 20.6. (mit Anschreiben der Polizeidirektion Mährisch Ostrau an die Landesbehörde in Brünn v. 22. 6.1938. Stätm üstfedm archiv [Zentrales Staatsarchiv], Fond Innenministerium (225) 1016-3, S. 146-148
- ⁷ Celovsky, Münchener Abkommen, S. 334-336

- ⁸ Polizeidirektion Reichenberg an Präsidium des Innenministeriums v. 16.9.1938. SÚA, 225-1254-7, S. 186-191
- ⁹ Brandes, Weg zur Vertreibung, S. 5f.
- ¹⁰ Brandes, Tschechen unter deutschem Protektorat I, S. 210
- ¹¹ Brandes, Weg zur Vertreibung, S. 148h
- ¹² Ebd., S. 175-177
- ¹³ Ebd., S. 401-418
- ¹⁴ Kaplan, Pravda o Československu, S. 138
- ¹⁵ Brandes, Tschechen unter deutschem Protektorat II, S. 134f.
- ¹⁶ Benes, Odsun Němců, S. 137f.
- ¹⁷ KSC-Flugblatt vom Mai 1945. Iⁿ: Cestou května. Dokumenty k počátkům naší národní a demokratické revoluce. Duben 1945 – květen 1946 [Auf dem Weg zum Mai. Dokumente zu den Anfängen unserer nationalen und demokratischen Revolution. April 1945 – Mai 1946]. Zusammengestellt von Jaroslav Soukup. Praha 1975, Dok. 28
- ¹⁸ Hrabovec, Vertreibung, S. 343-345
- ¹⁹ Ebd., S. 355
- ²⁰ Ebd., S. 215
- ²¹ Stanek, Perzekuce, S. 10
- ²² Hrabovec, Vertreibung, S. 129-131
- ²³ Ebd., S. 170
- ²⁴ Ebd., S. 133
- ²⁵ Ebd., S. 135
- ²⁶ Ebd., S. 65
- ²⁷ Dokumentation der Vertreibung Bd. IV/i, Anlage 4
- ²⁸ Hanzlik, K historickým souvislostem, S. 93
- ²⁹ Dokumentation der Vertreibung Bd. IV/i, Anlage 4
- ³⁰ Stanek, Tábory, S. 28
- ³¹ Hrabovec, Vertreibung, S. 126
- ³² Stanek, Perzekuce, S. 11
- ³³ Hrabovec, Vertreibung, S. 175
- ³⁴ Ebd., S. 179
- ³⁵ Stanek, Tábory, S. 105-110
- ³⁶ Hrabovec, Vertreibung 107
- ³⁷ Icha/Karel/Pleska/Schneider, Exodus tradicní německé majority
- ³⁸ Hrabovec, Vertreibung, S. 99
- ³⁹ Zampach: Vysídlení německého obyvatelstva; Sailer, Brněnský pochod smrti
- ⁴⁰ Kaiser, Das Kriegsende
- ⁴¹ Staněk, Perzekuce S. 40-42
- ⁴² Hrabovec, Vertreibung S.117
- ⁴³ Kucera, «Der Hai wird nie wieder so stark sein», S. 48
- ⁴⁴ Hrabovec, Vertreibung, S. 221
- ⁴⁵ Ebd., S. 163
- ⁴⁶ Ebd., S. 230-233
- ⁴⁷ Ebd., S. 246, 313
- ⁴⁸ Ebd., S. 288; Kucera, «Der Hai wird nie wieder so stark sein», S. 10
- ⁴⁹ Ebd., S. 374f.
- ⁵⁰ Ebd., S. 397
- ⁵¹ Ebd., S. 416
- ⁵² Ebd., S. 277f.
- ⁵³ Ebd., S. 424-426
- Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Südosteuropa am Ende des Zweiten Weltkriegs**
- ¹ Archiv des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Bestand Schlotwiese: Anna P.
- ² Krockow, Die Stunde der Frauen
- ³ Sowohl die Dokumentation des Mitteldeutschen Rundfunks als auch diejenige des Zweiten Deutschen Fernsehens sparen Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Südosteuropa aus. Vgl. die Begleitpublikationen zu den beiden Serien: Franzen, Die Vertriebenen; Knopp, Die grosse Flucht Archiv der Gegenwart, 6.10.1939, S. 4267f.
- ⁴ Archiv der Gegenwart, 6.10.1939, S. 4267f.
- ⁵ Dokumentation der Vertreibung Bd. III, Bericht Nr. 5, S. 27-30, Zitat S. 29
- ⁶ Vgl. dazu den Beitrag von Mathias Beer «Die Vertreibung der Deutschen: Ursachen, Ablauf, Folgen» in diesem Band.
- ⁷ Dokumentation der Vertreibung Bd. III, Bericht Nr. 58, S. 267-270, Zitat S. 267
- ⁸ Dokumentation der Vertreibung Bd. V, S. 135f.-137f., Zitat S. 136f.
- ⁹ Archiv des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Bestand Schlotwiese: Elisabeth S.
- ¹⁰ Dazu und zum Folgenden: Archiv des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Bestand Schlotwiese: Anna P.
- ¹¹ Dokumentation der Vertreibung Bd. V, Bericht Nr. 60, S. 442-485, Zitat S. 467
- ¹² Dokumentation der Vertreibung Bd. II, Bericht Nr. 8, S. 17-20, Zitat S. 17
- ¹³ Zitiert nach Seewann, Der Vertreibungsprozess, S. 73
- ¹⁴ Dokumentation der Vertreibung Bd. II, Bericht Nr. 41, S. 121f.
- ¹⁵ Zitiert nach Beer, «die helfte hir und tie helfte zuhause», S. 69
- ¹⁶ Beer, Selbstbild und Fremdbild
- ¹⁷ Franz Walper (Hg.): Csobánka. Beiträge zur Geschichte eines Nationalitätendorfes im Ofner Bergland in Ungarn und Erinnerungen. St. Pölten 1986, S. 157. – Ausser der in den Anmerkungen zitierten Literatur wurden für die vorliegende Darstellung herangezogen: Grimm/Zach, Die Deutschen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa; Die Donauschwaben (Ausst.-Kat. 1987); Fischer, Kleine Geschichte Ungarns; Frensing, Umsiedlung der Gottscheer Deutschen; Gündisch, Siebenbürgen und die Siebenbürger Sachsen; Jachomowski, Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrukschadeutschen; Karner, Im Archipel GUPVI; Kon-schitzky, Deportiert in den Bărăgan; Röska-Rydel, Deutsche Geschichte im Osten Europas; Roth, Kleine Geschichte Siebenbürgens; Schmidt, Die Deutschen aus Bessarabien; Schödl, Deutsche Geschichte im Osten Europas; Seewann, Minderheitenfragen in Südosteuropa; Spannenberger, Volksbund der Deutschen

aus Ungarn; Suppan, Deutsche Geschichte im Osten Europas; Toth, Migrationen in Ungarn 1945-1948; Weber, Deportation von Siebenbürger Sachsen; Wolf, Deutsche Minderheiten in Südosteuropa im Umbruch

Die Westverschiebung Polens

- ¹ Zum Verlauf der Grenze mit der UdSSR, ihren Schutz und Grenzveränderungen siehe Dominiczak, Granica wschodnia. Zum Problem der polnischsowjetischen Grenze im Zweiten Weltkrieg siehe Eberhardt, Polska granica wschodnia
- ² Glowacki, Sowieci wobec Polakow, S. 33-38. Diese Arbeit ist eine hervorragende Darstellung der gesamten Problematik der sowjetischen Okkupation in Polen.
- ³ Skubiszewski, Zachodnia granica Polski, S. 18
- ⁴ Labuda, Polska granica zachodnia, S. 283, 285. Siehe ferner Krzoska, Für ein Polen an Oder und Ostsee
- ⁵ Dymarski, Ziemie postulowane, S. 79-80
- ⁶ Ebd., S. 123-124; Pasierb, Polska mysl polityczna, S. 247f.
- ⁷ Brandes, Weg zur Vertreibung, S. 59f.
- ⁸ Zitat nach Tomal, Zachodnia granica Polski, S. 11
- ⁹ Interview in der «Sunday Times», London, Zitat nach Labuda, Polska granica zachodnia, S. 285
- ¹⁰ Sprawa polska, S. 418
- ¹¹ Ebd., S. 286
- ¹² Marczak, Granica zachodnia, S. 11. Das hier genannte Zitat ist aus der Instruktion für Minister Eden vor dessen Besuch in Moskau im Oktober 1941: «Erneut bestätigen wir die Grundlagen der Atlantikcharta und nehmen Rücksicht darauf, dass Russlands Beitritt zu ihr auf den Grenzen vom 22. Juni 1941 beruht.» Siehe auch Sprawa polska, S. 407
- ¹³ Zitat nach Quellen zur Entstehung der Oder-Neisse-Linie, S. 47
- ¹⁴ Zitat nach Marzian, Zeittafel und Dokumente zur Oder-Neisse-Linie, S. 15
- ¹⁵ Marczak, Granica zachodnia, S. 13
- ¹⁶ Sprawa polska, S. 459
- ¹⁷ Ebd., S. 460
- ¹⁸ Ebd., S. 469
- ¹⁹ Zitat nach Labuda, Polska granica zachodnia, S. 288
- ²⁰ Teheran, Jalta, Poczdam, S. 162
- ²¹ Zitat nach Marzian, Zeittafel und Dokumente zur Oder-Neisse-Linie, S. 28
- ²² Marek, Retour sur Jalta, S. 472
- ²³ Babinski, Przyczynki historyczne, S. 525
- ²⁴ Marczak, Granica zachodnia, S. 76
- ²⁵ Zitat nach Potsdam 1945, S. 364
- ²⁶ Für Näheres siehe Skubiszewski, Zachodnia granica, S. 64-79, Marczak, Granica zachodnia, S. 119-129

Zwangsumsiedlungen in Ostpolen

- ¹ Zu ausführlichen Arbeiten über die Politik der UdSSR in den besetzten polnischen Gebieten siehe Glowacki, Sowieci wobec Polakow (1997) sowie: Spoleczenstwo biatoruskie, litewskie i polskie na ziemiacz Północno-wschodnich II Rzeczypospolitej w latach 1939-1941 (1995); eine empfehlenswerte ältere Arbeit ist: Gross, Und wehe, du hoffst (1988).
- ² Materialien, die auch sowjetische Repressionen gegen andere Völker berücksichtigen, sowie Analyse verfügbarer sowjetischer Archive bei Ciesielski / Hryciuk / Srebrakowski, Masowe deportacje; zum Forschungsstand zur Problematik der Deportationen und vor allem zur Diskussion der sowjetischen Angaben siehe Ciesielski, Masowe deportacje
- ³ Ausführlicher siehe Artikel in: Riepriesii protiv Poljakow i polskich grazdan, Moskva 1997
- ⁴ Unter den Deportierten waren mindestens 60 Prozent Polen und 20 Prozent Juden, also zusammen 80 Prozent der Deportierten (256'000). Vgl. hierzu: Gurjanow, Deportowani; siehe auch Glowacki, Sowieci wobec Polakow, S. 62if.
- ⁵ Genaue sowjetische Zahlen fehlen. Im September 1939 starben mindestens 6'000-7'000 Personen. Schätzungen über Rekrutierungen zur Roten Armee betragen 100'000-230'000, unter ihnen möglicherweise 60 Prozent Polen. Vgl. hierzu: Glowacki, Sowieci wobec Polakow, S. 406. Schätzungen zu Personen, die zur Arbeit in der UdSSR angeworben wurden, belaufen sich auf rund 140'000. Vgl. hierzu Luczak, Polska i Polacy, S. 514
- ⁶ Hilfestellung bieten Volkszählungen, die die Deutschen in den Jahren 1942-43 durchführten. Diese waren jedoch unvollständig und geben die Anzahl der Polen als zu niedrig an. Vgl. hierzu: Hryciuk, Liczba i sklad etniczny, sowie Srebrakowski, Liczba i rozmieszczenie Polakow
- ⁷ Kersten, Szacunek strat osobowych, S. 45
- ⁸ Torzecki, Polacy i Ukraińcy, S. 266f.
- ⁹ Ebd., S. 288
- ¹⁰ K. Kersten nimmt an, dass die Zahl der Opfer beider Nationalitäten zwei Millionen beträgt (Kersten, Szacunek strat osobowych, S. 47)
- ¹¹ Nach J. Czerniakiewicz «waren 2,2 bis 2,7 Millionen Menschen mit der Entscheidung der Übersiedlung konfrontiert» (Czerniakiewicz, Repatriacja, S. 30)
- ¹² Die Deklaration des RJN und der Regierungskommission im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Roten Armee in polnisches Gebiet vom 3. April 1944, in: Armia Krajowa, Bd. III, S. 392
- ¹³ Anordnung der Regierung Polens für die Übersiedler aus den Gebieten, die der UdSSR einverleibt wurden vom 14. März 1945, in: Armia Krajowa., Bd. V, S. 331
- ¹⁴ Czerniakiewicz, Repatriacja, S. 34
- ¹⁵ Ausführlich siehe Banasiak, Dzialalnosc, S. 29-64
- ¹⁶ Der Inhalt der geschlossenen Verträge lautete: «Die Evakuierung ist freiwillig, und deshalb wird Zwang weder direkt noch indirekt angewandt.» Ausführlich

siehe: Abkommen zwischen der PKWN und der Regierung der Weissrussischen SSR über die Evakuierung der weissrussischen Bevölkerung aus dem Territorium Polens und der polnischen Staatsangehörigen aus dem Territorium der Weissrussischen SSR, in: *Polska Ludowa – Zwinzek Radziecki*, S. 17-25

¹⁷ Auf Grundlage der Angaben in Czerniakiewicz, *Repatriacja*, S. 39-47

¹⁸ Die Einwohner Wilnas befanden sich unter den Übersiedlern aus Litauen in der Mehrheit: 107'600 von 197'100 Personen. Vgl. hierzu Czerniakiewicz, *Repatriacja*, S. 43-44, 83. Ausführlicher in Paczoska, *Dzieci Jalty*, S. 218-290

¹⁹ Die ersten Transporte verliessen Wilna Ende Januar 1945, die ländlichen Gegenden erst im April.

²⁰ So muss auch der Vorschlag der Aufteilung des vorhandenen Bestands an Eisenbahnwaggons (11'500 Stück) zwischen den Bezirken aufgefasst werden, der von der litauischen Seite Anfang 1946 vorgebracht wurde. Für die Übersiedler war er mit dem Hinweis verbunden, dass die betroffenen Personen ihr Hab und Gut zurücklassen sollten, da keine weiteren Transportmittel mehr bereitgestellt würden. Letztendlich wurde auch so nur die Hälfte der versprochenen Waggons zur Verfügung gestellt. Czerniakiewicz, *Repatriacja*, S. 44.

²¹ An dieser Stelle lohnt es sich, die Überlegungen von K. Kersten über die Haltung der sowjetischen Führung zum Problem der Nationalitäten, die den Wunsch zur Übersiedlung geäußert hatten, zu berücksichtigen. Sie unterstreicht, dass die offizielle kommunistische Ideologie (der Marxismus-Leninismus) anthropologische oder ethnische Faktoren bei der Bestimmung der Nationalität, die Nachdruck auf die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Kulturkreis oder traditionelle Bindungen legt, ablehnt. Doch im Falle der polnisch-sowjetischen Beziehungen bestand Moskau darauf, dass die Deklaration der ethnischen Zugehörigkeit, welche über Verbleib oder Übersiedlung entscheidet, nicht selbst definiert werden darf. Vgl. hierzu Kersten, *Repatriacja*, S. 16

²² Kolodziej, *Polityka*, S. 322

²³ Über die Schwierigkeiten und Konsequenzen dieser Entscheidungen siehe unter anderem Kersten, *Ludzie na drogach*

²⁴ Die Atmosphäre in Lemberg in den Jahren 1944 bis 1946, die Situation der Polen in der Stadt, die Haltung zur Übersiedlung oder die Verwandlung der polnischen Stadt in eine sowjetische beschreibt eindrucksvoll einer der Professoren der Jan Kazimierz Universität Lemberg: R. Gansiniec, *Notatki Lwowskie (1944-1946)*, Wrocław 1995. Über die Situation in Wilna siehe: S. Lewandowska, *Zycie codzienne Wilna w latach II wojny swiatowej*, Warszawa 1997, S. 316-324

²⁵ Czerniakiewicz, *Repatriacja*, S. 44

²⁶ Nach K. Stefanowicz, *Ostarchiw am Zentrum KARTA in Warschau* (weiter: AW), Signatur II/2240, K. 68-72. M. Kujalowicz bemerkte hierzu lakonisch:

«Wir siedelten nicht gleich nach dem Krieg über, weil es uns schade um unser Feld war. Ausserdem gingen die Menschen davon aus, dass der Anschluss an die Sowjetunion nur eine vorübergehende Erscheinung sei» (AW, Signatur I/426). Auf ähnliche Faktoren wiesen auch Personen hin, die auf die Frage der Gründe des Verbleibs in der UdSSR antworteten, die ich in meinem Fragebogen über die Repatriierung in den Jahren 1955 bis 1959 gestellt hatte: L. Bartoszewicz, L. Dadura, P. Holak, B. Hoszowska-Bögdal, J. Kamihska, P. Kulesza, T. Matela, E.

M. Mazurowie, G. Mikielewicz, A.P. Nacewiczowie, B. Najdzionek, M. Slowihska, H. Swillo, S. Waclaw, F. Zajqc (in den gesammelten Aufzeichnungen der Autorin)

²⁷ Nach B. Luks in den gesammelten Aufzeichnungen der Autorin

Die vergessenen Zwangsarbeiter

¹ Vgl. Karner, *Archipel GUPVI*, S. 25-31

² Vgl. dazu Berichte in mehreren deutschen Medien, wie *Süddeutsche Zeitung*, 21.8.2002; *FAZ*, 22.8.2002 (Barbara Wieland, *Die vergessenen Zwangsarbeiter*); *Der Tagesspiegel*, 26.8.2002

³ Zu den Verschleppungen aus Österreich siehe Knoll/Stelzl-Marx, *Österreichische Zivilverurteilte*, S. 571-605.

⁴ Kaiser-Kaplaner, *Sachsen*, S. 151-155

⁵ Heller/Nekrich, *Geschichte der Sowjetunion*, S. 151

⁶ Der Wert wurde in den staatlichen Preisen von 1941 errechnet. Ausserordentliche Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Gräueltaten der deutschen faschistischen Eindringlinge, *TschGK*, in: *Die Aussenpolitik der Sowjetunion, Moskau 1945* (zit. n. Unterlagen des Büros Berdach im Bundesministerium für Inneres, Wien)

⁷ Girtler, *Verbannt und vergessen*, S. 38

⁸ Zur NS-Zwangsarbeit siehe v. a. Spoerer, *Zwangsarbeit*; Herbert, *Fremdarbeiter*; für Österreich Karner/Ruggenthaler, *Zwangsarbeit*; Polian, *Deportiert*

⁹ GARF, F. 9401, op. 2, d. 68, siehe dazu auch: Karner, *Archipel GUPVI*, S. 25

¹⁰ GUPWI/GUPVI = Glavnoe upravlenie po delam voennoplennyh i internirovannyh; siehe dazu auch Karner, *Archipel GUPVI*, S. 26, 55!

¹¹ Kaiser-Kaplaner, *Sachsen*, S. 154-155

¹² Karner, *Archipel GUPVI*, S. 30

¹³ Karner, *Archipel GUPVI*

¹⁴ Vgl. die entsprechenden Bestände im RGAE (Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Ekonomiki)

¹⁵ Karner, *Archipel GUPVI*

¹⁶ RGWA, F. ip, op. roi, d. 1. (= Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv, Russisches Staatliches Militärarchiv) Der aufgezählte Umfang zeigt nur einen Teil des gesamten grossen und verschiedenartigen Komplexes an Arbeitsleistungen, die von Kriegsgefangenen in den verschiedensten Sparten der Volkswirtschaft der UdSSR erbracht wurden.

Anmerkungen

- ¹⁷ Vgl. Seipel, *Meine Jugend*, S. 115-117
¹⁸ RGWA, E ip, op. 34a, d. 8.
¹⁹ RGWA, E ip, op. 34a, d. 8.
²⁰ Vgl. die entsprechenden Bestände der Begleittruppen des NKVD im RGWA Moskau.
²¹ Karner, Archipel GUPVI

Flucht und Vertreibung in der individuellen und kollektiven Erinnerung und als Gegenstand von Erinnerungspolitik

- ¹ Vgl. Rösen, *Historische Orientierung*, S. 216
² Siehe dazu Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, insbesondere S. 34ff.
³ Vgl. Reichel, *Politik mit der Erinnerung*; Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, insbes. S. 13ff., 25ff.
⁴ Vgl. dazu Faulenbach, *Die Vertreibung der Deutschen*, S. 44-54; die Beiträge von Milos Havelka, Jürgen Danyel, Christoph Klessmann, Mathias Beer u.a. in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51, 2003, H. 1
⁵ Siehe Lehmann, *Im Fremden ungewollt zuhaus*, S. 20ff.
⁶ Vgl. Weiss, *Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse sowie de Zayas, Vertriebene*
⁷ Zum Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) vgl. Neumann, *Der Block der Heimatvertriebenen*
⁸ Siehe Schillinger, *Der Lastenausgleich*; Abelshausen, *Der Lastenausgleich*
⁹ Zum Umgang mit der Vertriebenenfrage in der DDR siehe Schwartz, *Vertreibung und Vertreibungspolitik*; ders., *Tabu und Erinnerung*
¹⁰ Siehe dazu Beer, *Im Spannungsfeld*; ders.: *Die Dokumentation der Vertreibung*
¹¹ *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, in Verbindung mit Werner Conze [ab Bd. III], Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels, bearbeitet von Theodor Schieder Hrsg, vom Bundesministerium für Flüchtlinge, Vertriebene und Kriegsgeschädigte. 5 Bde. u. 3 Beihefte. Bonn 1953-1962
¹² Siehe Schieder, *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem*; siehe ebd. auch die Vorbemerkung von Hans Rothfels. Zur Methode des Projekts siehe auch Broszat, *Massendokumentation*
¹³ Vgl. die Bilanzen, die anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Bundesrepublik gezogen wurden, z.B. Löwenthal/Schwarz, *Die zweite Republik*, S. 817-842
¹⁴ Zur Ostpolitik siehe Bender, *Die «Neue Ostpolitik»*, S. 163 ff.
¹⁵ Vgl. Faulenbach: *NS-Interpretationen und Zeitklima*; Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland*
¹⁶ Vgl. Auerbach, *Literatur zum Thema*, hier S. 226ff.
¹⁷ Von einer generellen Tabuisierung zu sprechen, gin-

ge allerdings zu weit. Vgl. Faulenbach: *Die Vertreibung der Deutschen*, S. 49ff.

- ¹⁸ Nach einigem Hin und Her – vor allem nach einer Intervention Kohls – wurde das Motto des Treffens noch abgemildert in «40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker». Siehe dazu Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft*, S. 250-253
¹⁹ Von Weizsäcker: *Zum 40. Jahrestag*, S. 9E
²⁰ Vgl. z.B. Krockow: *Die Reise nach Pommern*
²¹ Siehe Schwartz, *Tabu und Erinnerung*
²² Siehe Steinbach, *Die Vergegenwärtigung von Vergangenen*, hier S. 3
²³ Grass, *Im Krebsgang*
²⁴ Vgl. den Beschluss des Sejm der Republik Polen vom 27.11.2003 über die «Gründung eines Zentrums des Gedenkens der Völker unter den Auspizien des Euro-Parates»; Kolakowski, *Denkmal*

Die Überlebenden und ihre Erinnerungen. Verarbeitung der Traumata des Zweiten Weltkriegs

- ¹ Kippenberger, Susanne, «Eine schrecklich nette Familie»; in: «Der Tagesspiegel» Nr. 18375 vom 31.1.04
² Die Bezeichnung als Kriegskindgeneration begrenze ich hier auf die zwischen 1930 und 1947 geborenen Kinder. Die gleichzeitig lebenden Erwachsenen bezeichne ich als Eltern- bzw. Grosselterngeneration, die danach lebenden jeweils in Schritten von circa 20 bis 30 Jahren gehören zur Zweiten und Dritten Generation.
³ Noch ungeborene Kinder sind über die Traumatisierung der Mutter selbst einer Traumatisierung und deren möglichen Spätfolgen ausgesetzt.
⁴ Über gleiche Botenstoffe im vegetativen wie auch im Zentralnervensystem besteht ein direkter Austausch. Es liegt nahe, hierin eine Verknüpfung zu immer wieder auftretenden psychosomatischen Beschwerden bei getriggerten Retraumatisierungen zu sehen.
⁵ Diesen von mir geprägten Begriff gebrauche ich für die unsichtbaren Traumatisierungsfolgen (vgl. z.B. die Bezeichnung «stummer Infarkt» für einen scheinbar symptomlos, unerkannt bebliebenen Herzinfarkt).
⁶ Betzendahl, Mutter, S. 120ff
⁷ Der Begriff geht auf den nationalsozialistischen Mediziner Professor Friedrich Panse zurück.
⁸ Siehe auch Spranger, *Retraumatisierung*
⁹ Bund der Vertriebenen, Landesverband Hessen e.V., 2002
¹⁰ Deutscher Kinderschutzbund, *Jahresbericht 2002/2003*, S. 4
¹¹ Vgl. Rutschky, *Schwarze Pädagogik*
¹² Siehe hierzu auch den Vortrag der Autorin bei der Norddeutschen Gesellschaft für angewandte Tiefenpsychologie (NGaT) «Der werdende und nicht werdende Vater» (12/02), nachzulesen unter www.NGaT.de

- ¹³ Hartmut Radebold 1992, wörtliches Zitat
¹⁴ Panse, Angst, S. 184
¹⁵ Bernd Ulrich, «Die Schacher-Meister», in «Die Zeit» Nr. 11, 4. März 2004

Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die Zweite Generation deutscher Vertriebener

- ¹ Vgl. Rosenthal, Holocaust
² Schmidbauer, Trauma, S. 19
³ Vgl. Chamberlain, Hitler, S. 15f
⁴ Friesen, Abschied, S. 101
⁵ Chamberlain, Hitler, S. 123f
⁶ Friesen, Heimat, S. 44ff
⁷ Petri, Vaterentbehrung, S. 182
⁸ Ebd., S. 183
⁹ Massing, Mehrgenerationen-Familientherapie, S. 193f.
¹⁰ Vgl. Chu, Scham, S. 98f
¹¹ Friesen, Abschied, S. 75f
¹² Ebd. S. 175
¹³ Schwan, Preis, S. 72

Literaturverzeichnis

- Abelshäuser, Werner: Der Lastenausgleich und die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen, in: Ders.: Die langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949-1966. Düsseldorf 1987
- Almai, Frank/Fröschle, Ulrich (Hg.): Deutsche in Ungarn. Ungarn und Deutsche. Interdisziplinäre Zugänge. Dresden 2004
- Aly, Götz: «Endlösung». Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt am Main 1995
- Armia Krajowa w dokumentach 1939-1945. Londyn 1970
- Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1999
- Auerbach, Helmuth: Literatur zum Thema. Ein kritischer Überblick, in: Benz (Hg.): Die Vertreibung, S. 219-231
- Aust, Stefan/Burgdorff, Stephan (Hg.): Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Stuttgart, München 2002
- Babinski, W: Przyczynki historyczne do okresu 1939-1945. London 1967
- Banasiak, S.: Działalność osadnicza Państwowego Urzędu Repatriacyjnego na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945-1947. Poznań 1963
- Bausinger, Hermann (u.a.): Neue Siedlungen. Volkswirtschaftlich-soziologische Untersuchungen des Ludwig Uhland-Instituts Tübingen. Stuttgart 2. Aufl. 1963
- Bausinger, Hermann: Beharrung und Einfügung. Zur Typik des Einlebens der Flüchtlinge, in: Jahrbuch für Volkskunde 2, 1956, S. 9-16
- Beer, Mathias (Hg.): Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart. Tübingen 2004
- Beer, Mathias: «die helfte hir und tie helfte zuhause». Die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn und ihre Eingliederung im geteilten Deutschland, in: Almai / Fröschle (Hg.), Deutsche in Ungarn, S. 37-69
- Beer, Mathias: Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Hintergründe – Entstehung – Ergebnis – Wirkung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 50, 1999, S. 99-117
- Beer, Mathias: Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Grossforschungsprojekt «Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46, 1998, S. 345-389
- Beer, Mathias: Lager als Lebensform in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Zur Neubewertung der Funktion der Flüchtlingswohnlager im Eingliederungsprozess, in: Jan Motte u.a. (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt, New York 1999, S. 56-75
- Beer, Mathias: Selbstbild und Fremdbild als Faktoren bei der Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen nach 1945, in: Schraut/Grosser (Hg.), Die Flüchtlingsfrage, S. 32.-53
- Beer, Mathias: Symbolische Politik? Entstehung, Aufbau und Funktion des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, in: Jochen Oltmer (Hg.): Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Osnabrück 2003, S. 295-322
- Bender, Peter: Die «Neue Ostpolitik» und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung. München 3. Aufl. 1995
- Benes, Edvard: Odsun Němců z Československa. Výbor z paměti, projevů a dokumentů 1940-1947 [Die Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Auswahl aus den Erinnerungen, Ansprachen und Dokumenten 1940-1947]. Hg. von Karel Novotný. Praha 1996
- Benz, Wolfgang (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik, 4 Bde. Frankfurt/M. 1989
- Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/M. 1985 (2. Aufl. 1995)
- Benz, Wolfgang: Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939-1945, in: Ders. (Hg.): Die Vertreibung, S. 45-57
- Benz, Wolfgang: Fünfzig Jahre nach der Vertreibung. In: Ders. (Hg.): Die Vertreibung, S. 8-15
- Betzendahl, Herta: Mutter werden für sich selbst. In: Passero, Ursula; Pfäfflin, Ursula (Hg.): Neue Mütterlichkeit. Ortsbestimmungen. Gütersloh 1986, S. izoff.
- Beyrau, Dietrich: Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin. Göttingen 2000
- Bialorus, Czechosłowacja, Litwa, Polska, Ukraina. Mniejszości narodowe w świetle spisów statystycznych XIX-XX w. Lublin 1996
- Bingen, Dieter u.a. (Hg.): Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen, Vergangenheitspolitik, Zukunftskonzeptionen. Wiesbaden 2003
- Blaser, Heinz: 40 Jahre Vertreibung. In: Die Grafschaft Glatz, S. 9-25
- Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans (Hg.): «Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden ...» Die Deutschen östlich von Oder und Neisse 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven. 2 Bde. Marburg 2000, 2003
- Borodziej, Włodzimierz: Abschied von der Martyrologie in Polen?, in: Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Grosse Kontroversen seit 1945, hg. von Martin Sabrow, Ralph Jessen, Klaus Grosse Kracht. München 2003, S. 288-305
- Brandes, Detlef: Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer‘ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. München 2001

- Brandes, Detlef: Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Teil I: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939-1942). München 1969; Teil II: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren von Heydrichs Tod bis zum Prager Aufstand (1942-1945). München 1975
- Brandes, Detlef: Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung, in: «Wach auf, mein Herz, und denke!», S. 380-390
- Broszat, Martin: Massendokumentation als Methode zeitgeschichtlicher Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2, 1954, S. 202-213
- Browning, Christopher: Die Entfesselung der ‚Endlösung‘. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942. Mit einem Beitrag von Jürgen Matthäus. München 2003
- Brubaker, Roger: Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe. Cambridge/Mass. 1996
- Burleigh, Michael: Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung. Frankfurt/M. 2002
- Celovsky, Boris: Das Münchener Abkommen von 1938. Stuttgart 1958
- Chamberlain, Sigrid: Adolf Hitler, die deutsche Mutter und ihr erstes Kind. Über zwei NS-Erziehungsbücher. Giessen 1997
- Chaussy, Ulrich: Jugend, in: Benz (Hg.): Die Geschichte, Bd. 3: Die Gesellschaft, S. 207-244
- Chu, Victor/de las Heras, Brigitta: Scham und Leidenschaft. Zürich 1994
- Ciesielski, S./Hryciuk, G./Srebrakowski, A.: Masowe deportacje ludności w Związku Radzieckim. Torun 2003
- Ciesielski, S.: Masowe deportacje z ziem wschodnich II Rzeczypospolitej w latach 1939-1941 i losy deportowanych. Hinweise zum Forschungsstand, in: Wschodnie losy Polaków, pod red. S. Ciesielskiego. Wrocław 1997, S. 85-116
- Czerniakiewicz, J.: Repatriacja ludności polskiej z ZSRR 1944-1948. Warszawa 1987
- Danyel, Jürgen/Ther, Philipp (Hg.): Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive. Berlin 2003
- Davies, Norman/Moorhouse, Roger: Die Blume Europas. Breslau-Wrocław-Vratislava. Die Geschichte einer mitteleuropäischen Stadt. München 2002
- Deneke, Friedrich Wilhelm: Psychische Struktur und Gehirn. Stuttgart 1999
- Die Donauschwaben. Deutsche Siedlung in Südosteuropa. Ausstellungskatalog. Hg. vom Innenministerium Baden-Württemberg. Sigmaringen 1987
- Die Grafschaft Glatz, Schlesien 1945/1946. Vom Kriegsende bis zur Vertreibung. Lüdenscheid 1990
- Dieckert, Kurt/Grossmann, Horst: Der Kampf um Ostpreussen. Stuttgart 3., verb. Aufl. 1976
- Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteuropa. In Verbindung mit Werner Conze, Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow u. Hans Rothfels bearb. v. Theodor Schieder Hg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Bonn 1953-1962. Ndr. München 1984, Augsburg 1993 und 1994 (Bd. I/1-3: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse; Bd. II: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn; Bd. III: Das Schicksal der Deutschen in Rumänien; Bd. IV/1-2: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei; Bd. V: Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien)
- Dokumente der Menschlichkeit aus der Zeit der Massenausreibungen, hg. vom Göttinger Arbeitskreis. Würzburg 1960
- Dominiczak, H.: Granica wschodnia Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1919-1939. Warszawa 1992
- Dymarski, M.: Ziemie postulowane (ziemie nowe) w prognozach i działaniach polskiego ruchu oporu 1939-1945. Wrocław 1997
- Eberhardt, P.: Polska granica wschodnia 1939-1945. Warszawa 1992
- Edding, Friedrich/Lemberg, Eugen (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. 3 Bde. Kiel 1959
- Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938-1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien. Hg. v. Detlef Brandes, Edita Ivanicková u. Jiri Pesek. Essen 1999
- Faulenbach, Bernd: Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neisse. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2002, B 51-52, S. 44-54
- Faulenbach, Bernd: NS-Interpretationen und Zeitklima. Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1987, B 22, S. 19-30
- Fisch, Bernhard: Nemmersdorf, Oktober 1944. Was in Ostpreussen tatsächlich geschah. Berlin 1997
- Fischer, Holger (unter Mitarbeit von Konrad Gündisch): Eine kleine Geschichte Ungarns. Frankfurt/M. 1999
- Fittkau, Gerhard: Mein dreiunddreissigstes Jahr. Ein ostpreussischer Pfarrer im Archipel Gulag. Berlin 1992
- Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit. Hg. v. Rainer Schulze, Doris von der Brölie-Lewien u. Helga Grebing. Hildesheim 1987
- Frantzioch, Marion: Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1987
- Franzen, Erik: Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer. München 2001
- Fremde Heimat. Das Lager Schlotwiese nach 1945. Der Katalog zur Ausstellung, hg. v. Mathias Beer u. Paula Lutum-Lenger. Stuttgart, Tübingen 1995

- Frensing, Hans Hermann: Die Umsiedlung der Gottscheer Deutschen. Das Ende einer südostdeutschen Volksgruppe. München 1970
- Friesen, Astrid von/Szalai, Wendelin (Hg.): «Heimat verlieren – Heimat finden. Geschichten von Krieg, Flucht und Vertreibung». Dresden 2002
- Friesen, Astrid von: Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die 2. Generation deutscher Vertriebenen. Giessen 2000
- Girtler, Roland: Verbannt und vergessen. Eine untergehende deutschsprachige Kultur in Rumänien. Linz 1992
- Glötz, Peter: Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück. München 2003
- Głowacki, Albin: Sowietci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczypospolitej 1939-1941. Lodz 1998
- Gosztony, Peter: Die Tagebuchaufzeichnungen eines russischen Artillerieoffiziers in Deutschland im Frühjahr 1945, iⁿ: Wehrwissenschaftliche Rundschau 19, 1969, Heft 9, S. 512-524
- Grafenort. Geschichte und Erinnerungen, hg. v. Veronika u. Paul Heinze, Arno Herzig, Waltraud u. Siegfried Patzelt. Oldenburg 1994
- Graml, Hermann: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941-1948. Frankfurt/M. 1985
- Grass, Günter: Im Krebsgang. Eine Novelle. Göttingen 2002
- Grebing, Helga: Die Parteien. In: Benz (Hg.): Die Geschichte, Bd. 1: Politik, S. 71-150
- Grimm, Gerhard/Zach, Krista (Hg.): Die Deutschen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa. Geschichte, Wirtschaft, Recht, Sprache. 2 Bde. München 1996
- Gross, J.: Und wehe, du hoffst... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939-1941. Freiburg 1988
- Grube, Frank/Richter, Gerhard: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980
- Guderian, Heinz: Erinnerungen eines Soldaten. Heidelberg 1951
- Gündisch, Konrad (unter Mitarbeit von Mathias Beer): Siebenbürgen und die Siebenbürger Sachsen. München 1998
- Gurjanow, A.: Deportowani z Kresow Wschodnich na Syberii 1940-1941, Referat gehalten auf der internationalen Konferenz «Sibirien in der Geschichte und Kultur des polnischen Volkes» in Bagnie k. Wroclawia 30.6.-3.7.1997
- Halbwachs, Maurice: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Köln 1994
- Hanzlík, Frantisek: K historickým souvislostem přijetí Benesových dekretů a resem otázky sudetských Němců [Zu den historischen Zusammenhängen der Annahme der Benes-Dekrete und der Lösung der Frage der Sudetendeutschen], in: Politologický časopis 2, 1995, S. 90-103
- Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik bis zum Bau der Berliner Mauer. Düsseldorf 1994
- Heini, Peter: «Maikäfer flieg, dein Vater ist im Krieg ...»: Seelische Wunden aus der Kriegskindheit. München 1994
- Heller, Michael/Nekrich, Alexander: Geschichte der Sowjetunion. Königstein 1981
- Henke, Klaus-Dietmar: Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, in: Benz (Hg.): Die Vertreibung, S. 58-85
- Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des «Ausländer-Einsatzes» in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin (u.a.) 1985, Neuauflage 1999
- Heuft, Gereon/Kruse, Andreas/Radebold, Hartmut: Lehrbuch der Gerontopsychosomatik und Alterspsychotherapie. München 2000
- Hoffmann, Dierk u.a. (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeit der Vertriebenenengliederung in der SBZ/DDR. München 1999
- Hoffmann, Dierk u.a. (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000
- Hoffmann, Roland J./Harasko, Alois (Hg.): Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Dokumentation zu Ursachen, Planung und Realisierung einer «ethnischen Säuberung» in der Mitte Europas 1848/49-1945/46, Bd. 1: Vom Völkerfrühling und Völkerzwist 1848/49 bis zum Münchner Abkommen 1938 und zur Errichtung des «Protektorats Böhmen und Mähren» 1939. München 2000
- Hrabovec, Emilia: Vertreibung und Abs Schub. Deutsche in Mähren 1945-1947. Frankfurt/M. 1995
- Hryciuk, G.: Liczba i skład etniczny ludności tzw. Galicji Wschodniej w latach 1931-1959, in: Białorus, Czechosłowacja, Litwa, Polska, Ukraina, S. 96-97
- Icha, Roman/Karel, Jiri/Pleska, Leona/Schneider, Herbert: Exodus tradicím německé majority Rýmafovská v letech [Der Exodus der traditionellen deutschen Mehrheit von Römerstadt in den Jahren] 1945-6, in: Stredm Morava (Olomouc) [Mittelmähren, Olmütz] 13, 2001, S. 42-63
- Jachomowski, Dirk: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur «Siedlungsbrücke» an der Reichsgrenze. München 1984
- Janus, Ludwig: Die Psychoanalyse der vorgeburtlichen Lebenszeit und der Geburt. Giessen 2000
- Jessen, Manfred: «In allem widerstrebt uns dieses Volk». Rassistische und fremdenfeindliche Urteile über die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein 1945-1946, in: Karl Heinrich Pohl (Hg.): Regionalgeschichte heute. Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945. Bielefeld 1997, S. 81-95

- Jonca, Karol (Bearb.): Die Aussiedlung der Deutschen und die Ansiedlung der polnischen Bevölkerung im Raum Krzyzowa-Swidnica (Kreisau-Schweidnitz) 1945-1948. Dokumentenauswahl. Wrocław 1997
- Kaiser, Vladimir: Das Kriegsende und die Vertreibung der Deutschen aus dem Aussiger Gebiet, in: Erzwungene Trennung, S. 201-217
- Kaiser-Kaplaner, Ingrid: Die Sachsen und Landler in Siebenbürgen. Dargestellt anhand von Chroniken und anderen Erinnerungen, *Studia Carinthiaca*, Bd. IX. Klagenfurt/Celovec, Ljubljana/Laibach, Wien/Dunaj 1996, S.151-155
- Kanopinska, Joanna: Jenes Breslauer Jahr, in: Ursula Höntsch (Hg.): *Mir bleibt mein Lied*. Schlesisches Lesebuch. München, Zürich 1995, S. 298-310
- Kaplan, Karel: *Pravda o Československu 1945-1948* [Die Wahrheit über die Tschechoslowakei 1945-1948]. Praha 1990
- Karner, Stefan/Ruggenthaler, Peter: *Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945*. Wien 2004
- Karner, Stefan: *Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941-1956*. Wien u.a. 1995
- Kersten, K.: *Ludzie na drogach. O przesiedleniach ludności w Polsce 1939-1948*, in: «Res Publica», 1987, Nr. 4, S. 54-64
- Kersten, K.: *Repatriacja ludności po II wojnie światowej (Studium historyczne)*. Wrocław 1974
- Kersten, K.: *Szacunek strat osobowych w Polsce Wschodniej*, «*Dzieje Najnowsze*», Nr. 2/1994
- Klafkowski, Alfons: *Die deutsch-polnische Grenze nach dem II. Weltkrieg*. Posen 1970
- Knoll, Harald/Stelzl-Marx, Barbara: *Österreichische Zivilverurteilte in der Sowjetunion. Ein Überblick*, in: *Sowjetische Militärtribunale*. Hg. v. Andreas Hilger, Mike Schmeitzner, Ute Schmidt. Bd. 2: *Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945-1955*. Köln u.a. 2003, S. 571-605
- Knopp, Guido: *Die grosse Flucht. Das Schicksal der Vertriebenen*. München 2001
- Kolakowski, Leszek: *Denkmal. Noch einmal: Über das Schlimmste*. In: *Die Zeit* 2003, Nr. 39
- Kolodziej, E.: *Polityka Rzqdu RP w Warszawie wobec repatriacji i reemigracji obywateli polskich z ZSRR w latach 1944-1948*, «*Komunikaty Warmirisko-Mazurskie*», 1994/2-3
- Konschitzky, Walther u.a. (Hg.): *Deportiert in den Bârâgan 1951-1956*. München 2001
- Kopelew, Lew: *Aufbewahren für alle Zeit!* München 1979
- Kopp, Werner von: *Das Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953*. Münster 1957
- Korte, Karl-Rudolf: *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989*. Stuttgart 1998
- Krallert-Sattler, Gertrud: *Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und der Schweiz*. Wien 1989
- Krockow, Christian Graf: *Die Reise nach Pommern*. München 1985
- Krzoska, M.: *Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900-1955) als Historiker und Publizist*. Osnabrück 2003
- Kucera, Jaroslav: «*Der Hai wird nie wieder so stark sein*». *Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1945-1948*. Dresden 2001
- Kulischer, Eugene: *Europe on the Move. War and Population Changes, 1917-47*. New York 1948
- Kurt, Seipel: *Meine Jugend blieb im Eis Sibiriens*. Krems/Donau 1997
- Labuda, Gerard: *Polska granica zachodnia. Tysi^c lat dziejów politycznych*. Poznan 1971
- Ladas, Stephen: *The Exchange of Minorities. Bulgaria, Greece and Turkey*. New York 1932
- Langewiesche, Dieter: *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*. München 2000
- Lass, Günther Edgar: *Die Flucht, Ostpreussen 1944/45*. Bad Nauheim 1964
- Lehmann, Albrecht: *Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1990*. München 1991, 2. Auflage 1993
- Lehndorff, Hans Graf: *Ostpreussisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945-1947*. München 1961
- Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien. Hg. von der Donauschwäbischen Kulturstiftung. 4 Bde. München 1991, 1992, 1994, 1995
- Lemberg, Hans: «*Ethnische Säuberung*». Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 46*, 1992, S. 27-38
- Lis, Michal: *Die Herkunft der heutigen Bewohner Schlesiens*, in: «*Wach auf, mein Herz, und denke!*», S. 470-474
- Lobe, Paul: *Der Weg war lang. Erinnerungen*, Berlin 4. Aufl. 1990
- Löwenthal, Richard/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*. Stuttgart 1975, S. 817-842
- Luczak, C.: *Polska i Polacy w drugiej wojnie światowej*. Poznan 1993
- Marczak, T.: *Granica zachodnia w polskiej polityce zagranicznej w latach 1944-1950*. Wrocław 1995
- Marek, K.: *Retour sur Jalta*, in: «*Revue Generale de Droit International Public*», Jg. 86, 1982, Nr. 3
- Marrus, Michael R.: *The Unwanted European Refugees in the Twentieth Century*. Oxford, New York 1985
- Marzian, H.: *Zeittafel und Dokumente zur Oder-Neisse-Linie 1939-1952/53*. Kitzingen/Main 1953

- Massing, A. (u.a.): Die Mehrgenerationen-Familietherapie. Göttingen 1994
- Michalek, Malgorzata: Deutsche und «Sibirien-Polen» im Kreis Habelschwerdt, in: «Wach auf, mein Herz, und denke!», S. 403-407
- Mitzka, Herbert: Meine Brüder hast du ferne von mir getan. Beitrag zur Geschichte der ostdeutschen «Reparationsdeportierten» von 1945 in der Sowjetunion. Einhausen 1983
- Moltke, Freya von: Erinnerungen an Kreisau 1930-1945. München 1998
- Naimark, Norman M.: Fires of Hatred. Ethnie Cleansing in the 20th Century. London 2001
- Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München, Berlin 1986
- Neumann, Franz: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960. Meisenheim 1968
- Nitschke, Bernadetta: Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949. München 2003
- Nowak, Edmund: Schatten über Lamsdorf, in: «Wach auf, mein Herz, und denke!», S. 452-454
- Overmans, Rüdiger: «Amtlich und wissenschaftlich erarbeitet». Zur Diskussion über die Verluste während Flucht und Vertreibung der Deutschen aus der CSR, in: Erzwungene Trennung, S. 149-177
- Paczoska, A.: Dzieci Jalty. Exodus ludności polskiej z Wilejszczyzny w latach 1944-1947. Torun 2002
- Panse, Friedrich: Angst und Schreck. In: Arbeit und Gesundheit. Stuttgart 1952, S. 184ff.
- Pasierb, B.: Polska myśl polityczna okresu II wojny światowej wobec Niemiec. Poznan 1990
- Peikert, Paul: «Festung Breslau» in den Berichten eines Pfarrers. 22. Januar bis 6. Mai 1945. Hg. v. Karol Jonca u. Alfred Konieczny. Wrocław u.a. 1966
- Persson, Hans-Åke: Rhetorik und Realpolitik. Grossbritannien, die Oder-Neisse-Grenze und die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Potsdam 1997
- Petri, Horst: Das Drama der Vaterentbehrung. Freiburg 1999
- Polian, Pavel: Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im «Dritten Reich» und ihre Repatriierung. Wien, München 2001
- Polska Ludowa – Zwi^zek Radziecki 1944-1974. Sammlung von Dokumenten und Materialien. Warszawa 1974
- Potsdam 1945. Quellen zur Konferenz der «Grossen Drei», hg. v. Ernst Deuerlein. München 1963 (dtv dokumente)
- Quellen zur Entstehung der Oder-Neisse-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges, hg. v. Gotthold Rhode u. Wolfgang Wagner. Stuttgart 1956 (2., erw. Aufl. 1959)
- Radebold, Hartmut (Hg.): Kindheiten im 2. Weltkrieg und ihre Folgen. Giessen 2003 (Psychosozial Jg. 26, Nr. 92)
- Radebold, Hartmut: Abwesende Väter. Folgen der Kriegskindheit in Psychoanalysen. Göttingen 2000 (2. Aufl. 2001)
- Reichel, Peter: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit. München, Wien 1995
- Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute. München 2001
- Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. 2 Teile. Bonn 1986 und 1989 (Teil I: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-1985. Bonn 1986)
- Rogall, Joachim: Krieg, Vertreibung und Neuanfang. Die Entwicklung Schlesiens und das Schicksal seiner Bewohner von 1939-1995, in: Joachim Bahlcke (Hg.): Schlesien und die Schlesier. München 1996, S. 156-223
- Rosenthal, G. (Hg.): Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern. Giessen 1997
- Röskau-Rydel, Isabel (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Galizien, Bukowina, Moldau. Berlin 1999
- Roth, Harald: Kleine Geschichte Siebenbürgens. Köln 1996
- Ruchniewicz, Krzysztof: Schweidnitz/Swidnica 1945-1947. Das Schicksal der deutschen und polnischen Bevölkerung, in: «Wach auf, mein Herz, und denke!», S. 408-417
- Rüsen, Jörn: Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewusstseins, sich in der Zeit zurechtzufinden. Köln 1994
- Rutschky, Katharina (Hg.): Schwarze Pädagogik. Quellen zur Naturgeschichte der bürgerlichen Erziehung. Berlin 1997
- Salier, Walter: Brněnský pochod smrti [Der Brünner Todesmarsch], in: Cesi a Němci – cestou dialogu, S. 81-85
- Sauermann, Dietmar: Erinnerungen als Quelle von ethnozentrischen Vorurteilen, in: Vertreibung? Aussiedlung?, S. 121-141
- Schechtman, Joseph B.: European population transfers 1939-1945. New York 1946
- Schechtman, Joseph B.: Postwar population transfers in Europe 1945-1955. Philadelphia 1962
- Scherstjanoi, Elke (Hg.): Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen. München 2004
- Schicksalsbuch des Sächsisch-Thüringischen Adels 1945. Hg. vom Verband «Der Sächsischer Adel e.V» Limburg 1994
- Schieder, Theodor: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8, 1960, S. 1-16
- Schiepek, Günter: Neurobiologie der Psychotherapie. Stuttgart 2003
- Schillinger, Reinhold: Der Entscheidungsprozess beim Lastenausgleich 1945-1952. St. Katharinen 1985
- Schillinger, Reinhold: Der Lastenausgleich, in: Benz (Hg.): Die Vertreibung, S. 183-192
- Schlau, Wilfried (Hg.): Die Ost-Deutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945-1995. München 1996

- Schlau, Wilfried: Eine moderne Völkerwanderung. Flucht und Vertreibung, in: Ders. (Hg.): Die Ost-Deutschen, S. 71-74
- Schlau, Wilfried: Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen, in: Ders. (Hg.): Die Ost-Deutschen, S. 161-174
- Schlögel, Karl: Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang. München, Wien 2002
- Schlögel, Karl: Promenade in Jalta und andere Städtebilder. München, Wien 2001
- Schmidbauer, Wolfgang: «Ich wusste nie, was mit Vater ist.» Das Trauma des Krieges. Reinbek 1998
- Schmidt, Ute: Die Deutschen aus Bessarabien. Eine Minderheit aus Südosteuropa (1814 bis heute). Köln u.a. 2003
- Schödl, Günter (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Das Land an der Donau. Berlin 1995
- Scholz, Franz: Wächter, wie tief die Nacht? Görlitzer Tagebuch 1945/1946. Eltville 3. Aufl. 1986
- Schraut, Sylvia/Grosser, Thomas (Hg.): Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Mannheim 1996
- Schwan, Gesine: Der hohe Preis der Schuld-Verdrängung. In: MUT 2/1998
- Schwartz, Michael: «Vom Umsiedler zum Staatsbürger». Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR, in: Hoffmann (Hg.): Vertriebene in Deutschland, S. 135-166
- Schwartz, Michael: Tabu und Erinnerung. Zur Vertriebenen-Problematik in Politik und literarischer Öffentlichkeit der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51, 2003, S. 85-101
- Schwartz, Michael: Vertreibung und Vertreibungspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten, in: Deutschland Archiv 30, 1997, S. 177-185
- Seewann, Gerhard (Hg.): Minderheitenfragen in Südosteuropa. München 1992
- Seewann, Gerhard: Der Vertreibungsprozess in und nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund britischer Quellen, in: Ders. (Hg.): Migrationen und ihre Auswirkungen. Das Beispiel Ungarn 1918-1945. München 1997, S. 55-89
- Semirjaga, Michail: Die Rote Armee in Deutschland 1945, in: Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945. Essays, hg. v. Peter Jahn u. Reinhard Rürup. Berlin 1991, S.200-210
- Senft, Stanislaw: Nationale Verifikation und Repolonisierung in Schlesien 1945-1950, in: «Wach auf, mein Herz, und denke!», S. 442-451
- Skubiszewski, K.: Zachodnia granica Polski w swietle traktatow. Poznan 1975
- Sobotta, Joachim: Vertreibung, Aussiedlung – das gemeinsame Schicksal, in: Vertreibung? Aussiedlung?, S. 57-71
- Solschenizyn, Alexander: Ostpreussische Nächte. Eine Dichtung in Versen. Darmstadt, Neuwied 1976
- Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Eingeleitet u. bearb. v. Ralf Possekel. Berlin 1998 (= Sowjetische Speziallager in Deutschland. Hg. v. Sergej Mironenko u.a., Bd. 2)
- Spannenberger, Norbert: Der Volksbund der Deutschen aus Ungarn 1939-1944 unter Horty und Hitler. Oldenburg 2002
- Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart u.a. 2001
- Spoleczerstwo bialoruskie, litewskie i polskie na ziemiach Pólnocno-wschodnich II Rzeczypospolitej w latach 1939-1941, unter der wissenschaftlichen Leitung von M. Gizejewskiej i T. Strzembosza. Warszawa 1995
- Spranger, Helga: Retraumatisierungen der Eltern und Kindergeneration des 2. Weltkrieges, in: Onlinezeit-schrift Psychotraumatologie Jg. 3, Heft 4, Dez. 2002 (48 DOI: 10.1055/S-2002-35084)
- Sprawa polska w czasie drugiej wojny swiatowej na arenie międzynarodowej. Zbiór dokumentów. Warszawa 1965
- Srebrakowski, A.: Liczba i rozmieszczenie Polaków na Litwie w latach 1919-1989. Przegląd publikacji i źródel litewskich, in: Białorus, Czechosłowacja, Litwa, Polska, Ukraina, S. 72
- Stalin, Josef: Über den Grossen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. Moskau 1946
- Stanek, Tomas: Odsun Nemců z Ceskoslovenska [Die Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei] 1945-1947. Praha 1991
- Stanek, Tomas: Perzekuce 1945. Perzekuce tzv. státné nespolehlivého obyvatelstva v českých zemích (mimo tábory a věznice) v květnu – srpnu 1945 [Persekution 1945. Die Persekution der sog. staatlich unzuverlässigen Bevölkerung in den böhmischen Ländern (ausserhalb der Lager und Gefängnisse) im Mai bis August 1945]. Praha 1996
- Stanek, Tomas: Tábory v českých zemích [Lager in den böhmischen Ländern] 1945-1948. Opava 1996
- Starlinger, Wilhelm: Grenzen der Sowjetmacht im Spiegel einer West-Ostbegegnung hinter Palisaden von 1945-1954. Mit einem Bericht der deutschen Seuchenkrankenhäuser Yorck und St. Elisabeth über das Leben und Sterben in Königsberg 1945-1947 [...], Würzburg 1955
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete. Stuttgart 1958
- Steinbach, Peter: Die Vergegenwärtigung von Vergangenen. Zum Spannungsverhältnis zwischen individueller Erinnerung und öffentlichem Gedenken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1987, B 3-4, S. 3-13
- Steinbach, Peter: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945. Berlin 1981
- Sündermann, Helmut: Tagesparolen. Deutsche Presseanweisungen 1939-1945. Hitlers Propaganda und Kriegführung. Leoni 1973
- Sundhausen, Holm: Bevölkerungsverschiebungen in Südosteuropa seit der Nationalstaatswerdung (19./20. Jahrhundert), in: Comparativ 6 (1996), Heft 1, S. 25-40

Literaturverzeichnis

- Suppan, Arnold (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Zwischen Adria und Karawanken. Berlin 1998
- Teheran, Jalta, Poczdam. Dokumenty konferencji szefów rządów trzech wielkich mocarstw. Warszawa 1971
- Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der «Grossen Drei», hg. v. Alexander Fischer. Köln 1973
- Ther, Philipp/Siljak, Ana (Hg.): Redrawing nations. Ethnic cleansing in East-Central Europe, 1944-1948. Lanham u.a. 2001
- Ther, Philipp: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956. Göttingen 1998
- Thiel, Paul: Jauer – einst und jetzt. Das Schicksal einer schlesischen Stadt und ihrer Bevölkerung. Herne 1958
- Thum, Gregor: Die fremde Stadt: Breslau 1945. Berlin 2003
- Timm, Uwe: Am Beispiel meines Bruders. Köln 2003
- Tomal, M.: Zachodnia granica Polski po II wojnie światowej. Warszawa 2002
- Torzecki, R.: Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej. Warszawa 1993
- Toth, Agnes: Migrationen in Ungarn 1945-1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch. München 2001
- Trautmann, Alfred: Erlebnisse im polnischen KZ, in: Die Grafschaft Glatz, S. 237-248
- Tschuikow, W. L.: Gardisten auf dem Weg nach Berlin. Berlin (Ost) 1976
- Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem. Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs. Hg. vom Haus der Heimat Baden-Württemberg. Stuttgart 2002
- Vertreibung und Vertriebungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989
- Vertreibung? Aussiedlung? Das gemeinsame Schicksal der Bewohner der Grafschaft Glatz (Tagungsband). Görlitz 2001
- «Wach auf, mein Herz, und denke!» Zur Geschichte der Beziehungen zwischen Schlesien und Berlin-Brandenburg von 1740 bis heute. Hg. von der Gesellschaft für interregionalen Kulturaustausch. Berlin, Oppeln 1995
- Weber, Georg (u.a.): Die Deportation von Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion 1945-1949. 3 Bde. Köln 1995
- Wehler, Ulrich: Vertreibung im 20. Jahrhundert, in: Ders.: Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Essays. München 2003
- Weiss, Hermann: Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, in: Benz (Hg.): Die Vertreibung, S. 193-208
- Weizsäcker, Richard von: Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ansprache am 8. Mai 1985 im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1985
- Wilckens, Hans Jürgen von: Die grosse Not. Danzig-Westpreussen 1945. Münster 1981
- Wille, Manfred u.a. (Hg.): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Wiesbaden 1993
- Wolf, Josef: Deutsche Minderheiten in Südosteuropa im Umbruch. Die Volkszählungen 1990-1992. Tübingen 1994
- Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990. Darmstadt 1999
- Zampach: Vysídlení německého obyvatelstva z Brna ve dnech 30. a 31. května 1945 a nouzový bytovací tábor v Pohorelicích [Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Brünn am 30. und 31. Mai 1945 und das Notquartierlager in Pohrlitz] 1.6.-7.7.1945, in: Jizm Morava [Südmähren] 332, 1996, s. 173-2-39
- Zayas, Alfred Maurice de: Die Vertreibung, in: Frank Grube/Gerhard Richter, Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980
- Zayas, Alfred Maurice de: Vertriebene, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hg.): Handwörterbuch der deutschen Einheit. Frankfurt/M. 1992, s. 732.-741
- Zeidler, Manfred: Die Tötungs- und Vergewaltigungsverbrechen der Roten Armee auf deutschem Boden 1944/45, in: Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, hg. v. Wolfram Wette u. Gerd R. Ueberschär. Darmstadt 2001, S. 419-432
- Zeidler, Manfred: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neisse 1944/45. München 1996
- Zimmermann, Volker: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945). Essen 1999

Glossar

Baltendeutsche

Im Zuge der deutschen Ostkolonisation seit 1200 im Baltikum eingewanderte Deutsche (ca. 8% der Bevölkerung). Nach der Preisgabe der baltischen Staaten im geheimen Zusatzprotokoll des *Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts* vom 23.8.1939 wurden seit Oktober 1939 rund 70'000 Baltendeutsche vor allem in den *Warthegau* und nach *Danzig-Westpreussen* umgesiedelt.

Banat

Rumänisch-serbisch-ungarische Landschaft mit der Hauptstadt Temesvar. Die nach dem Frieden von Passarowitz (1718) im Temescher Banat angesiedelten Deutschen kamen vorwiegend aus dem Südwesten bzw. Westen des Reiches. Das Banat wurde 1919 auf *Rumänien* (grösster Teil), *Jugoslawien* (westlicher Teil, heute Serbien, Provinz *Wojwodina*) und *Ungarn* (winziger Teil im Norden) aufgeteilt. 1910 lebten im Banat 387'000 Deutsche (Banater Schwaben), ca. 25% der Gesamtbevölkerung, 1939 waren es etwa 450'000.

Bessarabien

Mehrheitlich von Rumänen bewohnte Landschaft an der unteren Donau und am Schwarzen Meer. Zwischen 1814 und 1842 wurden hier deutsche Kolonisten angesiedelt, die vor allem aus Schwaben, Mitteldeutschland und dem Baltikum kamen. Im Zuge der politischen Neugliederung dieses Raumes kam Bessarabien nach dem Ersten Weltkrieg zu *Rumänien*. Unter dem Druck eines sowjetischen Ultimatums musste Rumänien 1940 Bessarabien an die UdSSR abtreten. Aufgrund eines deutsch-sowjetischen Vertrages vom 5. September 1940 wurden etwa 115'000 Bessarabien-Deutsche in den *Warthegau* ausgesiedelt. 1947 wurde Bessarabien mit seinem grösseren nördlichen Teil als Moldauische Sowjetrepublik in die UdSSR eingegliedert, Süd-Bessarabien an die Ukrainische SSR (heute *Ukraine*) angeschlossen.

Böhmen

Das ehemalige habsburgische Land mit Prag als Zentrum war seit dem Mittelalter bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs Heimat zweier Völker, der Tschechen und der Sudetendeutschen, die seit dem Mittelalter vor allem die waldreichen Randlandschaften im Süden, Westen und Norden rodeten und besiedelten. Seit 1848 begannen sich die Wege der deutschen und tschechischen Böhmen zu trennen. So wurden z.B. einander widersprechende nationale Programme verkündet. Der sich in der Folgezeit verschärfende Gegensatz zwischen Tschechen und Deutschen führte u.a. zur strikten Trennung zahlreicher Organisationen. Versuche eines Ausgleichs scheiterten. Nach dem Ersten Weltkrieg ging Böhmen in der neu geschaf-

ten *Tschechoslowakei* auf. 1930 lebten rund 2,1 Millionen Deutsche (Anteil rund 40%) in Böhmen. Sie wurden ab 1945/46 grösstenteils vertrieben. Siehe auch *Protektorat Böhmen und Mähren*.

Böhmische Länder

Von Tschechen, Slowaken, Deutschen, Juden, *Ruthenen*, Polen und Ukrainern bewohnte Gebiete, die folgende Landschaften umfassen: Böhmerwald, *Sudetenland*, Prag und Umgebung, Teile *Südwest-Schlesiens*, West- und Ost-Beskidien, *Mähren*, *Slowakei*

Bukowina

Rumänisches Gebiet (seit 1918) am Ostrand der Karpaten und im Karpatenvorland, auch Buchenland genannt. Zentrum war Czernowitz (heute Tschernowzy). Im Altertum römische Provinz, danach Teil des Fürstentums Kiew, seit Mitte des 14. Jahrhunderts mit dem Fürstentum Moldau vereinigt. Danach bis 1769 zum Osmanischen Reich gehörig, 1774 von russischen und von österreichischen Truppen besetzt. Seit 1849 trugen deutsche Siedler zur Entwicklung des Landes bei. 1910 bezeichneten sich rund 169'000 Menschen dieses Gebietes als Deutsche, davon 25'000 mit jüdischer Konfession. Im Vertrag von St. Germain 1919 *Rumänien* zugeteilt. 1940 musste der Norden der Bukowina an die UdSSR abgetreten werden. Rund 70'000 Deutsche wurden danach umgesiedelt.

Curzon-Linie

Die vom britischen Aussenminister George N. Curzon am 11.7.1920 vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen *Polen* und der Sowjetunion, die von Wilna über Brest, dem Bug folgend *Galizien* durchschneidet. Die Curzon-Linie wurde zur Beilegung des Polnisch-Sowjetischen Krieges vorgeschlagen, blieb aber infolge des polnischen Sieges bei Warschau und der für Polen sehr viel günstigeren Grenzziehung im Frieden von Riga 1921 zunächst bedeutungslos. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Curzon-Linie zur Grundlage der sowjetischen Gebietsansprüche an Polen, dessen 1945 im *Potsdamer Abkommen* festgelegte Ostgrenze im Wesentlichen der Curzon-Linie entspricht.

Danzig (Gdansk)

Hafenstadt am Weichseldelta (ca. 380'000 Einwohner). Im Mittelalter zeitweise im Besitz des Deutschen Ordens und Mitglied der Hanse. Erst im Verlauf der Zweiten Polnischen Teilung fiel Danzig an *Westpreussen*, wozu es – mit Ausnahme der Jahre 1807 (Tilsiter Frieden) bis 1815 (Wiener Kongress) – bis 1918 gehörte. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs schwelender Konflikt zwischen *Polen* und dem Deutschen Reich um Danzig, das ohne vorheri-

ge Abstimmung und unter Protest seiner mehrheitlich deutschen Bevölkerung (95%) am 15.11.1920 zum Freistaat erklärt und dem Völkerbund unterstellt wird. Zollhoheit und aussenpolitische Vertretung des Territoriums wurden von den Polen wahrgenommen, der Hafen unterstand paritätischer Verwaltung. 1933 erringen in Danzig die Nationalsozialisten die Macht, 1939 dient die Danzigfrage als Vorwand für die Entfesselung des Krieges mit Polen. Im April 1939 hatte Hitler einen umfassenden deutsch-polnischen Ausgleich vorgeschlagen, der die Rückgabe Danzigs bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Polens zur Bedingung machte und den Bau einer exterritorialen Autobahn durch den Korridor vorsah. Als Warschau das Angebot zurückwies, betrieb Hitler die Isolierung Polens, die schliesslich in der Unterzeichnung des *Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts* vom 23.8.1939 gipfelte. Mit der Beschiessung der Westerplatte durch das Linienschiff «Schleswig-Holstein» begann am 1.9.1939 der Krieg mit Polen. Danzig wurde umgehend zum Reichsgebiet erklärt. Im *Potsdamer Abkommen* wurde Danzig als Gdansk 1945 polnischer Verwaltung unterstellt.

Danzig-Westpreussen

Nach dem Polenfeldzug im Herbst 1939 gebildeter, aber nicht dem Land Preussen angegliederter *Reichsgau*, bestehend aus der annektierten ehemaligen deutschen Provinz *Westpreussen* mit *Danzig* und dem polnischen Gebiet um Bromberg sowie dem vorher ostpreussischen Regierungsbezirk Marienwerder. Nach 1945 wieder polnisch bzw. polnischer Verwaltung unterstellt

Deutsch-polnischer Nichtangriffspakt

Der am 26.1.1934 vom deutschen Aussenminister Neurath und dem polnischen Botschafter Lipski unterzeichnete Vertrag verpflichtete die beiden Staaten vorerst für zehn Jahre zur friedlichen Beilegung aller deutsch-polnischen Differenzen. Die Vereinbarung enthielt ausdrücklich einen Verzicht auf die einseitige und gewaltsame Änderung der polnischen Westgrenze. Hitler kündigte den Pakt im Anschluss an die britische Polengarantie vom 31.3.1939 am 28.4.1939.

Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt

Der am 23.8.1939 in Moskau auf zehn Jahre mit einjähriger Kündigungsfrist geschlossene Pakt zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion war für Hitler wohl nur eine Art Notlösung, um den bereits geplanten Krieg nicht mit zwei Fronten beginnen zu müssen. Zeitgleich war mit dem erst nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt gewordenen Zusatzprotokoll, in dem die Abgrenzung der jeweiligen Interessensphären festgelegt wurde, die Voraussetzung für die vierte polnische Teilung geschaffen worden. In den sowjetischen Einflussbereich fielen danach Finnland, Estland, *Lettland*, *Litauen* und *Bessarabien*.

Dobrudscha

Rumänisch-bulgarische Landschaft zwischen dem Schwarzen Meer, dem Unterlauf der Donau und deren Delta. Römische Provinz, dann seit dem 7. Jahrhundert Mittelpunkt des ersten Bulgarischen Reiches.

Nach dessen Vernichtung 1018 unter byzantinischer, von 1417 bis 1878 unter türkischer Herrschaft. Im Berliner Kongress von 1878 kam der grössere nördliche Teil an *Rumänien*, nach dem Zweiten Balkankrieg erhielt Rumänien auch den südlichen Teil von Bulgarien, was im Frieden von Neuilly 1919 wieder rückgängig gemacht wurde. Die im Vertrag von Craiova 1940 erzwungene Rückgabe der südlichen Dobrudscha an Bulgarien wurde im Frieden von Paris 1947 bestätigt. Die Dobrudscha-Deutschen waren nach 1804 bis 1917 in das Donaudelta eingewandert. 1940 wurden rund 25'000 nach Deutschland räumungsgesiedelt.

Donauschwaben

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts verwendete Bezeichnung für die in Südosteuropa lebenden Deutschen, deren Vorfahren aus dem mittel- und südwestdeutschen Raum vorwiegend im 18. Jahrhundert von den Habsburgern als Kolonisten am mittleren Lauf der Donau im damaligen *Ungarn* angesiedelt worden waren. Seit jeher wurden die in den Donauländern lebenden Deutschen «Schwaben» genannt. In Folge der Grenzziehungen nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Siedlungsgebiete der Donauschwaben zwischen *Jugoslawien*, *Rumänien* und Ungarn aufgeteilt.

Galizien

Historische Landschaft auf dem nördlichen Abhang und im Vorland der Karpaten. Bis 1772 hatten die Teilgebiete Galiziens keine einheitliche gemeinsame Geschichte. Im Verlauf der ersten polnischen Teilung kam das Gebiet zu Österreich, das eine zentralistische Verwaltung einrichtete und einen in Lemberg residierenden Gouverneur einsetzte. Auf die ethnischen Verhältnisse wurde wenig Rücksicht genommen (47% Polen, 45% Ukrainer, 6% Juden). Unter Joseph II. kam es zur Ansiedlung von 5'000 vorwiegend aus der Pfalz stammenden deutschen Familien, deren Siedlungen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs als Sprachinseln bestehen blieben. Der polnische Westteil Galiziens ging 1918 problemlos, der ukrainische Ostteil erst nach heftigen Kämpfen 1919 an *Polen*. 1939 siedelten rund 60'000 Deutsche in dieser Landschaft. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen wurde Ostgalizien mit Lemberg dem *Generalgouvernement* angegliedert. In Galizien lebten um 1900 etwa 810'000 Juden. Ab 1942 ist der grösste Teil der galizischen Juden in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern umgebracht worden.

Generalgouvernement

Nach dem Polenfeldzug im Oktober 1939 gebildetes deutsches «Nebenland». Es umfasste die vier Distrikte Krakau, Warschau, Radom und Lublin, denen im August 1941 noch Ostgalizien mit Lemberg angegliedert wurde. Die rund zwölf Millionen Einwohner dienten als Arbeitskräftereservoir für die deutsche Industrie und Landwirtschaft. Das Generalgouvernement war eines der Aufnahmegebiete für die aus den von Deutschland annektierten Gebieten vertriebenen Polen (*Westpreußen, Warthegau, Danzig*). Seit 1942 war die Region, die dem Generalgouverneur Hans Frank unterstand, Schauplatz für die Durchführung der «Endlösung».

«Heim ins Reich»

Parole der deutschen Umsiedlungsaktionen in Europa auf Grundlage zwischenstaatlicher Verträge zwischen 1939 und 1943. «Nicht haltbare Splitter deutschen Volkstums» aus Italien, Estland, *Lettland*, der Sowjetunion, *Rumänien*, Bulgarien, Kroatien und Serbien wurden auf Reichsgebiet bzw. zur «Germanisierung» in den von der Wehrmacht eroberten polnischen Gebieten angesiedelt, vorwiegend im *Warthegau*.

Jalta

Sowjetische Hafenstadt an der Südküste der Halbinsel Krim, Tagungsort der Jalta-Konferenz, die vom 4. bis 11.2.1945 stattfand. Teilnehmer: der britische Premier-



Siedlungsgebiete von Deutschen in Mittel- und Osteuropa 1937

Geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet



Gebiet mit deutschen Streusiedlungen



Weitere Siedlungsgebiete:
Kasachische SSR,
Kirgisische SSR,
Tadschikische SSR,
Usbekische SSR
und im Kaukasus

Grenze des Deutschen Reiches 1937

0 100 200 300 400 500 km



minister Winston B. Churchill, der sowjetische Staatschef Josef Stalin, der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt sowie deren Aussenminister Eden, Molotow und Stettinius. Hauptgegenstand der Konferenz war die Beilegung vorhandener Differenzen zwischen den Alliierten sowie der Kriegseintritt der Sowjetunion gegen Japan. Es wurden aber auch die Aufteilung Deutschlands nach Kriegsende in je eine amerikanische, britische, sowjetische und französische Besatzungszone sowie die Koordination der Besatzungspolitik durch einen noch einzusetzenden Alliierten Kontrollrat beschlossen. Gegenstand der Verhandlungen war auch die Westverschiebung *Polens*. Die Ostgrenze Polens wurde ungefähr längs der *Curzon-Linie* festgelegt, die Westgrenze sollte erst auf einer noch einzuberufenden Friedenskonferenz festgelegt werden, da Stalins Forderung nach der *Oder-Neisse-Linie* vor allem auf den Widerstand Churchills stiess. In jedem Fall sollte aber eine Entschädigung Polens durch «beträchtliche» Gebiete im Norden und Westen auf Kosten Deutschlands erfolgen.

Jugoslawien

Der jugoslawische Staat entstand nach dem Ersten Weltkrieg aus den vorher unabhängigen Königreichen Serbien und Montenegro und südslawisch besiedelten Teilen Österreich-Ungarns. Er nannte sich zunächst Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und wurde 1928 in Jugoslawien umbenannt.

Am 6.4.1941 von Deutschland und Italien besetzt, Kapitulation am 17.4.41, danach Aufteilung des jugoslawischen Staatsgebietes zwischen Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien. 1944 beginnt die Vertreibung von ca. 200'000 *Donauschwabern*.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Jugoslawien als sozialistischer Bundesstaat aus sechs Teilrepubliken (Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien und Mazedonien) und zwei Autonomen Provinzen innerhalb der Republik Serbien (*Wojwodina* und Kosovo) wieder hergestellt.

1991/92 erklärten alle Teilrepubliken bis auf Serbien und Montenegro ihre staatliche Unabhängigkeit, diese bildeten die Bundesrepublik Jugoslawien, die 2003 durch den Staatenbund Serbien und Montenegro abgelöst wird.

Königsberg

Am Pregel gelegene ehemalige Hauptstadt *Ostpreussens*, 419'000 Einwohner im Jahr 1939, davon 372'000 Deutsche. Der Deutsche Orden legte hier 1225 eine Burg an, die zu Ehren König Ottokars II. von *Böhmen* Königsberg genannt wurde. In deren Schutz entstanden nach 1262 drei Siedlungen, die ab 1340 Mitglied der Hanse wurden. Nach dem Verlust der Marienburg (1457) wurde Königs-

berg Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens, seit 1525 der preussischen Herzöge. Um den Dom (13. Jahrhundert) bildete sich ein eigenes geistiges Zentrum (Universität, gegründet 1544). Von 1701 bis 1861 war Königsberg Krönungsstadt der preussischen Könige. Als Hauptstadt der Provinz *Ostpreussen* war Königsberg deren kulturelles und wirtschaftliches Zentrum. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Stadt durch Luftangriffe und die Belagerung der Roten Armee stark zerstört. Seit 1946 als Kaliningrad unter sowjetischer Verwaltung. Nachdem Ostpreussen von allen Landverbindungen zum Deutschen Reich ab dem 26. Januar 1945 abgeschnitten war, wurde Königsberg, das einen Tag später eingekesselt wurde, zur Festung erklärt. Die zahlreichen dort Zuflucht suchenden Menschen wurden zum grossen Teil vom nahe gelegenen Hafen Pillau über die Ostsee in den Westen abtransportiert.

Lastenausgleich

Ausgleichsleistungen, die Personen gewährt wurden, die durch Kriegshandlungen, *Vertreibung* oder Flucht Vermögensschäden erlitten hatten. Geregelt per Soforthilfengesetz vom 8.8.1949, später dann als Lastenausgleichsgesetz vom 14.8.1952. Der «Ausgleich» erfolgte in Form direkter Zahlungen, als Darlehen, Ausbildungsbeihilfen oder Renten. Bis Dezember 1980 wurden rund 104 Milliarden DM (53,1 Milliarden Euro) an Entschädigungshilfen ausgezahlt.

Lettland

Einer der baltischen Staaten, 1935 rund 1,95 Millionen Einwohner, deutsche Minderheit ca. 65'000. Seit dem 18.11.1918 Republik, 1934 Staatsstreich und Bildung einer autoritären Regierung. Lettland schloss am 7.5.1939 mit dem Deutschen Reich einen Nichtangriffspakt, der aber durch den *Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt* vom 23.8.1939 gegenstandslos wurde. Danach wurden die *Baltendeutschen* ins Deutsche Reich umgesiedelt. Die Sowjetunion annektierte Lettland am 17.6.1940. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im Juli 1941 wurde das Land dem Reichskommissariat Ostland angegliedert. Viele Letten beteiligten sich auf deutscher Seite am Russlandfeldzug. Im Herbst 1944 wurde Lettland erneut von sowjetischen Truppen besetzt. Danach setzte eine Bevölkerungsverschiebung grossen Ausmasses ein.

Etwa 100'000 Letten wurden nach Mittelasien und Sibirien deportiert und das Land in den sowjetischen Staatsverband integriert. Seit 1988 bildete sich infolge der von Gorbatschow eingeleiteten Politik der Perestroika eine «Volksfront», die sich gegen die Russifizierung des Landes wandte und die Eingliederung des Landes in die UdSSR verwarf. Am 4.5.1990 proklamierte das lettische Parlament die Wiederherstellung der souveränen Republik Lettland. Seit dem 1. Mai 2004 ist das Land Mitglied der Europäischen Union.

Litauen

Baltischer Staat, gegründet am n.12.1917, rund 2,39 Millionen Einwohner (1939), Hauptstadt Wilna. 1926 Staatsstreik und autoritäre Regierung. Litauen musste am 22.3.1939 auf Druck der deutschen Regierung das Memelland an Deutschland abtreten. Im Rahmen des *deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts* vom 23.8.1939 wurde es der sowjetischen Einflussphäre zugeschlagen und am 15.6.1940 annektiert. Mit Beginn des Russlandfeldzugs im Juni 1941 und der Besetzung durch deutsche Truppen wurde Litauen dem Reichskommissariat Ostland angegliedert und seine deutsche Bevölkerung ins Reich umgesiedelt. Im Juli 1944 wurde Litauen von der Roten Armee eingenommen und wieder in den sowjetischen Staatenverband eingegliedert. Unter Führung von V. Landsbergis bildete sich 1988 die Volksfront «Sajudis», die in der Folgezeit zum Motor des litauischen Strebens nach Unabhängigkeit wurde. Am 11.3.1990 erklärte Litauen seine Unabhängigkeit, seit 1.5.2004 ist es Mitglied der Europäischen Union.

Mähren

Nach dem Fluss March (Morawia) benannte Landschaft in Mitteleuropa. Im Westen wird Mähren nach *Böhmen* hin durch die böhmisch-mährische Höhe, im Norden durch das Altvatergebirge und im Osten durch die Karpaten begrenzt. Eine eindeutig festgelegte südliche Abgrenzung gibt es nicht. Die Stadt Brünn ist das Zentrum Mährens. Nach einer Volkszählung vom Jahr 1930 lebten in Mähren rund 800'000 Deutsche und 2,6 Millionen Tschechen.

Münchener Abkommen

Am 30.9.1938 unterzeichneter Vertrag der Regierungschefs des Deutschen Reiches, Grossbritanniens, Italiens und Frankreichs. Darin einigten sich A. Hitler, B. Mussolini, A. N. Chamberlain und E. Daladier im Wesentlichen darauf, die Tschechen zur Abtretung des *Sudetenlandes* zu zwingen. Das Münchener Abkommen rettete den Frieden für ein Jahr und ist ein frühes Beispiel von Gipfeldiplomatie. Letztlich erwies sich die Appeasement-Politik der britischen und französischen Regierungschefs einem zu allem entschlossenen Diktator gegenüber als nutzlos. Dem tschechischen Reststaat blieb nur noch eine «Atempause» von knapp sechs Monaten. Am 15.3.1939 marschierte Hitlers Wehrmacht in das Land ein.

Nemmersdorf

Ortschaft im Nordosten der ehemaligen preussischen Provinz *Ostpreussen*. Das Dorf wurde im Oktober 1944 durch einen von der deutschen Wehrmacht zurückgeschlagenen Vorstoss der sowjetischen Truppen bekannt. Einwohner und durchziehende Flüchtlinge waren grausam ermordet worden, nur eine Frau überlebte. Nemmersdorf gilt seither als Symbol für die auf reichsdeutschem Boden begangenen Gräueltaten der Roten Armee.

Oder-Neisse-Linie

Im *Potsdamer Abkommen* vom 2.8.1945 festgelegte Demarkationslinie zwischen den ehemaligen deutschen Ostgebieten und dem restlichen Deutschland. Bis zur endgültigen Festlegung durch einen Friedensvertrag soll die Oder-Neisse-Linie auch die Westgrenze Polens bilden. Die DDR hat die Oder-Neisse-Linie am 6.7.1950 durch das Görlitzer Abkommen anerkannt. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Unverletzlichkeit der bestehenden polnischen Westgrenze mehrfach bekräftigt. Im 2+4-Vertrag, unterzeichnet am 12.9.1990 in Moskau, wird die Oder-Neisse-Linie als östliche Grenze Deutschlands endgültig akzeptiert.

Ostpreussen

Ehemaliger nordöstlicher Teil des Deutschen Reiches, der von der Weichsel im Westen und der Memel im Nordosten sowie der Ostsee im Norden und der Johannisburger Heide im Süden begrenzt wird. Die Hauptstadt war *Königsberg*. Nachdem erste Christianisierungsversuche im 9. und 10. Jahrhundert gescheitert waren, wandte sich 1255 ^{er} polnische Herzog Konrad mit der Bitte um Hilfe an den Deutschen Orden. 1525 wurde Ostpreussen in das Herzogtum Preussen übergeführt, 1618 in Personalunion mit Brandenburg vereinigt und 1660 im Frieden von Oliva aus polnischer Lehnshoheit herausgelöst. 1815 wurde die Provinz Ostpreussen gebildet, die von 1824 bis 1878 mit *Westpreussen* zur Provinz Preussen vereinigt wurde. 1914 litt Ostpreussen unter den Einfall der Russen, die dann bei Tannenberg vernichtend geschlagen wurden. Durch den Versailler Vertrag war die alte preussische Provinz seit 1919 durch den polnischen Korridor, der den Polen eine Landbrücke zur Ostsee zusicherte, vom übrigen Reichsgebiet getrennt. Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Ostpreussen zum Schauplatz einer grossen Fluchtbewegung der deutschen Bevölkerung vor den russischen Truppen. Im *Potsdamer Abkommen* wurde der südliche Teil Ostpreussens unter polnische Verwaltung gestellt (seit 1990 endgültig zu Polen), der nördliche Teile mit der Hauptstadt Königsberg wurde der Sowjetunion zugeteilt.

Polen

Ausgehend vom Stammesgebiet der Polanen an der mittleren Warthe wurde unter den Piasten das Gebiet christianisiert (968 Posen Missionsbistum). Kurzzeitig – um 1018 – reichte das Reich unter Boleslaw I. von Pommern bis Kiew. Nachdem im Verlauf des 11. Jahrhunderts einige westliche und östliche Grenzprovinzen verloren gingen, gehörten nur Gross- und Klempolen, Masowien und *Schlesien* in dieser Zeit dauerhaft zum polnischen Staatsgebiet. Seit 1320 unter Wladislaw I. dauerhafte Erhebung Polens zum Königtum. Ständiger Anlass für Kämpfe bildete der seit dem 13. Jahrhundert agierende Deutsche Orden, der von Thorn aus seine Kolonisations- und Mis-

sionstätigkeit wahrnahm. Unter Kasimir III, dem Sohn Wladislaws, erreichte das Land – auch durch die geförderte Einwanderung von Juden – eine erste kulturelle Blüte, die mit der Gründung der Universität von Krakau (1364) ihren Höhepunkt erreichte. Im Konflikt mit dem Deutschen Orden musste der Orden zunächst auf Pommern, *Danzig* und das Gebiet um die Marienburg verzichten (2. Thorner Frieden), behielt jedoch das östliche Preussen und *Königsberg* als Lehen. Im Verlauf der drei Polnischen Teilungen (1772-1795) wurde Polen praktisch von der politischen Landkarte Europas getilgt. Das Land wurde zwischen Preussen (10 Prozent), Österreich (10 Prozent) und Russland (80 Prozent) und aufgeteilt. Auf dem Wiener Kongress 1815 werden erneut territoriale Veränderungen vorgenommen. Es wird ein Königreich Polen in Personalunion mit Russland gebildet (Kongresspolen). Im Verlauf des 19. Jahrhunderts wird Kongresspolen russische Provinz (1832), kommt es zum Kraukauer Aufstand (1846), der durch österreichische Truppen niedergeschlagen wird, zum Posener Aufstand (1848), der gegen den Versuch Preussens gerichtet war, sich die westlichen Gebiete des Grossherzogtums Posen einzuverleiben und 1863 zum Aufstand gegen die russische Besatzung. Erst mit dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands 1918 werden durch den amerikanischen Präsidenten Wilson die Voraussetzungen für die Bildung eines neuen polnischen Staates geschaffen. Auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 werden alle Gebiete des Deutschen Reiches mit überwiegend polnischem Bevölkerungsanteil Polen zugeteilt. Das sind der grösste Teil Posens und *Westpreussens*. Danzig wird Freie Stadt. Die neue polnische Ostgrenze wird erst nach dem militärischen Sieg der Polen über die Sowjetunion im Friedensschluss von Riga 1921 neu festgelegt. Sie verläuft 200 bis 300 Kilometer östlich der heute gültigen Grenze. 1934 schliesst der polnische Staatspräsident Pilsudski mit Hitler-Deutschland einen für zehn Jahre gültigen Nichtsanktionspakt zur Sicherung der polnischen Westgrenze. Am 1. September 1939 wird dieser Pakt einseitig gebrochen. Die deutsche Wehrmacht marschiert in Polen ein und erobert in wenigen Wochen das Land. Am 17. September besetzt die UdSSR die ihr im Rahmen des *deutsch-sowjetischen Nichtsanktionspaktes* vom 23. August 1939 zugesprochenen Gebiete. Das restliche Polen wird als Reichsgau *Wartheland* und *Danzig-Westpreussen* in das Deutsche Reich eingegliedert, *Ostpreussen* und Schlesien werden durch Grenzkorrekturen erheblich vergrössert, das frühere zentralpolnische Gebiet wird als *Generalgouvernement* zusammengefasst und dient künftig als Arbeitskräftereservoir für die Landwirtschaft und Rüstungsindustrie im Reichsgebiet. Es kommt zu umfangreichen Umsiedlungs-, Vertreibungs- und Verschleppungsaktionen von Polen, Deutschen und Russen. Polnische Juden werden in Ghettos zusammengetrieben und zum grossen Teil in Vernichtungslagern (u.a. Auschwitz) er-

mordet. 1943 Aufstand im Warschauer Ghetto, der von der SS blutig niedergeschlagen wird. Am 21. Juli Bildung des Lubliner Komitees, das die Befreiung Polens zum Ziel hat. Am 1. August 1944 Beginn des Aufstandes der polnischen Untergrundarmee. Warschau wird von der SS praktisch dem Erdboden gleichgemacht. Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 wird eine polnische Regierung der «nationalen Einheit» (28. Juni) gebildet. Polen gerät in den Jahren danach zunehmend unter sowjetischen Einfluss. 1950 erkennt die DDR die Oder-Neisse-Grenze an. 1970 Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen über «die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen». Beide Staaten erkennen die Unverletzbarkeit der bestehenden Grenzen an. Seit 1. Mai 2004 ist Polen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft.

Pommern

Landschaft beiderseits der Odermündung. Hauptstadt war Stettin. Um 1120 gelang dem Polenkönig Boleslaw II. die Eroberung Pommerns bis zur Peene. Als Boleslaw XIV. 1637 ohne Erben verstarb, übernahmen die Schweden die vorpommerschen Gebiete einschliesslich Rügen, Stettin und Stralsund. Erst 1815 konnte Preussen das gesamte frühere Herzogtum Pommern in seinen Staat eingliedern. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der westliche Teil, Vorpommern, Mecklenburg zugeordnet, der östliche Teil, Hinterpommern, kam unter polnische Verwaltung und gehört seit 1990 endgültig zu *Polen*.

Potsdamer Abkommen

Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 fand in Potsdam die Konferenz der Regierungschefs von Grossbritannien (Winston B. Churchill, gefolgt von Clement R. Attlee), der UdSSR (Josef Stalin) und der USA (Harry S. Truman) statt. In dem Abschlusskomitee dieser Konferenz werden u.a. in Artikel 3 die territorialen, politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Behandlung des besiegten Deutschlands umrissen, die «notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann». Neben einer ganzen Reihe von politischen Bestimmungen, Entnazifizierungsverordnungen, Anweisungen zur Demokratisierung und Dezentralisierung Deutschlands werden auch territoriale Festlegungen getroffen:

1. Übergabe *Königsbergs* und des angrenzenden nördlichen *Ostpreussens* an die UdSSR,
2. Unterstellung der deutschen Gebiete östlich der *Oder-Neisse-Linie* einschliesslich der ehemaligen Freien Stadt *Danzig* unter die Verwaltung des polnischen Staates. Die «endgültige Festlegung des Westgrenze Polens» sei erst auf einer Friedenskonferenz zu fixieren.
3. Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der *Tschechoslowakei* und *Ungarn* und Umsiedlung nach Deutschland «in ordnungsgemässer und humaner Weise» (*Vertreibung*).

Protektorat Böhmen und Mähren

Bezeichnung der Nationalsozialisten für die im März 1939 vom Deutschen Reich annektierten Gebiete der «Rest-Tschechei». Der Protektoratsvertrag wurde am 15.3.1939 u.a. vom tschechoslowakischen Staatspräsidenten E. Hacha unter starkem Druck Hitlers unterzeichnet. Er sah zwar eine beschränkte Selbstverwaltung vor, die Protektoratsregierungen besaßen jedoch keinen Einfluss. Über unumschränkte Macht verfügten die eingesetzten Reichsprotektoren (u.a. W. Frick und sein Stellvertreter Reinhard Heydrich sowie Karl Hermann Frank), die eine rücksichtslose Politik verfolgten. Siehe auch *Böhmen, Böhmisches Länder, Mähren, Münchner Abkommen*

Reichsgau

In der Zeit zwischen 1938 und 1945 wurden insgesamt zehn Reichsgaue eingerichtet, die in Personalunion staatlich von einem Reichsstatthalter und politisch von einem Gauleiter der Partei geführt wurden. Es gab folgende Reichsgaue: *Danzig-Westpreussen, Wartheland, Sudetenland*, Wien, Kärnten, Niederdonau, Oberdonau, Salzburg, Steiermark, Tirol.

Rumänien

Land in Südosteuropa mit 1930 rund 18 Millionen Einwohnern, davon etwa 750'000 Deutsche. Von 1918 bis 1938 konstitutionelle Monarchie. Von Februar 1938 bis September 1940 Königsdiktatur unter Carol II., von September 1940 bis 23.8.1944 Diktatur mit faschistischen Zügen. Am 23.11.1940 Beitritt zum Dreimächtepakt (Deutschland, Italien, Japan) und am 24.6.1941 Erklärung des «heiligen Krieges» gegen die Sowjetunion. Mit der Kriegswende bei Stalingrad erlitten auch die auf Seiten der Deutschen kämpfenden rumänischen Truppen schwerste Verluste. Das Bündnis war erschüttert. Am 23.8.1944 liess König Michael General Antonescu verhaften und setzte eine Koalitionsregierung unter Beteiligung der Kommunisten ein. Fünf Tage danach erfolgten der Frontwechsel und die Kriegserklärung an Deutschland. Als bald besetzte die Rote Armee Rumänien, das erneut *Bessarabien* und die nördliche *Bukowina* an die Sowjetunion abtreten musste. Bereits im März 1945 wurde König Michael zur Umwandlung Rumäniens in eine kommunistische Volksrepublik gezwungen.

Ruthenen

Veraltete Bezeichnung für Ukrainer

Schlesien

Umfasst das Einzugsgebiet der oberen und mittleren Oder, erstreckt sich im Westen bis ins heutige Sachsen. Im Süden wird Schlesien durch die Sudeten begrenzt

und im Osten durch die Weichsel. Nach der Völkerwanderungszeit besetzten slawische Stämme das Land. 966 Entstehung eines polnischen Staatswesens unter Herzog Miesko I. Im 11. Jahrhundert böhmisch-polnische Auseinandersetzungen um Schlesien, die mit dem Glatzer Pfingstfrieden 1137 zunächst ein Ende finden. Seit Anfang des 13. Jahrhunderts fördert Heinrich I. die Einwanderung deutscher Siedler. Im Ersten Schlesischen Krieg besetzt das Heer Friedrichs II. fast ganz Schlesien, das im Berliner Frieden (1742) zwischen Preussen und Österreich geteilt wird. Preussen holt weitere deutsche Siedler ins Land. Seit 1848 Unzufriedenheit vieler Schlesier mit dem preussischen Absolutismus (Weberaufstand). Trotzdem Aufstieg zu einem der wichtigsten Industriezentren des Reiches. Nach der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg müssen Teilgebiete an *Polen* und die *Tschechoslowakei* abgetreten werden. Mit dem Einmarsch deutscher Truppen am 1.9.1939 werden Teile Altpolens, u.a. Auschwitz, der Provinz Schlesien angegliedert. Im Januar 1945 wird auch Schlesien von der Roten Armee erobert.

Fast 1,5 Millionen Menschen kommen bei den sich anschließenden Vertreibungen ums Leben. Die bereits im *Potsdamer Abkommen* festgelegte neue Westgrenze Polens bis zur Lausitzer Neisse wird 1990 durch einen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen bestätigt.

Schwäbische Türkei

Die ungarische Bevölkerung bezeichnete bereits im 19. Jahrhundert den Südteil des westungarischen Verwaltungsbezirks Baranja als Schwäbische Türkei. Der Name weist auf die türkische Besetzung des Gebietes bis 1686 und die anschließende deutsche Besiedlung im Verlauf des 18. Jahrhunderts hin. Die Bezeichnung wurde nach dem Ersten Weltkrieg von den deutschen Bewohnern für das Gebiet zwischen Donau, Drau und Plattensee übernommen.

Siebenbürgen/Siebenbürger Sachsen

Das Gebiet, das im heutigen *Rumänien* liegt, umfasst ein von den Karpaten im Norden, Osten und Süden begrenztes Hochland. Seit dem 12. Jahrhundert wurden hier von den Ungarn zur Grenzsicherung Deutsche angesiedelt, die überwiegend aus Moselfranken (dem Gebiet zwischen der Mosel, der Maas und dem Niederrhein) kamen. Als «Sachsen» wurden in ganz Südosteuropa deutsche Bergleute bezeichnet, unabhängig davon, woher sie kamen. 1691 wurden die Siebenbürger Sachsen dem Haus Österreich unterstellt, seit 1867 ungarisch. 1920 musste *Ungarn* im Frieden von Trianon Siebenbürgen an Rumänien abtreten. 1944 wurden viele Siebenbürger Sachsen evakuiert, nach 1945 beschnitten rumänische Verstaatlichungsmassnahmen die Wirkungsmöglichkeiten der im Land Verbliebenen, die zum grossen Teil in die Bundesrepublik Deutschland auswanderten. Heute lebt in Siebenbürgen noch eine kleine Minderheit von einigen Tausend Siebenbürger Sachsen.

Slawonien

Gebiet im Ostteil Kroatiens, zwischen Drau und Donau im Norden und Save im Süden. Zentraler Ort ist Osijek. Gehörte seit 1699 ^{zum} Habsburgerreich, ab 1918 zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, (ab 1929 *Jugoslawien*). Die über 80'000 Deutschen in Jugoslawien lebten vor allem in Slawonien. Zwischen 1944 und 1948 wurden viele von ihnen ermordet, in Arbeitslagern inhaftiert und aus ihrer Heimat vertrieben.

Slowakei

Bis 1939 Teil der *Tschechoslowakei*, danach bis 1945 Nachbarstaat des Deutschen Reiches mit enger aussen-, militär- und wirtschaftspolitischer Anlehnung an Deutschland. Im Mai 1945 proklamiert ein slowakischer Nationalrat die Zusammengehörigkeit mit dem tschechischen Volk und Staat. Seit Januar 1993 unabhängig, im Mai 2004 Aufnahme in die Europäische Union.

Slowenien

Grenzt an Österreich, *Ungarn*, Kroatien, die Adria und Italien. Ehemaliges Herzogtum Krain, das 1282 an die Habsburger gelangte, 1918 Teil des neuen Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 *Jugoslawien*). 1941 unter Deutschland, Italien und Ungarn aufgeteilt, nach 1945 als jugoslawische Teilrepublik wiederhergestellt. 1991 Unabhängigkeitserklärung, 1992 international anerkannt. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs auch Siedlungsgebiet von Deutschen.

Sudetenland

Sammelbegriff für die von Deutschösterreichern besiedelten Randgebiete *Böhmens*, *Mährens* und Sudetenschlesiens. Zwischen 1939 und 1945 Bezeichnung für den im Anschluss an das *Münchener Abkommen* eingerichteten *Reichsgau* Sudetenland. Nach Kriegsende Schauplatz tschechischer Vergeltungsmassnahmen an Deutschen. Fast alle Sudetendeutschen wurden aus dem Land vertrieben.

Tschechoslowakei

Seit 1848 erfasst der tschechische Nationalgedanke in den Ländern der böhmischen Krone immer weitere Kreise der Bevölkerung. Es kommt zu ersten Spannungen zwischen der tschechischen Nationalbewegung und dem deutschsprachigen Bevölkerungsteil. Versuche der österreichisch-ungarischen Regierung, zwischen den beiden Sprachgruppen zu vermitteln, scheitern. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird ein tschechoslowakischer Nationalrat eingerichtet, am 28.10.1918 wird der selbständige tschechoslowakische Staat ausgerufen, der in den Pariser Vorortverträgen in seinen Gren-

zen bestätigt wird. Dem von Tschechen dominierten Staat gehören Slowaken, Ungarn, Sudetendeutsche, Polen und Ukrainer an. In den zwanziger und dreissiger Jahren kommt es zu Spannungen vor allem mit der Sudetendeutschen Partei, die zunehmend zu einem Machtinstrument Hitlers wird, der seit 1937 die Tschechoslowakei immer stärker unter Druck setzt. Es folgen die Sudetenkrise (April-September 1938), das Münchener Abkommen (Abtretung der Sudetendeutschen Gebiete) und schliesslich der Einmarsch deutscher Truppen in die Rest-Tschechei (15.3.1939). Siehe auch *Böhmen*, *Böhmische Länder*, *Mähren*, *Protektorat Böhmen und Mähren*, *Sudetenland*

Ukraine

Gebiet, das sich heute von Lemberg im Westen bis zum Donez im Osten und von Kiew im Norden bis zum Schwarzen Meer erstreckt. 1569 kam der grösste Teil der Ukraine unter polnische Herrschaft. Ein Aufstand gegen die Polen führte 1648 zur Bildung eines eigenständigen Staates, der sich bald danach unter den Schutz des russischen Zaren stellte. Nachdem 1918 die Ukraine die Unabhängigkeit ausgerufen hatte, besetzten die Bolschewiki, dann österreichisch-ungarische Truppen das Land. Im Frieden von Riga 1921 teilten Polen und das bolschewistische Russland die Ukraine unter sich auf. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vereinigte die Sowjetunion gemäss dem geheimen Zusatzprotokoll zum *deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt* die Westukraine wieder mit der Ukraine. 1940 hatte das Land rund 45 Millionen Einwohner. Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen ab Juni 1941 wurde die Ukraine zu einem Reichskommissariat zusammengefasst. Die im Rahmen des Generalplans Ost vorgesehene Besiedlung der Ukraine mit Deutschstämmigen (u.a. auch Südtirolern) kam über Ansätze nicht hinaus. Die Rote Armee eroberte das Land im Herbst 1943 wieder zurück. Ab 1989 Loslösung von der Sowjetunion, am 24.8.1991 Erklärung der Unabhängigkeit

Umsiedlung

Zuweisung neuer Wohnsitze an Personen bzw. Volksgruppen. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg wurden Umsiedlungen vorgenommen, die zwischen Staaten vertraglich vereinbart waren (Südtirol, Estland). Sie sollten der Minderung von Problemen bestimmter Bevölkerungsgruppen dienen. Zwangsweise Umsiedlungen sind im Völkerrecht untersagte *Vertreibungen*. In der Zeit des Nationalsozialismus diente der Begriff Umsiedlung auch als Synonym für Deportation und nicht selten für die am Ende stehende Vernichtung.

Ungarn

1930 rund 8,7 Millionen Einwohner, davon etwa 500'000 Deutsche, Hauptstadt Budapest. Im Zweiten Weltkrieg aussenpolitische Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich (Dreimächtepakt vom 20.11.1940). Am 27.6.1941 Kriegserklärung an Moskau und London. Nach der

Kriegswende Besetzung durch deutsche Truppen. Im Januar 1945 Waffenstillstandsabkommen zwischen der Sowjetunion und Ungarn und Aufbau eines von Moskau abhängigen kommunistischen Regimes. Seit 1989 unabhängig, im Mai 2004 Aufnahme in die Europäische Union.

Vertreibung

Ausweisung grösserer Bevölkerungsgruppen aus ihrem Wohngebiet. Bereits auf den Konferenzen von Teheran im Dezember 1943 und *Jalta* im Februar 1945 hatten die Alliierten die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten, aus Ost- und Südosteuropa erörtert. Mit dem *Potsdamer Abkommen* vom 2.8.1945 wurde beschlossen, «dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in *Polen*, der *Tschechoslowakei* und *Ungarn* zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss», und zwar «in geordneter und humaner Weise». Die «wildern» Vertreibungen der Deutschen hatten jedoch bereits unmittelbar nach Einmarsch der Roten Armee im Januar 1945 begonnen, die organisierten Vertreibungen Juli/August 1945. Auch die nach dem Potsdamer Abkommen durchgeführten Vertreibungen geschahen in Völker- und menschenrechtswidriger Weise. Seit 1950 ging die Aussiedlung von Deutschen und Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa in geringerem Umfang weiter, meist auf der Grundlage vertraglicher Abmachungen. Zwischen 1950 und 1982 kamen rund 1,1 Millionen Aussiedler nach Deutschland. 1982 lebten schätzungsweise noch rund 3,3 Millionen Deutsche in Osteuropa, davon die meisten in der Sowjetunion.

Wartheland/Warthegau

Nach dem Polenfeldzug am 8.10.1939 vom Deutschen Reich annektiertes Gebiet südlich der Weichsel und Netze mit den Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz. Rund 4,7 Millionen Einwohner, davon 327'000 Deutsche (1940). Das Gebiet sollte «regermanisiert» werden, was bedeutete, dass sowohl die dort lebende polnische Bevölkerung als auch die Juden in andere Gebiete (*Generalgouvernement*) vertrieben oder in Vernichtungslagern ermordet wurden. Bis 1944 wurden 630'000 Polen vertrieben, während gleichzeitig *Balten-deutsche* und andere deutsche Volksgruppen angesiedelt wurden. Das Wartheland war eine Art nationalsozialistischer Modellgau, in dem ein «von allen traditionellen bürokratischen Hemmungen freies» nationalsozialistisches Gemeinwesen entstehen sollte. Das «Experiment» endete im Januar 1945 tnh dem Einmarsch der Roten Armee und mit der Flucht und *Vertreibung* bzw. dem Tod der deutschen Bevölkerung.

Westpreussen

Von Preussen im Verlauf der Polnischen Teilungen 1772/1792 annektiertes Land beiderseits der unteren Weichsel. Hauptstadt *Danzig*. 1815 wurde die Provinz Westpreussen gebildet. Im Rahmen der im Versailler Vertrag festgelegten Abstimmungen gelangte der grösste Teil Westpreussens 1919/1920 an *Polen*. Danzig wurde zur Freien Stadt erklärt. Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1.9.1939 wurde der *Reichsgau Danzig-Westpreussen* gebildet. 1945 wurde das Gebiet polnischer Verwaltung unterstellt. Mit der Ratifizierung des deutsch-polnischen Grenzvertrags von 1990 wurde Westpreussen als zu Polen gehörig anerkannt.

Wojwodina

Provinz im Norden Serbiens, Hauptstadt Novi Sad (Neusatz). 1931 rund 1,7 Mio. Einwohner, davon 20,6% deutschstämmige *Donauschwabern*

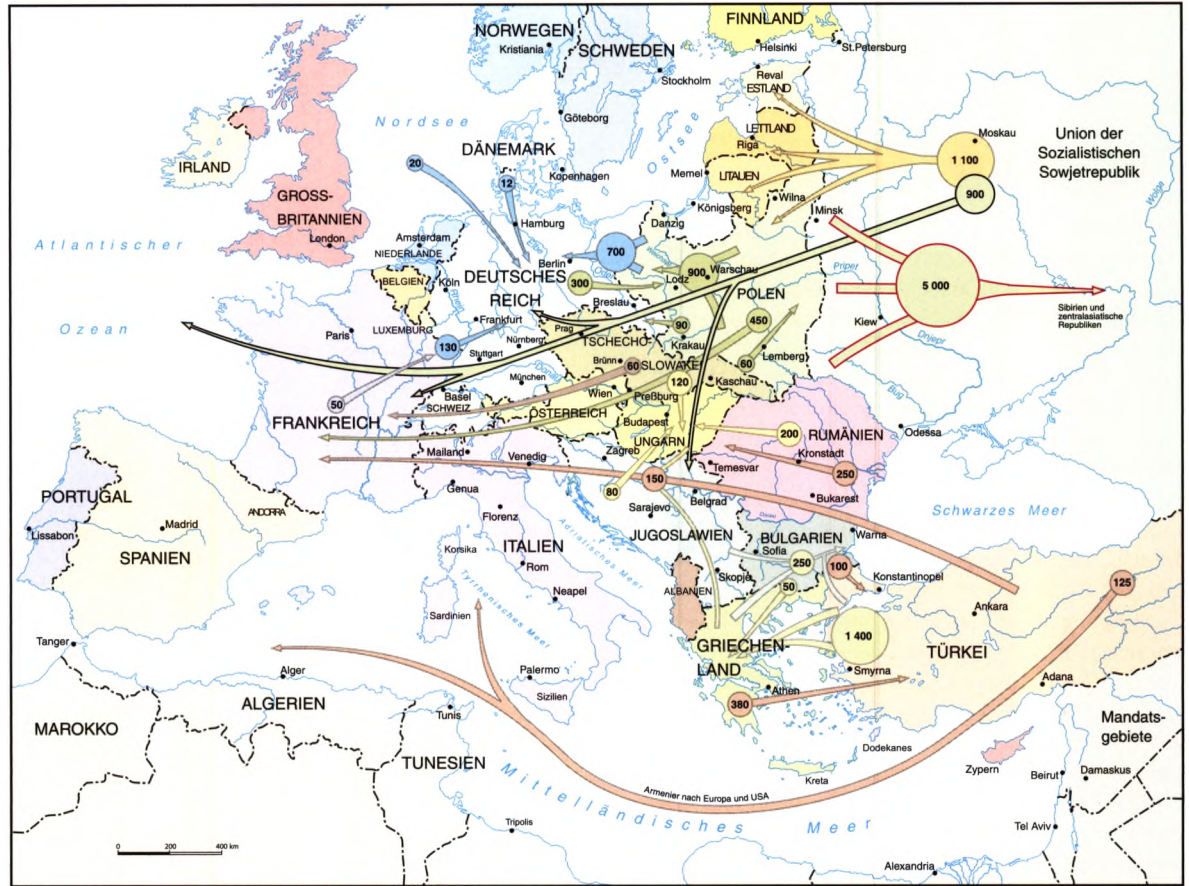
Wolhynien

Landschaft im Nordwesten der *Ukraine*, die zwischen dem Bug und dem Dnjepr liegt. Deutsche siedelten hier seit dem 19. Jahrhundert. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurden die 200'000 Wolhynien-Deutschen nach Sibirien deportiert. Nur ein Teil von ihnen überlebte und kehrte zurück. Der westliche Teil Wolhyniens kam 1921 an *Polen*, 1939 an die Sowjetunion. Viele Wolhynien-Deutsche wurden nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion, ab 1940 in den *Warthegau* umgesiedelt, die jüdische Bevölkerung fast vollständig ausgerottet.

Zwangsarbeiter

Seit 1942 zwangsrekrutierte Zivilarbeiter aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten, im Deutschen Reich in Landwirtschaft und Industrie als «Fremdarbeiter» eingesetzt. Sie kamen vor allem aus *Polen*, der Sowjetunion, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Ihre Gesamtzahl betrug etwa zwölf Millionen, von denen die Mehrheit mit Gewalt (Verschleppung) zur Arbeit in Deutschland verpflichtet wurde. Aus der Sowjetunion und aus Polen stammende Fremdarbeiter mussten Kennzeichen auf der Kleidung tragen («OST» bzw. «P»). Zudem erhielten die so genannten Ostarbeiter niedrigere Löhne, von denen sie noch bis zu 15 % abzuführen hatten. Eine Entschädigung der Fremdarbeiter wurde erst spät geregelt. In den Entschädigungsfonds der im Juli 2000 gegründeten Bundesstiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft zahlten der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft je fünf Milliarden DM, mit deren Auszahlung im Juni 2001 begonnen wurde. Infolge des Zweiten Weltkriegs wurden auch etwa 270'000 Deutsche als Zwangsarbeiter deportiert, überwiegend in sowjetische Arbeitslager. Rund ein Viertel von ihnen kamen dabei ums Leben.

Karten



Bevölkerungsver-
schiebungen
1917 bis 1938



Autoren

Arno Surminski,

geb. 1934 in Ostpreussen, kam nach Deportation der Eltern in die Sowjetunion (1945) zu einer Familie nach Schleswig-Holstein. Er ist Autor zahlreicher Romane und Erzählungen, Kinder- und Sachbücher, viele über Ostpreussen, das Kriegsende und die Folgen. Mehrere seiner Romane wurden fürs Fernsehen verfilmt.

Dr. Mathias Beer,

geb. 1957 in Hermannstadt, ist Leiter des Forschungsbereichs Zeitgeschichte am Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde und Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Zahlreiche Publikationen zur Geschichte der europäischen Migrationsbewegungen der neueren und neuesten Geschichte, insbesondere den Zwangsmigrationen am Ende des Zweiten Weltkriegs und ihren Folgen.

Dr. Manfred Zeidler,

geb. 1952, Studium der Osteuropäischen Geschichte und Slawistik, arbeitet als Historiker in Frankfurt am Main. Veröffentlichungen u.a. über die Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee 1920-1933, das Kriegsende im Osten 1944/45, die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR 1943-1952 sowie zu Justiz und Repression in Sachsen 1933-1940.

Heinz Schön,

geb. 1926 in Niederschlesien, als Besatzungsmitglied Zeuge des Untergangs der «Wilhelm Gustloff». Nach 1945 Aufbau eines Archivs zur Flucht über die Ostsee, zahlreiche Fernseh- und Hörfunkbeiträge sowie Buchveröffentlichungen zur Endphase des Zweiten Weltkriegs, zur Flucht aus Ostpreussen und zur Geschichte der NS-Marine.

Prof. Dr. Arno Herzig,

geb. 1937 in Albendorf, Kreis Glatz (Schlesien), lehrt am Historischen Seminar der Universität Hamburg und ist Mitglied der Historischen Kommission für Schlesien. Zahlreiche Forschungsprojekte und Publikationen, u.a. zur deutsch-jüdischen Geschichte, zur Reformationsgeschichte und Konfessionalisierung sowie zur Geschichte Schlesiens.

Prof. Dr. Detlef Brandes

lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität Düsseldorf und leitet dort das Institut für Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa. Zahlreiche Untersuchungen zur europäischen Politik im Zweiten Weltkrieg, u.a. über Pläne und Entscheidungen zum «Transfer» der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen.

Dr. Malgorzata Ruchniewicz,

geb. 1970, ist Assistentin am Historischen Institut der Universität Wroclaw/Breslau. Sie promovierte über die «Repatriierung» der in die Sowjetunion verschleppten Polen. Zusammen mit Prof. Dr. Arno Herzig gab sie 2004 eine Geschichte der Grafschaft Glatz heraus.

Dr. Krzysztof Ruchniewicz

ist Direktor des Willy Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wroclaw/Breslau. Forschungen und Publikationen über Zwangsmigration von Deutschen und Polen in Schlesien und Ostpolen sowie über die deutsch-polnischen Beziehungen in der Adenauerzeit.

Prof. Dr. Stefan Karner,

geb. 1952, lehrt Wirtschafts-, Sozial- und Zeitgeschichte an der Universität Graz. Er ist Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgen-Forschung in Graz und wissenschaftlicher Berater der österreichischen Bundesregierung. Zahlreiche Forschungsprojekte und Publikationen, u.a. zu Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach,

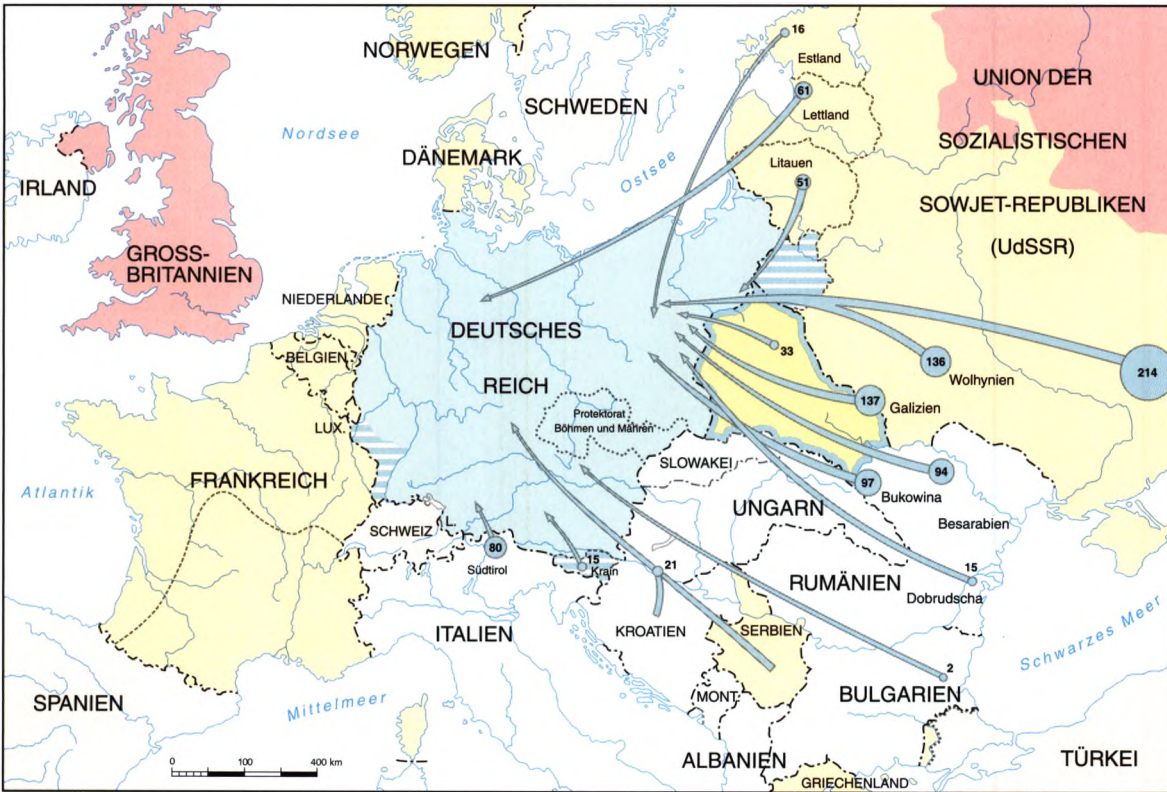
geb. 1943 in Pyritz (Pommern), lehrt Geschichtswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Mitarbeit in Kommissionen zu den Brandenburgischen Gedenkstätten und zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie im Beirat der Stiftung «Denkmal für die ermordeten Juden Europas». Zahlreiche Publikationen zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und zur «nationalen Erinnerungsarbeit».

Dr. Helga Spranger,

geb. 1943, Fachärztin für Neurologie und Psychiatrie sowie Fachärztin für Psychotherapeutische Medizin, nach Klinikätigkeit jetzt als Psychotherapeutin in eigener Praxis tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Persönlichkeitsstörungen, Gruppenpsychodynamik, Behandlung länger zurückliegender Kriegstraumatisierungen. Hierzu zahlreiche Tagungen, Vorträge und Veröffentlichungen. Sie ist Gründungsmitglied der Projektgruppe SBPM (Standards zur Begutachtung psychotraumatisierter Menschen), 1. Vorsitzende des Vereins kriegskind.de e.V. sowie Mitglied bei INTER-FEW (International Federation of Evacuees and Warchildren).

Astrid von Friesen

ist Diplom-Pädagogin, Psychotherapeutin und Journalistin in Freiberg und Dresden. Sie setzt sich publizistisch und psychotherapeutisch seit vielen Jahren mit dem Thema der psychischen und familiendynamischen Spätfolgen von Krieg, Flucht, Vertreibung und DDR-Diktatur auseinander.

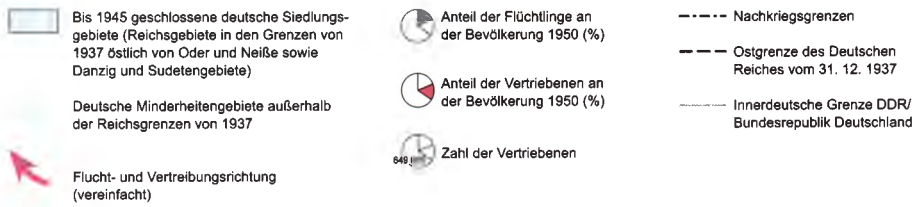


„Heim ins Reich“:
Aufgrund von Verträgen
umgesiedelte volks-
deutsche Gruppen
1939 bis 1944

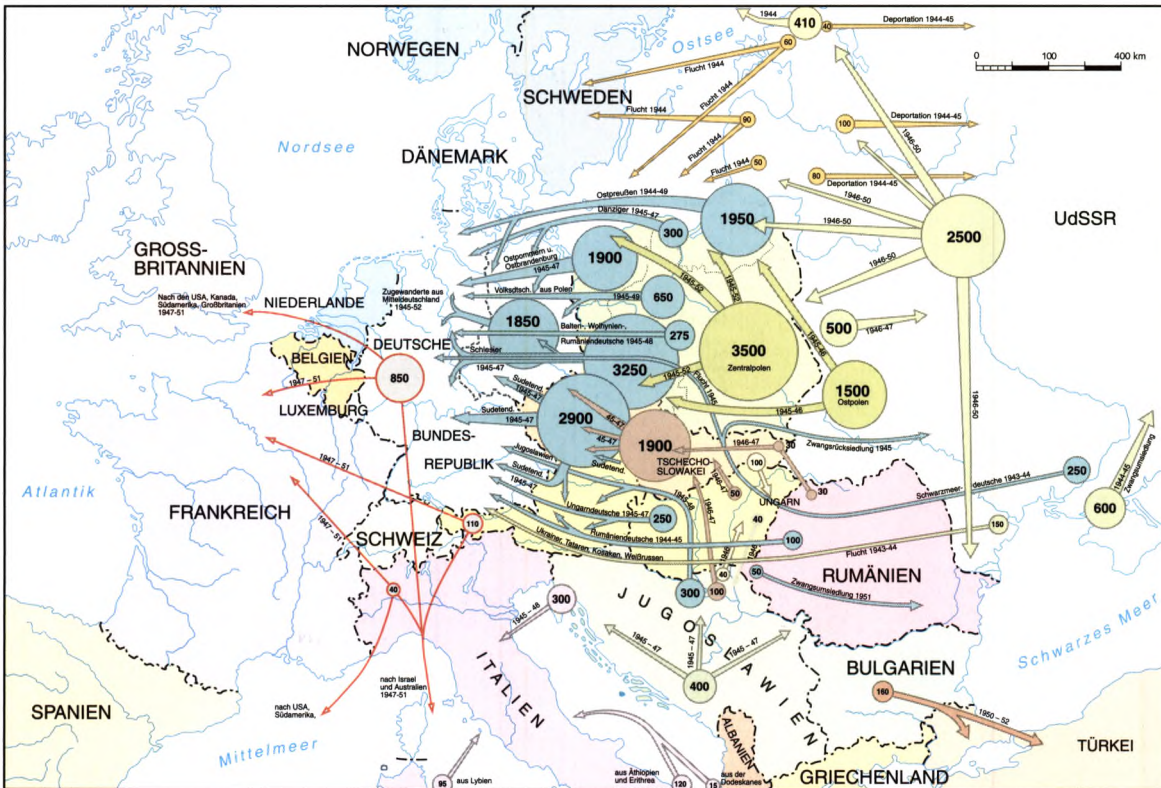
- Umsiedlung deutscher Volksgruppen
- »Großdeutsches Reich«
- Besetzte Gebiete
- Abhängige Gebiete/Abhängige Gebiete
- Generalgouvernement
- Angegliederte Gebiete
- neutrale Staaten (Spanien, Schweiz, Schweden)
- »Anti-Hitler-Koalition«
- Anzahl der Personen in Tausend (auf- bzw. abgerundet)
- Verbündete des »Großdeutschen Reiches«

Karten

Deutsche Flüchtlin und Vertriebene 1945 bis 1950



Europäische Bevölkerungsbewegungen
1944 bis 1952



- Evakuierung, Flucht, Vertreibung und Abwanderung von Deutschen aus den ostmittel-, südost- und ost-europäischen Ländern, aus den Reichsgebieten östlich der Oder und der sowjetischen Zone Deutschlands, Zwangsumsiedlung von Deutschen aus dem rumänischen Banat in die Bărăgan-Steppe
- Finnische Vertriebene
- Flucht von Balten vor der Roten Armee und Deportation von Balten nach der sowjetrussischen Besetzung des Baltikums
- Flucht von Ukrainern, Tataren, Kosaken, Weißrussen vor der Roten Armee; Zwangsumsiedlung von Krimtataren, Kaukasieren, Kalmüken nach Einzug der Roten Armee; Umsiedlung von Ukrainern aus Polen nach der UdSSR, Ansiedlung von Russen in den baltischen Staaten, im nördlichen Ostpreußen und im ehemaligen Ostpolen
- Italienische Flüchtlinge und Vertriebene aus den Jugoslawien abgetretenen Gebieten und aus den ehemaligen italienischen Kolonien
- Ansiedlung von Tschechen und Slowaken aus Böhmen, Mähren, Sudeten, Schlesien, der Slowakei und den Nachbarländern in den zuvor von Deutschen besiedelten Gebieten der Tschoslowakei
- Umgesiedelte Madjaren aus der Slowakei und Jugoslawiens
- Umgesiedelte Kroaten, Slowenen und Serben aus Ungarn; Ansiedlung von Bosniern, Montengriniern und Serben in den ehemals deutsch-bewohnten Gebieten Jugoslawiens
- Ansiedlung von Polen in den ostdeutschen Reichsgebieten
- Neuansiedlung von DP's (Russen, Balten, Polen, Serben, Juden etc.) in Westeuropa, Israel und Übersee durch die IRO
- Vertreibung von Türken aus Bulgarien nach der Türkei (1950/52)
- 250 Zahl der Vertriebenen, Deportierten, Ansiedler in Tausend

Bildnachweis

ADM/CAF: S. 83 akg-images, Berlin: S. 11 o., 18 u., 28 li., 32, 50 re., 55 u., 69 (beide), 70, 76 li., 77, 88 (beide), 94, 95, 97, 118, 122 re. u., 155 li., 176 li., 206, 225 o., 225 li. u., 233 Mitte, 236

Archiv Mathias Beer, Tübingen: S. 183 bildarchiv preussischer kulturbesitz (bpk), Berlin: Titel, S. 6 li., 15, 16/17, 21 0- (Grimm), 28 re. (Hoffmann), 29, 34 (Scheppetowka), 36, 42, 45, 55 o., 56/57 (Zelma), 58, 63 o., 64/65 (Umbehr), 78, 79 o., 79 u., 140/141, 142/143, 149, 152, 170/171, 187 Böhmerwaldmuseum, Passau: S. 157, 160 re., 169 o., Bundesarchiv, Koblenz: S. 41 o., 53, 102, 1160., 116 u., 181, 188 li., 240/241, 242

Corbis GmbH, Düsseldorf: S. 12 li. (Reuters, Foto: Sagolj), 98/99 (Hulton-Deutsch Collection) Deutsches Historisches Museum, Berlin: Vor- und Nachsatz, S. 6 re., 7, 14, 19, 30, 54, 63 u. (Gronefeld), 211 (Gronefeld) Donaueschwäbisches Zentralmuseum, Ulm: S. 182 li., 182 re.

Goldammer Verlag, Würzburg: S. 125

Imperial War Museum, London: S. 136 re.

Informations- und Dokumentationszentrum, Berlin: S. 26 li.

Carl Henrich, Traben-Trarbach: S. 89 o., 90, 107 o., 114/115, 117 li.

Isergebirgs-Museum, Neugablonz: S. 162 Johannes-Künzig-Institut für ostdeutsche Volkskunde, Freiburg: S. 225 re. u.

Jürgens Ost + Europa Photo, Berlin: S. 179 Keystone, Hamburg: S. 23, 27, 105

Kulturzentrum Ostpreussen, Ellingen: S. 107 u.

Landsmannschaft Ostpreussen e. V., Hamburg: S. 223

Luwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Graz, Wien, Klagenfurt: S. 215 re., 217 o.

National Archives: Umschlag Rückseite re., S. 62 Ostsee-Archiv Heinz Schön, Bad Salzuflen: S. 75 li., 76 re., 91 u., 103 li., 103 re., 109 li., 109 re., in li., in re., 117 re. picture-alliance/CTK/dpa: S. 9 u., 22 (beide), 60/61, 86 li., 91 o., 153, 155 re., 165, 166/167, 168 o., 243 Sächsische Landesbibliothek, Dresden: S. 59 o. Sudetendeutsches Archiv, München: S. 136 li., 146/147, 148, 158 li., 158 re., 160 li., 168 u., 169 u., 233 li.

SV-Bilderdienst, München: Umschlag Rückseite o. und li. o., S. 90. (Scherl), 11 u. (Scherl), 13, 20 o., 31 (Scherl), 35 (Scherl), 46, 50 li., 59 u., 75 re., 86 re., 92/93, 178, 188 re., 192, 233 re., 244

The Central Prisoner of War Museum, Lambinowice-Opole: S. 128 ullstein bild, Berlin: Umschlag Rückseite li. u., S. 18 o., 22 o., 33, 38, 73 (Nowosti), 89 u., 96 (beide), 121 re., 121 li., 122 li. u., 123, 144, 154, 190, 194, 229, 249

UNHCR United Nations High Commissioner for Refugees/R. LeMoyne, Berlin: S. 12 re.

John Vacheron/Galerie Bilderwelt (Der Spiegel):

S. 130, 145 o., 208/209

Verlagskontor Osberghaus, Gummersbach: S. 41 u. Zentralstelle Grafschaft Glatz/Schlesien e.V., Lüdenscheid: S. 20 u., 127, 133 ZDF, Mainz: S. 129 li.

aus Büchern:

Bahlcke, Joachim: Schlesien und die Schlesier, München 2000: S. 202 re.

Becher, Ursula (Hg.): Deutschland und Polen im zwanzigsten Jahrhundert, Hannover 2001: S. 132, 204 Conrads, Norbert (Hg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas: Schlesien, Berlin 1994: S. 122 o.

Bénoist-Méchin, Jacques: Die Türkei 1908-1938: Das Ende des Osmanischen Reiches, Kehl am Rhein 1980: S. 26 re.

Grube, Frank/Richter, Gerhard: Flucht und Vertreibung, Hamburg 1980: S. 44, 113

Der Leidensweg der Banater Schwaben im

20. Jahrhundert, München 1983: 175, 176 re., 215 li.

Poralla, Peter: Unvergänglicher Schmerz, Freiburg 1987: S. 81

Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem, hg. vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg 2002: S. 49 Wach auf, mein Herz, und denke. Zur Geschichte der Beziehungen zwischen Schlesien und Berlin-Brandenburg, hg. von der Gesellschaft für internationalen Kulturaustausch e. V. Berlin, Berlin 1995: S. 21 u., 121 Mitte, 124, 129 re., 135, 145 u., 197, 200 li., 200 re., 202 li., 205

Wildmann, Georg: Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, München 1998: S. 180, 218 Weber, Georg: Die Deportation von Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion 1945-1949, Bd. 3, Köln 1995: S. 212, 217 u.

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8319-0173-2

© Ellert & Richter Verlag GmbH, Hamburg 2004
Ein Buch der Partner
G + J Redaktion GEO
Ellert & Richter Verlag

Dieses Werk einschliesslich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ausserhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Bildredaktion: Inga Klingner, Hamburg; Annette Krüger, Hamburg

Lektorat: Inga Klingner, Hamburg; Annette Krüger, Hamburg

Karten S. 67, 101: Thamm Publishing & Service, Bosau
Karten S. 72, 119, 151, 173, 185, 199, 267: grafikdesign
Rainer J. Fischer, Berlin

Karten S. 274, 275, 276, 277: Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

Gestaltung: Büro Brückner + Partner, Bremen

Lithographie: Griebel-Repro, Hamburg

Druck: Girzig + Gottschalk, Bremen

Bindung: Buchbinderei S. R. Büge GmbH, Celle

Eingescannt mit ABBYY Fine Reader

Titelfoto: Einwohner Danzigs auf der Flucht aus der brennenden Stadt, Ende März 1945

Umschlag Rückseite:

Bild Mitte: Flüchtlingstreck über das zugefrorene Frische Haff, Ostpreussen 1945

Bild rechts: Vertriebene aus dem Sudetenland – kurz vor dem Abtransport in Güterwaggons Bild links oben: Flüchtlingstreck in Schlesien Bild links unten: Ein russischer Soldat versucht, einer Frau das Fahrrad wegzunehmen. Szene aus dem von der Roten Armee besetzten Berlin 1945. Dabei kommt es zu Gewalttaten, Plünderungen und Willkürmassnahmen.

Vor- und Nachsatz: Flüchtlingstreck bei Pillau / Ostpreussen